



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Freizeit und Erholung

Dittrich, Gerhard G.

Nürnberg, 1974

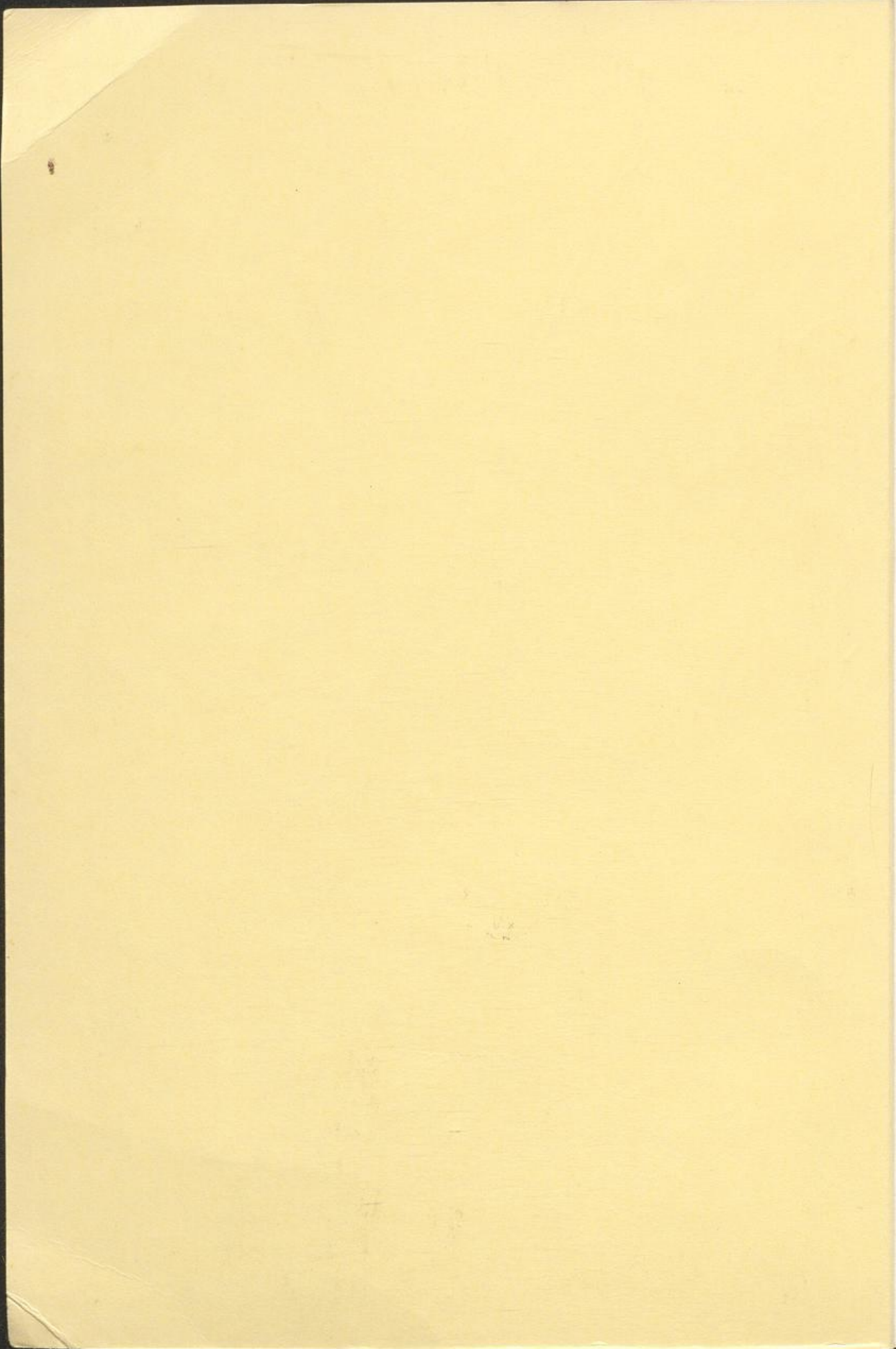
[urn:nbn:de:hbz:466:1-80914](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-80914)

Studien 1

Freizeit und Erholung

Stadtbaulinstitut

M
21 692



Freizeit und Erholung



„Studien“

Herausgegeben von
Professor Gerhard G. Dittrich
Direktor der SIN-Städtebauinstitut-
Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

Freizeit und Erholung

ist die Zusammenfassung einer Untersuchungsarbeit, die im Auftrage des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH mit folgender Aufgabenstellung durchgeführt wurde:

"Freizeit und Erholung in neuen Wohngebieten, dargestellt am Beispiel ausgewählter Demonstrativbauvorhaben und besonderer zu Vergleichszwecken herangezogener Wohngebiete".

BMBau Nr. I B - 70 41 48 - 36

Im SIN-Städtebauinstitut hat diese Aufgabe ein interdisziplinär zusammengesetztes Team unter Leitung von
Professor Gerhard G. Dittrich
bearbeitet



Freizeit und Erholung

Herausgegeben von
Professor Gerhard G. Dittrich,
Direktor der SIN-Städtebauinstitut-
Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

2. Auflage

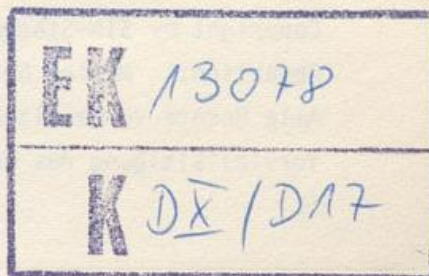


03

M

21692

Nürnberg



51 Tabellen, 16 Abbildungen

1974

Copyright by SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

Redaktion: Marion Deuter

Alle Rechte vorbehalten. Auch die fotomechanische (Fotokopie, Mikrokopie)

Vervielfältigung des Werkes bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

INHALT

	Seite
0. EINLEITUNG	7
0.1 Die Begriffe Freizeit und Erholung	7
0.2 Angebote zur Nutzung der Freizeit	16
0.2.1 Mögliche Angebote in der Wohnung und am Haus	17
0.2.2 Mögliche Angebote in der Nähe der Wohnung	21
0.2.3 Mögliche Angebote innerhalb des größeren Siedlungsbereiches	22
0.2.4 Mögliche Angebote im Nahbereich der Siedlung	23
1. STUDIE IN AUSGEWÄHLTEN DEMONSTRATIVBAUMASSNAHMEN	25
1.1 Die Frage nach dem Empfang von Gästen	25
1.2 Die Fragen nach kulturellen Aktivitäten	26
1.3 Zur Frage "Grünflächen und Erholungsanlagen"	28
1.4 Die Fragen nach Aktivitäten in Vereinigungen und in der Abendzeit	30
1.5 Zur Frage "Verhalten am Wochenende"	31
2. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN ZUR NUTZUNG VON FREIZEIT IN AUSGE- WÄHLTEN WOHNGBIETEN VERSCHIEDENER ENTSTEHUNGSZEIT	35
2.1 Die Gewinnung des Materials	35
2.2 Sozio-ökonomische Struktur der verschieden alten Wohngebiete	38
2.2.1 Alter, Geschlecht, Familienstand und Schulabschluß	42
2.2.2 Merkmale der Haushalte und Herkunft der Haushaltsvorstände	45
2.2.3 Beruf, Einkommen, Miete und Wohnung	49
2.3 Ausgewählte Freizeitaktivitäten und ihre Variationen durch individuelle Merkmale	57
2.4 Zusammenhänge zwischen städtebaulicher Struktur und ausgewählten Freizeitaktivitäten	73
2.4.1 Zum Problem "Besuche in der Wohnung"	74
2.4.2 Zum Problem "Besuch kultureller Veranstaltungen"	78
2.4.3 Zum Problem "Mitgliedschaft in Vereinigungen"	80
2.4.4 Zum Problem "Stammlokalbesuch"	84
2.4.5 Zum Problem "Sportliche Betätigung"	87
2.4.6 Zum Problem "Benutzung von Grünanlagen"	90
2.4.7 Zum Problem "Vermißte Einrichtungen"	93
2.4.8 Zum Problem "Städtebauliche Gestaltung und beliebte Stellen im Wohngebiet"	97
2.4.9 Zum Problem "Image der Stadt"	103

	Seite
2.4.10 Zum Problem "Stolz auf die Stadt"	109
2.5 Freizeitaktivitäten am Wochenende in den sechs untersuchten Städten	112
2.5.1 Beschreibung des Wohnumlandes	112
2.5.2 Landschaft und Freizeitaktivitäten am Wochenende	125
3 ERGEBNISSE AUSGEWÄHLTER UNTERSUCHUNGEN ZUM THEMA FREIZEIT UND ERHOLUNG IN DER LITERATUR	141
3.1 Untersuchungen zur Bedeutung der Wohnung, des Fernsehens und der Gestaltung von Grünflächen	141
3.1.1 Die Wohnung	141
3.1.2 Das Fernsehen	145
3.1.3 Aspekte der Grünplanung	148
3.2 Umfassendere Denkansätze zur "Freizeitgestaltung" durch den Planer	153
3.2.1 Eine sowjetische Studie	153
3.2.2 Ergebnisse einer britischen Studie	156
3.2.3 Ein deutsches Gedankenmodell allgemeinerer Art	158
3.2.4 Freizeitgestaltung in Ballungsräumen	161
4. ZUSAMMENFASSUNG DER ERARBEITETEN THESEN UND PLANUNGSHINWEISE	168
4.1 Freizeit und Erholung	168
4.2 Planungsalternativen und übergeordnete Gesichtspunkte	169
4.3 Variablen, die das Freizeitverhalten beeinflussen	171
4.4 Einzelne Aktivitäten in der Freizeit, unabhängig vom Wochentag	172
4.5 Wochenendfreizeit	182
4.6 Planungskordinierung	184
LITERATUR	187
ABKÜRZUNGEN	189

0. EINLEITUNG

0,1 DIE BEGRIFFE FREIZEIT UND ERHOLUNG

Die Worte "Freizeit" und "Erholung" sind heute feste Bestandteile der Alltagssprache und sie werden allein für sich oder in Verbindungen, wie Freizeitkleidung, Freizeitlandschaft, Erholungsgebiet usw., in aller Munde geführt. Sucht man jedoch in der Literatur nach einer Definition der Begriffe Freizeit und Erholung, dann findet man kaum eine, die sich mit der gesamten Wirklichkeit deckt und gleichzeitig auch für empirische Zwecke benutzbar ist.

Angesprochen werden oft nur Teilaspekte, wie z.B. freie Zeit als Gegensatz zur Arbeitszeit, die für den Erwerb des Unterhalts verwendet wird¹⁾. Werden auch andere, kaum abweisbare Erwartungen der Gesellschaft mit berücksichtigt, die über die Berufstätigkeit hinausgehen, z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten, evtl. auch die Hausfrauenarbeit, dann gerät der Versuch einer Definition zu einer umfangreichen Abhandlung.

Um in der Vielfalt der Definitionsversuche, Meinungen und oft ideologisch gefärbten Ansichten einen Überblick zu gewinnen, sollen zunächst einige Zahlen herangezogen werden über die Verwendung von Zeit in einigen Industrieländern (Tab. 1).

Etwa 18 bis 20 Stunden pro Tag werden verwendet für "lebensnotwendige" Tätigkeiten. Zwar handelt es sich nur um Durchschnittszahlen, doch wird klar, daß der Bereich "freie Zeit" in etwa ein Achtel bis ein Sechstel der verfügbaren Zeit einnimmt. Verglichen mit Zeitaltern, in denen überwiegend der herrschenden Schicht "freie Zeit" zur Verfügung stand, ist das Ergebnis sicher respektabel. Die Tatsache, daß für den vorhandenen Anteil der "freien Zeit" eine eigene "Freizeitindustrie" und eine Art "Freizeitsystem" existieren, läßt ahnen, welche Bedeutung diesem Umstand beizumessen ist. Betrachtet man in den einzelnen Ländern die Entwicklungen, die durch Rationalisierung und Technisierung hervorgerufen werden, dann wird deutlich, daß die Anteile an "freier Zeit" in Zukunft noch zunehmen.

¹⁾ Vgl. z.B. L. Berg: "Freizeit." Beitrag im Staatslexikon (Recht, Wirtschaft, Gesellschaft), Bd. 3, Freiburg 1959.

Tab. 1: Die Verwendung von Zeit für verschiedene Tätigkeiten in verschiedenen Ländern 1966 (durchschnittlicher Zeitaufwand pro Tag einer Woche für alle Erwachsenen in Stunden und Dezimalen von Stunden)

Kategorie	Land						
	Belgien	Frankreich	Ungarn	Polen	BRD	UdSSR	USA
Schlaf	8,6	8,8	8,2	8,1	8,6	8,1	8,2
Persönliche Pflege	0,7	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	1,0
Mahlzeiten	1,6	1,7	1,1	1,1	1,6	0,8	1,1
Arbeitszeiten	4,5	4,5	4,6	5,2	4,0	6,0	4,6
Arbeitsweg	0,4	0,4	0,3	0,6	0,3	0,6	0,3
Hausarbeit	2,6	2,9	2,2	2,7	3,0	2,4	2,2
Einkäufe	0,3	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,6
Versorgung von Kindern	0,3	0,6	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4
Fortbildung	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,6	0,1
Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen	0,2	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3
Massenmedien	2,1	1,4	2,3	1,9	1,8	1,7	2,3
Geselligkeit	1,0	0,9	1,5	0,8	1,2	0,5	1,5
Spaziergehen	0,2	0,2	0,0	0,2	0,5	0,2	0,0
Sport (Aktiv)	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
Hobbies	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3
Veranstaltungen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1
Wegzeiten (außer für Beruf)	0,4	0,5	0,9	0,6	0,4	0,8	0,9
Sonstiges	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0
Summe	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0

Quelle: S. Szalai: "Über vergleichende quantitative Auswertung von Zeitbudgets." In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Hochschule für Körperkultur." Leipzig, Bd. 3, 1966

Es werden bereits Überlegungen angestellt, wie die zukünftige "freie Zeit" am effektivsten anzuordnen ist, damit ein Nutzenoptimum erreicht werden kann¹⁾. Während in den europäischen Ländern in der Gegenwart eine Übergangsphase zu beobachten ist, die Struktur der Verwendung von Zeit an unterschiedlichen

¹⁾ Vgl. K. Füsslin, W. Köhl und W. Rabe: "Gedankenmodell für die Gestaltung der Freizeitlandschaft der Zukunft. Mainau - Preis 1970." Mondorf-Bonn, o.J., und H. Jürgensen: "Lohnwert, Wohnwert, Freizeitwert, Optimierungsparameter einer produktivitätsorientierten Regionalpolitik." In: "Schriftenreihe der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen." Hamburg 1966.

Tagen der Woche sich noch ständig im Wandel befindet, ist in den USA in dieser Hinsicht bereits eine gewisse Konsolidierung eingetreten¹⁾.

Tab. 2: Zeitbudget der Bevölkerung zwischen 20 und 59 Jahren im Frühjahr 1954 in den USA¹⁾ (in Stunden)

Art der Aktivität	wochentags		samstags		sonntags	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Außerhalb des Hauses:						
An der Arbeitsstätte (Betrieb)	7,2	2,0	4,3	0,8	1,2	0,3
Verkehrsmittel	1,4	0,6	1,4	0,7	1,3	1,0
Einkaufen	0,1	0,4	0,3	0,8	0,1	-
Restaurant, andere Dienstleistungen	0,3	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1
Besuche bei Freunden und Verwandten	0,4	0,8	1,2	1,2	1,4	1,4
Kirchenbesuch, Clubs, Sport, Veranstaltung im Freien	0,3	0,4	0,6	0,4	1,4	1,1
Zwischensumme	(9,7)	(4,3)	(8,1)	(4,1)	(5,5)	(3,9)
Innerhalb des Hauses:						
Verschiedene Arbeiten im Haus	0,6	1,2	1,0	1,1	0,8	0,7
Hausarbeit	0,2	3,0	0,2	2,6	0,2	1,7
Kochen und Essen	1,2	2,5	1,2	2,5	1,3	2,5
Körperliche Hygiene	0,6	0,9	0,7	0,9	0,7	0,9
Lesen	0,8	0,8	0,9	0,9	1,1	1,1
Andere Freizeit	2,1	2,7	2,8	2,8	4,0	3,5
Zwischensumme	(5,5)	(11,1)	(6,8)	(10,8)	(8,1)	(10,4)
Schlaf und Ausruhen plus: Nichtstun	8,8	8,6	9,1	9,1	10,4	9,7
Summe der Freizeitbeschäftigungen	3,6	4,7	5,5	5,3	7,9	7,1

1) Berechnet nach Angaben aus einer Erhebung des Mutual Broadcasting Systems: "A Nationwide Study of Living Habits", vgl. S. De Grazia: "Of Time, Work and Leisure." New York 1962, S. 444

Quelle: E.K. Scheuch: "Soziologie der Freizeit." S. 762

1) Vgl. E.K. Scheuch: "Soziologie der Freizeit." In: R. König (Hrsg.): "Handbuch der empirischen Sozialforschung", Bd. 2, Stuttgart 1969, S. 762.

Es erscheint deshalb sinnvoll, für eine Darstellung der Verwendung von Zeit an verschiedenen Wochentagen einige Zahlen aus einer amerikanischen Studie heranzuziehen, um zu zeigen, wie die Entwicklung in einem weitentwickelten Industrieland aussehen kann.

Zwischen den untersuchten Tagen der Woche bestehen bei einigen Aktivitäten erhebliche Unterschiede. Deutlich wird vor allem, daß der Anteil der "Tagesfreizeit" am Wochenende, besonders am Sonntag, höher liegt als während der Woche, daß aber auch das "freie Wochenende" nicht reine "Freizeit" darstellt.

Tab. 3: Einstufung verschiedener Tätigkeiten als zur Freizeit gehörend (Bundesrepublik 1962)

Tätigkeiten	Antwortvorgaben			
	gehört zur Freizeit	teils/ teils %	gehört nicht dazu	keine Angabe
sich ausruhen/etwas schlafen	75	12	10	3
Gartenarbeit	39	28	28	5
Hausarbeit	11	15	68	6
Fernsehen	69	16	7	8
um die Schulaufgaben der Kinder kümmern	24	27	33	16
mit Nachbarn unterhalten	49	28	15	8
Besuche machen	69	22	5	4
mit der Familie zusammen sein	67	20	8	5
Allgemeinbildung verbessern	41	30	20	9
berufliche Weiterbildung	28	29	34	9
sich mit politischen Fragen beschäftigen	29	28	26	17
Einkaufsbummel	61	20	12	7
Einkaufen	22	22	50	6
Theater, Konzerte oder andere kulturelle Veranstaltungen	83	8	2	6
Vereinsleben	46	27	14	13
sich in Berufsverbänden und ähnlichen Organisationen betätigen	24	30	30	16
am kirchlichen Gemeindeleben teilnehmen	44	29	15	12

Quelle: Divo-Pressedienst, März 1963, S. 3

Es wurde bereits bei den zwei angeführten Tabellen einmal von "lebensnotwendigen" Tätigkeiten und zum anderen von "Freizeitbeschäftigungen" gesprochen und damit direkt oder indirekt vorausgesetzt, es stünde bereits fest, was unter "Freizeit" zu verstehen ist. Daß über die Zuordnung von Aktivitäten zu dieser "Freizeit" aber bei den Akteuren selbst unterschiedliche Auffassungen bestehen, zeigt Tab. 3.

Hier wird deutlich, daß es wahrscheinlich von der jeweiligen Rolle, von den sonstigen Tätigkeiten einer Person und unter Umständen auch dem weltanschaulichen Hintergrund abhängt, wann man welche Tätigkeiten als der Freizeit zugehörig bezeichnet. Wer z.B. körperliche Arbeiten verrichtet, wird vermutlich eher Zeitungslesen als Freizeitbeschäftigung bezeichnen als ein überwiegend geistig Arbeitender, der evtl. aus beruflichen Gründen Informationen sammelt.

Um einigermaßen sichere Anhaltspunkte über die Zurechnung einer Tätigkeit zur Freizeit gewinnen zu können, wird man also nicht umhin können, Gewichte zu verteilen, indem man Indexwerte bildet. Das Ergebnis einer solchen Berechnung zeigt Tab. 4. Zwar ist damit noch nicht eindeutig festgelegt, was zur "Freizeit" gehört, zumal nur eine beschränkte Anzahl von Tätigkeiten untersucht wurde; aber man gewinnt doch einen Eindruck, was "man gemeinhin" dem Bereich "Freizeit" zurechnen könnte. Fragt man nunmehr aus einer anderen Richtung, nämlich wozu freie Zeit unbedingt verwendet werden sollte und wozu sie eigentlich nicht da ist, dann rundet sich das Bild weiter ab (Tab. 5).

Die freie Zeit sollte danach unbedingt verwendet werden für private Angelegenheiten, zur Erholung und zwar vor allem nach Gutdünken. Wenn irgendwelche Verpflichtungen kultureller, politischer, gesellschaftlicher oder sonstiger Art erkennbar werden, z.B. der notwendige Ausgleich zur Berufsarbeit, von dem das Individuum ja selbst Nutzen hat, dann werden diese Verwendungsarten nur noch beschränkt den "Freizeittätigkeiten" zugerechnet.

Untersucht man zusätzlich die Definitionsversuche in der Literatur, dann ist eine Dreigliederung erkennbar:

1. Freizeit abgesetzt von "produktiver Zeit", also der Zeit für Arbeit zur Gewinnung des Lebensunterhalts;
2. Freizeit abgesetzt von "reproduktiver Zeit" (zum Schlafen, Ausruhen, Essen, zur Körperpflege);

3. Freizeit abgesetzt von "Rollenerwartungen und Sachzwängen", d.h. als verhaltensbeliebige, private Zeit, ausgefüllt mit "Muße", Teilnahme am "Freizeitsystem", Zerstreuung und "Nichtstun"¹⁾.

Tab. 4: Eindeutigkeit der Zurechnung von Tätigkeiten zur Freizeit aufgrund von Indexbildung der Ergebnisse von Auswahlfragen (Bundesrepublik 1962)¹⁾

Tätigkeiten	Indexwert
Eindeutig zur Freizeit gehörend:	
Theater, Konzert oder andere kulturelle Veranstaltungen	+ 81
sich ausruhen, etwas schlafen	+ 65
Besuche machen	+ 64
Fernsehen	+ 62
sich mit der Familie beschäftigen	+ 59
einen Einkaufsbummel machen	+ 49
Überwiegend noch der Freizeit zugerechnet:	
mit Nachbarn unterhalten	+ 34
sich am Vereinsleben beteiligen	+ 32
am kirchlichen Gemeindeleben teilnehmen	+ 29
seine Allgemeinbildung verbessern	+ 21
Nicht der Freizeit zugehörig:	
Gartenarbeit	+ 11
um die Schulaufgaben der Kinder kümmern	+ 9
sich mit politischen Fragen beschäftigen	+ 3
sich beruflich weiterbilden	- 6
sich in Berufsverbänden oder anderen Organisationen betätigen	- 6
Das Gegenteil von Freizeit sind:	
Einkaufen	- 28
Hausarbeit	- 57

¹⁾ Ein "Kontrapositionsindex", gebildet durch Abzug der negativen Nennungen ("Gehört nicht zur Freizeit") von den positiven ("Gehört zur Freizeit").

Quelle: Divo-Pressedienst, März 1963

¹⁾ Vgl. (auch zum folgenden) V.Graf Blücher: Stichwort "Freizeit". In: W. Bernsdorf (Hrsg.): "Wörterbuch der Soziologie", 2. Auflage. Stuttgart 1969, S. 307f.

Tab. 5: Verwendung von Freizeit

	Freizeit sollte unbedingt verwandt werden	nein, nicht Freizeit
	%	
für private Angelegenheiten	74	8
zur Erholung	87	6
zur Fortbildung und Entfaltung der Persönlichkeit	39	21
um nach eigenem Belieben verfügen zu können	81	6
zum körperlichen und geistigen Ausgleich zur Berufsarbeit	56	15
für Verpflichtungen gegenüber Gesellschaft und Staat	22	40
zur Erfüllung von persönlichen Interessen und Wünschen	78	6
um zu tun und zu lassen, was man selbst für richtig hält	84	6

Diese Dreigliederung gilt allerdings nur für die Freizeit industriegesellschaftlichen Ursprungs, die im allgemeinen als Komplementärbegriff zu pflichtgebundenen Tätigkeiten verstanden wird. Untersucht man nämlich die Einschätzung der Begriffe Arbeit und Freizeit in der Sozialgeschichte, dann zeigt sich, daß in der Antike Arbeit als persönlichkeitschädigend betrachtet wurde und erst die soziologischen Begleiterscheinungen der Christianisierung eine Aufwertung der Arbeit bewirkten ("ora et labora"), die dann in der Nach-Reformationsepoche zum Selbstwert wird. Muße wird damit zum Müßiggang und daraus hervorgehend wird gefordert, daß auch die Freizeit "sinnvoll gestaltet" werden sollte, daß irgend ein "erkennbares Ziel" ein "sinnvolles Ergebnis der Tätigkeit" in der Freizeit vorhanden sein sollte. Dies um so mehr, als die "Selbstverwirklichung in der Arbeit" durch den Prozeß der Arbeitsleistung nicht mehr vollziehbar sei. Die Freizeitbeschäftigung soll also den Ersatz bilden für "Werte zur Persönlichkeitsbildung", die durch die Arbeit oft nicht mehr gewährt werden. Solche mehr oder weniger bewußten "Sinngewandungen" für Handlungsweisen sind vermutlich in Übergangsphasen für die "Orientierung" des Menschen ganz brauchbar, aber gedanklich sicher nicht immer im voraus zu vollziehen. Oft werden daher einfache "Ritualisierungen" und "Gewohnheiten", die sich im Laufe der Zeit gebildet haben, nachträglich rationalisiert und bewußt gemacht. Wenn man dann gerade einmal nichts sichtbar Sinnvolles tut, das der "Entfaltung" oder "Zerstreuung" dient, dann geschieht dies eben zur Erholung von der Arbeit; oder für die Arbeit, wie dies die alten Arbeitswertlehren forderten.

Welches Gewicht die einzelnen Sinngebungen auch immer besitzen mögen, es scheint sich herauszukristallisieren, daß der Bereich Freizeit nicht mehr als "Sinn des Lebens" oder als Gegensatz zur Arbeit empfunden wird, sondern als autonomer Lebensbereich, der sich zum großen Teil mit der "Privatsphäre" zu decken scheint.

Interessant wäre es, an dieser Stelle einmal die Situation des "Gamblers" zu untersuchen. Hat er Freizeit, und wann könnte dies sein? Wovon sollte er sich erholen? So merkwürdig es klingen mag, auch vom "Nichtstun" ist Erholung notwendig, nämlich z.B. durch Arbeit.

Im Gegensatz zum Begriff "Freizeit", der kaum negativ - also als Gegensatz zu irgend etwas - abgegrenzt werden kann in voller Obereinstimmung mit der Realität, gibt es zum Begriff "Erholung" einigermaßen feste Vorstellungen. Man spricht einmal von Erholung in Form einer teilweisen oder vollständigen Wiederherstellung der individuellen Kräfte eines Menschen durch biochemische Prozesse. Dies kann geschehen im Anschluß an eine Krankheit oder eine sonstige Anstrengung des menschlichen Organismus, die zur Erschöpfung, Ermüdung usw. geführt haben. - Wenn heute bereits Messungen zu diesem Problem vorgenommen werden, muß man sich allerdings klar darüber sein, daß man nur die Symptome erfaßt und nicht die Ermüdung bzw. Erholung selbst.

Zum anderen scheint man sich inzwischen darüber einig zu werden, daß Ermüdung und Erholung nicht rein biochemische Prozesse sind, sondern daß auch eine psychische Seite des Problems vorhanden ist. Den Ausführungen Lomows¹⁾ ist zu entnehmen, daß für jede Tätigkeit des Menschen eine Organisation der psychischen und physischen Funktionen erforderlich ist, die nur eine bestimmte Zeit aufrechterhalten werden kann. Die Dauer hängt vom Verhältnis der vorhandenen Leistungsfähigkeit zur geforderten Leistung, von der Komplexität der erforderlichen "Organisation", von der Motivation des Individuums und von vorhandenen Störfaktoren (z.B. Lärm, Hitze) ab. Den Zerfall der Organisation der psychophysischen Funktionen kann man als Ermüdung bezeichnen.

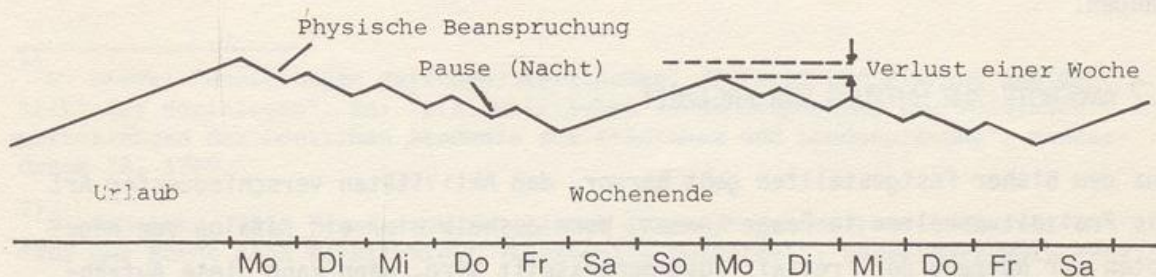
Wurden die im Organismus vorhandenen Kräfte bei der Tätigkeit nur teilweise verbraucht, dann genügt meist eine "Umorganisation", z.B. eine Pause, in der

¹⁾ B. F. Lomow: "Ingenieurpsychologie". Berlin 1964. Vgl. auch G. Franke: "Arbeitspsychologie". Vorlesung an der Universität Erlangen-Nürnberg im Sommersemester 1969.

man etwas anderes tut, um danach weiterarbeiten zu können. Die notwendige "Erholungspause" wird manchmal sogar als erste Kategorie von Freizeit genannt. Wenn man nach einer Pause auch weiterarbeitet, so werden dennoch nicht mehr so viele Energien bereitgestellt wie ursprünglich. Erstens wurde bereits ein Teil der Gesamtleistungsfähigkeit für die Tätigkeit verbraucht, zum anderen werden ständig Energien für die Organisation des "Wachseins" und für mitlaufende Tätigkeiten verbraucht. So kommt es schließlich dazu, daß ein stärkerer Wechsel in der Gesamtsituation als Erholung notwendig wird, nämlich der "Feierabend" als zweite Kategorie von Freizeit und schließlich der Schlaf als völlige Umorganisation der psycho-physischen Funktionen. Daß die Arbeitspause und der Feierabend nicht ausreichen als Phasen der Umorganisation bzw. Erholung, wird heute von der Medizin als sicher erachtet. Möglicherweise könnte ein gesteigerter Bedarf an Erholung auf die wachsende Komplexität (und damit den steigenden Energieaufwand) der Organisation von psycho-physischen Funktionen zurückgeführt werden. Die steigende "Belastung" erfordert schließlich eine weitere Erholung durch biochemische Prozesse bzw. Umorganisation in Form der Wochenendfreizeit (der dritten Kategorie von Freizeit). Nach Ansicht von Medizinern reicht diese aber noch immer nicht aus, da auch am Wochenende nicht mehr der volle Umfang der ursprünglichen Leistungsfähigkeit erreicht wird. Eine vierte Kategorie von Freizeit ist notwendig für die Erholung, nämlich der Jahresurlaub von mehreren Wochen, in dem eine noch stärkere Umorganisation der psycho-physischen Funktionen erreicht und von einseitiger Belastung Ausgleich gefunden werden kann.

Es ergibt sich etwa eine "Rhythmik der Erholung", wie sie in Abb. 1 dargestellt ist¹⁾.

Abb. 1: Rhythmik der psycho-physischen Erholung



1) Vgl. auch L. Czinki: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die Erholungsplanung". In: "Der Landkreis, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung", 8 - 9, 1969, S. 264.

Im Zusammenhang mit dieser Rhythmik sind eventuell auch zwei weitere Kategorien von Freizeit zu sehen. Die Freizeit der Kindheit, in der man Gelegenheit erhält, sein Leistungspotential aufzubauen, und die Freizeit des Alters, in der man häufig nur noch Erholung von Tätigkeiten benötigt, die nicht mehr dem Erwerb der materiellen Grundlage dienen.

Nach diesem empirischen und theoretischen Abriß ist zu konkretisieren, was für die vorliegende Untersuchungsaufgabe "Freizeit" und "Erholung" bedeuten sollen. Mit den Fragen der beiden städtebaulichen Datenerfassungen 1968 und 1969 wurden Aktivitäten angesprochen, die "gemeinhin" als Freizeitbeschäftigung verstanden werden, ohne daß der Befragte "akademische" Überlegungen anzustellen hätte. Es bleibt ungeklärt, inwieweit die Tätigkeiten von den Befragten als zur Freizeit gehörig betrachtet wurden. Durch die Überschrift "Einige Fragen über Nachbarschaft und Freizeitgestaltung" im Fragebogen der Datenerfassung 69, war jedoch der Themenkreis angesprochen.

Für die weitere Behandlung des Materials wurde von der Abgrenzung zu den dargestellten drei Gegensätzen von Freizeit ausgegangen. Es wurde also Freizeit betrachtet als Handlungsspielraum außerhalb der Berufsarbeit, über den nach persönlichen Wünschen und durch eigene Gestaltung bei einem Minimum an Verpflichtungen verfügt werden kann. Ob die untersuchten Aktivitäten auch der Erholung dienen, war mit den gestellten Fragen nicht zu klären. Geht man jedoch davon aus, daß sich Erholung, wie beschrieben, durch einen Wechsel in der Tätigkeit vollzieht, dann ist "Erholung" in den meisten Fällen den gefragten Aktivitäten "immanent". Man sollte sich allerdings klar darüber sein, wie vage diese Aussage über "eine potentiell in den Aktivitäten enthaltene Erholung" ist, solange dazu keine klärenden Untersuchungen (z.B. Messungen) vorgenommen worden sind. Dem Tenor der Untersuchungsaufgabe entsprechend wurde auf das Freizeitverhalten im Urlaub und auf die Freizeit des Alters und der Kindheit nicht näher eingegangen.

0.2 ANGEBOTE ZUR NUTZUNG DER FREIZEIT

Aus dem bisher Festgestellten geht hervor, daß Aktivitäten verschiedenster Art als Freizeitverhalten in Frage kommen. Wenn deshalb hier ein Katalog von Angeboten zur Nutzung der Freizeit zusammengestellt wird, dann kann diese Aufzählung nur eine Anregung für den Planer darstellen, in seinen Überlegungen zur Gestaltung eines "Wohnbereichs" eine Reihe von möglichen Bedürfnissen zu berücksichtigen. Die für die einzelnen Kategorien (z.B. Wohnräume, Balkon, Garten usw.) zusammengestellten Aktivitäten sind keineswegs vollständig, sondern

nur Beispiel dafür, welche Möglichkeiten man anbieten könnte. Was davon tatsächlich genutzt wird, hängt wohl sehr stark von persönlichen Präferenzen, von verfügbarer Zeit und vermutlich in erheblichem Umfang auch von Zeiterscheidungen und Moden ab.

Der stärker architektonisch-baulich akzentuierte Bereich Wohnung, Balkon und eventuell Garten wurde in dieser Untersuchung nur als Hintergrund behandelt, da in erster Linie städtebauliche Gesichtspunkte von Interesse waren. Daß dem "privaten" Wohnbereich jedoch große Bedeutung zukommt, zeigen bereits einige wenige im folgenden wiedergegebene Daten.

0.2.1 MÖGLICHE ANGEBOTE IN DER WOHNUNG UND AM HAUS

Wohnräume

Die Wohnung ist der bei Befragungen meistgenannte Ort, an dem man seine Freizeit verbringt. Nach Drewe¹⁾ und Schelsky²⁾ sind es 66 % der Freizeit, nach Blücher³⁾ bleiben sogar 69 % der in seiner Untersuchung Erfassten in ihrer werktäglichen Freizeit zu Hause. Der Qualität der Wohnung, gerade in bezug auf ihre Nutzung in der Freizeit kommt daher erhöhte Bedeutung zu. Die Wohnung sollte⁴⁾ nicht in erster Linie Ort für passiven Freizeitkonsum für die gesamte Familie sein, sondern sie sollte auch Platz und Möglichkeit bieten, individuellen Hobbys nachzugehen, die die Berufsarbeit ergänzen, wobei man sich unter Umständen von der Familie separieren muß. Betrachtet man die Tabelle der Nennungen von Freizeitbeschäftigungen aus der Untersuchung von Silbermann (Tab.6), so erkennt man, daß die Vielzahl der Aktivitäten in der Wohnung und am Haus (ca. 72 % der Nennungen) eine differenziert nutzbare Wohnung voraussetzen.

1) L. Drewe: "Beziehungen zwischen Freiflächen, Freizeit und Planung aus der Sicht der Soziologen". In: "Die Freiflächen in Landesplanung und Städtebau". Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung", Sonderdruck 12, 1968.

2) H. Schelsky: "Die Paradoxien des Alters in der modernen Gesellschaft". In: "Auf der Suche nach Wirklichkeit (Gesammelte Aufsätze)", Düsseldorf-Köln 1964.

3) V. Graf Blücher: "Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute", Düsseldorf-Köln 1966.

4) H.P. Bahrdt: "Freizeit - Faktor im Wohnungs- und Städtebau". Vortrag, zitiert in: "Neue Heimat", 1970, H. 3.

Tab. 6: Freizeitbeschäftigung an Werktagen

Frage: "Wir haben hier einmal zusammengestellt, was man so im allgemeinen in seiner freien Zeit anfangen kann. Geben Sie mir doch bitte an, was Sie gestern (am letzten Werktag) gemacht haben." (Nach Vorlage einer Liste - Antwortmöglichkeiten vorgesehen)

Mehrfachnennungen	Insgesamt	Männer	Frauen
		%	
Vereinsveranstaltungen besuchen	2	4	1
Sport treiben	2	4	1
beim Sport zuschauen	4	7	2
in ein Restaurant oder eine Wirtschaft gehen	7	12	3
Kartenspielen, Schachspielen u.ä.	5	8	2
Einkaufsbummel machen, Schaufenster ansehen	9	4	13
Tanzen oder ausgehen	3	5	2
ins Theater oder Kino gehen	6	5	6
Besuche machen	9	9	9
Ausflüge machen, spaziergehen	10	10	9
im Garten arbeiten	18	22	14
basteln, handarbeiten, schneiden	13	8	17
Bücher lesen	13	16	11
Zeitungen, Illustrierte lesen	34	40	29
Fernsehen	30	32	28
Musizieren, Schallplatten hören	5	6	4
den Abend ruhig zu Hause verbringen, ausruhen	38	36	39
berufliche Arbeiten erledigen	12	15	10
Bekannte und Freunde zu Besuch haben	8	8	8
Verwandte zu Besuch haben	6	6	6
Radio hören	26	28	24
Summe der Nennungen	260	285	238
davon Beschäftigungen in der Wohnung oder am Haus	196	210	182
Befragte, die angaben, was sie am letzten Werktag in ihrer freien Zeit gemacht haben	96	97	95
Befragte, die nicht Stellung nahmen	4	3	5

Quelle: A. Silbermann: "Vom Wohnen der Deutschen." Köln und Opladen 1963, Tab. 205 und eigene Berechnungen

Tätigkeiten, die in den Wohnräumen während der Freizeit stattfinden können, sind

I. passive rezeptive Verhaltensweisen:

- ausruhen, sich erholen
- Fernsehen, Radio/Schallplatten hören
- lesen

II. verpflichtungsfreie aktive Verhaltensweisen:

- Gespräche
- Geselligkeit, Besuch erhalten
- Musizieren
- sich mit den Kindern beschäftigen
- basteln, handwerkliche Arbeiten
- Körperpflege
- Hausarbeit, Handarbeit (situationsbedingt)
- Hobbys
- (Gartenarbeit)
- Briefe schreiben

Balkon

Wichtige Ergänzung der Wohnung für weitere Varianten der Freizeitaktivitäten sind z.B. die vielseitig nutzbare Eßdiele, der "Hobbyraum" und der Balkon (bzw. Freisitz, Terrasse, Gartenanteil an der Wohnung). Während der Hobbyraum zahlreiche Aktivitäten - besonders lärm erzeugende - aufnimmt, kann der Balkon Raum bieten für Aktivitäten, wie z.B.

- Ausruhen, Sonnen, Schlafen, Lesen
- Kinderspiele (Bodenspiele, Tischspiele, Sandkasten, Wasserbecken, Modelleisenbahn etc.)
- Basteln und Hobbywerken
- Blumenpflege, Pflanzenzucht
- Bewegung, gymnastische Übungen
- Besuch erhalten, Gespräche, abendlicher Umtrunk,
- Grillen etc.

Garten

Der Wunsch nach einem Garten - möglichst am Haus - ist heute bei wachsendem Lebensstandard und bei vermehrter Freizeit größer geworden. Nach Gleichmann¹⁾ wünschen sich 55 % der Nicht-Gartenbesitzer einen Garten, und zwar hauptsächlich für ihre Freizeit (Tab. 7).

¹⁾ P. Gleichmann: "Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt". Stuttgart 1963, S. 54.

Tab. 7: Die Motive der Gartenhaltung

Was meinen Sie, wozu hat man einen Garten?	insgesamt	nach der Stellung zum Garten			nach dem Alter des Haushaltsvorstandes				
		Alle Gartenbesitzer	Kleingärtner	Gartenwünsche	30 Jahre und jünger	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 und älter
Entlastung, Ausgleich, Erholung	34	32	39	39	26	39	35	36	28
Hobby, Liebhaberei	17	21	18	14	18	14	17	22	11
für Kinder	10	8	7	11	16	12	8	7	11
Naturverbundenheit	4	7	7	3	-	3	6	5	6
"Refugium" und fürs Wochenende	5	5	8	5	10	2	2	5	9
Einnahmequelle	7	9	10	7	6	7	7	5	8
für Berufstätige nur Belastung	3	2	1	3	2	5	4	4	2
unklar, sonstige	20	16	10	18	22	18	21	16	25
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: P. Gleichmann: "Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt." Stuttgart 1963

Der Garten kann demzufolge unterschiedliche Funktionen übernehmen:

1. Ausgleich gegenüber beruflicher Arbeit
 - Nichtstun, Ausruhen, Beobachten, Sonnen;
 - mit den Kindern spielen (Rasenspiele, Sandkasten, Klettern, Schaukeln, Baden);
 - Gartenarbeit, soweit sie freiwillig und unverbindlich geschieht, als Entlastung von der Berufsarbeit;
 - Beschäftigung mit Haustieren (Pflege, Zucht).
2. Befreiung von sozialer Überforderung
 - Aufenthalt in einer sich vom alltäglichen Rahmen unterscheidenden Umgebung (z.B. im Kleingarten);
 - zwanglos sein in Kleidung, "Benehmen" und Kontakten;
 - Distanz von räumlich beschränktem "Wohnen", auch von Familienmitgliedern;
 - körperliche Gartenarbeit bzw. intensiv betriebenes arbeitsähnliches Hobby als Ausgleich.
3. Erleichterungen hauswirtschaftlicher Funktionen durch den Garten
 - als Freiraum für Kinder;
 - Erleichterung unverbindlicher sozialer Kontakte mit anderen Kindern und

deren Eltern, Kinderfeste, Gartenspiele, Gespräche über Gartenprobleme, Gerätetausch;

- Entlastung von Aufsichtsfunktionen;
- Erleichterung von Erziehungsaufgaben (Beobachtungen von Vorgängen in der Natur, Experimente, Mutproben, Austoben etc.).

Bei Gärten unterschiedlicher Größe (neben dem wohnungsfernen Kleingarten) gibt es verschiedene Erscheinungsformen:

- den Einzelhausgarten, Doppelhausgarten (Haus im Garten),
- Atriumgarten (Garten im Haus),
- den Garten an eingeschossigem Reihnhaus (Wohnhof, Freisitz, Terrasse am L-Typ und Gartenteil),
- Garten am zweigeschossigen Reihnhaus (Sitzplatz und Gartenstreifen),
- kleiner privater Gartenanteil bei Reihenhäusern und große gemeinschaftlich nutzbare Gartenfläche für Kinderspielplatz, Spiel- und Sportanlage und für Erwachsene Bolzplatz, Wasserspielplatz, Planschbecken, Modellboote-Becken, Schwimmbad (überdacht, geheizt), Autowaschplatz, Reparatereinrichtung, Hobbywerkstatt, Rollerbahn, Rodelberg, Rollschuh/Eislaufplatz;
- Mietergärten bei Mehrfamilienhäusern (Erdgeschoßwohnungen haben Gärten),
- Mietergärten als Pachtgarten in der Nähe des Mehrfamilienhauses,
- Dachgärten, Dachterrassen in Mehrfamilienhäusern, privat oder als gemeinschaftlich zu nutzende Anlage.

0.2.2 MÖGLICHE ANGEBOTE IN DER NÄHE DER WOHNUNG

Zu den Räumen für Freizeitaktivitäten in der Nähe der Wohnung, besonders der Mietwohnung, zählen:

- der Raum zwischen Haus und Straße,
- die Grünanlagen zwischen den Häusern,
- die Gemeinbedarfseinrichtungen im näheren Wohnbereich (Garagenhöfe, Läden etc.),
- die Straße.

In diesen Räumen können - auch unabhängig von vorgegebenen Einrichtungen - für alle Altersstufen und für alle Tages- und Jahreszeiten Aktivitäten entstehen, wie z.B.:

- Spielen (Fangen, Verstecken, Rollschuhlaufen, Rollerfahren, Ballspielen) auf Wohnwegen, ruhigen Straßen, Bürgersteigen, in Garagenhöfen, Ladengruppen;

- Wagenpflegen für Liebhaber,
- Boule oder Bocciaplätze für Mitspieler und Zuschauer,
- Schachplätze, Skatplätze,
- Robinsonspielplätze,
- Spaziergehen "ums Viertel" (bei abendlicher Dunkelheit eher auf der Straße als im Grünzug),
- "Schaufensterbummel" auch in Wohnungsnähe,
- Besuch der Eckkneipe/Eiscafé mit Vorgarten zum Draußensitzen.

0.2.3 MÖGLICHE ANGEBOTE INNERHALB DES GRÖßEREN SIEDLUNGSBEREICHES

Da in größeren Siedlungen mit dem Vorhandensein von unterschiedlichsten Gemeinbedarfseinrichtungen gerechnet werden kann (z.B. Schule, Kindergarten, Altenheim, Einkaufszentrum, kirchliche Zentren, Krankenhäuser, Volkshochschulen), ergibt sich die Möglichkeit, die für diese Siedlung zentralen Freizeiteinrichtungen organisatorisch und eventuell auch baulich zu koordinieren.

Darunter soll verstanden werden:

- "Gemeinschafts-" oder "Nachbarschaftshäuser" mit Klub- und Bastelräumen, Jugendtreffpunkt, Altenklubräumen;
- Mehrzweckhalle für Sport-, Unterhaltungs- und Kulturveranstaltungen,
- Hallen- und Freibad;
- Bücherpavillon mit öffentlicher Bücherei, Lesegarten;
- Sportflächen für Spiele und Hobbysport, auch für Leistungssport unter Anleitung (ohne Vereinsmitgliedschaft) für alle Altersgruppen, Rasenplätze, Hartplätze, Bolzplätze;
- Restaurant, Café mit Möglichkeit zum Draußensitzen, Beat-Lokal, Tanz-Bar;
- Minigolf und Rasenkleingolf, größere Wasserflächen in Verbindung mit Liegewiesen und Baum- und Buschgruppen, größere Spielflächen mit "Abenteuerqualitäten", Mini-go-cart-Bahn;
- Kino (z.B. Kleinkino mit tägl. wechselndem Programm;
- Klub-Kino mit Tanz, Bar etc.);
- Rollschuhbahn, Eisbahn mit Unterhaltung und Restaurant für alle Altersgruppen, Benutzung privat und für Klubs;
- Kleingartenanlage, evtl. mit kleinem öffentlichen Staudengarten, Tiergehege;
- Anbindung an Zentrumsbildungen (Ladengruppen, Einkaufszentren, alter Ortskern, Bahnhof, Nahverkehrsmittel), - dadurch Gelegenheit zum Stadtbummel (Schaufenster, Verkehr, Anonymität, Vergnügungsviertel, kulturelles Angebot). "Innerstädtisches Freiflächenangebot" als Gegensatz zum "Siedlungsgrün".

- Radwanderwege, die aus dem Siedlungsbereich (mit Anbindung an die Stadt) in die Umgebung führen.

0.2.4 MÖGLICHE ANGEBOTE IM NAHBEREICH DER SIEDLUNG

Der Erholungsraum im Nahbereich der Stadt muß durch eine gute Verkehrsanbindung (öffentlicher Nahverkehr, Straßen mit Parkplätzen) erschlossen sein. Der Städter möchte im Umland sowohl die "freie Natur" selbst erleben, etwa:

- Landwirtschaftliche Flächen
- Dörfer
- Wälder (nicht so sehr Forste)
- natürlich belassene Seen, Teiche, Flüsse, Täler
- Berge, Felsen, Schluchten

als auch "Natur" in einer Kombination mit Reizschwerpunkten, wie z.B.:

- Wildgehege (auch als Freigehege für "Fotosafaris" o.ä.)
- Ausflugslokale
- Besonderheiten der Flora
- Aussichtspunkte
- historische Bauwerke (mit Führungen)
- Spiel- und Sportanlagen (auch für größere Sportveranstaltungen)
- Vergnügungsstätten (Modellstädte, Märchenparks)
- Rodelbahnen
- Reitställe mit Leihpferden und Reitwegen, organisierten Ausflügen zu Pferd, Ponys und Kutschen etc.
- Wanderwege auch als Rundwege (für Autofahrer und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel)
- Freibäder oder Badestellen
- größere Gewässer zum Segeln, Paddeln, Rudern, Angeln, Fischen, Tauchen
- Ski-Ausflugsgebiete
- Wochenendhaussiedlungen auch für Wohnwagen, Zelte etc.; auch vermietbar
- Golfplätze, Schießplätze
- organisierte Jagdausflüge, Wanderungen durch Naturschutzgebiete
- Grillplätze im Freien
- Maßnahmen zur ganzjährigen Benutzung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen.

So weit die Aufzählung möglicher Angebote zur Nutzung der Freizeit im "Wohnbereich" und seiner Umgebung. Im folgenden Teil der Untersuchung werden nunmehr Variablen persönlicher sowie in erster Linie städtebaulicher Art, die das Freizeitverhalten beeinflussen können, zu untersuchen sein, um daraus Planungshinweise zu gewinnen für die Gestaltung des engeren und weiteren Wohnbereichs und seiner Umgebung als Raum für Freizeit und Erholung.

1. STUDIE IN AUSGEWÄHLTEN DEMONSTRATIVBAUMASSNAHMEN

Im Rahmen der Datenerfassung 68, die sich auf 16 Demonstrativbaumaßnahmen des Bundes erstreckte¹⁾, wurden von uns erstmalig verschiedene Fragen zur Ausstattung neuer Siedlungen mit Freizeiteinrichtungen gestellt und auch erhoben, wie sich die Bevölkerung in ihrer freien Zeit verhält. Die Ergebnisse waren recht ermutigend, so daß es aussichtsreich erschien, mit den gegebenen Mitteln in dieser Richtung weiterzuforschen. Allerdings war festgestellt worden, daß einige der gestellten Fragen zur Freizeit noch verbessert bzw. durch andere Fragen ersetzt und neue hinzugefügt werden mußten. Da die Untersuchung in 16 DB-Vorhaben wertvolle Hinweise und Ansatzpunkte zur Problematik lieferte, sind diese im folgenden dargestellt und erörtert. Besondere Befunde werden durch einzelne Beispiele verdeutlicht.

1.1 DIE FRAGE NACH DEM EMPFANG VON GÄSTEN

Obwohl ein weiter Zeitraum gesetzt war (ein halbes Jahr) wurde bei dieser Frage erstaunlich oft geantwortet, daß keine "Gäste" kommen (21 %). Offenbar verband man mit dem Wort "Gäste" einen bestimmten formellen Aufwand und rechnete ungewollt sich ergebende Besuche nicht mit ein.

Um nun als Freizeitaktivität in der Wohnung den Empfang von "Gästen" besser in den Griff zu bekommen, wurde in der Datenerfassung 69 nur noch gefragt, ob öfter jemand zu Besuch käme. Es wurden also auch Besuche mit eingeschlossen, die zu empfangen weniger Verpflichtungen mit sich bringt. Der Anteil der Nein-Antworten lag bei der Frage 1969 bei 12 %, also wesentlich niedriger als 1968.

In den untersuchten 16 neuen Siedlungen schwankten die Anteile der Nein-Antworten erheblich und zwar lag die niedrigste Quote bei 10 % in Bremen-Schwachhausen, die höchste bei 29 % in Nürnberg-Langwasser. Aus den objektiven Gegebenheiten und der Struktur der verschiedenen Antworten zur Frage ließ sich entnehmen, daß in Nürnberg-Langwasser einmal die noch unzureichenden öffentlichen Nahverkehrsmittel die Zahl, besonders auswärtiger Besucher, geringer hielten. Zum anderen wurde festgestellt, daß die besondere Sozialstruktur in Bremen-Schwachhausen dieser Aktivität förderlich zu sein schien. Dort war nämlich ein hoher Anteil von Beamten und Angestellten in der Bevölkerung und das Bildungs-

¹⁾Nähere Angaben siehe:

"SIN-Arbeitsbericht - Städtebauliche Datenerfassung 1968. Ergebnisse der Grundauswertung", Nürnberg, Oktober 1969.

niveau vergleichsweise hoch. Es deuteten sich also bereits einige Merkmale an, mit denen die Freizeitaktivität "Empfang von Gästen in der Wohnung" variiert.

Tab. 8: Frage: Kommen zu Ihnen manchmal (mindestens einmal im halben Jahr) Gäste zu einer Party, einem geselligen Beisammensein oder zum gemeinsamen Fernsehen?

Antworten	absolut	%
nein	1 035	21
wenn ja, was sind dies für Leute? (Hier sind mehrere Antworten möglich)		
Freunde oder Bekannte der Kinder	745	15
Verwandte, die hier in der Siedlung oder Stadt/Gemeinde wohnen	1 063	21
Nachbarn	754	15
Freunde oder Bekannte, die keine Nachbarn sind, aber doch in der Siedlung wohnen	895	18
Freunde oder Bekannte, die nicht in der Siedlung, sondern in sonstigen Stadtteilen wohnen	1 978	40
Freunde oder Bekannte, die auswärts wohnen	1 174	23
Verwandte von auswärts	1 590	32
ohne Angabe	105	2

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

1.2 DIE FRAGEN NACH KULTURELLEN AKTIVITÄTEN

Die oben angestellten Beobachtungen, daß Sozialstruktur und Verkehrsanbindung in den neuen Siedlungen mit bestimmten Freizeitaktivitäten im Zusammenhang zu stehen scheinen, ergaben sich bei den Fragen zu kulturellen Aktivitäten noch einmal.

Es waren bei dieser Frage wieder die beiden Siedlungen Bremen-Schwachhausen (14 %) und Nürnberg-Langwasser (4 % mit der Antwort "mehrmals im Monat"), die hervortraten. Schwachhausen mit der besseren Sozialstruktur und Verkehrsanbindung lag bei dieser Antwort eindeutig höher als Langwasser.

Es war hier eine Zusatzfrage gestellt worden für diejenigen, die geantwortet hatten "nur gelegentlich" oder "nie" (Tab. 10). Bei dieser Frage gaben in Nürnberg-Langwasser 44 % der Haushaltsvorstände an, die Entfernungen seien zu groß. In Bremen-Schwachhausen waren es 4 %, die diese Antwort ankreuzten.

Tab. 9: Frage: Wie oft besuchen Sie oder Angehörige Ihrer Familie kulturelle Veranstaltungen wie Theater, Konzerte, Vorträge, Ausstellungen?

Antworten	absolut	%
mehrmals im Monat	316	6
etwa einmal im Monat	640	13
nur gelegentlich	3 051	61
nie	1 013	20
ohne Angabe	90	2

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Tab. 10: Frage: Wenn dies nur gelegentlich oder nie der Fall ist, woran liegt das?

Antworten (hier sind mehrere Antworten möglich)	absolut	%
wir haben wenig Interesse daran	459	11
es ist hier zu wenig Gelegenheit dazu geboten	648	16
die hiesigen Veranstaltungen entsprechen nicht meinem Geschmack	338	8
die Entfernungen sind zu groß	1 037	25
die Kosten sind uns zu hoch	1 132	27
keine Zeit dazu	1 062	26
sonstige Gründe:	833	20
ohne Angabe	983	19

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Weiter fiel bei dieser Frage auf, daß bei der Antwort "es ist hier zu wenig Gelegenheit geboten" in den Siedlungen, die von den Bewohnern als ein abgeschlossenes Wohngebiet betrachtet wurden, die Quote besonders hoch lag, selbst dann, wenn in der Gesamtstadt ein beachtliches kulturelles Angebot vorhanden war. Beispiel ist wieder Nürnberg-Langwasser, wo 1968 das Hauptzentrum (mit Gemeinschaftshaus) noch nicht fertiggestellt und also tatsächlich wenig Gelegenheit in der Siedlung geboten war. Die Antwort stellte dort einen Anteil von 27 %. Diese Quote wird nur noch da übertroffen, wo am Ort insgesamt wenig kulturelle Veranstaltungen geboten werden (z.B. Neuwied-Raiffeisenring: 29 %). Beim Bau einer Trabantenstadt ist es also erforderlich, den kulturellen Bedürfnissen der Bewohner Rechnung zu tragen, selbst dann, wenn die Gesamtstadt ausreichende Möglichkeiten bieten würde. Wo sich ein solches kulturelles Zentrum nicht trägt,

sind zumindest günstige Verkehrsverbindungen zu schaffen.

Für die Gesamtuntersuchung Freizeit und Erholung wird deutlich, wie stark mitunter bestimmte Aktivitäten mit der Ausstattung einer Siedlung in Zusammenhang stehen können, wie wichtig daher eine ausreichende Ausstattung sein kann. Diese These wird erhärtet durch die Antworten zur Frage der Tab. 11.

Tab. 11: Frage: Finden Sie, daß die Nähe zur Stadt einen Ausgleich dafür bietet, daß in der Siedlung das eine oder andere an Geschäften, Bildungs- oder Vergnügungseinrichtungen fehlt?

Antworten	absolut	%
ja	3 122	66
nein	1 629	34
ohne Angabe	359	7

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Der Anteil der Ja-Antworten, der insgesamt etwa zwei Drittel ausmacht, ist wieder in den Siedlungen besonders gering, die nicht in die Gesamtstadt integriert sind, als eigene Siedlungsgebiete betrachtet werden oder wo die Verkehrsanbindung schlecht ist. Auch hier wird dies wieder besonders deutlich in den bereits öfter angeführten Siedlungen Nürnberg-Langwasser und Bremen-Schwachhausen. In der letzteren Siedlung antworteten bei der entsprechenden Frage mit ja 83 %, in Nürnberg-Langwasser dagegen nur 36 %.

1.3 ZUR FRAGE "GRÜNFLÄCHEN UND ERHOLUNGSANLAGEN"

Diese Frage zielte ausdrücklich auf die Meinung der Bewohner zu den Grünflächen und Erholungsanlagen in ihrer Siedlung. Ob diese auch benutzt werden, war damit nicht feststellbar. Die Frage wurde deshalb für die Datenerfassung 69 entsprechend geändert. Auf eine an sich notwendige Stellung von zwei Fragen - einmal nach der Benutzung der Anlagen, und dann auch der Zufriedenheit damit - wurde aus Raummangel verzichtet.

Insgesamt schien man 1968 mit den Anlagen in den 16 DB-Vorhaben recht zufrieden zu sein.

Tab. 12: Frage: Was halten Sie von den Grünflächen und Erholungsanlagen in Ihrer Siedlung und in der näheren Umgebung?

Antworten	absolut	%
zu viele und zu weiträumig	41	1
gut und ausreichend	3 226	75
zu wenige, zu klein	882	20
weiß nicht	155	4
Hinweise für Verbesserungen:		
es fehlen Ruheplätze mit Sitzgelegenheit	1 080	48
die Ruheplätze werden durch Spiel und Lärm gestört	645	29
die Ruheplätze sind zu abgeschlossen, man sieht nichts mehr	19	1
sonstiges:	510	22
ohne Angabe	122	2

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Doch zeigen sich bei der Antwort "gut und ausreichend" erhebliche Unterschiede zwischen den Siedlungen. In Karlsruhe-Waldstadt fanden 92 % die Anlagen gut und ausreichend. Hier waren diese auch "objektiv" gut und zwar sowohl innerhalb der Siedlung als auch in der mit Wegen gut erschlossenen unmittelbaren Umgebung im Hardtwald. Die weitaus geringste Quote bei der Antwort "gut und ausreichend" erhielten die Anlagen in Saarbrücken-Eschberg (52 %). 1968 waren die vorgesehenen Anlagen, besonders der Eschbergpark, noch nicht fertiggestellt. Obwohl sicher viele Bewohner wußten, daß hier noch Änderungen zu erwarten waren, honorierten sie diese Zukunftsaussichten nicht, sondern gaben ihrem gegenwärtigen Mißfallen Ausdruck. Anscheinend erwartete man, daß beim Einzug in ein neues Wohngebiet solche Anlagen bereits vorhanden und benutzbar sind. In der Planung wird man diesen Umstand zwar in Rechnung stellen, aus technischen Gründen wird jedoch immer die Herstellung der Grünflächen erst nach Fertigstellung der Hochbauten möglich sein, das Einwachsen benötigt naturbedingt längere Zeit. Würde der volle Freizeitwert einer Siedlung gleich beim Einzug der neuen Bevölkerung geboten, dann wären vermutlich nicht nur die Wohnraumknappheit und der Mietpreis Hauptumzugskriterien; es könnte dann möglich werden, mit differenzierteren Mitteln u.U. die Zusammensetzung der neuen Wohnbevölkerung zu beeinflussen.

1.4 DIE FRAGEN NACH AKTIVITÄTEN IN VEREINIGUNGEN UND IN DER ABENDZEIT

58 % der Bewohner der 16 neuen Siedlungen gaben 1968 an, keiner losen oder festen Vereinigung anzugehören, deren Zusammenkünfte sie regelmäßig besuchten (Tab. 13).

Tab. 13: Frage: Gehören Sie irgendeiner festen oder losen Vereinigung an, deren Zusammenkünfte bzw. Veranstaltungen Sie regelmäßig besuchen?

Antworten	absolut	%
nein	2 774	58
ja, und zwar (mehrere Antworten sind möglich)		
unserer Siedlungsgemeinschaft	108	2
einer geselligen Vereinigung (Gesangverein, Kegelklub usw.)	476	10
einem Sportverein	734	15
einer interessengebundenen Vereinigung (z.B. für Heimat- und Naturfreunde, Briefmarkensammler, Fotofreunde usw.)	270	6
einem Betriebsverein oder Kollegenkreis	166	3
einer Absolventenvereinigung oder akademischen Verbindung	138	3
einem Berufs- oder Fachverband	488	10
einer sonstigen Vereinigung	381	8
ohne Angabe	306	6

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Allerdings scheint diese Aktivität nur wenig mit den objektiv gebotenen Möglichkeiten in Verbindung zu stehen. Hier ist ein sehr enger Zusammenhang mit der Sozialstruktur festzustellen. Es ist wieder Bremen-Schwachhausen, wo am seltensten verneint wird, einer Vereinigung anzugehören (49 %). Die "gutsituierte" Bevölkerung dieser Siedlung mit relativ hohem Bildungsstand neigt mehr zu solchen Aktivitäten in der Freizeit als z.B. die Bewohner von Hamburg-Lurup, wo 69 % angaben, keiner Vereinigung anzugehören. In Hamburg-Lurup war zur Zeit der Datenerfassung 68 ein hoher Anteil sozial Schwacher, teilweise sogar sog. "Asozialer", angesiedelt. Insgesamt lag hier eine Bevölkerungsstruktur vor, die der von Bremen-Schwachhausen fast konträr war.

(Die Frage der Tab. 13 wurde fast unverändert übernommen in den Fragebogen der Datenerfassung 69.)

Die Frage der Tab. 14 sollte feststellen, wo für diejenigen, die abends manchmal ausgehen, die Attraktion für diese Aktivität liegt.

Tab. 14: Frage: Gehen Sie manchmal abends aus?

Antworten	absolut	%
nein	1 892	38
wenn ja, wo verbringen Sie diese Abende meistens?		
hier in der Siedlung	361	7
in der Innenstadt	872	18
in einem anderen Stadtteil	296	6
in einem anderen Ort	145	3
ist sehr verschieden	1 427	28
ohne Angabe	117	2

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Wenn man von den Nennungen "ist sehr verschieden" absieht, dann scheint für die Bewohner neuer Siedlungen die Innenstadt die meisten Attraktionen zu bieten. Untersucht man nunmehr die Quoten der Nein-Antworten für einzelne Siedlungen, dann finden sich die beiden Extremwerte bei den Nein-Antworten wiederum in Bremen-Schwachhausen (24 %) und Nürnberg-Langwasser (49 %).

Abgesehen von der Sozialstruktur, die in Bremen-Schwachhausen zum Teil das abendliche Ausgehen positiv beeinflussen mag, scheinen es in besonderem Maße wieder die Verkehrsverbindungen im öffentlichen Nahverkehr zu sein, die hier einen Einfluß ausüben. Nürnberg-Langwasser liegt nicht nur in größerer Distanz zur Innenstadt und überhaupt zu anderen Wohngebieten, sondern die Notwendigkeit des Umsteigens vom Bus zur Straßenbahn macht den Weg zu anderen Stadtgebieten eventuell auch psychologisch weiter (die im Bau befindliche U-Bahn ins Zentrum könnte hier Abhilfe schaffen). Von Bremen-Schwachhausen führen dagegen zwei Straßenbahnlinien direkt ins Zentrum. Dies sind wohl noch nicht die günstigsten Verkehrsmittel, doch werden sie offensichtlich so gut bedient, daß sie von der Bevölkerung angenommen werden.

1.5 ZUR FRAGE "VERHALTEN AM WOCHENENDE"

Nach der Feierabendfreizeit, die nach wie vor den größten Anteil am Gesamtfrei-

zeitbudget des Jahres einnimmt, hat die freie Zeit am Wochenende die zweitgrößte Quote. Die Frage der Tab. 15 zielte daher darauf, etwas über das Verbringen der Zeit am Wochenende zu erfahren. Es wurde gefragt, wo "normalerweise" das Wochenende verbracht wird. Wie zu erwarten, antwortete ein sehr großer Teil der Befragten, daß das Wochenende normalerweise in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Garten verbracht wird (62 %).

Tab. 15: Frage: Wo verbringen Sie normalerweise das Wochenende?

Antworten	absolut	%
in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Garten	3 123	62
in der Stadt	20	0
in der näheren Umgebung der Stadt oder Gemeinde (Naherholungsgebiet)	391	8
ich/wir fahre(n) über das Wochenende weg	86	2
ist sehr verschieden	1 446	28
ohne Angabe	44	1

Quelle: SIN-Datenerfassung 68

Zwischen den einzelnen untersuchten Siedlungen gibt es wieder merkliche Unterschiede. Bei der Antwort "in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Garten" lagen die Extremwerte in den Siedlungen Saarbrücken-Eschberg (73 %) und Marl-Drewer (48 %).

Unter der Voraussetzung, daß man am Wochenende Erholung finden kann durch Abwechslung in der Tätigkeit und Abwechslung in der Umwelt, erscheint es, z.B. für Saarbrücken-Eschberg, plausibel, daß dort die Bewohner nicht extra ins "Grüne" bzw. in ein Naherholungsgebiet fahren. Sie haben ihr Grün vor der Haustür. Die Siedlung ist abseits im Grünen angelegt und der Anteil der Eigenheimbesitzer mit Garten ist vergleichsweise hoch. In der Siedlung Marl-Drewer dagegen liegt im Gebiet eine Zeche und in der näheren Umgebung findet sich eine Anhäufung von Industriebetrieben. Hier ist es erklärlich, daß man am Wochenende häufiger ein Naherholungsgebiet aufsucht. Das nahegelegene Sauerland kann viele in der finanziell gut gestellten Arbeiterbevölkerung, die häufiger als in anderen Siedlungen einen Pkw besitzen, zu Wochenendausflügen bewegen.

Es wurde bereits die Erwartung ausgesprochen, daß viele Befragte angeben würden, am Wochenende normalerweise zu Hause zu bleiben. Bei der Formulierung der Frage

ist dies auch nicht verwunderlich. Abgesehen von der Dehnbarkeit des Worts "normalerweise" hat die Frage durch diese Formulierung eine bestimmte Richtung bekommen. Was die Befragten tun, wenn sie einmal nicht ihr normales Verhalten üben, bleibt hier offen. Will man nunmehr wissen, ob vielleicht das potentielle Wochenendverhalten mit anderen Variablen (z.B. der landschaftlichen Umgebung) in Zusammenhang steht, oder wie dieses potentielle Verhalten überhaupt aussieht, dann muß die Frage anders formuliert werden. Es wurde daher, um die genannte Klippe zu umgehen, in der Datenerfassung 69 gefragt, wohin man am "ehesten" geht/fährt, wenn man am Wochenende etwas unternimmt. Bei dieser Frage konnte zwar immer noch geantwortet werden, man bliebe zu Hause, doch konnte man mit ihr potientiell Verhalten besser in den Griff bekommen, wie es geübt wird, wenn man sich nicht an seine Norm hält.

Trotz einiger Mängel bei einzelnen Fragen hatten die Ergebnisse der Untersuchung in 16 DB-Vorhaben im Rahmen der Data 68 einige Aspekte des Freizeitverhaltens in neuen Siedlungen wiedergegeben. Es waren Unterschiede feststellbar zwischen verschiedenen Siedlungen, die vermutlich in Zusammenhang standen mit Merkmalen der städtebaulichen und sozialen Struktur dieser Siedlungen. Ungeklärt war allerdings, ob und inwieweit diese neuen Siedlungen aufgrund der ähnlichen Konzeption, nach der sie entstanden waren, ein für sie typisches Verhalten der Bewohner bedingt hatten. Ferner war zu vermuten, daß in den neuen Siedlungen eine für sie typische Bewohnerschaft lebt, wie sie in älteren Wohngebieten nicht anzutreffen ist.

Um nun zu untersuchen, ob diese Vermutungen hinsichtlich des Freizeitverhaltens zutrafen, um eventuell festzustellen, ob in einer vorgegebenen baulichen Struktur sich die Bewohner anpassen oder die bauliche Struktur den Freizeitbedürfnissen der Menschen anzupassen sei, um mancher Ansicht über "Wert" und "Unwert" neuer Siedlungen nachzugehen, mußte die Möglichkeit gegeben sein, Freizeitaktivitäten und -einrichtungen in den neuen Siedlungen zu vergleichen mit denen älterer Wohngebiete, wo die Bewohnerschaft "gewachsen" war und die Wohnquartiere nach unterschiedlichen städtebaulichen Leitvorstellungen räumlich/baulich entstanden waren.

Mit der Datenerfassung 69¹⁾ wurden deshalb eine Reihe von Freizeitaktivitäten und die Meinungen der Bewohner zur Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen in Wohngebieten unterschiedlicher Entstehungszeit erkundet.

1) Vgl.: "Städtebauliche Datenerfassung 69", Nürnberg 1970.

Die im folgenden (Kapitel 2.1) beschriebenen Auswahlkriterien für die einzelnen Untersuchungsgebiete machten es nicht möglich, Städte zu finden, in denen neben den beiden älteren Wohngebieten auch eine geeignete Demonstrativbaumaßnahme des Bundes vorhanden war. Es wurden deshalb auch andere neue Siedlungen herangezogen, die nach einer ähnlichen städtebaulichen Konzeption im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus vielfach von gemeinnützigen Bauträgern errichtet worden waren. Feststellungen in den so gefundenen neuen Wohngebieten konnten also im wesentlichen auch für Demonstrativbaugebiete zutreffen, da die soziale und städtebauliche Struktur, auf die es ankam, vergleichbar war.

2. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN ZUR NUTZUNG VON FREIZEIT IN AUSGEWÄHLTEN WOHN- BIETEN VERSCHIEDENER ENTSTEHUNGSZEIT

2.1 DIE GEWINNUNG DES MATERIALS

Die Grundlagen für den folgenden Teil der Untersuchungsaufgabe wurden einmal aus einem intensiven Literaturstudium und zum anderen mit Hilfe der Datenerfassung 69 gewonnen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen durchgeführt wurde. Es liegt bereits eine Fülle von Untersuchungen in der Literatur vor, von denen jedoch nur einige sich in erster Linie mit städtebaulich relevanten Fragen der Freizeitgestaltung befassen. Schon aus diesem Grund erschien es notwendig, im Rahmen der städtebaulichen Datenerfassung 1969 einige gegenüber 1968 verbesserte Fragen zum Freizeitverhalten und zur Ausstattung der untersuchten Wohngebiete zu stellen, um vorhandene Wissenslücken aufzufüllen. Daß dies nur unvollständig gelingen kann, ist angesichts der Probleme in diesem Thema verständlich. Für die Ausdehnung und Vertiefung der Problematik werden sicher noch eine Reihe ähnlicher Untersuchungen erforderlich sein. Mit dem Material der vorliegenden Aufgabe können jedoch bereits erste Zusammenhänge und die Richtung für weitere Untersuchungen gewonnen werden.

Zunächst ist aber darzustellen, nach welchen Methoden und Gesichtspunkten bei der Datenerfassung 69 vorgegangen wurde, um empirische Unterlagen zu erhalten. Die Daten wurden auf drei verschiedene Arten gewonnen, nämlich:

1. durch Befragung von "Schlüsselpersonen", d.h. Personen, die über die Stadt und die in der Stadt untersuchten Wohngebiete aufgrund ihrer Stellung und Tätigkeit näheren Einblick besitzen (z.B. Verwaltungsbeamte, Pastoren, Vertreter von Vereinigungen u.ä.);
2. durch primäre Erfassungen in den untersuchten Gebieten (städtebauliche Bestandsaufnahme, u.a. durch Kartierung, Skizzen und Fotos, Sammlung von Plänen und anderen Unterlagen, Vertrautwerden mit den untersuchten Gebieten usw.);
3. durch schriftliche Befragung der Bevölkerung mit Hilfe von verteilten Fragebogen.

Die Aktion wurde durch intensive Öffentlichkeitsarbeit vor allem in der Lokalpresse vorbereitet. Erhoben wurde in jeweils drei verschieden alten Wohngebieten der sechs Städte:

Frankfurt
Stuttgart
Kempten

Wilhelmshaven
Lüneburg
Kiel.

Die Städte waren unter anderem nach den Gesichtspunkten Größe, Lage im Bundesgebiet, in der Landschaft (z.B. Seestadt - Mittelgebirgslage), zentrale Bedeutung und Vorhandensein von geeigneten Untersuchungsgebieten ausgewählt worden.

Die Untersuchungsgebiete wurden - in Zusammenarbeit mit den städtischen Dienststellen - so ausgewählt, daß sie jeweils einen typischen Eindruck " ihrer Zeit" vermitteln. Die Abgrenzung erfolgte einmal nach räumlich-städtebaulichen, zum anderen nach statistischen Gesichtspunkten, wobei besonders die für eine repräsentative Bevölkerungsbefragung für notwendig gehaltene Endmasse von mindestens 300 Wohneinheiten je Untersuchungsgebiet nicht unterschritten werden durfte.

Es wurde in den sechs Städten je ein Wohngebiet herangezogen, das geplant und entstanden war:

nach 1950 (im folgenden A-Gebiete genannt)
um 1930 (im folgenden B-Gebiete genannt)
vor 1910 (im folgenden C-Gebiete genannt)

Über Umfang und Aufteilung der Bevölkerungsbefragung gibt Tab. 16 einen Überblick. Bemerkenswert ist der Rücklauf von 61 % der verteilten Fragebögen. Dabei lagen die A-Gebiete über, die C-Gebiete unter dem Durchschnitt. Neben dem Interesse an Fragen zur Wohnung und zur Stadt konnte sich insgesamt die Öffentlichkeitsarbeit günstig auf den Rücklauf der Fragebögen ausgewirkt haben.

Einige Hauptmerkmale und Kenndaten der 18 im Jahr 1969 untersuchten Gebiete sind in den Tab. 17 und 18 zusammengestellt. Die Gebiete gleicher Entstehungszeit sind nicht immer gleichartig, sondern es bestehen vereinzelt erhebliche Abweichungen in der architektonisch-baulichen und städtebaulichen Struktur.

Fassen wir die Merkmale, in denen die Unterschiede quer durch alle drei Gebietsarten verlaufen, als Palette der Individualität eines jeden Stadtgebietes auf. Sie muß bei den folgenden Betrachtungen der Befragungsergebnisse gegenwärtig sein. Es lassen sich aber auch einige Charakterzüge skizzieren, die das Gruppenimage der drei Gebietsarten ausmachen, ohne unbedingt für jeweils alle sechs Städte zuzutreffen:

Tab. 16: Anzahl der Wohnungen und Auswahlatz sowie Zahl der verteilten und zurückgelaufenen Fragebögen in den untersuchten Gebieten

Stadt	Gebiet	Zahl der Wohnungen	Auswahl- satz	ver- teilte Frage- bogen	davon ausge- füllt zurück		
					absol- lut	%	
	Name	Art	WoE ¹⁾	%			
Frankfurt	Nordweststadt	A	6 408	14	887	494	55,7
	Römerstadt	B	1 126	50	549	340	62,0
	Eckenheim	C	370	100	375	153	40,8
Stuttgart	Fasanenhof	A	2 878	33	966	583	60,3
	Raitelsberg	B	750	100	654	276	42,2
	Heslach	C	868	100	698	238	34,1
Kiel	Projensdorf	A	1 360	50	671	531	79,1
	Westring	B	2 600	33	831	475	57,4
	Königsweg	C	1 300	50	583	369	63,4
Wilhelmshaven	Altengroden	A	787	100	771	580	75,2
	Siebethsburg	B	2 666	33	872	680	78,0
	Bant	C	665	100	582	255	43,9
Lüneburg	Bockelsberg-W	A	630	100	612	465	76,0
	a.d. Höhe	B	612	100	642	408	63,1
	St. Nikolai	C	560	100	401	217	54,2
Kempten	a.d. Bühl	A	637	100	643	500	77,8
	Haubenschloß	B	580	100	540	333	61,7
	Stiftstadt	C	316	100	243	120	49,2
zusammen	in allen Städten	A	12 700	36	4 550	3 153	69,3
		B	8 334	49	4 092	2 512	61,4
		C	4 079	71	2 882	1 352	46,9
Summe	aller Gebiete		25 113	46	11 524	7 017 ²⁾	60,8

1) Die Zahlen beruhen auf Angaben und Schätzungen, sie stimmten nicht immer mit den von SIN vorgefundenen Zahlen überein. Daher die Abweichungen in der drittletzten Spalte.

2) Längere Zeit nach Abschluß der Befragungsaktion liefen noch vereinzelt weitere auswertbare Fragebögen ein. Die Anzahl erhöhte sich dadurch auf 7 038.

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

- A: Neubaugebiet nach Gesamtplan, einheitliches Baualter; am Stadtrand; reines Wohngebiet, mit mehr oder minder großem örtlichem Ladenzentrum; geringe Wohndichte, offene Bauweise, viel Freiflächen; große Verkehrsflächen, wenig fließender Verkehr.
- B: Baugebiet nach Plan der 20er Jahre, später z.T. ergänzt; am Innenstadtrand; reines Wohngebiet teils Hausketten - teils offene Bebauung; weniger öffentliche Freiflächen, teils Gärten am Haus; enge Straßen, ungenügende Parkmöglichkeiten.
- C: Meist um 1900 erbaut, teilweise aber auch schon früher, bzw. später ergänzt; Innenstadt; Mischgebiet mit Streuläden und Hinterhofgewerbe; geschlossene Bebauung; hohe Dichte, wenig Freiflächen; enge weil überlastete Straßen mit überörtlichem Verkehr.

Es wurden bei der Bevölkerungsbefragung insgesamt 74 Fragen gestellt. Davon befaßten sich 14 Fragen direkt oder indirekt mit Freizeitverhalten und Ausstattung der Siedlung mit Freizeiteinrichtungen. Neben den demographischen Angaben wurde außerdem gefragt nach Wohnung und Miete, Verkehrsverhältnissen, Wohnungswechsel, nach dem Wohngebiet und dem Verhältnis von Bürger und Stadt. Im Rahmen der Datenerfassung 69, die Material für viele Problembereiche bringen sollte, nahm die Freizeit einen erheblichen Raum ein. Damit war es möglich, zu einigen Hauptbereichen des Freizeitverhaltens Unterlagen für eine Auswertung zu erhalten. Mit der Bevölkerungsbefragung im Rahmen der Datenerfassung 69 ist die Gelegenheit gegeben, Daten zu städtebaulichen Grundlagen sowie zu Detailfragen systematisch zwischen Baugebieten verschiedenen Alters und Typs im gesamten Bundesgebiet zu vergleichen.

2.2 SOZIO-ÖKONOMISCHE STRUKTUR DER VERSCHIEDEN ALTEN WOHNGEBIETE

Wenn man annimmt, daß das Freizeitverhalten in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschieden ist, dann erscheint es notwendig, in einigen Zügen den sozio-ökonomischen Hintergrund in den untersuchten Wohngebieten darzustellen. Nach Scheuch sieht die Rangordnung der Determinationskraft einiger Variablen wie folgt aus¹⁾:

1. Starke Determination vieler Verhaltensweisen in der Freizeit:

Alter	Rolle Berufstätig
Schulbildung	Rolle Hausfrau

¹⁾ E.K. Scheuch: "Soziologie der Freizeit", S. 784

Tab. 17: Kenndaten und Merkmale der untersuchten A-Gebiete

Gebiete	Lage zur City	Entfernung zur City	erbaut geplant	Art, Nutzung, Gebäudehöhe	insg. ha	Flächen Bauflächen	Verkehr	Einwohner (1 000)	MoE	Anteil Einfamilienhäuser	Mohndichte E/ha	Siedlungsdichte E/ha
Frankfurt-Nordweststadt	an Schnellstr., U-Bahn	6 km 30 Min.	1960	reines Wohngebiet, Gebäudehöhe unterschiedlich	168	86	7,5	25	7 530	7,7	174	150
Stuttgart-Fasanenhof	nahe Wald u. BAB City fern	7 km 30-45 Min.	1960	reines Wohngebiet, 3-5gesch., Hochhaus	78,3	68,7	19,1	9,7	2 905	5,4	181	124
Kiel-Projensdorf	Stadtstrand	5 km 20 Min.		reines Wohngebiet, meist 3-4gesch.	33,3	87,5	10,5	4,6	1 360	5,7	157	137
Wilhelmshaven-Altengroden	nördl. d. Innenstadt	4 km 20 Min.	1959	reines Wohngebiet, 2-4, 3 gesch.	50,1	66	7,0	2,9	860	47,2	87	58
Lüneburg-Bockelsberg-W.	Stadtstrand gute Ver- bindung	2,5 km 15 Min.	1955-1958	reines Wohngebiet, 2-3gesch.	21,2	88	8,5	2,0	630	67,5	113	100
Kempten a. d. Bühl	auf Anhöhe isoliert	1 km 15 Min.	1960	reines Wohngebiet, 2-4-9gesch.	19,8	68	13,6	2,4	716	8,2	178	121
allg. Durchschnitt Streubereich	Stadtstrand	stadtdfern	1955-1969	reines Wohngebiet 2-4-8gesch.	- 19-168	74 66-88	11,0 7-19	- 2-25	- 630-7 530	23,5 5-67	148 87-181	115 58-150

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Tab. 18: Kenndaten und Merkmale der untersuchten B-Gebiete

Gebiete	Lage zur City	Entfernung zur City	erbaut geplant	Art, Nutzung Gebäudehöhe	insg. ha	Flächen Bauflächen	Verkehr	Einwohner (1 000)	MoE	Anteil Einfamilienhäuser	Mohndichte E/ha	Siedlungsdichte E/ha
Frankfurt-Römerstadt	an Schnellstr., U-Bahn	5 km 30 Min.	1928	reines Wohngebiet, 2-gesch. Häuserzeilen	31,3	85	7	2,75	1 120	51	104	88
Stuttgart-Raitelsberg	auf Anhöhe	2 km	1927/ 1928	reines Wohngebiet, Häuserzeilen	5,0	80	20	1,6	650	1	397	317
Kiel-Mestring	nahe Innenstadt	1 km	1930 und 19., 20. Jahrhundert	reines Wohngebiet, lockere Bebauung, 2-5gesch.	16,8	86	13,5	6,4	2 600	0,6	442	397
Wilhelmshaven-Stebethsburg	Innenstadt-rand	1,5 km	1904 1935	reines Wohngebiet, lockere Bebauung, 2-3gesch.	64,2	81	11	6,5	2 660	1,1	126	102
Lüneburg a. d. Höhe	Anhöhe Fußwegentfernung	1,5 km	1935 1950	lockere Bebauung, rechtwinklig	20,1	87	12	1,9	640	20	90	78
Kempten-Haubenschloß	auf Anhöhe	1 km	1928 1950	lockere Bebauung, 2-4gesch.	13,6	83	17	1,4	580	13,6	126	104
allg. Durchschnitt Streubereich	Nähe City	Stadt-bereich	1927 1935	geschl. und locker Beb., 2-5gesch.	5-64	83,4 80-87	13,4 7-17	1,4-6,5	580-2 660	12,9 1-51	193 90-442	161 78-379

Tab. 18: Fortsetzung
 Kenndaten und Merkmale der untersuchten C-Gebiete

Gebiete	Lage zur City	Entfernung zur City	erbaut geplant	Art, Nutzung Gebäudehöhe	insg. ha	Flächen Bauflächen	Verkehr	Einwohner (1 000)	MoE	Anteil Einfamilienhäuser	Mohndichte	Siedlungsdichte
						%	%	(1 000)		%	E/ha	E/ha
Frankfurt-Eckenheim	außerhalb City	4,5 km	1800-1960	Mischgebiet Hinterhofgew.	12,7	88	11	0,95	370	14,4	84	74
Stuttgart-Heslach	außerh. City Talmulde	3 km	1900	Mischgebiet Hinterhofgew. Streuläden	8,0	81,5	18,5	2,2	868	1,8	335	277
Kiel-Königsweg	grenzt an Innenstadt	0,5 km	19. Jahrh.	Mischgebiet Streugewerbe Hinterhof	7,3	85	12	3,3	1 300	0,9	535	454
Wilhelmshaven-Bant	zwischen City und Hafen	0,5 km	1878	Mischgebiet 1-gesch. mit Garten	22,5	78	14	1,5	580	ca. 100	85	66
Lüneburg-St. Nikolai	Innenstadt	0,5 km	14.-15. Jahrh.	Kerngebiet Mischgebiet geschl. Beb.	7,9	70	19	1,4	560	9,3	260	181
Kempten-Stiftstadt	Innenstadt	0,5 km	1800-19. Jhd.	Mischgebiet 3-4gesch.	7,8	80	20	0,8	310	8	128	101
allg. Durchschnitt Streubereich	an/in City	Innenstadt	1800-1900	Mischgebiet Hinterhofgew.	-	80,4 70-88	15,8 11-20	- 0,8-3,3	- 310-1 300	- 1-100	238 84-535	192 66-454

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

2. Mittlere Determination vieler Verhaltensweisen in der Freizeit:

Geschlecht Stellung im Lebenszyklus
 Art des Berufs Wohnort Stadt/Land

3. Schwächere Determination vieler Verhaltensweisen in der Freizeit:

Individualeinkommen
 Autobesitz Haushaltseinkommen

Für die in der Datenerfassung 69 untersuchten 18 Gebiete in sechs Städten ergeben sich die im folgenden ausgeführten Verhältnisse.

2.2.1 ALTER, GESCHLECHT, FAMILIENSTAND UND SCHULABSCHLUSS

Die Altersstruktur der Haushaltsvorstände in allen Gebieten zusammen weist eine ähnliche Verteilung auf wie die in der BRD. Auffallend ist, wie zu vermuten war, daß die A-Gebiete eindeutige Unterschiede in der Altersstruktur zeigen gegenüber den B- und C-Gebieten. Während in den A-Gebieten die jüngeren und mittleren Altersgruppen überwiegen, sind in den B- und C-Gebieten die älteren Haushaltsvorstände dominierend, wobei in den C-Gebieten allerdings ein höherer Prozentsatz der Jüngeren wieder feststellbar ist (Tab. 19).

Tab. 19: Altersstruktur der Haushaltsvorstände in der BRD (1965) im Vergleich zur Altersstruktur in den 1969 untersuchten sechs Städten sowie in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wie alt ist der Haushaltsvorstand?	BRD %	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
		abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)	um 1930 (B-Gebiete)	vor 1910 (C-Gebiete)		abs.	%
unter 25 Jahre	3,6	118	1,7	22	0,7	49	2,0	47	3,4
25 bis 34 Jahre	17,2	1 247	17,9	814	26,3	236	9,4	197	14,5
35 bis 44 Jahre	18,0	1 344	19,3	876	28,3	276	11,0	192	14,1
45 bis 54 Jahre	17,2	1 169	16,8	639	20,6	345	13,8	185	13,6
55 bis 64 Jahre	22,0	1 513	21,7	461	14,9	699	27,9	353	26,0
65 Jahre u. älter	22,0	1 569	22,5	285	9,2	898	35,8	386	28,4
beantwortet von	-	6 960	100	3 097	100	2 503	100	1 360	100
ohne Angabe	-	78	1,1	49	1,6	20	0,8	9	0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie E, "1 %-Wohnungstichprobe 1965", H. 3, Wiesbaden 1970 und SIN-Datenerfassung 69

Bei Unterschieden im Freizeitverhalten in den drei Gruppen von Wohngebieten ist also evtl. zu berücksichtigen, daß die Variable Alter einen Einfluß haben könnte.

Ähnliche Unterschiede zwischen den Gruppen der Wohngebiete ergeben sich für die Geschlechterverteilung bei den Haushaltsvorständen (Tab. 20). Hier sind ebenfalls mögliche Einflüsse in Rechnung zu stellen. In den älteren Wohngebieten ist der Prozentsatz der weiblichen Haushaltsvorstände doppelt so hoch wie in den A-Gebieten.

Tab. 20: Anteile der männlichen und der weiblichen Haushaltsvorstände in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Geschlecht	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
männlich	5 596	79,9	2 738	87,3	1 879	74,9	979	72,0
weiblich	1 407	20,1	398	12,7	629	25,1	380	28,0
beantwortet von	7 003	100,0	3 136	100,0	2 508	100,0	1 359	100,0
ohne Angabe	35	0,5	10	0,3	15	0,6	10	0,7

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Ein Blick auf die Verteilung des Familienstandes bei den Haushaltsvorständen zeigt auch einen hohen Prozentsatz an Verwitweten in B- und C-Gebieten (Tab. 21). Auch dieser Umstand sollte evtl. mit in die Überlegungen zur Erklärung unterschiedlichen Freizeitverhaltens einbezogen werden.

Tab. 21: Familienstand der Haushaltsvorstände in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Familienstand	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
ledig	333	4,7	133	4,2	101	4,0	99	7,2
verheiratet	5 402	77,0	2 691	85,7	1 772	70,7	939	68,7
verwitwet	1 057	15,1	226	7,2	553	22,0	278	20,4
geschieden	222	3,2	90	2,9	82	3,3	50	3,7
beantwortet von	7 014	100,0	3 140	100,0	2 508	100,0	1 366	100,0
ohne Angabe	34	0,3	6	0,2	15	0,6	3	0,2

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Eine weitere wichtige Variable in Bezug auf Freizeitverhalten ist nach Scheuch der Schulabschluß. Wie der Tab. 22 zu entnehmen ist, sind es wieder die älteren Wohngebiete, in denen im Verhältnis mehr Volksschüler und weniger Haushaltsvorstände mit höherer Schulbildung leben.

Bedenkt man, daß die Prozentsätze der älteren Haushaltsvorstände, der Frauen und der Verwitweten in den älteren Wohngebieten relativ hoch sind und daß die Bildungschancen früher und vor allem für Frauen geringer waren, dann erscheint dieses Ergebnis plausibel.

Welche Einflüsse von den bisher dargestellten Variablen auf das Freizeitverhalten ausgehen, soll an anderer Stelle gezeigt werden. Zunächst werden noch einige weitere Merkmale für die Lebens- und Wohnverhältnisse in den untersuchten Gebieten darzustellen sein.

Tab. 22: Schulabschluß der Haushaltsvorstände in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Schulabschluß	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Volksschule/ Berufsschule	3 878	56,4	1 379	44,6	1 531	62,4	968	73,0
mittlere Reife	1 052	15,3	549	17,8	353	14,4	150	11,3
Abitur	294	4,3	191	6,2	78	3,2	25	1,9
Berufsfach- oder Fach- schule	784	11,4	398	12,9	262	10,7	124	9,4
höhere Fach- schule (Ing.- Schule, Akade- mie ohne Hoch- schulcharakter	431	6,3	282	9,1	112	4,6	37	2,8
Universität, Hochschule	432	6,3	292	9,4	118	4,8	22	1,7
beantwortet von	6 871	100,0	3 091	100,0	2 454	100,0	1 326	100,0
ohne Angabe	167	2,4	55	1,7	69	2,7	43	3,1

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

2.2.2 MERKMALE DER HAUSHALTE UND HERKUNFT DER HAUSHALTSVORSTÄNDE

Die Verteilung der Haushaltsgrößen bei der Datenerfassung 69 (Tab. 23) deckt sich nicht so sehr mit der Verteilung in der BRD wie bei der Altersstruktur. Evtl. läßt sich jedoch der geringe Prozentsatz der Einpersonenhaushalte damit erklären, daß die Anstalts- und die Untermieterhaushalte unterrepräsentiert sind.

Für unsere Untersuchung ergibt sich, daß die Ein- und Zweipersonenhaushalte in den älteren Wohngebieten unterrepräsentiert sind, die Drei- und Mehrpersonenhaushalte dagegen in den A-Gebieten dominieren. Die Übersicht zur Zusammensetzung der Haushalte zeigt genauer, welche Personen jeweils im Haushalt leben (Tab. 24).

Tab. 23: Anteile der Gruppen von Haushaltsgrößen in der BRD (1965) und bei den Haushalten in den 1969 untersuchten sechs Städten sowie in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wieviel Personen (ohne Untermieter) leben ständig in Ihrem Haushalt?	BRD		zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren				
	%	abs.	%	abs.	nach 1950 (A-Gebiete)	um 1930 (B-Gebiete)	vor 1910 (C-Gebiete)	abs.	%
1 Person	23,0	1 061	15,3	253	8,1	521	21,1	287	21,5
2 Personen	28,9	2 129	30,8	674	21,7	975	39,4	480	36,0
3 Personen	21,2	1 602	23,2	767	24,7	532	21,5	303	22,7
4 Personen	15,3	1 304	18,8	858	27,6	285	11,5	161	12,1
5 Personen und mehr	11,6	822	11,9	558	18,0	160	6,4	104	7,6
beantwortet von	-	6 918	100,0	3 110	100,0	2 473	100,0	1 335	100,0
ohne Angabe	-	120	1,7	36	1,1	50	2,0	34	2,5
durchschnittliche Anzahl von Personen im Haushalt	2,7 ¹⁾		2,8		3,4		2,5		2,5

1) Durchschnitt BRD: April 1968

Quelle: SIN-Datenerfassung 69; Statistisches Bundesamt: Fachserie E, "1%-Wohnungsstichprobe 1965", H. 3, Wiesbaden 1970. Derselbe Hrsg.: "Statistisches Jahrbuch 1969." Wiesbaden 1969

In den A-Gebieten dominieren vor allem die "Normalfamilien", also Eltern mit unverheirateten Kindern, während der Anteil dieser Familien in den älteren Wohngebieten zugunsten der Einpersonen- und Ehepaarhaushalte ohne Kinder geringer ist.

Inwieweit zwischen Haushaltsgröße bzw. Zusammensetzung und Freizeitverhalten ein Zusammenhang besteht, muß allerdings noch geklärt werden. Daß die freie Zeit bei Ehepaaren mit Kindern anders strukturiert sein wird als bei den übrigen Gruppen, ist nur zu vermuten. Ebenfalls zu klären wäre evtl. der Einfluß von Wohndauer im Gebiet und Herkunft des Haushaltsvorstandes. Verschiedene Vertrautheit mit der Umgebung könnte ebenfalls Einfluß haben auf die Freizeitaktivitäten.

Tab. 24: Personelle Zusammensetzung der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wie setzt sich Ihr Haushalt personell zusammen?	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Einpersonenhaushalt	1 074	15,7	253	8,2	527	21,5	294	22,3
Ehepaar ohne Kinder (oder mit Kindern, die nicht im Haushalt wohnen)	1 822	26,6	579	18,8	843	34,5	400	30,4
Eltern und unverheiratete Kinder	3 473	50,7	2 046	66,4	910	37,2	517	39,3
Eltern und verheiratete Kinder ohne Enkel	76	1,1	40	1,3	24	1,0	12	0,9
"Drei Generationen" Großeltern-Eltern-Kinder	219	3,2	114	3,7	60	2,5	45	3,4
Großeltern und Enkel	51	0,7	9	0,3	29	1,2	13	1,0
Mehrpersonenhaushalt mit weiteren Verwandten	84	1,2	29	0,9	38	1,6	17	1,3
Mehrpersonenhaushalt mit familienfremden Mitgliedern	45	0,7	11	0,4	15	2,6	19	1,4
beantwortet von	6 844	100,0	3 081	100,0	2 446	100,0	1 317	100,0
ohne Angabe	194	2,8	65	2,1	77	3,1	52	3,8

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Wie Tabelle 25 zeigt, ist die Wohndauer zwar verschieden in den unterschiedlich alten Gebieten; da jedoch die Mehrzahl der Befragten bereits mehrere Jahre im Gebiet wohnt, ist es zunächst unwahrscheinlich, daß Unterschiede im Freizeitverhalten auf die Wohndauer zurückgeführt werden können.

Tab. 25: Wohndauer der Haushaltsvorstände in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wie lange wohnen Sie schon in Ihrer Wohnung?	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
weniger als 1 Jahr	468	6,8	217	7,0	142	5,7	109	8,3
1- 2 Jahre	555	8,1	260	8,4	169	6,8	126	9,6
2- 4 Jahre	865	12,6	529	17,1	206	8,3	130	9,9
4- 6 Jahre	1 286	18,7	1 000	32,2	176	7,1	110	8,4
6-10 Jahre	1 384	20,1	996	32,1	242	9,8	146	11,1
10-20 Jahre	1 055	15,3	100	3,2	679	27,5	276	21,0
20-30 Jahre	427	6,2			286	11,6	141	10,7
mehr als 30 Jahre	848	12,3			571	23,1	277	21,1
beantwortet von	6 888	100	3 102	100	2 471	100	1 315	100
ohne Angabe	150	2,1	44	1,4	52	2,1	54	3,9

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Betrachtet man zusätzlich die Herkunft der Haushaltsvorstände (Tab. 26), dann erscheint es plausibel, diese Variablen zu vernachlässigen.

Jeweils um etwa 80 % sind innerhalb des gleichen Ortes umgezogen oder sind aus dessen näherer Umgebung zugezogen, so daß eine weitgehende Ortskenntnis vermutet werden kann. Berücksichtigt man, daß nicht nur die Vertrautheit mit der Umgebung, sondern z.B. auch Variablen wie die Neugier förderlich sein können für Freizeitaktivitäten, dann könnten durch Kompensation mögliche Unterschiede wegfallen.

Tab. 26: Herkunft der Haushaltsvorstände in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wo haben Sie gewohnt, bevor Sie in Ihre jetzige Wohnung gezogen sind?	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
auch hier in diesem Wohngebiet	1 605	24,6	297	9,7	818	35,8	490	41,9
in einem anderen Stadtteil	3 244	49,8	1 830	59,7	986	43,2	428	36,6
in einem Ort in der Nähe dieser Stadt	484	7,4	260	8,5	142	6,2	82	7,0
in einem weiter entfernten Ort	1 228	18,8	693	22,6	355	15,5	180	15,4
beantwortet von	6 519	100	3 066	100	2 283	100	1 170	100
ohne Angabe	519	7,4	80	2,5	240	9,5	199	14,5

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

2.2.3 BERUF, EINKOMMEN, MIETE UND WOHNUNG

Als weitere mögliche Merkmale, die Einfluß auf das Freizeitverhalten nehmen könnten, kommen die Erwerbstätigkeit, das "verfügbare Einkommen" und die Wohnung in Frage.

Für die Erwerbs- bzw. Nichterwerbstätigkeit ergibt sich das Bild, wie es Tab.27 zeigt.

Zunächst fällt auf, daß in den älteren Wohngebieten ein über doppelt so hoher Anteil an Nichterwerbstätigen lebt als in den A-Gebieten. Außerdem wohnen in den älteren Gebieten mehr Selbständige und Arbeiter, dafür weniger Beamte.

Wenn sich ergeben sollte, daß diese Merkmale mit dem Freizeitverhalten zusammenhängen, dann sind sie bei Vergleichen unter den verschiedenen Wohngebietsgruppen konstant zu halten.

Tab. 27: Erwerbs- bzw. Nichterwerbstätigkeit bei Haushaltsvorständen in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Ist der Haushaltsvorstand erwerbstätig	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
nein, Haushaltsvorstand ist Rentner/Pensionär oder Sozialhilfeempfänger	2 108	95,8	448	93,7	1 139	97,4	521	94,2
noch nicht erwerbstätig	26	1,2	4	0,8	11	0,9	11	2,0
z.Zt. nicht erwerbstätig	66	3,0	26	5,4	19	1,6	21	3,8
Nichterwerbstätige zusammen	2 200	100	478	100	1 169	100	553	100
ja, Haushaltsvorstand ist überwiegend tätig als Selbständiger/zus. davon Unternehmer (Industrie, Bau, Großgewerbe)	528	11,1	209	8,1	162	12,3	157	19,8
Kleingewerbetreibender	45	1,0	17	0,7	9	0,7	19	2,4
Handwerker	167	3,5	50	1,9	48	3,6	69	8,7
freiberuflich Tätiger	139	2,9	83	3,2	39	2,9	17	2,1
Einzelhandelskaufmann	68	1,4	25	1,0	22	1,7	21	2,7
mithelfende Familienangehörige	4	0,1	2	0,1	1	0,1	1	0,1
sonstiger Erwerbstätiger	51	1,1	14	0,5	25	1,9	12	1,5
Arbeiter/zus. davon angelernter/ungelernter Arbeiter	1 163	24,6	446	17,1	425	32,2	292	36,9
Heimarbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorarbeiter/Facharbeiter	695	14,7	270	10,4	270	20,4	155	19,6
Meister ohne Angestelltenstatus	47	1,0	19	0,7	20	1,5	8	1,0

Tab. 27: Fortsetzung

Erwerbs- bzw. Nichterwerbstätigkeit bei Haushaltsvorständen in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Ist der Haushaltsvorstand erwerbstätig	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
			abs.	%	abs.	%	abs.	%
Angestellter/zus.	1 834	38,7	1 023	39,3	533	40,2	278	35,1
davon mit einem Nettomonatsverdienst unter DM 700	205	4,3	70	2,7	75	5,7	60	7,6
mit einem Nettomonatsverdienst von DM 700 bis DM 1.300	1 159	24,5	628	24,1	352	26,5	179	22,6
mit einem Nettomonatsverdienst über DM 1.300	470	9,9	325	12,5	106	8,0	39	4,9
Beamter/zus.	1 189	25,2	925	35,4	203	15,3	61	7,7
davon im einfachen und mittleren Dienst (bis einschl. Hauptsekr.)	591	12,5	454	17,4	104	7,8	33	4,2
im gehobenen Dienst (bis einschl. Oberamtmann)	397	8,4	303	11,6	71	5,4	23	2,9
im höheren Dienst (ab Regierungsrat)	201	4,3	168	6,4	28	2,1	5	0,6
Sonstige								
Lehrling/Praktikant, Volontär	11	0,2	5	0,2	3	0,2	3	0,4
Erwerbstätige zus.	4 725	100	2 608	100	1 326	100	791	100
nach Erwerbs- bzw. Nichterwerbstätigkeit:								
Erwerbstätige	4 725	68,2	2 608	84,5	1 326	53,1	791	58,9
Nichterwerbstätige	2 200	31,8	478	15,5	1 169	46,9	553	41,1
beantwortet von	6 925	100	3 086	100	2 495	100	1 344	100
ohne Angabe	113	1,6	60	1,9	28	1,1	25	1,8

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Bereits aus dem hohen Anteil der Nichterwerbstätigen in den älteren Wohngebieten lassen sich Schlüsse ziehen, daß auch die Einkommensstruktur in den unterschiedlich alten Wohngebieten verschieden sein wird. Tab. 28 gibt hier einen Überblick.

Tab. 28: Nettohaushaltseinkommen der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Gruppen der Nettohaushaltseinkommen	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
			nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
unter DM 250	78	1,2	19	0,6	27	1,2	32	2,7
DM 250 - DM 399	204	3,2	33	1,1	98	4,4	73	6,2
DM 400 - DM 649	680	10,7	102	3,5	354	16,0	224	18,9
DM 650 - DM 799	835	13,2	218	7,4	394	17,8	223	18,8
DM 800 - DM 1.199	2 088	32,9	1 013	34,5	717	32,2	358	30,2
DM 1.200 - DM 1.499	1 136	17,9	668	22,8	327	14,7	141	11,9
DM 1.500 - DM 1.799	537	8,5	353	12,0	123	5,5	61	5,1
DM 1.800 - DM 1.999	259	4,1	171	5,8	59	2,7	29	2,4
DM 2.000 - DM 2.499	321	5,1	218	7,4	76	3,4	27	2,3
DM 2.500 - DM 3.499	139	2,2	98	3,3	27	1,2	14	1,2
DM 3.500 und mehr	60	0,9	41	1,4	15	0,7	4	0,3
beantwortet von	6 337	100	2 934	100	2 217	100	1 186	100
ohne Angabe	701	10,0	212	6,7	306	12,1	183	13,4
durchschnittliches Nettohaushaltseinkommen (DM)	1.173.--		1.362.--		1.035.--		935.--	

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Erwartungsgemäß liegen die durchschnittlichen Haushaltseinkommen in den älteren Wohngebieten niedriger als in den A-Gebieten. Wenn auch die Schwerpunkte jeweils im Bereich zwischen 800 und 1.200 DM liegen, so streuen die übrigen Werte in den älteren Gebieten stärker nach unten, in den A-Gebieten dagegen mehr in Richtung der oberen Einkommensgruppen.

Deshalb sollen lediglich die Nettomieten dargestellt (Tab. 29) und mit Hilfe der jeweiligen Durchschnittswerte für Miete und Einkommen einige grobe Anhaltspunkte gewonnen werden. Aus der Differenz der durchschnittlichen Nettomieten

Tab. 29: Nettomiete der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wie hoch ist die Nettomiete Ihrer Wohnung (ohne Heiz- und andere Nebenkosten) bzw. die monatliche Belastung an Zinsendienst und Tilgungen bei Ihrem Eigenheim/Ihrer Eigentumswohnung? (von.....bis unter.....DM)	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
- 50	57	0,9	3	0,1	22	1,0	32	3,0
50 - 100	1 046	16,9	58	2,0	566	25,7	422	39,1
100 - 150	1 783	28,8	418	14,4	1 057	47,9	308	28,5
150 - 200	1 475	23,9	976	33,7	329	14,9	170	15,7
200 - 250	974	15,8	764	26,4	131	5,9	79	7,3
250 - 300	384	6,2	311	10,7	45	2,0	28	2,6
300 - 350	150	2,4	108	3,7	21	1,0	21	1,9
350 - 400	113	1,8	85	2,9	17	0,8	11	1,0
400 - 500	112	1,8	98	3,4	9	0,4	5	0,5
500 - 600	37	0,6	31	1,1	5	0,2	1	0,1
600 und mehr	52	0,8	45	1,6	4	0,2	3	0,3
beantwortet von	6 183	100	2 897	100	2 206	100	1 080	100
ohne Angabe	855	12,1	249	7,9	317	12,6	289	21,1
durchschnittliche Nettomiete (DM)	176.--		222.--		135.--		131.--	

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

und der durchschnittlichen Haushaltseinkommen ergeben sich die folgenden Werte:

	Nettohaushaltseinkommen	Nettomiete	"verfügbares Einkommen"
A-Gebiete:	1.362 DM -	222 DM =	1.140 DM
B-Gebiete:	1.035 DM -	135 DM =	900 DM
C-Gebiete:	935 DM -	131 DM =	804 DM

Bereits diese sehr unvollständigen Überschlagsrechnungen zeigen, daß vermutlich die finanzielle Situation in den älteren Wohngebieten schlechter sein dürfte, der Anteil des für Freizeitveranstaltungen "frei verfügbaren Einkommens" dort

also beträchtlich geringer ist als in den A-Gebieten. Erklärungsgründe dafür könnten sein, daß einmal der Anteil der nichterwerbstätigen Rentner in den älteren Gebieten relativ hoch ist, und daß zum anderen in den A-Gebieten vermutlich ein höherer Anteil von Doppelverdienern lebt, wenn die Haushalte noch jünger sind.

Wenn im folgenden noch näher auf die Wohnung eingegangen wird, dann deshalb, weil man fordert, die Wohnungen größer zu bauen und besser auszustatten, damit sie sich für Freizeitaktivitäten besser eignen. Ein großer Teil der Tagesfreizeit wird ja, wie bereits erörtert, in der Wohnung verbracht.

Betrachtet man die Wohnungsgrößen in den drei Wohngebieten (Tab. 30), dann zeigt sich, daß in den A-Gebieten die durchschnittliche Wohnungsgröße etwa um 17 qm höher liegt als in älteren Wohngebieten.

Tab. 30: Wohnungsgröße der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wohnungsgröße in Quadratmetern	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
unter 30 qm	153	2,3	20	0,6	54	2,2	79	6,2
30 - 39 qm	322	4,7	54	1,7	136	5,6	132	10,3
40 - 49 qm	907	13,4	77	2,5	529	21,9	301	23,6
50 - 59 qm	1 310	19,3	370	11,9	698	29,0	242	19,0
60 - 69 qm	1 455	21,4	781	25,2	464	19,2	210	16,4
70 - 79 qm	1 211	17,8	834	26,9	250	10,4	127	9,9
80 - 99 qm	922	13,6	630	20,3	179	7,4	113	8,8
100 - 119 qm	345	5,1	234	7,5	66	2,7	45	3,5
120 - 139 qm	94	1,4	58	1,9	19	0,8	17	1,3
140 - 159 qm	38	0,6	22	0,7	9	0,4	7	0,5
160 qm und mehr	31	0,5	20	0,6	7	0,3	4	0,3
beantwortet von	6 788	100	3 100	100	2 411	100	1 277	100
ohne Angabe	250	3,6	46	1,5	112	4,4	92	6,7
durchschnittliche Wohnungsgröße (qm)	67		76		59		59	

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Die Schwerpunkte liegen dabei in den A-Gebieten bei Wohnungen zwischen 60 und 99 qm, in den älteren Wohngebieten dagegen zwischen 40 und 69 qm. Es dürfte allerdings nicht nur die Quadratmeterzahl von Bedeutung sein, sondern auch die Anzahl der verfügbaren Räume, die u.U. für Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen. Hier zeigt Tab. 31, daß wieder die A-Gebiete eine höhere Anzahl von Zimmern pro Wohnung aufweisen als die älteren Wohngebiete.

Tab. 31: Zimmerzahl der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlich alten Wohngebieten dieser Städte

Wieviel Zimmer hat Ihre jetzige Wohnung? (Zimmer unter 10 qm gelten als halbe Zimmer, Küche, WC und Bad werden nicht mitgezählt)	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)		um 1930 (B-Gebiete)		vor 1910 (C-Gebiete)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Einzelzimmer möbliert	19	0,3	2	0,1	2	0,1	15	1,1
Einzelzimmer mit eigenen Möbeln	85	1,2	8	6,3	37	1,5	40	3,0
1-Zimmer-Wohnung (Appartement) mit WC, Bad/Dusche, Kochgelegenheit	200	2,9	100	3,2	52	2,1	48	3,6
2 Zimmer	1 581	22,7	407	13,0	748	30,0	426	31,9
2 1/2 Zimmer	1 146	16,5	399	12,8	510	20,4	237	17,7
3 Zimmer	3 129	30,6	1 100	35,2	699	28,0	330	24,7
3 1/2 Zimmer	528	7,6	313	10,0	143	5,7	72	5,4
4 Zimmer	889	12,8	520	16,7	249	10,0	120	9,0
5 Zimmer und mehr	374	5,4	272	8,7	54	2,2	48	3,6
beantwortet von	6 951	100	3 121	100	2 494	100	1 330	100
ohne Angabe	87	1,2	25	0,8	29	1,1	33	2,4
durchschnittliche Zimmerzahl		2,9		3,1		2,7		2,6

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Allerdings ist auch festzustellen, daß im Durchschnitt in den A-Gebieten 3,4, in den B-Gebieten 2,4 und in den C-Gebieten 2,5 Personen pro Haushalt leben und dadurch wohl in den

A-Gebieten ein größerer Zimmerbedarf besteht.

Die Wohnungen in den A-Gebieten weisen erheblich mehr Wohnkomfort (wie Bad, Zentralheizung) auf (Tab. 32), so daß sie evtl. günstigere Voraussetzungen, besonders auch durch den Balkon oder die Terrasse, für Freizeitaktivitäten in der Wohnung bieten.

Tab. 32: Wohnungsausstattung der Haushalte in den 1969 untersuchten sechs Städten und in unterschiedlichen Wohngebieten dieser Städte

Wohnungsausstattung	zusammen in den sechs Städten		davon in Gebieten, die entstanden waren					
	abs.	%	nach 1950 (A-Gebiete)	um 1930 (B-Gebiete)	vor 1910 (C-Gebiete)			
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Kochnische mit Spüle	640	9,3	239	7,7	344	13,8	57	4,5
Wohnküche	306	18,9	310	9,9	680	27,3	316	24,7
Arbeitsküche	4 668	67,7	2 501	80,1	1 380	55,4	787	61,5
die von mir bewohnten Räume haben einen Abschluß gegenüber fremden Räumen/Treppenhaus u.ä. (Wohnungstür)	4 575	66,4	2 161	69,2	1 623	65,1	791	(61,8)
Bad oder Dusche	5 301	76,9	3 041	(97,4)	1 753	70,3	507	39,6
Toilette innerhalb der Wohnung	5 915	85,8	3 031	97,1	2 075	(83,2)	809	63,3
Zentral- bzw. Etagenheizung	3 299	47,9	2 417	77,4	622	24,9	206	20,3
die Wohnung hat moderne Fenster	3 672	53,3	2 755	88,2	583	23,4	334	26,1
schöner Balkon/Loggia/Wintergarten/Terrasse/Veranda	3 415	49,5	2 671	85,6	534	21,4	210	16,4
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	6 894	100	3 122	100	2 493	100	1 279	100
ohne Angabe	144	2,0	24	0,8	30	1,2	90	6,6

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Ob diese komfortabler ausgestatteten Wohnungen allerdings wirklich mehr Möglichkeiten bieten, ob und wie diese dann auch von den Bewohnern genutzt werden, bleibt offen. Fragen über den Anteil einzelner Freizeitaktivitäten und den

Tagesablauf sind im Rahmen dieser Erfassungsaktion nicht gestellt worden, weil in erster Linie allgemeine städtebauliche Aspekte im Vordergrund standen, z.B.: Werden die gebotenen Einrichtungen auch angenommen? Welche Einrichtungen fehlen? Es erscheint sinnvoller, differenziertere Angaben über das Verhalten mit Hilfe von standardisierten Interviews zu ermitteln, da dann z.B. auch Unklarheiten zu einzelnen Fragen direkt beseitigt werden können¹⁾.

Mit den vorhandenen Daten sind jedoch einige weitergefaßte Aussagen über einzelne Freizeitaktivitäten möglich. Sie werden in den nächsten Punkten abgehandelt.

2.3 AUSGEWÄHLTE FREIZEITAKTIVITÄTEN UND IHRE VARIATIONEN DURCH INDIVIDUELLE MERKMALE

Aus den Darstellungen im letzten Punkt wurde deutlich, daß die sozio-ökonomische Situation in den drei verschieden alten Wohngebieten unterschiedlich ist. Will man nunmehr feststellen, welchen Anteil die städtebauliche und architektonisch-bauliche Situation der verschieden alten Wohngebiete am unterschiedlichen Freizeitverhalten hat, dann ist zunächst festzustellen, welche sonstigen Variablen wie Alter, Familienstand, Bildung etc. mit dem Freizeitverhalten im Zusammenhang stehen. Ist geklärt, welche intervenierende Variablen zu berücksichtigen sind, dann lassen sich jeweils homogene Gruppen für die verschieden alten Wohngebiete bilden, innerhalb derer ein Vergleich der Ausstattung möglich wird, da sonstige Zusammenhänge einigermaßen eliminiert sind.

Im folgenden wird für einige ausgewählte Freizeitaktivitäten, nach denen bei den empirischen Erhebungen (Data 69) gefragt war, festgestellt, ob und mit welchen individuellen Merkmalen sie variieren. Stehen diese Merkmale fest, dann kann man sie für weitere Schritte berücksichtigen.

Als eine Freizeitaktivität innerhalb der Wohnung wurde der Empfang von Gästen herangezogen. Es wurde untersucht, ob Variationen durch persönliche Merkmale bei den Haushaltsvorständen oder durch Unterschiede in den äußeren Bedingungen, hier in der Wohnung, erkennbar sind. Insgesamt zeigte sich eine Verteilung der Antworten wie aus Tab. 33 ersichtlich.

¹⁾ Dieses Verfahren wurde für eine andere Untersuchung, die sich mit Problemen des "Wohnwertes" beschäftigt, angewandt.

Tab. 33: Kommt zu Ihnen des öfteren jemand zu Besuch?

Antworten	absolut	%
nein	828	12,3
ja	20	0,3
ja, nämlich Verwandte, die in der Nähe wohnen	2 444	36,2
Verwandte aus anderen Stadtteilen	1 731	25,7
Verwandte von auswärts	2 410	35,7
Freunde oder Bekannte, die in der Nähe wohnen	2 484	36,8
Freunde oder Bekannte aus anderen Stadtteilen	2 168	32,2
Freunde oder Bekannte von auswärts	1 403	20,8
Freunde unserer Kinder	1 378	20,4
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	6 743	(100)
ohne Angabe	295	4,2

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Geringen Zusammenhang zeigt der Familienstand der Probanden mit dem Empfang von Gästen. Verheiratete Haushaltsvorstände geben jedoch häufiger an, Besuch zu bekommen.

Ein stärkerer Zusammenhang besteht dagegen mit dem Grad der Schulbildung des Haushaltsvorstandes und dem Nettohaushaltseinkommen. Je höher beide sind, desto häufiger werden Gäste und besonders Freunde oder Bekannte empfangen.

Durch entsprechende Kreuzauswertungen ergeben sich einige deutliche Abweichungen, wenn man nach dem Alter der Haushaltsvorstände differenziert. Zwar bewegt sich der Prozentsatz der "Nein-Antworten" etwa um 12 %, aber die Anteile der Gäste, die Verwandte sind, werden bei zunehmendem Alter größer, während Freunde und Bekannte als Besucher seltener werden. Der Anteil "Freunde der Kinder" steigt bis zur Altersgruppe der 35- bis 44jährigen auf etwa 33 % und sinkt bei den 55 und mehr Jahre alten Haushaltsvorständen stark wieder ab (tiefster Wert ca. 8 %). Somit läßt sich sagen, daß mit dem Alter die Zusammensetzung der Arten von Gästen variiert, jedoch in allen Altersstufen etwa gleichhäufig solche kommen. Ob für die verschiedenen Arten von Besuchern unterschiedliche Räumlichkeiten gewünscht werden, darüber lassen sich allerdings nur Vermutungen anstellen. Es wäre zum Beispiel denkbar, daß man eher geneigt ist, vertraute Verwandte in der Wohnküche zu empfangen als Bekannte, die man vielleicht lieber in die "gute Stube" führt, wenn es eine solche gibt. Hier wäre evtl.

einer der Punkte, die man in einer noch tiefergehenden Studie untersuchen sollte, da die Wohnung vermutlich oft ein Prestigeobjekt darstellt und sich das Verhalten nach ihrem Zustand richten könnte.

Einen ersten Anhaltspunkt könnte die Feststellung bieten, daß der Empfang von Freunden oder Bekannten mit Wohnungsgröße und Zimmerzahl variiert, während bei Verwandtenbesuchen durch diese Variablen keine Unterschiede feststellbar sind. Die Vermutung, daß die Variationen durch die Wohnungsgröße dadurch entstanden sein könnten, daß die Ausbildung Einfluß genommen hat über die Verbindung höhere Ausbildung - größeres Einkommen - größere Wohnung, bestätigte sich bei entsprechenden Kreuzauswertungen nicht. Es zeigte sich, daß in größeren Wohnungen unabhängig von der Ausbildung häufiger Gäste empfangen wurden als in kleineren. Damit liegt die Vermutung nahe, daß durch den Bau von größeren Wohnungen soziale Freizeitaktivitäten gefördert werden können.

Als eine typische Freizeitaktivität werden oft die Besuche kultureller Veranstaltungen betrachtet (Tab. 34).

Hier zeigt sich, daß mit zunehmendem Alter, abnehmender Schulbildung und geringem Nettohaushaltseinkommen auch die Aktivitäten auf diesem Gebiet insgesamt sinken. Kein Zusammenhang mit dem Alter besteht beim häufigeren regelmäßigen Besuch kultureller Veranstaltungen. Bei Ledigen ist der Besuch von kulturellen Veranstaltungen häufiger als bei geschiedenen, verheirateten und verwitweten Haushaltsvorständen (in dieser Reihenfolge).

Tab. 34: Frage: Wie oft besuchen Sie oder Angehörige Ihrer Familie kulturelle Veranstaltungen wie Theater, Konzerte, Vorträge, Ausstellungen?

Antworten	absolut	%
mehrmals im Monat	472	7,1
etwa einmal im Monat	748	11,3
nur gelegentlich	4 080	61,7
nie	1 316	19,9
beantwortet von	6 616	100
ohne Angabe	422	6,0

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Die Tatsache, daß Pkw-Besitzer häufiger kulturelle Veranstaltungen aufsuchen als Haushaltsvorstände ohne Pkw, läßt vermuten, daß größere Beweglichkeit einen Einfluß auf diese Freizeitaktivität besitzt. Befragt, warum nur gelegentlich oder nie solche Veranstaltungen aufgesucht werden, ergab sich das Bild der Tab. 35.

Tab. 35: Frage: Wenn dies nur gelegentlich oder nie der Fall ist, woran liegt das?

Antworten	absolut	%
wir haben wenig Interesse daran	801	14,8
es ist hier zu wenig Gelegenheit dazu geboten	486	9,0
die hiesigen Veranstaltungen entsprechen nicht meinem Geschmack	569	10,5
die Entfernungen sind zu groß	526	9,7
die Kosten sind uns zu hoch	1 498	27,8
keine Zeit dazu	1 362	25,2
sonstige Gründe	980	18,2
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	5 396	100
ohne Angabe	1 642	23,3

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Die Antwort "wenig Interesse" wurde am häufigsten von Verheirateten gegeben. Sie nimmt zu mit wachsendem Alter und sinkender Schulbildungsstufe. Die Antwort "wenig Gelegenheit" wird seltener mit zunehmendem Alter. Andere persönliche Merkmale scheinen diese Antwort nicht zu variieren. Daß die kulturellen Veranstaltungen "nicht dem Geschmack entsprechen", wird mit steigender Schulbildung und wachsendem Einkommen häufiger angegeben. Die große Entfernung hält vor allem die älteren Haushaltsvorstände vom Besuch solcher Veranstaltungen ab. Von den Haushaltsvorständen ohne Pkw geben 14,4 %, von denen mit Pkw nur 5,4 % an, daß die Entfernungen zu groß sind. Die oben angestellte Vermutung, daß größere Mobilität einen Einfluß hat, scheint sich hier zu erhärten. Die hohen Kosten als Grund für mangelnden Besuch kultureller Veranstaltungen werden mit wachsendem Einkommen und steigender Schulbildung seltener genannt. Keine Zeit hat häufiger der jüngere Personenkreis, der mit höherem Einkommen und mit höherer Schulbildung. Es zeigt sich, daß vor allem die Variablen Alter, Einkommen und Schulbildung in Zusammenhang stehen mit kulturellen Freizeitaktivitäten, daß sie aber auch mit der räumlichen Mobilität variieren. Für den Planer ergibt

sich also zumindest der Hinweis, daß entweder bessere Verkehrsverhältnisse die kulturellen Freizeitaktivitäten fördern können oder ein Angebot von Veranstaltungen in unmittelbarer Nähe.

Eine weitere Freizeitaktivität, die allerdings manchmal in eine Nebenbeschäftigung ausarten kann, ist die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung (Tab. 36).

Tab. 36: Frage: Gehören Sie irgendeiner festen oder losen Vereinigung an, deren Zusammenkünfte bzw. Veranstaltungen Sie regelmäßig besuchen?

Antworten	absolut	%
nein	3 430	54,8
ja, und zwar einer bürgerschaftlichen Vereinigung	182	2,9
einer geselligen Vereinigung (Gesangverein, Kegelklub usw.)	623	10,0
einem Sportverein	758	12,1
einer kirchlichen Gruppe (Kirchenchor, Bibelkreis, Gemeindehilfe usw.)	388	6,2
einer interessengebundenen Vereinigung (z.B. für Heimat- und Naturfreunde, Briefmarkensammler, Fotofreunde usw.)	388	6,2
einem Betriebsverein oder Kollegenkreis	250	4,0
einer Absolventenvereinigung, studentischem Zusammenschluß, Gesellenvereinigung	134	2,1
einem Berufs- oder Fachverband	646	10,3
sonstiges	406	6,5
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	6 255	100
ohne Angabe	783	11,1

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Wenn man davon absieht, daß verheiratete Haushaltsvorstände bei fast allen gebotenen Möglichkeiten häufiger angeben, an Veranstaltungen teilzunehmen, hängen die Variationen durch persönliche Merkmale jeweils von der Art der Vereinigung ab.

Mit zunehmendem Alter steigt die Teilnahme an den Zusammenkünften bürgerschaftlicher Vereinigungen, kirchlicher Gruppen und interessengebundener Vereinigungen; sie sinkt dagegen bei den Treffen geselliger Vereinigungen, der Sportvereine und dem Betriebsverein oder Kollegenkreis. Bei den übrigen Arten von Ver-

einigungen ist ein Zusammenhang mit dem Alter nicht feststellbar. Bei zunehmender Schulbildung scheint auch die Bereitschaft zu steigen, an Zusammenkünften von Vereinigungen teilzunehmen. (Nein-Antworten der Haushaltsvorstände mit Volksschulabschluß 61 %, mit Hochschulabschluß 36 %). Keinen Zusammenhang mit der Schulbildung scheint die Zugehörigkeit zu Bürgervereinigungen, Sportvereinen und geselligen Vereinigungen zu haben. Dagegen werden mit steigender Schulbildung die Zusammenkünfte kirchlicher, interessengebundener und betrieblicher Organisationen, der Absolventenvereinigungen und der Berufs- oder Fachverbände häufiger regelmäßig besucht.

Eine weniger institutionalisierte Freizeitaktivität, die jedoch bei einer kleinen Gruppe stark ritualisiert erscheint, ist der Besuch des Stammlokals im Wohnviertel (Tab. 37).

Tab. 37: Frage: Haben Sie hier im Viertel ein Stammlokal, in dem Sie gern einkommen oder in dem Sie sich mit Bekannten treffen?

Antworten	absolut	%
ja, ich besuche es des öfteren	325	5,0
ja, ich bin dort hin und wieder	901	13,9
nein	5 246	81,1
beantwortet von	6 472	100
ohne Angabe	566	8,0

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Der gelegentliche Besuch des Stammlokals nimmt ab mit wachsendem Alter und steigender Schulbildung. Es sind mehr männliche und mehr verheiratete Haushaltsvorstände, die hin und wieder ihr Stammlokal aufsuchen. Auffällig ist allerdings, daß bei der Antwort "ja, ich besuche es des öfteren" nur beim Merkmal "Geschlecht" schwache Zusammenhänge feststellbar sind (männliche Haushaltsvorstände 5,4 %, weibliche 3,3 %). Die Gruppe der Stammgäste scheint somit ein relativ konstanter Anteil im Bevölkerungsquerschnitt zu sein, der jeweils etwa bei 5 % der Haushaltsvorstände aller Gruppen liegt.

Als Freizeitaktivität mit großem Erholungswert gilt die sportliche Betätigung, die mit Schlagworten wie "Trimm Dich fit durch Sport" gegenwärtig allorts propagiert wird. In den untersuchten Wohngebieten gaben dann auch nur 22 % der befragten Haushaltsvorstände an, sich mangels Interesse in keiner Weise häufig-

ger sportlich zu betätigen (Tab. 38). Untersucht man die Arten sportlicher Aktivitäten, dann zeigt sich, daß Hallensport den höchsten Anteil der Nennungen erhält, worin wohl eine Folge der klimatischen Bedingungen in unseren Breiten zu sehen ist. Darauf deutet auch der hohe Anteil von Kegeln oder Bowling, dem nur noch der populäre Feldsport (Fußball, Handball) gleichkommt.

Untersucht man die persönlichen Merkmale, mit denen sportliche Betätigung zusammenhängt, dann lassen sich deutliche Variationen erkennen. Die Antworten "keine Gelegenheit" und "kein Interesse" nehmen zu mit wachsendem Alter. Sie werden häufiger von Frauen als von Männern gegeben. Eine Gelegenheit zu sportlicher Betätigung zu finden, scheint nicht mit der Schulbildung zu variieren. Jedoch geben Haushaltsvorstände mit Volksschulabschluß häufiger an, kein Interesse für solche Aktivitäten zu haben als Haushaltsvorstände mit längerer Schulbildung. Wird angegeben, daß man sich häufiger sportlich betätigt, dann sinken die Anteile mit zunehmendem Alter.

Tab. 38: Frage: Betätigen Sie sich oder Angehörige Ihres Haushaltes in irgendeiner Weise häufiger sportlich?

Antworten	absolut	%
nein, es fehlen die Voraussetzungen	903	15,2
kein Interesse	1 320	22,2
wir haben keine Zeit	882	14,8
ja, es wird bevorzugt:		
Leichtathletik	307	5,2
Feldsport (Fußball, Handball, Hockey)	678	11,4
Hallensport (Schwimmen, Gymnastik, Turnen, Tischtennis, Boxen)	2 089	35,1
Wassersport (Rudern, Segeln, Wasserball)	255	4,3
Schlittschuh-, Rollschuhlaufen, Eisstockschießen	264	4,4
Kegeln und Bowling	679	11,4
Feldtennis, Minigolf, Federball	354	5,9
sonstiges	602	10,1
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	5 956	(100)
ohne Angabe	1 082	15,4

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Außer bei Schlittschuh-, Rollschuhlaufen und Tennis etwa liegen die Anteile der Frauen wesentlich unter denen der Männer. Da bei "sonstigen" Sportarten die Anteile wieder etwa gleich hoch sind (9 bzw. 10 %), liegt die Vermutung nahe, daß sportliche Aktivitäten, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, in den Antwortmöglichkeiten nicht berücksichtigt wurden.

Hallensport und Tennis dominieren bei den Haushaltsvorständen mit längerer Schulbildung, Feldsport bei denen mit kürzerer. Bei den anderen Sportmöglichkeiten bestehen keine Zusammenhänge mit der Schulbildung.

Auch dem Spaziergehen in Grünanlagen, eine Freizeitaktivität, die weniger Initiative erfordert als die sportliche Betätigung, wird gewöhnlich ein hoher Erholungswert beigemessen. Entsprechend höher liegen auch die Anteile derjenigen, die angeben, häufig oder gelegentlich eine Grünanlage in der Nähe aufzusuchen (Tab. 39).

Tab. 39: Frage: Suchen Sie die Grünanlagen in Ihrer Nähe auf?

Antworten	absolut	%
es gibt keine Grünanlage in der Nähe	555	8,8
ja, häufig	2 299	36,6
gelegentlich	2 713	43,2
nein, aus folgenden Gründen:		
sie sind zu klein und reizlos	212	3,4
es mangelt an Pflege und Ausgestaltung	87	1,4
die Spielmöglichkeiten für Kinder fehlen	102	1,6
es gibt zu wenig Ruheplätze	117	1,9
man darf die Grünflächen nicht betreten oder darauf lagern	268	4,3
sonstige Gründe	177	2,8
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	6 273	100
ohne Angabe	765	10,9

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Häufig werden Grünanlagen von den älteren Haushaltsvorständen aufgesucht. Die Antwort "gelegentlich" wird dagegen von allen Altersgruppen etwa gleich oft gegeben. Ein entsprechender Vergleich zwischen den Verhaltensweisen von Männern und Frauen zeigt, daß letztere mit der Antwort, "häufig" eine Grünanlage aufzu-

suchen, schwächer vertreten sind, Männer dagegen mit der Antwort "gelegentlich". Die Schulbildung scheint nicht im Zusammenhang zu stehen mit diesen beiden Antwortmöglichkeiten.

Daß die Prozentanteile derjenigen, die Kritik üben an den Grünanlagen, so gering sind, liegt wohl an der Fragestellung. Hier darf nicht interpretiert werden, daß man allgemein zufrieden ist. Man kann nur sagen, ein kleiner Teil der befragten Haushaltsvorstände findet die Grünanlagen aus dem einen oder anderen Grund so ungenügend, daß er sie nicht aufsucht. Analysiert man diesen Teil der Frage danach, ob sich Unterschiede durch Merkmale der Person ergeben, dann zeigt sich, daß die Älteren über 55 Jahre doppelt so häufig angeben wie die Jüngeren, es fehlen Ruheplätze. Andere Gründe sind für diese Gruppe seltener Hindernisse, Grünanlagen aufzusuchen, als für jüngere Haushaltsvorstände. Bei anderen Merkmalen gibt es keine erkennbaren Unterschiede zwischen den Gruppen bei den Begründungen, warum keine Grünanlagen aufgesucht werden.

Die bisher untersuchten Freizeitaktivitäten waren ziemlich unabhängig vom Wochentag. Um nur einen Anhaltspunkt zu gewinnen, wie die Wochenendfreizeit genutzt wird, wurde gefragt, wohin man sich am ehesten begibt, wenn am Wochenende etwas unternommen wird (Tab. 40).

Tab. 40: Frage: Wohin gehen/fahren Sie am ehesten, wenn Sie am Wochenende etwas unternehmen?

Antworten	absolut	%
ich bleibe am Wochenende meistens zu Hause oder im eigenen Garten	2 121	31,9
Kleingarten, Wochenendhaus	552	8,3
in meinem Wohngebiet	412	6,2
Innenstadt	208	3,1
andere Stadtteile	221	3,3
Erholungsgebiet außerhalb der Stadt	1 921	28,9
andere Stadt/Gemeinde	219	3,3
ist ganz verschieden	2 032	30,5
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	6 655	100
ohne Angabe	383	5,4

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Zu dieser Frage werden nicht nur die Unterschiede zwischen den verschiedenen alten Wohngebieten zu untersuchen sein, sondern es wird auch den unterschiedlichen Landschaften Rechnung getragen werden müssen, in denen die sechs Städte der Datenerfassung 69 liegen. Wenn auch die Planung selten Einfluß darauf hat, daß z.B. eine Stadt in der Nähe eines Mittelgebirges liegt, so zeigt sich doch evtl., ob dieser Umstand von Bedeutung sein kann, wie weit ein Naherholungsgebiet entfernt sein sollte und wie es evtl. erschlossen werden müßte, damit es angenommen wird. Dies soll weiter unten genauer behandelt werden. Zunächst einmal werden die persönlichen Merkmale zu untersuchen sein, die Einfluß nehmen auf das Verhalten am Wochenende.

Am Wochenende zu Hause oder im eigenen Garten zu bleiben, gab fast ein Drittel aller Haushaltsvorstände an. Allerdings steigt der Anteil dieser Antworten mit zunehmendem Alter und in der Gruppe der über 65jährigen bleibt etwa die Hälfte zu Hause. Bei den Antwortmöglichkeiten "Kleingarten/Wochenendhaus", "in meinem Wohngebiet", "Innenstadt" und "andere Stadtteile" ist kein Zusammenhang mit dem Alter feststellbar. In ein Naherholungsgebiet fahren in den Altersgruppen zwischen 25 und 64 etwa 30 %, von den jüngeren bzw. älteren Haushaltsvorständen annähernd 20 %. Deutliche Unterschiede ergaben sich allerdings auch bei der Antwortmöglichkeit "ist ganz verschieden". Von den Jüngeren (56 %) bis zu den Ältesten (18 %) ist eine deutlich gestufte Abnahme des Anteils dieser Antwort feststellbar. Offensichtlich verfestigen sich die Gewohnheiten, das Wochenende zu verbringen, mit zunehmendem Alter, während die jüngeren Haushaltsvorstände am Wochenende immer noch neue Erfahrungen suchen.

Uneinheitlich ist der Zusammenhang mit der Ausbildung. Haushaltsvorstände mit Volksschul- und Hochschulabschluß geben etwa gleichhäufig an, zu Hause zu bleiben (34 %), während die Haushaltsvorstände in den mittleren Bildungsstufen seltener daheim bleiben (etwa 27 %). Allerdings darf diese Antwortmöglichkeit wieder nicht isoliert betrachtet werden. Während nämlich von den Haushaltsvorständen mit Hochschulabschluß 39 % angaben, am Wochenende in ein Naherholungsgebiet zu fahren, sind dies bei denen mit Volksschulbildung nur 24 %. Die letzteren bleiben häufiger im Wohngebiet, im Kleingarten bzw. Wochenendhaus oder in sonstigen Ortsteilen innerhalb ihrer Stadt.

Die Haushaltsvorstände mit der längeren Schulbildung verbringen, wenn sie die Wohnung verlassen, ihre Wochenenden zum großen Teil außerhalb der Stadt. Bei der Antwort "ist ganz verschieden" sind zwischen den Schulbildungsgruppen kaum wesentliche Unterschiede feststellbar. Sowohl Haushaltsvorstände mit Hochschul- als auch mit Volksschulbildung scheinen zu einem konstanteren Verhalten zu nei-

gen als die in den übrigen Bildungsstufen.

Untersucht man bei der Frage "Verhalten am Wochenende" den Zusammenhang mit dem Vorhandensein eines Pkw, ergeben sich ebenfalls einige wesentliche Unterschiede. Pkw-Besitzer geben nur etwa halb so oft an (22 %), am Wochenende "meist zu Hause" zu bleiben, wie Haushaltsvorstände, die keinen Pkw besitzen (43 %). Die Pkw-Besitzer verlassen dabei zumeist die eigene Stadt, während die Haushaltsvorstände ohne Pkw überwiegend innerhalb ihrer Gemeinde das Wochenende verbringen.

Für die Untersuchung, wie in den einzelnen erfaßten Städten der Ausflugsverkehr am Wochenende aussieht, wird es also notwendig sein, das Verhalten von Pkw-Besitzern von dem der Haushaltsvorstände ohne Pkw zu trennen.

Nachdem sehr deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen und Schulbildungsstufen feststellbar waren, dürfte es schwierig sein, andere Merkmale auf ihren Zusammenhang mit dem Verhalten am Wochenende zu untersuchen, ohne jene beiden Merkmale zu berücksichtigen.

Es erscheint nicht verwunderlich, daß Ein- und Zweipersonenhaushalte den höchsten Anteil unter den Haushaltsgrößengruppen bei der Antwortmöglichkeit "bleiben zuhause" erreichen; der Anteil der älteren Haushaltsvorstände ist bei den zwei genannten Haushaltstypen sehr groß und dürfte daher analog der oben angelegten Überlegung, weil ältere Haushaltsvorstände öfter zu Hause bleiben, den Anteil der beiden Haushaltstypen erhöhen.

Eine ähnliche Verkettung ergibt sich für die Merkmale Schulbildung, Nettohaushaltseinkommen und Wohnungsgröße, die in sehr engem Zusammenhang miteinander stehen. Wer eine längere Schulbildung besitzt, hat häufig ein höheres Nettohaushaltseinkommen und auch eine größere Wohnung, wie festzustellen war. Da es nunmehr bei der notwendigerweise beschränkten Masse von Befragten (7 038 Haushaltsvorstände) nicht möglich ist, sehr detailliert aufzugliedern, erschien es sinnvoll, stellvertretend für andere Variablen, etwa im Sinne von Indikatoren, gewisse Merkmale heranzuziehen, die mit allen oder den meisten Freizeitaktivitäten in Zusammenhang stehen und diese Zusammenhänge zu eliminieren. Konkret heißt dies, es werden sinnvolle Altersgruppen und Schulbildungsstufen gebildet, denn mit den beiden Variablen Alter und Schulbildung bestehen die häufigsten und stärksten Zusammenhänge mit Freizeitaktivitäten und die Alters- und Bildungsstruktur ist in den verschiedenen alten Wohngebieten unterschiedlich. Nachdem diese Trennung einmal in Altersgruppen und zum anderen in Schulbildungs-

stufen erfolgt ist, werden für die jeweils entstandenen Gruppen die Bewohner von neuen Wohngebieten herausgelöst und ihr Freizeitverhalten verglichen mit dem der Befragten in den beiden älteren Wohngebieten. Die letzteren Wohngebiete besitzen eine ähnliche sozio-ökonomische Struktur und werden deshalb meist gemeinsam betrachtet, soweit es die städtebauliche Struktur als sinnvoll erscheinen läßt.

Wenn es sich bei diesem Verfahren auch nur um eine relativ grobe Methode handelt, so erscheint es doch plausibel, daß die Wahrscheinlichkeit steigt, Zusammenhänge zwischen einzelnen Freizeitaktivitäten und verschiedenen ausgestatteten Wohngebieten zu finden, wenn einige der Variationen in Zusammenhang mit demographischen Strukturunterschieden eliminiert sind. Vor diesem Arbeitsschritt sind noch einige Fragen darzustellen, die sich nicht direkt mit Freizeitaktivitäten befaßten, sondern mit denen ermittelt werden sollte, was in der Ausstattung des Gebiets nach Meinung der Befragten fehlt und was ihnen wertvoll erscheint.

Die Frage nach den vermißten Einrichtungen war offen gestellt (Tab. 41), so daß man spontane Antworten erhalten konnte, die noch nicht in ein Schema eingepaßt waren. Der Nachteil dieses Verfahrens liegt im Anstieg der Zahl Nichtantwortender. Trotzdem erschien es günstig, eine solche Frage zu stellen, da evtl. auch Antworten gegeben werden, an die man vorher nicht gedacht hatte. Die notwendigerweise zu bildenden Kategorien ergaben schließlich das Bild einer "Bedürfnisstruktur", die der Wirklichkeit recht nahe kommen dürfte, wenn man in Rechnung stellt, daß die Ausfallquote sehr hoch ist.

Stellt man bei dieser Frage Kreuzauswertungen mit persönlichen Merkmalen an, dann zeigt sich, daß mit zunehmendem Alter die Antwort "keine" häufiger gegeben wird. Mit wachsendem Alter werden seltener vermißt: Lokale, kulturelle Einrichtungen, Kino, Schwimmbad und Freizeiteinrichtungen. Bei den übrigen Antworten war kein wesentlicher Zusammenhang mit dem Alter feststellbar. Frauen vermißten bemerkenswerterweise weniger als die männlichen Haushaltsvorstände. Bei den Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und beim Kino bestand Übereinstimmung zwischen den Geschlechtern. Wenn sich auch ein Zusammenhang der Schulbildung mit verschiedenen vermißten Einrichtungen andeutet, so werden vermutlich die "Bedürfnisse" doch von so vielen anderen Faktoren variiert, daß nicht mehr feststellbar ist, wo eine Kompensation vorliegt und an welcher Stelle wirklich ein "Bedürfnis" weniger Bedeutung besitzt.

Tab. 41: Frage: Welche Einrichtungen (z.B. kultureller Art, Läden, Lokale, Freizeiteinrichtungen) vermissen Sie in Ihrem Wohngebiet?

Antworten	absolut	%
keine	2 124	56,8
Lokale (z.B. Café, Restaurant, Tanzlokal)	382	(10,2)
Einkaufsmöglichkeiten	481	(12,9)
öffentliche kulturelle Einrichtungen (z.B. Theater, Festhalle, Bürgerhaus, Bibliothek)	150	4,0
schulische Bildungseinrichtungen	44	1,2
Kino, sonstige gewerbliche Unterhaltungs- einrichtungen	224	6,0
Schwimmbad (Frei-, Hallenbad)	286	7,6
Freizeiteinrichtungen (z.B. Sport- stätten, Frei- und Grünflächen)	310	8,3
Kinderspielplätze, -gärten	181	4,8
Post, Telefonhäuschen, Briefkästen	28	0,7
sonstige Einrichtungen	103	2,8
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	3 742	100
ohne Angabe	3 296	46,8

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Daß fehlende Einrichtungen mit der Zufriedenheit mit dem Wohngebiet zusammenhängen, zeigte eine entsprechende Kreuzauswertung: Wer angab, ungerne in seinem Wohngebiet zu leben, vermißte doppelt so häufig eine der genannten Freizeiteinrichtungen wie diejenigen, die sehr gern in ihrem Gebiet wohnten.

Eine weitere offene Frage bezog sich auf Stellen im Wohngebiet, die der Befragte besonders gern mag (Tab. 42). Bei dieser Frage war der Anteil der Nichtantwortenden wesentlich niedriger als bei der Frage nach vermißten Einrichtungen. Die Anteile der Nein-Antworten nehmen, wie sich ergab, mit wachsendem Alter ab. Dieser Tatbestand ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß mit steigendem Alter die Beliebtheit der Grünflächen und der reizvollen Umgebung zunehmen. Für die anderen Antwortmöglichkeiten sind keine Zusammenhänge mit dem Alter festzustellen.

Untersucht man die Zusammenhänge mit der Schulbildung, dann zeigt sich, daß Haushaltsvorstände mit längerer Schulbildung seltener verneinten, bevorzugte Stellen im Wohngebiet zu haben, als diejenigen mit kürzerer Schulbildung. Mit

steigender Schulbildung sind es vor allem die reizvolle Umgebung, das Einkaufs- oder Gemeindezentrum und die Freizeiteinrichtungen, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Es wird deutlich, daß bei diesen Fragen, die in erster Linie auf die Ausstattung des Wohngebiets abstellen, auch wieder die Variablen Alter und Ausbildung zu berücksichtigen sind. Eine noch etwas stärkere Bindung an das Wohngebiet versuchte eine andere Frage (Tab. 43) zu ermitteln. Hier waren wieder Antwortkategorien vorgegeben und die Prozentanteile der einzelnen Antworten liegen entsprechend höher. Die Antwortmöglichkeit, daß beim Wegzug nichts vermißt würde, war nicht vorhanden. Vermutlich sind daher in der Gruppe "ohne Angabe" auch solche enthalten, die bei einem Umzug nichts vermissen würden.

Tab. 42: Frage: Gibt es irgendwelche Stellen in Ihrem Wohngebiet, die Sie besonders gern mögen?

Antworten	absolut	%
nein	3 252	57,3
ja, und zwar:		
Grünflächen in der Siedlung	1 048	18,5
reizvolle Umgebung (z.B. Landschaft, Spazierwege, Erholungsmöglichkeiten)	898	15,8
ruhige Lage, Stadtrand	148	2,6
Aussicht	77	1,4
Einkaufs-, Gemeindezentrum	249	4,4
Freizeiteinrichtungen	52	0,9
Spielanlagen für Kinder, Jugendliche	33	0,6
sonstiges	242	4,3
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	5 676	100
ohne Angabe	1 362	19,4

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Eine Bindung an das Alter der Haushaltsvorstände ließ sich bei dieser Frage nur für wenige Antworten feststellen. Die landschaftliche Umgebung und die Ausflugsmöglichkeiten würden die bis 34 Jahre alten Haushaltsvorstände seltener vermissen (ca. 40 %) als die in mittlerem Alter (ca. 58 %). Erst die über 75jährigen geben wieder seltener an (49 %), sie würden diese "Vorzüge" vermissen. Eine ziemlich eindeutige Verbindung mit dem Alter besteht bei der Antwortmöglichkeit "die einmalige Atmosphäre dieser Stadt". Hier wird deutlich, daß mit der Zunahme von Alter, Erinnerungen und Erlebnissen in der Stadt, diese im einzelnen

Menschen ein eigenes Bild erhält, zu "seiner Stadt" wird. Inwieweit solche gefühlsmäßigen Bindungen an die Stadt allerdings im Freizeitverhalten einen Ausdruck finden, dies zu untersuchen, würde hier zu weit führen. Bei den übrigen Antwortmöglichkeiten sind Zusammenhänge mit dem Alter der Haushaltsvorstände nicht festzustellen.

Noch unabhängiger als vom Alter sind die Antworten zu dieser Frage von der Ausbildung. Hier läßt sich lediglich bei der Antwort "das reiche Angebot an kulturellen Veranstaltungen" erkennen, daß Haushaltsvorstände mit längerer Schulbildung diese Antwort häufiger gaben (mit Volksschulabschluß: 5 %, mit Hochschulabschluß 18 %). Mit anderen Merkmalen der Person bestanden keine Zusammenhänge.

Tab. 43: Frage: Wenn Sie aus dieser Stadt wegziehen müßten, was würden Sie sehr vermissen?

Antworten	absolut	%
die landschaftliche Umgebung Ausflugsmöglichkeiten	3 090	55,3
das reiche Angebot an kulturellen Veranstaltungen	468	8,4
die vielen Möglichkeiten, etwas zu unternehmen	775	13,9
die guten Schulen und Fortbildungsein- richtungen	729	13,0
die günstigen Einkaufsmöglichkeiten	1 646	29,5
die Vielzahl an Sehenswürdigkeiten	401	7,2
die schönen Park-, Spiel- und Sport- anlagen, Bäder usw.	1 042	18,6
die einmalige Atmosphäre dieser Stadt	1 226	21,9
sonstiges	832	14,9
beantwortet von (Mehrfachnennungen)	5 588	100
ohne Angabe	1 450	20,6

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Wenn in der vorangegangenen Untersuchung der einzelnen Fragen zu den ausgewählten Freizeitaktivitäten nicht immer auf alle anfangs erwähnten persönlichen Merkmale der Haushaltsvorstände, wie Geschlecht, Familienstand, Wohnungsgröße usw., eingegangen wurde, so lag das nicht daran, daß sie nicht untersucht wurden, wenn es sinnvoll schien, das zu tun. Es wurde vielmehr bei solchen Merk-

malen, die in keinem erkennbaren Zusammenhang mit den Fragen standen, darauf verzichtet, die Ergebnisse noch ausführlich darzustellen, um den Umfang der Untersuchung nicht unnötig zu vergrößern.

Faßt man die Ergebnisse der vorangegangenen Untersuchungen zusammen, dann stellt sich heraus, daß es einige Variablen gibt, die in sehr engem Zusammenhang mit vielen Freizeitaktivitäten stehen. Diese persönlichen Merkmale decken sich mit denen, die auch bei Scheuch¹⁾ eine hohe Determinationskraft erhalten haben. Es sind in erster Linie das Alter und die Ausbildung der untersuchten Haushaltsvorstände, die auf den verschiedensten Gebieten der Freizeitaktivität das Verhalten determinieren.

Aus den Untersuchungen geht hervor, daß es bestimmte Altersgruppen mit ähnlichem Verhalten gibt, und zwar

1. die jüngeren Haushaltsvorstände bis etwa zum Alter von 34 Jahren; in dieser Gruppe sind relativ viele Ledige und Familien mit Kleinkindern enthalten, die je nach Gegenstand entweder durch Vielseitigkeit oder durch Beschränkung in den Aktivitäten meist zu altersspezifischen Nennungen kommen;
2. die 35- bis 54jährigen Haushaltsvorstände, bei denen in der Lebensführung bereits eine stärkere Konsolidierung eingetreten ist, aber immer noch große Verpflichtungen bestehen;
3. die 55 und mehr Jahre alten Haushaltsvorstände, die relativ feste Verhaltensmuster entwickelt haben, aber bereits wieder einen größeren Spielraum für Aktivitäten besitzen, soweit es die Kräfte zulassen.

Bei den Ausbildungsstufen war festzustellen, daß sich entweder diejenigen mit der kürzeren Ausbildung an den Verhaltensmustern derjenigen orientieren, die eine fortführende Bildungseinrichtung absolviert hatten, oder daß auch nach dem Besuch der fortbildenden Einrichtung noch die vormals eingeübten Verhaltensmuster erhalten blieben. Es zeigten sich nämlich in der Regel ähnliche Verhaltensweisen

1. bei Haushaltsvorständen mit Volks-/Berufsschulabschluß und mit Berufsfachschul- bzw. Fachschulabschluß;
2. ähnlich verhielten sich solche mit mittlerer Reife und mit Abschluß einer höheren Fachschule und
3. schließlich auch solche mit Abitur und mit Hochschulabschluß.

1) E.K. Scheuch: "Soziologie der Freizeit". S. 784

Die Determinationskraft der beiden Variablen Alter und Ausbildung ist oft so stark, daß es geraten erscheint, sie jeweils zu eliminieren, indem man nach den gefundenen Gruppen aufteilt, wenn es darum geht, festzustellen, in welchem Zusammenhang die Ausstattungen eines Wohngebiets mit den Freizeitaktivitäten stehen. Andere persönliche Merkmale, die ebenfalls das Verhalten determinieren, werden von Fall zu Fall zu berücksichtigen sein.

2.4 ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN STÄDTEBAULICHER STRUKTUR UND AUSGEWÄHLTEN FREIZEITAKTIVITÄTEN

Wurden im vorausgehenden die Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur und dem Freizeitverhalten unter Variation individueller Merkmale abgehandelt, soll im folgenden versucht werden, die gegenseitigen Abhängigkeiten und Beeinflussungen zwischen ausgewählten Freizeitaktivitäten und Elementen der städtebaulichen Struktur der Untersuchungsgebiete aufzuhellen. Es wird versucht, die bereits dargestellten Merkmale Alter und Bildung soweit zu eliminieren, daß die gebiets- oder stadttypischen Eigenarten, die durch die städtebaulich-räumliche Gestaltung oder die Funktionsstrukturen bedingt sein können, deutlich werden. Die Begründung für die Zusammenfassung der relevanten Daten der befragten Haushaltsvorstände in drei Altersgruppen (die der Jüngeren bis 34 Jahre, der Mittleren von 35 bis 54 Jahre und der Älteren von 55 Jahren und mehr) und in drei Schulbildungsgruppen (die der unteren mit Volks-/Berufsschulbildung, der mittleren mit mittlerer Reife/Fachschulbildung und der hohen mit Abitur/Universitätsbildung) wurde bereits gegeben.

Die einzelnen Untersuchungsbereiche bieten ein höchst kompliziertes Geflecht unterschiedlicher Planungselemente. Um ungefähr eine Vorstellung ihrer räumlichen und funktionalen Struktur zu gewinnen, wurde eine standardisierte Beschreibung erarbeitet, die zum Verständnis der folgenden Interpretationen herangezogen werden sollte¹⁾.

Die Zusammenfassung der Gebiete unterschiedlicher Typik, wie sie bereits erläutert wurde und wie jene in der Auswahl zu Beginn der Untersuchung als Basis gewertet worden sind (nämlich der A-Gebiete, die nach 1950, der B-Gebiete, die um 1930 und der C-Gebiete, die vor 1910 geplant und gebaut wurden), in zwei Gruppen Neubaugebiete (A) und Altbauggebiete (B+C) ist bei der Untersuchung bestimm-

¹⁾ Vgl.: "Städtebauliche Datenerfassung 1969, SIN-Arbeitsbericht, Teil 1. Bericht über angewandte Methoden, Arbeitseffektivität und erste Ergebnisse"; als Manuskript vervielfältigt.

ter Aspekte hilfreich, soweit die entsprechende sozio-ökonomische Struktur als verbindendes Merkmal verwendbar ist. In anderen Fällen jedoch sind die gebiets-spezifischen Eigenarten derart, daß eine Gruppenbildung "geplante Gebiete" (A+B) und "gewachsene Gebiete" (C) sinnvoller erscheint, bzw. daß sogar eine Einzelgebietsbetrachtung notwendig wird. Es ist höchst problematisch, den einzelnen Gebieten globale Werte zuzumessen, dazu spielen zu viele nicht operational erfaßbare Einzelkriterien eine Rolle. Es wurde in einem speziellen Fall dennoch gewagt, aus der Erfahrung der wissenschaftlichen SIN-Referenten unterschiedlicher Fachrichtung, die an der Datenerfassung 69 teilgenommen haben und alle Gebiete durch die Feldarbeit kennen, eine intersubjektive Skala der Gebiete im Hinblick auf ihre städtebaulich-gestalterische Qualität zu bilden. Daß dies nur ein Hilfsmittel zur Auswertung, nicht jedoch ein objektiver Maßstab für den städtebaulichen "Wert" des einzelnen Gebietes sein kann, sei eingangs betont.

2.4.1 ZUM PROBLEM "BESUCHE IN DER WOHNUNG"

Von erheblichem Einfluß auf die Freizeitgestaltung und damit auf den Freizeitwert eines Wohngebietes dürfte die Möglichkeit sein, nach Neigung und freier Entscheidung Gäste in seiner Wohnung zu haben. Für die Planung wird das private gesellschaftliche Leben im kleinen Kreise insofern relevant, als durch eine geschickte Grundrißplanung einem Bedürfnis nach Beisammensein räumlich Rechnung getragen werden könnte.

Die Frage "Kommt zu Ihnen des öfteren jemand zu Besuch?" wurde - ohne Unterschied zwischen den A-B-C-Gebieten - nur von 12,3 % der antwortenden Haushaltsvorstände der 18 Untersuchungsgebiete schlicht verneint (und dies bei einer sehr geringen Quote "ohne Angaben" von 4,2 %). Die Art der Gäste, die häufiger gesehen werden, zeigt zunächst einige charakteristische Unterschiede zwischen den Gebietstypen. Der Anteil von Verwandten, die in der Nähe wohnen, ist in den A-Gebieten wesentlich geringer als in den B- und C-Gebieten (27,3 % / 43,7 % / 43,7 %), wo dieser Personenkreis die stärkste Gruppe überhaupt stellt. Gegenläufige Tendenz zeigt der Verwandtenbesuch aus anderen Stadtteilen bzw. von auswärts, wo die A-Gebiete (66,7 %) vor den B/C-Gebieten führen (61,5 % / 50,7 %), was aus der verhältnismäßig "neuen" Situation der Neubaugebiete, wo noch kein Nachziehen von Verwandten ins Wohngebiet stattgefunden hat, erklärlich ist. Freunde und Bekannte, die in der Nähe wohnen, kommen in allen drei Gebietsarten etwa gleich häufig ($\bar{\emptyset}$ 36,8 %), solche aus anderen Stadtteilen und solche von auswärts in den A-Gebieten wiederum häufiger als in den B- und C-Gebieten (38,4 % / 27,4 % / 26,1 % und 25,9 % / 17,2 % / 15,2 %). Denkt man an

den höheren Anteil der Kinder in den neuen Siedlungen, liegt erwartungsgemäß auch die Nennung des Besuches von Freunden der Kinder dort höher (24,7 % / 17,0 % / 16,5 %). Auf Grund der bereits dargelegten sozio-ökonomischen Kriterien wird bei der Prüfung der Besucherstruktur eine Zusammenfassung der B- und C-Gebiete als Altbaugebiete mit "eingewachsener" Bevölkerung und ausgebauten sozialen Verkehrskreisen und eine Gegenüberstellung aus den neuen Siedlungen sinnvoll, um zu prüfen, inwieweit abweichendes Verhalten gleicher Alters- und Bildungsgruppen in den unterschiedlichen Gebietsarten auf soziale oder städtebauliche - hier mehr bauliche - Besonderheiten zurückgeführt werden kann.

Merkbare Unterschiede ergaben sich beim Besuch von Verwandten, die in der Nähe wohnen, in den einzelnen Altersgruppen (durchwegs steigt mit zunehmender Altersgruppe der befragten Haushaltsvorstände der Besuch geringfügig an). Die Angehörigen aller drei Altersgruppen (bis 34 Jahre / 35 bis 54 Jahre / 55 Jahre und älter) erhalten in den A-Gebieten bedeutend weniger Besuche von im Wohngebiet lebenden Verwandten als in den B- und C-Gebieten (26,4 % / 42,3 %; 26,1 % / 42,1 % und 30,7 % / 45,1 %). Der Grund liegt hier offenbar weniger in der speziellen Bevölkerungsstruktur und ihren Gewohnheiten, als in der Realität, daß in den Neubaugebieten weniger Verwandte wohnen, die zu Besuch kommen könnten. Die stärkere Akzentuierung der Verwandtenbesuche aus anderen Stadtteilen bei der unteren Altersgruppe in A-Gebieten mag durch die verwandtschaftliche Unterstützung beim Einrichten in der neuen Wohnung und im neuen Wohngebiet zu erklären sein. Der Besuch der Verwandten, die von auswärts kommen, ist in allen Altersgruppen in den neuen Siedlungen deutlich höher als in den Altbaugebieten - ausgeprägt besonders in der jüngsten und ältesten Altersgruppe (38,3 % / 22,5 %; 37,1 % / 31,9 % und 43,6 % / 36,0 %). Ähnliches gilt für den Besuch von Freunden und Bekannten von auswärts (26,2 % / 19,0; 26,2 % / 20,4 % und 24,9 % / 14,3 %). Unabhängig vom Alter dürfte hier die in Neubaugebieten vorhandene größere Wohnung und der höhere Wohnkomfort durchschlagen, der es ermöglicht, von weiterher anreisende Gäste entsprechend zu empfangen und u.U. auch zu beherbergen.

Wie zu erwarten, sind die Besuche von Freunden und Bekannten, die in der Nähe wohnen, durchwegs gleich hoch; solche aus anderen Stadtteilen - weitgehend unabhängig von den Altersstufen - in den neuen Siedlungen jedoch deutlich höher als in den Altbaugebieten (wobei tendenziell mit zunehmendem Alter dieser gesellschaftliche Verkehr eingeschränkt wird), was sich besonders in den beiden älteren Altersgruppen ausprägt (35 bis 54jährige 39,3 % / 31,8 %, 55jährige und Ältere 34,3 % / 22,8 %). Neben dem Vorhandensein einer geeigneteren (Neubau-)Wohnung mag hier die größere berufliche Aktivität, aber auch der Wunsch

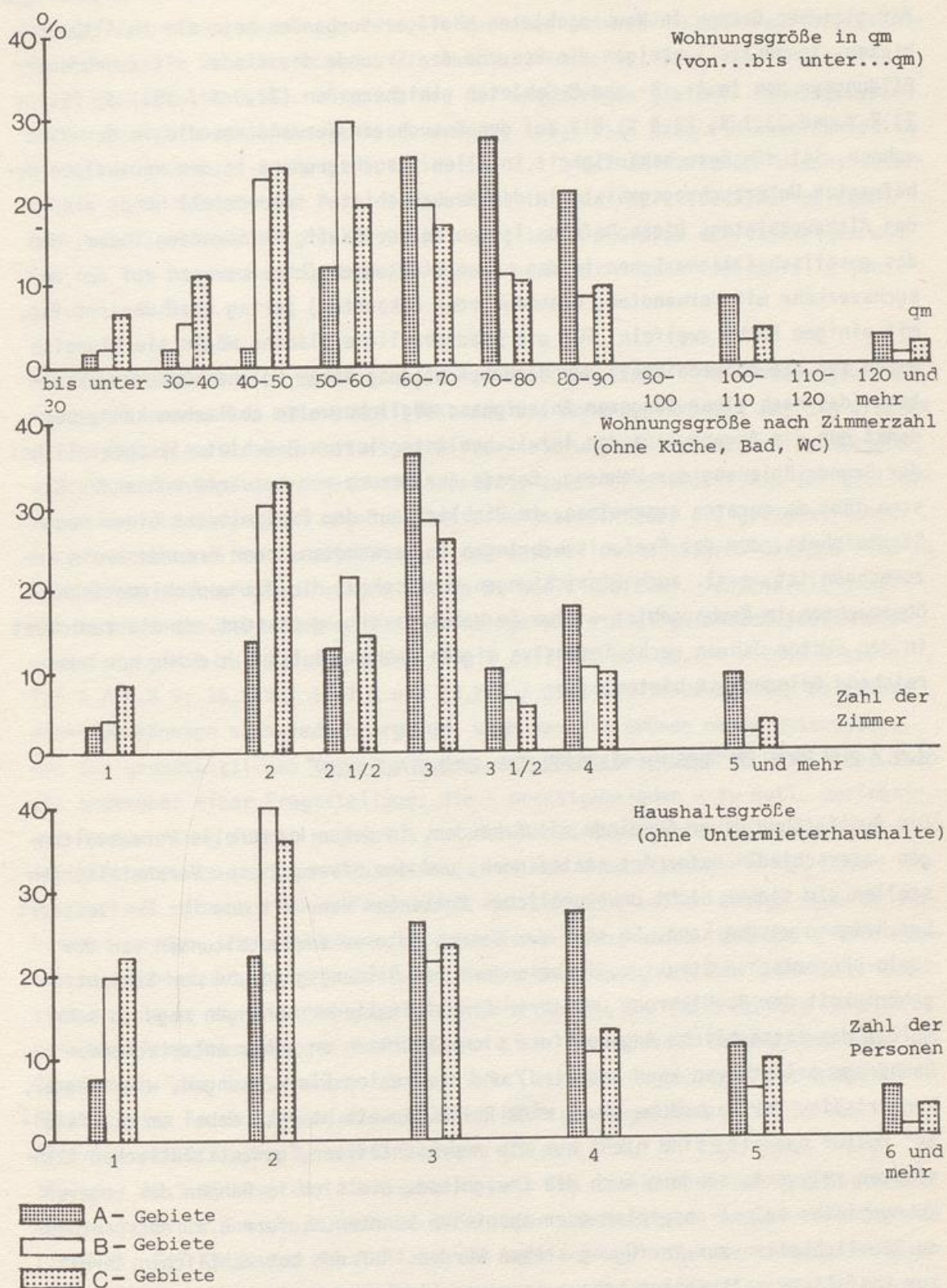
nach der Aufrechterhaltung von Kontakten auch in der neuen Wohnumgebung mit-spielen.

Der Befund, daß in der Altersgruppe der jüngeren Haushaltsvorstände die Freunde der Kinder häufiger in A-Gebieten als in den B- und C-Gebieten zu Besuch kommen, erklärt sich zunächst (vergleiche auch Abb. 2) aus der unterschiedlichen Besetzung dieser Altersgruppe mit Kindern (der Anteil der verheirateten Haushaltsvorstände ist in den Neubaugebieten größer, ebenso wie der größerer Haushalte - in Altbaugebieten mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte), möglicherweise aber auch aus der besseren Eignung der neugebauten Wohnung zur Aufnahme jugendlicher Gäste, da hier eher eigene Kinderzimmer vorhanden sind, schließlich auch daraus, daß durch die nicht so vielfältige Ausstattung mit kinder- und jugendgeeigneten Treff-Räumen in den neuen Siedlungen die so notwendigen Kontakte der kleinen Gruppe in der elterlichen Wohnung stattfinden (müssen). Differenziert man die hinsichtlich der Besucherstruktur gegebenen Antworten der Haushaltsvorstände in den beiden Gebietsarten nach der Zugehörigkeit zu jeweiligen Schulbildungsgruppen (Volks-/Berufsschule; mittlere Reife/Fachschule und Abitur/Universität), lassen sich ebenfalls einige interessante Aufschlüsse gewinnen. Auch bei dieser Einteilung der Daten finden Besuche von in der Nähe wohnenden Verwandten signifikant in den Altbaugebieten in allen Bildungsgruppen häufiger statt als in Neubaugebieten. Es herrscht die allgemeine Tendenz, daß mit zunehmendem Bildungsgrad der Besuch der in der Nähe wohnenden Verwandten sinkt, während der Besuch solcher aus anderen Stadtteilen und von auswärts steigt.

Die freiwillige Auswahl eines überlokal orientierten Beziehungsnetzes, zu dem dann auch Verwandte gehören (eher, weil man sie mag, weniger, weil sie Verwandte sind), scheint sich hier bemerkbar zu machen. Auf die bessere Eignung der Neubauwohnungen zur Aufnahme von Gästen deutet auch hier der Befund hin, daß Verwandte von auswärts ebenso wie Freunde oder Bekannte von auswärts tendenziell in allen Bildungsgruppen in den A-Gebieten häufiger als Gäste empfangen werden als in den B- und C-Gebieten (35,8 % / 32,0 %; 41,0 % / 33,5 % und 47,6 % / 42,9 % sowie 18,7 % / 13,6 %; 31,2 % / 22,9 % und 43,4 % / 35,7 %). Der signifikante Unterschied in den beiden höheren Bildungsgruppen hinsichtlich der Freunde von auswärts mag durch die praktizierbare überlokale Orientierung¹⁾ durch das Angebot der Wohnung als geeignetem Treffpunkt in den A-Gebieten beeinflußt werden. Merkbare Unterschiede bestehen hinsichtlich des Besuches von Freunden der Kinder in der unteren Bildungsgruppe, wo im A-Gebiet häufiger als

1) Vgl. hierzu: H. Oswald: "Die überschätzte Stadt, ein Beitrag der Gemeindegemeinschaftssoziologie zum Städtebau". 1966

Abb. 2: Wohnungs- und Haushaltsgröße in verschiedenen alten Stadtgebieten



Quelle: SIN-Datenerfassung 1965

im B- und C-Gebiet bei den Haushaltsvorständen der gleichen Bildungsgruppe Besuche stattfinden. Das eigene Kinderzimmer dürfte hier auch bei den Angehörigen der gleichen Gruppe in Neubaugebieten häufiger vorhanden sein als in Altbaugebieten. Tendenziell steigen die Besuche der Freunde der Kinder mit zunehmender Bildungsgruppe in A-, B- und C-Gebieten gleichermaßen (22,0 % / 15,1 %; 26,4 % / 21,2 % und 33,1 %, 29,4 %). Bis auf den Besuch von Verwandten, die in der Nähe wohnen, ist die Besuchshäufigkeit in allen Besuchsgruppen in den Haushalten der befragten Untersuchungsgebiete in den Neubaugebieten tendenziell höher als in den Altbaugebieten. Diese Befunde lassen an der häufig zu hörenden These, daß das gesellschaftliche Leben in den neuen Siedlungen (hier bezogen auf den Besuchsverkehr mit Verwandten, Freunden oder Bekannten) gering oder verarmt ist, mit einigem Recht zweifeln. Für die städtebauliche Planung mögen sie Hinweise geben für die Notwendigkeit der Berücksichtigung eines solchen Besuchsverhaltens (das nach einer längeren Anlaufphase möglicherweise abflachen kann, bedenkt man die Angaben aus den inzwischen integrierten B-Gebieten!) speziell bei der Grundrißplanung der Wohnung. Gerade der Besuch von auswärts wohnenden Gästen läßt es geraten erscheinen, im Hinblick auf den Freizeitwert einer neuen Stadteinheit, dem das Freizeitverbringen im Verwandten- oder Freundeskreis anzurechnen ist, evtl. auch Einrichtungen vorzusehen, die das unproblematische Übernachten im Neubaugebiet - etwa im Hotel garni - gestatten, da die zumindest in den ersten Jahren recht intensive eigene Wohnungsnutzung hierfür nur unzureichend Gelegenheit bieten kann.

2.4.2 ZUM PROBLEM "BESUCH KULTURELLER VERANSTALTUNGEN"

Die Ausstattung einer Gemeinde mit Gebäuden, in denen kulturelle Veranstaltungen unterschiedlichster Art stattfinden, und das Niveau dieser Veranstaltungen stellen ein sicher nicht unwesentliches Kriterium dar, mit dem ihr Freizeitwert beschrieben werden kann. So sehr der Besuch solcher Veranstaltungen von der sozio-ökonomischen Struktur, insbesondere vom Bildungsgrad und der Schichtzugehörigkeit der Bevölkerung und ihrer Einzelmitglieder abhängen mag, so sehr spielt das tatsächliche Angebot (das sich natürlich an einer entsprechenden Nachfrage orientieren kann und wird) und die realen Einrichtungen, wie Theater, Konzertsäle, Vortragsräume usw., eine Rolle. Soweit es sich dabei um die "kleine" Kultur handelt, sind nicht nur die repräsentativen, gesamtstädtischen Aktivitäten relevant, sondern auch die Ereignisse, die sich im Rahmen des engeren Wohngebietes selbst abspielen oder abspielen könnten, sofern u.a. entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden. Auf den beträchtlichen Anreiz zur Entfaltung kulturellen Lebens in neuen Siedlungen, wie er durch die Errichtung sog. Bürger- oder Gemeinschaftshäuser auch in manchen DB-Vorhaben ausge-

löst werden kann, wurde bereits hingewiesen.

Bei der Erörterung der Frage "Wie oft besuchen Sie oder Angehörige Ihrer Familie kulturelle Veranstaltungen, wie Theater, Konzerte, Vorträge, Ausstellungen?" hinsichtlich evtl. Unterschiede der Angehörigen gleicher Altersgruppen, die in Neubau- oder Altbaugebieten wohnen, zeigt sich kaum ein Unterschied im Verhalten (mehrmals im Monat ist dies bei 7,1 % der antwortenden Haushaltsvorstände aller Gebiete der Fall, etwa einmal im Monat bei 11,3 %, nur gelegentlich bei 61,7 % und nie bei 19,9 %). Lediglich die Gruppe der 55jährigen und Älteren ist in den Neubaugebieten reger - nach der Angabe "mehrmals im Monat" (11,8 % / 6,9 %).

Der höhere Anteil noch berufstätiger Haushaltsvorstände in den Neubaugebieten, die damit verbundene höhere Mobilität und das höhere Einkommen mag die Ursache dieses Datums sein. Auch bei einer Differenzierung der Daten nach der Zugehörigkeit der antwortenden Haushaltsvorstände zu einer der drei von uns gebildeten Schulbildungsgruppen ergeben sich kaum Unterschiede; die gelegentlichen Besucher kultureller Veranstaltungen der unteren und mittleren Gruppen sind in A-Gebieten geringfügig häufiger als in B- und C-Gebieten. Tendenziell nimmt mit zunehmendem Bildungsgrad der mehrmalige und einmalige Besuch jeden Monat erwartungsgemäß zu (3,3 % / 4,4 %; 9,7 % / 11,5 % und 20,7 % / 20,1 % sowie 7,9 % / 6,8 %; 16,5 % / 17,7 % und 23,2 % / 26,4 %). Städtebaulich relevante Hinweise könnten sich jedoch ergeben, wenn man die Gründe näher untersucht, die zur grundsätzlichen Verneinung der gestellten Frage führen. Bei aller Skepsis gegenüber einer Fragestellung, die - prestigebeladen - zu evtl. unrichtiger Beantwortung führen mag (etwa bei der Antwortkategorie "zu wenig Interesse" ist mit einem zu geringen Prozentsatz, bei der Antwortkategorie "zu hohe Kosten" mit einem zu hohen Prozentsatz zu rechnen), sollen einige Aspekte diskutiert werden, die möglicherweise räumlichen Bezug haben. Notwendig wird hierbei eine Untersuchung nach Einzelgebieten, unabhängig von der Zeit ihrer Entstehung, da in den Einzelangaben innerhalb der A-, B- und C-Gebiete jeweils beträchtliche Abweichungen feststellbar sind. Der globale Befund, daß etwa die Begründung "die Entfernungen sind zu weit" von den Angehörigen der gleichen Altersstufen in den A-Gebieten deutlich häufiger angeführt wird als von den Altersgenossen in den B- und C-Gebieten (13,8 % / 4,7 %; 15,1 / 6,9 % und 16,7 % / 12,1 %) bzw. der häufigere Hinweis "es ist hier zu wenig Gelegenheit geboten" in der Gruppe der bis zu 34jährigen Haushaltsvorstände in A-Gebieten (11,8 % / 6,7 %) deuten darauf hin, daß auch von der Lage des Untersuchungsgebietes im Stadtgebiet bzw. von der Gebietsausstattung selbst Einflüsse ausgehen. Die Rolle der Entfernung als Hinderungsgrund wird übrigens auch in allen

Bildungsgruppen in A-Gebieten stärker betont als in B- und C-Gebieten (6,3 % / 0,9 %; 12,6 % / 1,9 % und 28,4 / 8,5 %), wobei hier die Angehörigen der höheren Bildungsstufe stärker betroffen scheinen. Die Anordnung der Untersuchungsgebiete in einer Rangfolge entsprechend ihrer Erreichbarkeit zur City und der Eintrag der Angaben "Entfernung zu groß" als Hinderung läßt eine tendenzielle Abhängigkeit von der realen Entfernung erkennen, die durch die jeweiligen Verkehrsverhältnisse noch verstärkt wird. Auch die Nennung des Besuches "einmal im Monat" konnte durch die Entfernung der Wohngebiete von der City, in der die wesentlichen kulturellen Veranstaltungen stattfinden, beeinflußt werden (Abb. 3)¹⁾.

Die Zusammenfassung der Untersuchungsgebiete A, B und C in den einzelnen Städten, von deren Gesamtaktivität ja das kulturelle Angebot und damit die Möglichkeit seiner Nutzung für den Interessierten überhaupt abhängt, zeigt, daß die "bestausgestatteten" großen Städte erwartungsgemäß die höchste "Benutzungsziffer" aufweisen, und daß in den kleinen Städten der Hinderungsgrund "es ist zu wenig Gelegenheit geboten" stärker hervorgehoben wird (Tab. 44).

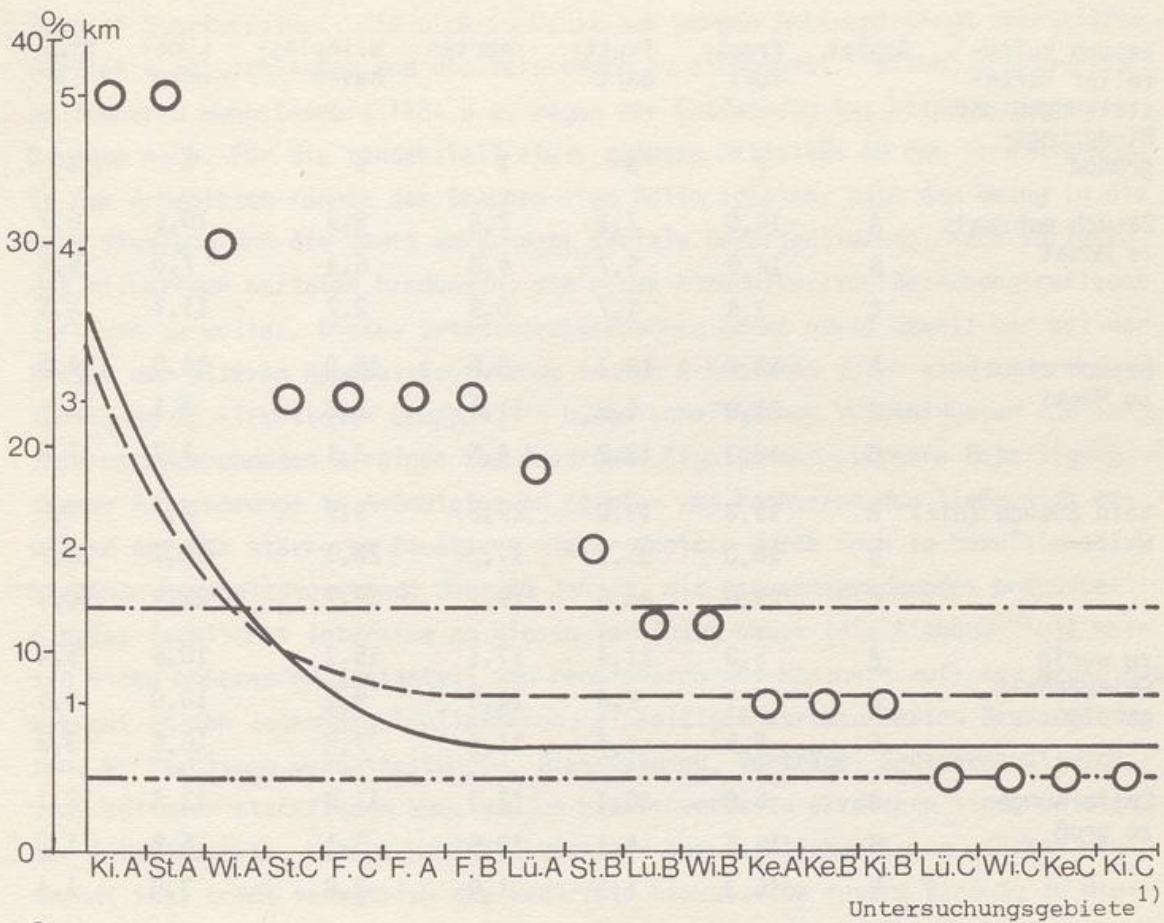
Zur Steigerung des Freizeitwertes unter dem Aspekt der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen kann städtebaulich - außer der Einplanung lokalbezogener "Kulturräumlichkeiten" im Wohngebiet - nur im Rahmen der gesamtstädtischen Stadtentwicklungsplanung Anregung gegeben werden. Sonst wird sich die Planung bei bestehendem Angebot auf die Konzeption weitgehend reibungslos, zeitsparend und bequem funktionierender Kommunikationssysteme - Straßenplanung und öffentlicher Nahverkehr - beschränken müssen, um die Erreichbarkeit der kulturellen Veranstaltungen in allen Teilen der Gemeinde für alle interessierten Bürger zu sichern.

2.4.3 ZUM PROBLEM "MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN"

Die Qualität eines Wohngebietes könnte hinsichtlich des Freizeitwertes einmal durch die vorhandenen baulichen Einrichtungen bestimmt werden, die Geselligkeit in Form des Vereinslebens ermöglichen, d.h. durch die Art, Ausstattung, Lage und Anzahl von Vereinslokalen, Bildungseinrichtungen und Versammlungsräumen, zum anderen durch die vorhandenen gesellschaftlichen Organisationen am Ort

¹⁾ Einige vorliegende merkbare Extreme in den einzelnen Untersuchungsgebieten plausibel zu erläutern ist zwar möglich, bringt jedoch kaum großen Informationsgewinn. Um jede Scheingenauigkeit zu vermeiden, wird darauf verzichtet.

Abb. 3: Vermissene Einrichtungen und Entfernung zur City



○ Entfernung zur City

von den Haushalten vermissene Einrichtungen:

— Kultur und Unterhaltung²⁾

- - - Einkaufseinrichtungen²⁾

- · - · Spiel-, Sport-, Freizeiteinrichtungen³⁾

· · · · Lokale⁴⁾

F - Frankfurt

Ke - Kempten

Ki - Kiel

Lü - Lüneburg

St - Stuttgart

Wi - Wilhelmshaven

1) geordnet nach der Entfernung zur City unter Berücksichtigung des Zeitaufwandes in Minuten

2) Bis Frankfurt B graphisch ermittelt mit Hilfe gleicher Mittelwerte, dann Durchschnitt

3) Durchschnitt aller 18 Untersuchungsgebiete

4) Durchschnitt aller Untersuchungsgebiete ohne die extremen Werte von Kempten A

Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

Tab. 44: Besuch kultureller Veranstaltungen und Hinderungsgründe nach Städten und Gebieten geordnet

Besuch kultureller Veranstaltungen und Hinderungsgründe	Gebiet	Frankfurt	Stuttgart	Kempten	Wilhelms- haven	Lüne- burg	Kiel
		%	%	%	%	%	%
Besuch mehrmals im Monat	A	10,0	7,1	2,8	8,9	10,5	6,7
	B	14,9	5,7	4,8	6,4	7,0	6,5
	C	3,6	4,7	0,9	2,7	11,2	5,4
Besuch einmal im Monat	A	13,7	12,7	5,6	15,0	14,0	14,5
	B	21,0	9,8	11,1	8,6	8,1	11,6
	C	12,3	12,2	4,5	3,1	7,7	7,8
kein Besuch (nie) weil:	A	15,3	19,0	29,2	9,9	7,7	14,6
	B	10,0	35,7	17,2	22,1	20,7	18,9
	C	29,0	23,5	29,7	39,7	21,9	30,1
zu wenig Gelegenheit geboten	A	5,3	11,4	17,1	15,7	10,6	5,4
	B	3,1	2,6	14,5	9,1	10,0	3,6
	C	8,5	4,4	11,5	7,8	10,6	3,9
Entfernungen zu groß	A	5,8	30,1	12,3	11,0	13,4	12,1
	B	14,5	4,1	10,5	5,1	6,9	1,8
	C	15,3	1,1	1,0	2,8	3,8	1,4

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

oder im Gebiet, d.h. vom tatsächlichen "Angebot" existierender Sportvereine, kirchlicher Arbeitskreise, naturkundlicher Gesellschaften usw. Die Frage: "Gehören Sie irgendeiner festen oder losen Vereinigung an, deren Zusammenkünfte bzw. Veranstaltungen Sie regelmäßig besuchen?" wurde von den befragten Haushaltsvorständen aller Altersgruppen durch nur knapp mehr als die Hälfte verneint. Zwischen den untersuchten Neubaugebieten (A) und den Altbaugebieten (B und C) zeichnet sich hinsichtlich dieser Enthaltensamkeit eine schwache Tendenz zugunsten der A-Gebiete ab. In allen möglichen Vereinsarten ist das Engagement in den Neubaugebieten in allen drei Altersgruppen geringfügig größer. Eine Ausnahme bildet verständlicherweise die Mitgliedschaft der Gruppe der älteren Haushaltsvorstände (55 Jahre und mehr) bei den Sportvereinen. Trotz des in den B- und C-Gebieten höheren Durchschnittsalters ist diese Gruppe in den Altbaugebieten noch mehr am Sportvereinsleben beteiligt als die ihrer Altersgenossen in den Neubaugebieten. Diese selbst zwar kaum noch sportlich aktive Gruppe hält im

Alter am angestammten Wohnplatz "ihrem" Verein die Treue, in Neubaugebieten entschließen sich die über 55jährigen offenbar schwerer, wieder einem der "neuen" Sportvereine - die sich zunächst aus jungen Aktivistportlern rekrutieren dürften - anzuschließen, und die Verbindung zu einem evtl. "alten" Sportverein am früheren Wohnstandort läßt u.a. wegen der Entfernung aus altersbedingten Gründen nach. Für die tendenziell etwas größere Aktivität in den Vereinigungen in den A-Gebieten könnte das Bemühen eine Rolle spielen, nach dem Umzug in die neue Siedlung und die damit verbundene soziale Desorientierung, nach Verlust der bisherigen sozialen Bindungen, ein neues kommunikatives Beziehungsgeflecht aufbauen zu wollen. Dieses Orientierungsbemühen kommt etwas deutlicher bei der Gruppe der älteren Haushaltsvorstände in den A-Gebieten durch eine höhere Beteiligung in kirchlichen Gruppen, in bürgerschaftlichen Vereinigungen und in interessengebundenen Vereinen zum Ausdruck. Signifikant stärkere Beteiligung dieser Altersgruppe in A-Gebieten an Berufs- und Fachverbänden ließe sich erklären aus der stärkeren Besetzung dieser Gebiete durch noch im Berufsleben stehende Haushaltsvorstände über 55 Jahren, die ein entsprechendes berufsbedingtes fachliches Interesse an diesen Verbänden haben (die Altbaugebiete weisen einen höheren Prozentanteil von Pensionären und Rentnern auf). Auf Grund des Wohnens in den lagemäßig isolierteren, einseitiger strukturierten Neubaugebieten, wo fachliche Veranstaltungen, Diskussionen, Vorträge, Gedankenaustausch usw. seltener stattfinden bzw. von wo sie schwerer zu erreichen sind, wo also der interessierte, ältere Haushaltsvorstand vom fachlichen Leben stärker getrennt ist, kommt vermutlich das Bedürfnis hinzu, eine engere Bindung zu diesem Kontaktfeld durch die Mitgliedschaft in einem Berufs- oder Fachverband zu gewinnen. Ein Indiz für den Einfluß der räumlichen Situation auf dieses Verhalten ergibt sich durch den Befund, daß - in fast allen A-, B- und C-Gebieten - tendenziell in den drei kleineren Untersuchungsgemeinden eine größere Neigung zur Mitgliedschaft in solchen Verbänden besteht als in den großen Städten.

Untersucht man die Vereinstätigkeit der Haushaltsvorstände in den Neubau- und Altbaugebieten hinsichtlich ihrer Abhängigkeit vom Bildungsniveau, so läßt sich zunächst ebenfalls eine schwache Tendenz feststellen, derzufolge die Abstinenz vom Vereinsleben in den A-Gebieten etwas geringer ist. Auffällig ist die stärkere Beteiligung der Gruppe mit dem höchsten Bildungsgrad (Abitur/Universität) in den neuen Siedlungen bei den bürgerschaftlichen Vereinigungen; die hier gegebene "Pioniersituation" mag dieser Gruppe durch die erkennbare Notwendigkeit zur Artikulation von Wünschen und Forderungen der Siedlungsbewohner verstärkt Anreiz zum Engagement geben. Die Gruppe mittlere Reife/Fachschule stellt signifikant in den A-Gebieten einen höheren Anteil als in den B- und C-Gebieten an Mitgliedern bei Berufs- und Fachverbänden. Neben dem Wunsch, fachlich auf

dem laufenden zu bleiben, trotz des Wohnens in entlegeneren Neubaugebieten, könnte es eine Rolle spielen, daß von dieser Gruppe die berufsständige Interessenvertretung in ihren Verbänden stärker akzentuiert ist, als das in den anderen Bildungsgruppen der Fall ist. Auf dies will man, gerade wenn man vom Geschehen entfernter wohnt, nicht verzichten.

Die häufig zu hörende Meinung, daß in den "lebendigen" Altbaugebieten im Gegensatz zu den "sterilen" neuen Siedlungen das Vereinsleben stärker sei, läßt sich durch die Ergebnisse unserer Untersuchung kaum erhärten, eher scheint eine Tendenz zu größerer Aktivität gerade in den Neubaugebieten vorhanden zu sein.

Von seiten der Stadtplanung könnten beim Bau neuer Siedlungen im Hinblick auf diese Befunde Überlegungen angestellt werden, wie durch Schaffung differenzierter und flexibler Einrichtungen die Neigung zu geselligem Leben in Vereinigungen aller Art gefördert und ermöglicht werden könnte (wobei sich auf das Angebot der sich ausdehnenden oder neu entstehenden Vereine entsprechende Impulse auslösen lassen hinsichtlich der Zusammenhänge und konkreten Bedürfnisse), etwa in Form vielfach nutzbarer "Bürgerhäuser" oder "Gemeinschaftshäuser", die neben Bildungs- und Belehrungsveranstaltungen auch der Entwicklung des geselligen Vereinslebens durch Bereitstellung von Räumlichkeiten dienlich sein können, wie zahlreiche Beispiele in verschiedenen deutschen Städten zeigen.

2.4.4 ZUM PROBLEM "STAMMLOKALBESUCH"

In der städtebaulichen Literatur der neuen Zeit, die sich mit den Problemen des Wohnens und Freizeitwertes unserer Städte beschäftigt, insbesondere unter sozialkritischen Aspekten, wird immer wieder die Verarmung des gesellschaftlichen Lebens in neuen Siedlungen im Gegensatz zu der lebendigen Vielfalt der Altbaugebiete betont und die Forderung an die Planer gestellt, "mehr Kneipen an den Ecken" zu bauen, da diese als Stammlokale in den alten Stadtteilen eine wichtige Funktion als kleine lokale Kommunikationszentren wahrnehmen. Läßt man die betriebswirtschaftlichen Überlegungen zur Führung einer solchen Lokalität hier zunächst einmal außer acht, ist für unsere Untersuchung das Verhalten der Bewohner unterschiedlich baulich strukturierter und ausgestatteter Gebiete hinsichtlich ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme solcher Einrichtungen von Interesse, wobei das Verhalten vom Angebot an Lokalen ebenso beeinflußt sein mag, wie vom Bedürfnis nach Kontakt mit anderen Menschen in der spezifischen Form des Lokalbesuches. Die Auswertung des Datenmaterials zeigt zunächst, daß in allen Altersgruppen kaum mehr als 25 % der Haushaltsvorstände überhaupt ein Stammlokal in ihrem Viertel haben, in das sie gerne einkehren oder in dem sie sich mit Be-

kannten treffen. Deutlich tritt innerhalb dieser Minderheit bereits - etwas stärker in der jüngeren und mittleren Altersgruppe (76,7 % zu 69,2 % und 84,9 % zu 76,6 %) - hervor, daß Altbaugebietsbewohner stärker zum Besuch eines Stammlokales neigen als die Haushaltsvorstände in den A-Gebieten. Während in den drei Altersgruppen die häufigere Nennung des gelegentlichen Besuches kaum gebietsspezifische Unterschiede zeigt, prägt sich ein Unterschied des häufigeren Stammlokalbesuches in den Altbaugebieten deutlich aus. Die Gruppe der jüngeren Haushaltsvorstände bis 34 Jahre ist in den Altbaugebieten mehr als doppelt so stark vertreten wie der Anteil der Stammlokalgänger in neuen Siedlungen. Dieses Verhältnis herrscht etwas schwächer auch bei den anderen Altersgruppen vor. Der regelmäßige Besuch eines Stammlokales im Viertel wird durch das Alter offenbar nicht beeinflußt (auch wenn tendenziell mit zunehmendem Alter der Besuch sinkt), sondern ist durch den Grad der Ausstattung des Gebietes mit Lokalen bzw. durch den "städtischen Lebensstil" der zwanglosen Benutzung solcher zur Wahl angebotener Einrichtungen bestimmt. Dies wird auch deutlich, zieht man die Einzelergebnisse der hier bislang gemeinsam betrachteten Altbaugebiete einmal auseinander. Es zeigt sich dann, daß die B-Gebiete, die um 1930 gebaut worden sind und zum Teil eine geringe Vielfalt hinsichtlich der Ausstattung mit Lokalen aufweisen, in diesem Falle eher in Richtung der Neubaugebiete tendieren.

Führend im regelmäßigen Besuch von Stammlokalen sind die Haushaltsvorstände der C-Gebiete in Frankfurt (15,8 %) und Kempten (14,3 %); daneben stehen die B-Gebiete in Frankfurt (6,2 %), Lüneburg (5,9 %), Stuttgart (5,8 %) und die A-Gebiete wieder Frankfurt (4,4 %), Wilhelmshaven (3,9 %) und Kiel (3,7 %), woraus vermutlich - neben einer allgemein größeren, offenbar lokal- oder stammesspezifischen Geselligkeit in Frankfurt - weitere Rückschlüsse auf die Ausstattung mit Lokalitäten in den genannten Gebieten gezogen werden müssen. Tatsächlich liegt das neue Nordweststadtzentrum in Frankfurt mit einem Angebot von über 14 Lokalen aller Art in unmittelbarer Nähe der Untersuchungsgebiete A und B; auch das C-Gebiet ist als ehemaliger Dorfkern ebenfalls mit zahlreichen Lokalen versehen. Das C-Gebiet in Kempten liegt im Anschluß an die Innenstadt und ist als Teil der Altstadt gleichfalls gut ausgestattet (der große Wunsch nach einem Lokal (44 %) im A-Gebiet in Kempten - hier nur 1,9 % regelmäßige Stammlokalbesucher, kein Lokal - war bei der Befragung sehr ausgeprägt). Das B-Gebiet in Stuttgart liegt am Rande des städtisch strukturierten Gebietes, der Ortsteil Bad Cannstatt ist relativ gut zu erreichen. Im ziemlich kleinen B-Gebiet Lüneburg selbst liegt ein Lokal, die Innenstadt ist nicht allzu weit entfernt. Im A-Gebiet in Wilhelmshaven befinden sich zwei Lokale im Zentrum, dasselbe ist bei mehreren Lokalen im A-Gebiet Kiel der Fall. Differenziert man die Angaben zum Stammlokalbesuch in den unterschiedlichen Gebieten nach dem Bildungsgrad

der befragten Haushaltsvorstände, ist der ebenfalls in allen Gruppen durchgängige Trend der stärkeren Aktivität in den B- und C-Gebieten wieder deutlich, wobei in der Kategorie des mittleren und höheren Bildungsgrades in den B- und C-Gebieten ein dreimal so hoher Anteil (2,1 % / 7,5 % und 2,7 % / 7,7 %) regelmäßiger Stammlokalbesucher zu finden ist, während er in der Gruppe Volksschule/Berufsschule nur doppelt so hoch ist. Diese Tendenz zeichnet sich bei der letzten Gruppe auch für den gelegentlichen Besuch ab, während die beiden ersten Bildungsgruppen in gleicher Intensität in Neubau- und Altbaugebieten hin und wieder ihr Stammlokal aufsuchen.

Die größere Neigung der höheren Bildungsgruppen, die in B- und C-Gebieten wohnen, Stammlokale regelmäßig zu besuchen - im Gegensatz zu ihren "Bildungsgeossen" in A-Gebieten - könnte möglicherweise auf den stärkeren Einfluß des Bildungsfernsehens als "Ersatz" in neuen Siedlungen zurückzuführen sein; vermutlich genügen die ohnedies spärlichen Lokale mit oft nicht gerade guter Gestaltung und Ausstattung, die mangelnde "gemütliche" Atmosphäre neu gebauter Betriebe, das fehlende Flair für die Wahl eines eigenen Stammlokals im Viertel den anspruchsvolleren Wünschen dieser Gruppe nicht (die im wesentlichen gleiche Stärke des gelegentlichen Besuches in A-, B- und C-Gebieten mag das bestätigen). Die These, daß der Besuch von Stammlokalen von einer Form gesellschaftlichen Kontaktes durch die räumlich-funktionelle Struktur eines Gebietes stark abhängig ist, d.h., daß in neuen Siedlungen bedingt durch ihre Ausstattung eine "Verarmung" in diesem Sinne besteht, dürfte durch unsere Befunde bestätigt sein.

Die planerische Maßnahme, auf Grund der Klagen über fehlende Lokale in neuen Siedlungen solche im Konzept vorzusehen, wird immer unrealistisch sein, solange durch entsprechende bauliche Verdichtung nicht genügend Kaufkraft zur Existenzsicherung solcher Einrichtungen bereitgestellt wird. Die angesprochenen Lokale in den B- und C-Gebieten, die offenbar eine größere Stammkundschaft haben als die in den neuen Siedlungsgebieten, haben dennoch durch die sporadische oder Laufkundschaft, etwa der im dortigen Bereich Beschäftigten, die größere Chance zum wirtschaftlichen Betrieb. Da auch die "Kneipe an der Ecke" in diesen Gebieten von nur höchstens 10 % der Bevölkerung regelmäßig aufgesucht wird, ist kaum damit zu rechnen, daß durch den Bau solcher Lokale das "urbane" Leben in den neuen Siedlungen wesentliche Impulse erhält. Vermutlich ist eine verkehrsgünstige Anbindung an die reich ausgestattete Innenstadt sinnvoller für die wenigen, die heute (noch oder erst) das Bedürfnis nach einer Stammkneipe haben.

2.4.5 ZUM PROBLEM "SPORTLICHE BETÄTIGUNG"

Die Ausstattung eines Wohngebietes mit Anlagen und Einrichtungen für die sportliche Betätigung, die im Rahmen der wachsenden Freizeit der industriellen Gesellschaft nicht nur aus Gründen der Freizeitverbringung, der Freude am Sport schlechthin betrieben wird, sondern auch aus Gründen der Gesundheitsvorsorge, des körperlichen Ausgleichs (der in aller Regel bei bewegungsarmer beruflicher Betätigung wachsende Bedeutung zu gewinnen scheint), kann ein wesentliches Indiz für den Wohn- und Freizeitwert einer Siedlungseinheit sein. Die sportliche Beteiligung in den unterschiedlichen Sparten mag vom Alter und dem Bildungshintergrund der Bewohner abhängen, vor allem aber auch vom Angebot an Sporthallen, Schwimmbädern, Spielfeldern usw. im Gebiet oder in seiner relativ leicht erreichbaren Umgebung (wird vom betonten Leistungssport, für den man auch weitere Entfernungen zur speziellen Trainings- oder Kampfstätte in Kauf nimmt, einmal abgesehen). Untersucht man zunächst hinsichtlich der Altersgruppe der Befragten die Gründe einer Verneinung der Frage "Betätigen Sie oder Angehörige Ihres Haushalts sich in irgendeiner Weise häufiger sportlich?", so zeigt sich, daß bei dem häufigsten Verneinungsgrund "Zeitmangel" die Mitglieder der Gruppe der jüngeren Haushaltsvorstände bis zu 34 Jahren in den B- und C-Gebieten signifikant sind (16,9 % / 27,5 %) - eine Erklärung wäre der höhere Anteil von jungen Berufstätigen in Einpersonenhaushalten mit stärkerer Beanspruchung. Das mangelnde Interesse hingegen überwiegt in der Gruppe der Älteren ab 55 Jahren in den B- und C-Gebieten (22,1 % / 30,1 %). Hier kann der Grund in der Berufsstruktur dieser Gruppe liegen, wobei der höhere Anteil von Pensionären und Rentnern in den Altbaugebieten, die körperlich zur Sportausübung nicht mehr imstande sind, das Ergebnis bestimmen mag (während sie häufiger, wie bereits dargelegt, Mitglieder von Sportvereinen sind).

Bei dem Hinweis, wegen der fehlenden Voraussetzungen zur Sportausübung würde kein Sport getrieben, finden sich kaum Unterschiede zwischen den Gebieten; schwach deutet sich bei der älteren Gruppe, evtl. bedingt durch die größere Immobilität ihrer Mitglieder in B- und C-Gebieten, eine etwas stärkere Akzentuierung dieses Hinderungsgrundes an.

Bei der sportlichen Betätigung, die von mehr als zwei Dritteln der Befragten in den Neubaugebieten (in den Altbaugebieten etwas weniger) doch bereits häufiger betrieben wird, ergaben sich in der meistgenannten Kategorie des Hallensportes (Schwimmen, Gymnastik, Turnen, Tischtennis) signifikante Unterschiede zwischen den gleichen Altersgruppen in unterschiedlichen Gebieten. In Neubaugebieten wird in allen Altersklassen mehr Hallensport getrieben, wobei mit zunehmendem

Alter diese Betätigung erwartungsgemäß abnimmt. Besonders deutlich wird dies bei der jüngeren und älteren Altersgruppe (44,8 % / 33,8 % und 28,5 % / 10,1 %), schwächer in der mittleren Gruppe (46,3 % / 40,7 %). Die Ausstattung fast aller neuen Siedlungen mit entsprechenden Einrichtungen bzw. die leichtere Erreichbarkeit der in den letzten Jahren mehr am Stadtrand gebauten Hallenanlagen dürfte der Grund für dieses Verhalten sein. Gerade beim Bau neuer Schulen, die in der Regel mit und in den neuen Siedlungen nach modernen städtebaulichen, architektonischen und pädagogischen Gesichtspunkten errichtet worden sind, wurde der Aspekt der außerschulischen Sportbetätigung bedacht durch entsprechende Anlage der Turnhallen, Gymnastikräume usw. auch für den Vereinsbetrieb oder einzelne Sporttreibende. Ebenso werden bei der Errichtung von kirchlichen Gemeindezentren, neben Klub- und Versammlungsräumen für die Jugend, manchmal auch Einrichtungen für Gymnastik, Turnen, Judo- oder Boxsport vorgesehen, worauf in den Altbaugebieten weitgehend verzichtet werden muß. Die übrigen Sportarten, die zu ihrer Ausübung flächenmäßig größeren Raum beanspruchen, die ohnedies in der Regel am Rande von Baugebieten, in einer städtischen Grünzone usw. angelegt werden, und zu deren Erreichung man sowohl von den neuen als von den älteren Baugebieten mehr Zeit benötigt, zeigen hinsichtlich der einzelnen Altersstufen keine signifikanten Unterschiede, wenn auch in den Neubaugebieten tendenziell etwas mehr Sport in diesen Kategorien getrieben wird. Bemerkenswerte gebietstypische Unterschiede ergaben sich bei einer Aufschlüsselung der Antworten der befragten Haushaltsvorstände nach ihrer Zugehörigkeit zu einer der drei Bildungsgruppen. Fehlende Voraussetzungen als Hinderungsgrund gaben hier die Haushaltsvorstände mit Volks-/Berufsschulbildung und die mit mittlerer Reife/Fachschulbildung in den B- und C-Gebieten signifikant häufiger an (12,9 % / 18,6 % und 9,8 % / 16,9 %). Mit dem Interesse verhält es sich ebenso; dies ist, besonders bei der ersten Gruppe, in den B- und C-Gebieten merklich geringer (12,2 % / 23,2 %). Die fehlende Zeit spielt keine bildungsspezifische Rolle. Bei der Aufgliederung nach Sportarten gibt es unter dem Aspekt der Bildung einige offensichtliche Unterschiede zwischen den Untersuchungsgebieten. In allen drei Gruppen, also unabhängig von der Schulausbildung, wenn auch am wenigsten ausgeprägt bei der (u.U. mobilsten) Gruppe Abitur/Universität, wird in den A-Gebieten erheblich mehr Hallensport getrieben als in B- und C-Gebieten, was unsere Vermutung hinsichtlich der lokalspezifischen Qualitäten der Gebiete bestätigen könnte.

Bei Feldsport (Fußball, Handball, Hockey), der tendenziell in der Beliebtheit mit steigendem Bildungsgrad abnimmt, gibt es in A-Gebieten in der unteren und mittleren Bildungsschicht etwas mehr Aktivität, wobei die bessere Ausstattung mit Sportplätzen in größerer Nähe zum Wohngebiet eine Rolle spielen mag. Während in der mittleren Bildungsgruppe bei der auch noch recht beliebten Kategorie

Kegeln und Bowling keine Unterschiede zwischen Neubau- und Altbaugebiet bestehen, sind sie bei den Haushaltsvorständen sowohl mit Volksschul-/Berufsschulabschluß als auch mit Abitur/Universitätsbildung zugunsten der A-Gebiete im Vergleich zu den "Bildungsgenossen" der B- und C-Gebiete signifikant erkennbar (14,0 % / 9,2 % und 11,2 % / 6,6 %) - auch hier ist ein Absinken des Interesses mit zunehmender Bildung festzustellen. Es läßt sich allerdings nicht eindeutig sagen, ob bei den einen ein "Kegelabend" auch außerhalb des Wohngebietes wahrgenommen wird, und ob sich die anderen in der (kostspieligeren) Bowlingbahn in der Innenstadt sportlich betätigen. Da beim Bau der zentralen Einrichtungen in neuen Wohngebieten häufig in Verbindung mit dem Einkaufszentrum und dem Restaurant auch Kegelbahnen vorgesehen werden, diese aber auch in Gemeinschaftshäusern und kirchlichen Gemeindezentren installiert werden, könnte die höhere Aktivität in Neubaugebieten auf das reale Angebot zurückzuführen sein. Zu vermuten ist jedoch auch, daß gerade diese Art der sportlichen Betätigung, die einen starken geselligen Aspekt aufweist, zur Bildung informeller Gruppen in Neubaugebieten führen mag und so indirekt dazu dient, das soziale Beziehungsgeflecht in neuen Siedlungen auszubauen.

Die stärkere Aktivität der Haushaltsvorstände und ihrer Familienangehörigen im A-Gebiet auf dem Bereich der Leichtathletik dürfte sich wohl wieder auf die räumliche Situation und Ausstattung der Gebiete mit derartigen Einrichtungen beziehen, die besonders in Neubaugebieten in Verbindung mit Fußballplätzen als Sportanlagen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Grün- und Freiflächen in aller Regel geschaffen wurden, während sie von den Innenstadtgebieten meist nur nach längerem Weg erreicht werden können.

Der höhere Freizeitwert, der durch das Angebot von Sportanlagen aller Arten im Wohnbereich der A-Gebiete vorhanden ist, reizt offenbar die Bewohner, weitgehend unabhängig vom Bildungshintergrund, wenn sich dieser auch im einzelnen evtl. durch schichtspezifisch stärker bevorzugte Sportarten erkennbar macht, zu stärkerer sportlicher Betätigung.

Für die Planung geben die vorgestellten Befunde zunächst den Hinweis, daß die durchwegs gute Ausstattung mit Sportausrüstungen in den von uns untersuchten neuen Siedlungen durch entsprechende Nutzung der Bewohner anerkannt wird. Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen könnte durch den Bau von Hallensporteinrichtungen, die auf relativ kleiner Grünfläche in kompakter Form konzipierbar sind,

einem Bedürfnis nach Sportausübung in ähnlichem Umfang wie in den Neubaugebieten Rechnung getragen werden¹⁾.

Flächenextensive Anlagen, wie Sportplätze, Lauf- und Wurfbahnen usw., werden wohl auch in Zukunft kaum den kostspieligen Boden der dichter genutzten und bebauten Innenstädte in Anspruch nehmen dürfen; hier wäre durch Schaffung leistungsfähiger Verkehrsverbindungen nach Ausgleichsmöglichkeiten zu suchen.

2.4.6 ZUM PROBLEM "BENUTZUNG VON GRÜNANLAGEN"

Eine für den Freizeitwert eines Wohngebietes wohl mit entscheidende Bedeutung hat die Art, Größe und Erreichbarkeit innergebietlicher Grünanlagen. Die sozial-reformerischen Bemühungen der progressiven Architektengeneration zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, die als Alternative zur "versteinerten" Großstadt²⁾ die Gartenstadtbewegung³⁾ und die funktionalistische Planungstheorie mit dem Manifest der Charta von Athen⁴⁾ entwickelten, waren nicht zuletzt auf eine ausreichende Ausstattung der Wohngebiete mit Grünanlagen gerichtet. Die "gegliederte und aufgelockerte" Stadt⁵⁾ war als Zielvorstellung des modernen Städtebaus bis in das letzte Jahrzehnt Richtmaß für die Planung neuer Siedlungen und hat ganz wesentlich das Erscheinungsbild der "neuen" Städte, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im internationalen Bereich geprägt; wobei nicht selten die Erscheinungen auftraten, daß die Grünanlagen entweder als reines "Abstandsgrün" zwischen den Gebäudegruppen im Sinne der Landesbauordnung oder als "das" wesentliche Element der Siedlung überhaupt geplant und realisiert wurden, was den Baugebieten den Vorwurf ländlicher Weite, Eintönigkeit und Form- und Maßstablosigkeit einbrachte. Gerade in der gegenwärtigen Phase der Diskussion zur Städtebauthorie, die eine Verdichtung und Konzentration sowie eine flexible

¹⁾ Wobei entsprechend den Befunden des Hinderungsgrundes "fehlende Voraussetzungen" für die älteste Gruppe der befragten Haushaltsvorstände (bei der sich die Antworten entsprechend der Haushaltsstruktur dieser Gruppe wohl weitgehend auf die eigene Situation und weniger auf die der Familienmitglieder erstreckt) ein vermehrter Bau von Alterssportanlagen empfohlen werden müßte, was den Freizeitwert für diese zahlenmäßig immer stärker werdende Altersgruppe erheblich erhöhen würde, speziell in Verbindung mit größeren Altenzentren.

²⁾ Vgl. W. Hegemann: "Das steinerne Berlin". 1963.

³⁾ Vgl. E. Howard: "Gartenstädte von morgen". Berlin 1968.

⁴⁾ Vgl. U. Conrads (Hrsg.): "Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts". Berlin 1964, S. 129.

⁵⁾ Vgl. J. Göderitz, R. Rainer, H. Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt". Tübingen 1957.

Mischung der baulichen und funktionellen Nutzung mit dem Ziel der Schaffung "städtischer" Räume, die urbanes Leben ermöglichen, anstrebt, kommt dem Problem der optimalen Anlage (optimal nicht hinsichtlich der reinen Fläche, sondern der reichen Ausstattung und damit intensiven Nutzung) von Grünflächen besondere Bedeutung zu. Sie werden den Freizeitwert künftiger Siedlungen und Stadterneuerungsgebiete wesentlich mitbestimmen. Die Analyse der Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung kann beim Problem der Nutzung von Grünflächen in den unterschiedlichen Gebieten nicht, wie das an anderer Stelle der Fall war, Gebietsgruppen miteinander vergleichen.

Offenbar schlägt nämlich der Einfluß der tatsächlich vorhandenen Grünanlagen, unabhängig, in welchem Gebietstyp wir uns befinden, für die häufige oder gelegentliche Benutzung entscheidend durch. Die Frage "Suchen Sie die Grünanlagen in Ihrer Nähe auf?" wurde von zahlreichen Haushaltsvorständen dahingehend beantwortet, daß es keine solchen in der Nähe gäbe - was den realen Gegebenheiten, unabhängig vom subjektiven Maßstab "Nähe", in der Regel entspricht. Dieser Hinweis ist etwa für die Summe der A-Gebiete mit 9,1 % aber bereits unzuverlässig, da durch das A-Gebiet in Kempten (Extrem: 35,7 %) die in der Regel geringen Nennungen in den A-Gebieten im Durchschnitt höher erscheinen. Bei den B-Gebieten verhält es sich ähnlich; hier wird durch den Extremwert des B-Gebietes in Wilhelmshaven der sonst ebenfalls sehr niedrige Durchschnitt beeinflusst.

In den C-Gebieten schließlich erklärt sich der - wie zu erwarten - zwar höhere Hinweis von "nur" 14,8 % auf fehlende Grünanlagen durch den Befund, daß drei C-Gebiete (Frankfurt, Stuttgart, Wilhelmshaven) sehr hohe Nennungen, die übrigen drei (Kempten, Lüneburg, Kiel) jedoch niedrigere, wie die meisten A- und B-Gebiete auch, haben.

Die Untersuchungsgebiete lassen sich also, unabhängig vom Alter ihrer Entstehung, gruppieren in solche, die mit Grünanlagen in der Nähe angemessen versehen sind (das ist die Mehrzahl), und solche, bei denen Mangel herrscht.

Stellt man die A-/B-/C-Gebiete von allen sechs Städten in eine Reihenfolge nach der Häufigkeit des Beschwerens der befragten Haushaltsvorstände über fehlende Grünanlagen und ordnet ihnen die Angaben über den häufigen oder gelegentlichen Besuch zu, wird deutlich, daß eine enge Abhängigkeit zwischen dem Angebot von Anlagen und ihrer Benutzung besteht.

Die regelmäßige Benutzung der Grünanlagen ist in den alten Baugebieten offenbar geringer, trotz des durchschnittlich höheren Alters ihrer Bewohner. Dagegen

scheint die gelegentliche Benutzung dort häufiger zu sein als in den neueren Wohngebieten. Dies mag daran liegen, daß in den neueren Gebieten oft bereits die Hausumgebung selbst "grün" ist, während im Altbaugbiet die Grünanlage eine "Oase" bildet, die in größerer Entfernung liegt. Der hohe Anteil regelmäßiger Benutzer unter den befragten Haushaltsvorständen im A-Gebiet Lüneburg, trotz des offenbaren Mangels an Grünanlagen in der Nähe, rührt allerdings vermutlich daher, daß ein benachbartes, landschaftlich reizvolles Naturschutzgebiet zum regelmäßigen Spaziergehen verlockt. Die trotz Grünanlagen für das A-Gebiet in Frankfurt zu bemerkende Zurückhaltung beim regelmäßigen Aufsuchen mag daran liegen, daß diese Anlage noch sehr jung ist, gerade erst angelegt wurde und noch nicht voll aufgewachsen ist, so daß man sie nur gelegentlich aufsucht. Das C-Gebiet in Lüneburg weist von allen C-Gebieten den höchsten Anteil (37,2 %) an weiblichen Haushaltsvorständen auf, an erster Stelle Haushaltsvorstände mit mittlerer Reife, an zweiter Stelle mit Fachschule und mit Universitätsbildung. Die geringe regelmäßige Grünanlagenbenutzung mag also mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl berufstätiger Frauen in Einpersonenhaushalten (höchste Quote an Geschiedenen, höchste Quote an Verwitweten von allen C-Gebieten) zu erklären sein.

Das A-Gebiet in Kiel, in dem überdurchschnittlich viele Haushaltsvorstände eine regelmäßige Benutzung der Grünanlagen angaben, zeigt die höchste Quote von Berufstätigen (89,5 %) mit einem sehr hohen Anteil von Verheirateten (91,4 %) und der zweitstärksten Besetzung der Altersgruppe bis zu 34 Jahren. Hier mögen u.a. die Kinder verstärkt mit Antrieb zum Aufsuchen der Grünanlage durch den Haushaltsvorstand sein. Das Alter ist ebenfalls ein Indiz für die regelmäßige Benutzung der (vorhandenen) Grünanlagen.

Die B-Gebiete in Stuttgart und Wilhelmshaven mit den höchsten Anteilen der Haushaltsvorstände in der Gruppe ab 55 Jahren und mehr zeigen eine größere Aktivität, die B-Gebiete in Kempten und in Frankfurt mit dem geringsten Anteil dieser Altersgruppe eine unterdurchschnittliche regelmäßige Benutzung von Grünanlagen.

Die meisten Haushaltsvorstände suchen die Grünanlagen in der Nähe ihrer Wohnung regelmäßig oder wenigstens gelegentlich auf, nur in wenigen Fällen wurde die Frage völlig verneint; die Grundmassen der differenzierten Ablehnungsgründe sind daher so gering, daß sie kaum verlässliche Aussagen gestatten. Erwartungsgemäß wird der Vorwurf "zu klein und zu reizlos" stärker in den Altbaugebieten erhoben (speziell Frankfurt, Stuttgart und Kempten), während in den Neubaugebieten eher beklagt wird, daß man die Grünflächen nicht betreten und zum Liegen

verwenden darf (wieder Frankfurt, Stuttgart, Kempten).

Die Ausstattung mit Grünanlagen in der Nähe der Wohnung spielt offenbar, wie die knappe Analyse der Daten zeigt, eine besondere Rolle im Leben der Bewohner. Aus den Befunden geht der enge Zusammenhang zwischen Angebot und Nutzung wohl recht deutlich hervor. Die Neubaugebiete mit ihrem großen Angebot an Freiflächen bedürfen der Aufmerksamkeit der Planung weniger als die enger bebauten Innenstadtgebiete, wo im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen, trotz der betonten Schwierigkeiten, ansprechende Grünanlagen vermehrt geschaffen werden müßten. Hier sind von der Konzeption, allein im Hinblick auf die hohen Bodenpreise, die stärker verschmutzte Luft usw., andere Formen für die Gestaltung zu finden, um auch auf engem Raum, unter Ausnutzung vorhandener Bäume und freier Flächen sowie durch liebevolle Detailgestaltung funktionstüchtige Grünanlagen herzustellen. Das "innerstädtische" Grün wird, soweit nicht flächenmäßig vorhandene Bestände an Kleingärten oder Brachflächen ausgebaut werden können, eher in Form von gartenarchitektonisch gestalteten Plätzen, im Zusammenhang mit der Schaffung von Fußgängerbereichen oder in der Aktivierung kleinteiliger Innenhöfe und schließlich durch die Ausnutzung terrassierter Hochbebauung mit Dachgartenanlagen in verschiedenen Ebenen zu realisieren sein, während in mehr landschaftsgestalterischer Weise - wie dies in verschiedenen Städten der BRD bereits der Fall ist - Großgrünzüge stärker im äußeren Stadtbereich zu aktivieren, flexibel nutzbaren Freizeitzentren ausgebaut werden könnten.

2.4.7 ZUM PROBLEM "VERMISSTE EINRICHTUNGEN"

Eine Schwierigkeit, die bei der Durchführung von städtebaulichen Planungsmaßnahmen in aller Regel besonders während der ersten Jahre des Bezuges der neuen Siedlung auftaucht und die zu Klagen und zur Unzufriedenheit mit der Siedlung und der Wohnung führen kann, ist die Versorgung dieser Gebiete mit Einrichtungen zum Einkaufen, für Dienste aller Art, für kulturelle Veranstaltungen, Unterhaltung und Erholung usw. Von der Möglichkeit einer offenen Beantwortung der Frage "Welche Einrichtungen (z.B. kultureller Art, Läden, Lokale, Freizeiteinrichtungen) vermissen Sie in Ihrem Wohngebiet?" wurde, wie bereits erörtert, nur in Maßen Gebrauch gemacht. Zwischen den verschiedenen alten Wohngebieten sind jedoch deutliche Unterschiede erkennbar. In den A-Gebieten blieben 34,8 %, in den B-Gebieten 56,2 % und in C-Gebieten 57,3 % (\emptyset 39,8 %) ohne Angabe, wobei die Nichtbeantwortung mit zunehmender Zufriedenheit mit der Ausstattung erwartungsgemäß steigt. Nach Kategorisierung der offenen Antworten unter einige Hauptbegriffe zeigt sich, daß eine Zusammenfassung der Neubaugebiete bzw. der B- und C-Altbauggebiete zwar die verschiedene Alters- und Bildungsstruktur

dieser Gebiete berücksichtigt, jedoch nicht der unterschiedlichen räumlichen und funktionellen Struktur und dem tatsächlichen Ausstattungsgrad gerecht wird. Die Zahl der Antwortenden, die keine Einrichtungen vermissen, steigt in den Untersuchungsgebieten A und B und C mit zunehmendem Alter.

Ordnet man die einzelnen Untersuchungsgebiete einmal nach der Intensität der Beteiligung an dieser Frage, d.h. nach dem Grad der Zufriedenheit mit der Ausstattung, wobei die Antwort "keine Einrichtungen werden vermißt" als Leitlinie gilt, deutet sich erwartungsgemäß mit steigendem "Nicht-Vermissen" (zwischen 25,8 % in Kempten A-Gebiet und 81,7 % in Frankfurt B-Gebiet) ein Abfallen der Wünsche nach vermißten Einrichtungen an (auf die methodische "Unsauberkeit" einer solchen Darstellung wurde an anderer Stelle hingewiesen, zur besseren Anschauung mag sie gestattet sein). Hauptsorge waren in allen Gebieten fehlende Einkaufsmöglichkeiten (16,7 % / 9,2 % / 6,3 %), fehlende Sportanlagen und Grünflächen (10,5 % / 5,3 % / 6,0 %), fehlende Kinderspielplätze (6,9 % / 1,7 % / 3,4 %) - in den C-Gebieten verständlicherweise stärker akzentuiert -, fehlende öffentliche kulturelle Einrichtungen (5,0 % / 1,7 % / 4,8 %) und "gewerbliche" Unterhaltungseinrichtungen wie Kino usw. (9,0 % / 1,4 % / 4,1 %) und schließlich die fehlenden Lokale (14,2 % / 5,5 % / 5,1 %).

Um aus dem Datenmaterial einigermaßen verlässliche Hinweise zu bekommen, wurden neben dem Einkaufen die Spiel-, Sport- und Erholungseinrichtungen und die kulturellen und Unterhaltungseinrichtungen zusammengefaßt, in der Annahme, daß hieraus Bezüge sowohl hinsichtlich des Gebietes selbst als auch hinsichtlich der Lage des Gebietes zur Innenstadt zu ersehen sein könnten.

In Abb. 3 sind daher alle Untersuchungsgebiete nach der Entfernung der UG zur City (ihrer realen Entfernung in km) geordnet worden, wobei für einige Gebiete mit gutem Verkehrsanschluß über Straße und öffentliches Nahverkehrsmittel entsprechend dem benötigten Zeitaufwand Reduzierungen vorgenommen wurden. Die grafische Darstellung zeigt recht deutlich, daß das Urteil über die vermißten Einrichtungen im Wohngebiet durch die leichter oder schwerer zu erreichenden Einrichtungen in der City (oder Innenstadt - Altstadt) doch wohl mitbestimmt wird. Dies gilt für die Einkaufsmöglichkeiten und für die kulturellen bzw. unterhaltenden Einrichtungen und Veranstaltungen. Die vermißten Spiel-, Sport- und Grüneinrichtungen dagegen sind von der Lage zur City erwartungsgemäß nicht beeinflußt (soweit unsere Darstellung dies anzeigt), - ähnliches gilt für die vermißten Lokale; beide Elemente scheinen also eher gebietsspezifisch zu sein, sie werden durch Cityeinrichtungen nicht ersetzt.

Ohne die Ergebnisse überstrapazieren zu wollen, dürfen einige sichtbar gewordene Eigentümlichkeiten einzelner Gebiete, die sich als Extremwerte bei der Darstellung (die Kurve in Abb. 3 ist notwendigerweise stark vereinfacht) herausgestellt haben, diskutiert werden.

Im A-Gebiet Kiel vermissen nur 30,7 % der antwortenden Haushaltsvorstände nichts. Einem relativ unterdurchschnittlichen "Gesamt-Vermissen" steht ein sehr starkes "spezielles Vermissen" bei Grünflächen zur Seite. Kiel A hat von allen UG die geringste Quote an Haushaltsvorständen über 55 Jahren und älter, die höchste Quote an Kindern bis 6 Jahre (16,8 % - Bundesdurchschnitt 1967: 10,1 %) und einen hohen Anteil an Kindern von 7 bis 17 Jahren. Von dort her wird das starke Bedürfnis nach Grünflächen, Spiel- und Sportanlagen verständlich.

Im A-Gebiet Stuttgart (nur 37,2 % vermissen nichts, ohne Angaben: überdurchschnittlich 43,0 %) ist eine relativ hohe Nennung beim Vermissen von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen zu bemerken. Im Gebiet selbst gibt es - außer evtl. für Kinder - kein Angebot. Der Benutzer des öffentlichen Nahverkehrsmittels (reale Entfernung zur City 7 km) muß vom Bus in die Straßenbahn umsteigen, die Fahrt geht nicht durch städtisch bebauten Gebiet, sondern durch die "freie Gegend"; das mag eine Begründung geben für die Meinung, daß nicht ausreichend für kulturelle und unterhaltende Einrichtungen gesorgt sei.

Im C-Gebiet Stuttgart werden ebenfalls diese Einrichtungen (Kultur 12,1 %, 10,1 % Unterhaltung) über Erwarten hoch vermißt. Stuttgart hat von allen 18 untersuchten Gebieten die höchste Quote an ledigen Haushaltsvorständen (13,9 %) und die dritthöchste an weiblichen Haushaltsvorständen (30,6 %); daher evtl. höherer Kulturbedarf. Da hier die Einkaufssituation mit zahlreichen Geschäften, die an einer Straße konzentriert sind, recht gut ist, überrascht die davon möglicherweise beeinflusste größere Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten nicht.

Im C-Gebiet Frankfurt, das mit nicht allzu attraktiven Läden in Streulage innerhalb eines alten, verstädterten Dorfkerns ausgestattet ist und keine gute Anbindung mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln an die City hat, überrascht die relativ geringe Klage hinsichtlich fehlender Einkaufsmöglichkeiten - ein Problem, das für die beantwortenden Haushaltsvorstände wohl deshalb nicht allzu relevant war, weil hier die höchste Quote an männlichen Haushaltsvorständen in allen C-Gebieten - 84,8 % - (und die vierthöchste aller 18 Untersuchungsgebiete) die Fragebögen ausgefüllt hat, die weniger die "Belange der Frau" vertreten haben mag. (Relativ hohes Alter der Haushaltsvorstände, zweitgering-

ste Anzahl von Universitätsabsolventen = geringe Ansprüche.)

Im A-Gebiet Frankfurt liegt zentral das voll ausgestattete "Nordweststadzentrum", das als Hauptzentrum des gesamten Gebietes direkten U-Bahnanschluß zur City hat; dadurch wird ein geringes Vermissen von Einkaufseinrichtungen einleuchtend.

Im A-Gebiet Lüneburg, in dem unterdurchschnittlich wenig Fragebogen hierzu ohne Antwort blieben (29,3 %) und noch relativ viel Einrichtungen vermißt werden (58,5 % vermissen nichts), erstaunt eine deutliche Spitze hinsichtlich der vermißten Grünflächen, obschon ein Naturschutzgebiet in unmittelbarer Nähe liegt, auf dessen prägende Bedeutung hinsichtlich der Elemente, die bei einem Wegzug von der Stadt vermißt würden, noch eingegangen wird. Dieses Urteil mag darauf zurückzuführen sein, daß besonders für ältere Leute - Lüneburg A hat von allen Neubaugebieten die höchste Quote der Altersgruppe 55 Jahre und älter und die höchste Quote weiblicher (17,0 %) sowie einen hohen Anteil verwitweter Haushaltsvorstände (10,7 %) - "richtige" Grünanlagen mit Ruheplätzen, Blumenbeeten, Zierrasen u.ä. als Wunschvorstellung bestehen, die die freie Landschaft nicht ersetzen kann. Das relativ häufige Vermissen von Einkaufsmöglichkeiten mag seinen Grund, außer in der speziellen Sozialstruktur, auch in der isolierten Lage am Rande der Stadt und der bescheidenen Ausstattung mit nur wenigen Läden haben. Hinter diesem Eindruck einer Lage zwischen Gewerbegebiet, Freiflächen und Kasernen tritt die tatsächliche Nähe der Altstadt in den Hintergrund.

Im B-Gebiet Lüneburg gibt es nur drei kleine Läden, die noch dazu in Streulage den Ansprüchen der Bewohner kaum gerecht werden können. Das Gebiet hat einen hohen Anteil an weiblichen Haushaltsvorständen (25,9 %), eine geringe Erwerbstätigenquote (51,9 %) und sehr viele Verwitwete (24,4 %), d.h., es lebt hier vermutlich ein Personenkreis, der häufig und gerne zum Einkaufen und Bummeln geht und daher auch im eigenen Wohngebiet stärker Einkaufsmöglichkeiten vermißt.

Das A-Gebiet Kempten, mit dem größten Unzufriedenheitsgrad (nur 25,8 % vermissen nichts), fällt mit seinen hohen Angaben zum Problem Einkaufen und Sport-/Grünanlagen aus der Reihe. Insbesondere fällt der überstarke Wunsch nach einem Lokal (44,7 %) ins Auge. Kempten A hat in den untersuchten Neubaugebieten den höchsten Anteil der Haushaltsvorstände mit Volksschulbildung (64,7 %) und ebenfalls den höchsten Anteil an Arbeitern (44,0 % - damit liegt es, auf die Gesamtheit der untersuchten Gebiete bezogen, an dritter Stelle hinter Wilhelmshaven C mit 55,5 % und Stuttgart B mit 51,6 %). Dadurch wird die Frage nach

den Grünflächen, evtl. besonders durch fehlende Sporteinrichtungen, beschwert sein. Im Gebiet gibt es wenige Läden; die Nähe zur Altstadt mit ihren besseren Einkaufsmöglichkeiten bietet hier offenbar nicht den Ausgleich für mangelnde Ausstattung im Gebiet selbst, so wie es sich etwa in den anderen Untersuchungsgebieten abzeichnet. Der Grund hierfür mag darin liegen, daß es zwischen der neuen Siedlung und der City kaum Bebauung gibt, und daß eine größere Verkehrsanlage (Straßenknoten) eine zusätzliche Barriere aufbaut; vermutlich jedoch spielt es auch eine Rolle, daß in einer kleinen Stadt Entfernungen, die man für den Einkaufsweg als akzeptabel ansieht, wesentlich geringer sein mögen als in der Großstadt.

Die hier mit aller Vorsicht und Einschränkung interpretierten Befunde würden überfordert, wollte man sie als Grundlage für konkrete Planungshinweise benutzen. Sie mögen an anderer Stelle Ausgeführtes unterstützen. Es scheint deutlich geworden zu sein, daß hinsichtlich der Ausstattung mit Einkaufsmöglichkeiten und des Angebotes an kulturellen und unterhaltenden Veranstaltungen und Einrichtungen die Nähe zur City auf die Zufriedenheit positiven Einfluß ausübt.

Bei Planungsmaßnahmen in Randlage, die nicht so groß sind, daß sie selbst die notwendigen Einrichtungen tragen können, ist deshalb auf eine gute Verkehrsanbindung, insbesondere mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln, zu achten, wobei der gebrochene Verkehr (Umsteigen Bus - Straßenbahn) vermieden werden sollte. Gerade in der "Pionierphase" neuer Siedlungen, während welcher infolge zu geringer Kaufkraft der Einzugsbevölkerung der ersten fertiggestellten Bauabschnitte die Einrichtung eines Einkaufs- und Kulturzentrums noch nicht "rentierlich" ist - daher in der Regel unterbleibt -, könnte ein zunächst "unwirtschaftlicher" öffentlicher Nahverkehrsanschluß zur Innenstadt "Ersatz" bieten. Auf das Problem der Ausstattung mit Grünflächen usw. wurde an anderer Stelle eingegangen.

2.4.8 ZUM PROBLEM "STÄDTEBAULICHE GESTALTUNG UND BELIEBTE STELLEN IM WOHNGEBIET"

Für den Stadtplaner, der mit der Konzeption eines neuen Baugebietes auf der Grundlage der Zielvorstellungen und des Programmes der politischen Repräsentanten betraut ist, stellt sich immer wieder die Frage, inwieweit die Qualität seines Entwurfes das "Wohlfühlen" der künftigen Bewohner, die Identifikation mit "ihrem" Wohngebiet als engere räumliche Heimat, beeinflussen könnte. Anders stellt sich das Problem durch die Frage, inwieweit die physikalische Planung, d.h. die Konzeption der verkehrlichen Erschließung, der Wohnungs- und Gebäude-

größen, Ausstattung und Raumbildung, der Grün- und Erholungsanlagen, der öffentlichen Einrichtungen und Geschäfts- und Dienstleistungsbetriebe, bzw. die soziale Planung, d.h. die Dimensionierung und Funktionsbestimmung der Gemeinbedarfseinrichtungen aller Art, der Veranstaltungen geselliger, kultureller sportlicher Zielrichtung, des Wohnungsgemenges und damit u.U. der Sozialstruktur der künftigen Siedlung, die Voraussetzungen für ein möglichst konfliktloses, befriedigendes Zusammenleben vieler Menschen schaffen kann. Zwei extreme Ideologien stehen sich hier gegenüber: Einmal die Auffassung, der Stadtplaner als "Pädagoge der Gesellschaft" mit zukunftsorientiertem hohem Bewußtseinsstand bestimme grundsätzlich durch qualitätsvolle Planung über die Möglichkeiten "guten" Wohnens (im negativen Fall trifft - wie heute sehr vereinfachend durch einzelne Vertreter der Sozialwissenschaften gern publiziert - hauptsächlich also den Planer die Schuld, wenn den neuen Wohngebieten Trostlosigkeit, Langleweiligkeit, Neurosenenerzeugung, Auslösen von Aggressionsausbrüchen und Unzufriedenheit vorgeworfen wird). Nach der anderen Auffassung spielt die baulich/räumliche Gestaltung bzw. die funktionale Strukturierung für das Stattfinden gesellschaftlichen Lebens überhaupt keine Rolle; die Bewohner neuer Siedlungen gestalten danach ihre Beziehungen untereinander und ihre Beziehungen zur baulich/räumlichen Umwelt nach Kriterien, die primär aus der gesellschaftlichen Struktur kommen, sie passen sich an jede bauliche Situation, zumindest nach längerer Konfrontation an, ohne den Wunsch nach ihrer Verbesserung zu artikulieren. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann dieses Problem nicht ausgelotet werden; um jedoch zumindest einige Tendenzen im Hinblick auf die Beziehungen baulich-räumliche Gestaltung und Adaption der Bewohner unter dem Aspekt des Freizeitwertes aufzeigen zu können, wurden die Haushaltsvorstände befragt, ob es im jeweiligen Wohngebiet irgendwelche Stellen gäbe, die sie besonders gern mögen, bzw., wo sie in ihrem Wohngebiet besonders ungern seien, um von hierher einige Aufschlüsse zu gewinnen, wo die stadtplanerische bzw. sozialplanerische Aktivität ansetzen könnte.

Die überschlägige Überprüfung der Daten zeigt, daß es in den C-Gebieten, die vor 1910 errichtet wurden und eine wesentlich länger ortsansässige Bevölkerung haben, für hohe 73,3 % der antwortenden Haushaltsvorstände keine Stellen gibt, die man besonders gern mag; damit korrespondiert die Aussage von nur 30,4 % der antwortenden Haushaltsvorstände, daß es keine unbeliebten Stellen gäbe. Für die B-Gebiete, die um 1930 geplant und gebaut wurden, sinkt die Zahl derer, die keine Stellen in ihrem Wohngebiet besonders mögen, auf 52,4 %; keine unbeliebten Stellen geben hier bereits 42,5 % an. In den nach 1950 errichteten A-Gebieten wissen 54,9 % der antwortenden Haushaltsvorstände keine markanten, 60,5 % allerdings auch keine unbeliebten Stellen im Wohngebiet zu nennen.

Diese Angaben sind allerdings nur bedingt aussagekräftig, da ein hoher Prozentsatz (19,4 % bzw. 64,3 %) bei diesen beiden Fragen keine Antwort gegeben hat. Hauptgründe für die Kenntnis von Stellen, die man gerne mag, finden sich im differenzierten Antwortkatalog auf die Frage, was an diesen Stellen besonders gefällt. Den rangersten Platz in der Skala des Beliebtheitsgrades nimmt die Grünfläche in der Siedlung ein (Durchschnitt aller Gebiete: 18,5 %), ihr folgt - die Antworten wurden durch die Befragten selbst frei formuliert - die reizvolle Umgebung mit schöner Landschaft, Spazierwegen und Erholungsmöglichkeiten, - ein Befund, der auch an anderer Stelle bereits deutlich geworden ist. Erheblich seltener wird ein Einkaufs- und Gemeindezentrum als beliebte Stelle angeführt. Gründe für die Unbeliebtheit mancher Stellen sind vor allem anderen die Belästigungen durch den Verkehr und die Belästigung durch "böse" Menschen an bestimmten Punkten des Gebietes; dem folgt die schlechte Beleuchtung und die Störung durch Lärm. Es wird deutlich, daß durch planerische Maßnahmen offenbar Impulse für die Akzeptation der räumlichen Umgebung durch die Bewohner ausgelöst oder verhindert werden können. Eine genauere Überprüfung des Materials zeigt, daß eine globale Querschnittsbetrachtung nach A-, B-, C-Gebieten insofern unergiebig ist, als die städtebauliche Qualität der Gebiete innerhalb der Altersgruppen (1950 - 1930 - 1910) stark schwankt und somit ein einigermaßen verlässlicher Maßstab fehlt. Notwendig wäre demnach eine Einzelgebietsbetrachtung, was jedoch eine Bewertung der Gebiete erforderlich macht, um die Abhängigkeit etwa der Zahl der beliebten Stellen von der tatsächlichen städtebaulichen Qualität, d.h. vom realen Vorhandensein solcher Stellen, zumindest tendenziell zu ermitteln. (Die Entwicklung von Kriterien zur Messung der Qualität einer städtebaulichen Planungsmaßnahme bedürfte allerdings einer eigenen Forschungsarbeit.)

Es wurde zur folgenden Hilfe gegriffen:

Wenn man davon ausgeht, daß sich ein Urteil der Befragten über Stellen, die man im Wohngebiet gerne mag, oder über die Siedlung an sich, in der man gern oder weniger gern wohnt usw., zusammensetzt aus vielerlei Eindrücken und Erfahrungen, auch räumlicher und gestalterischer Art, sei es durch die Gestaltung von Plätzen, die Architektur bestimmter Gebäude, sei es durch die Führung von Verkehrswegen usw., dann ließe sich auch vermuten, daß sich eine solche, natürlich recht vage Einstellung zur städtebaulich-gestalterischen Qualität eines Untersuchungsgebietes bei den geschulten Mitgliedern der Forschergruppe bildet.

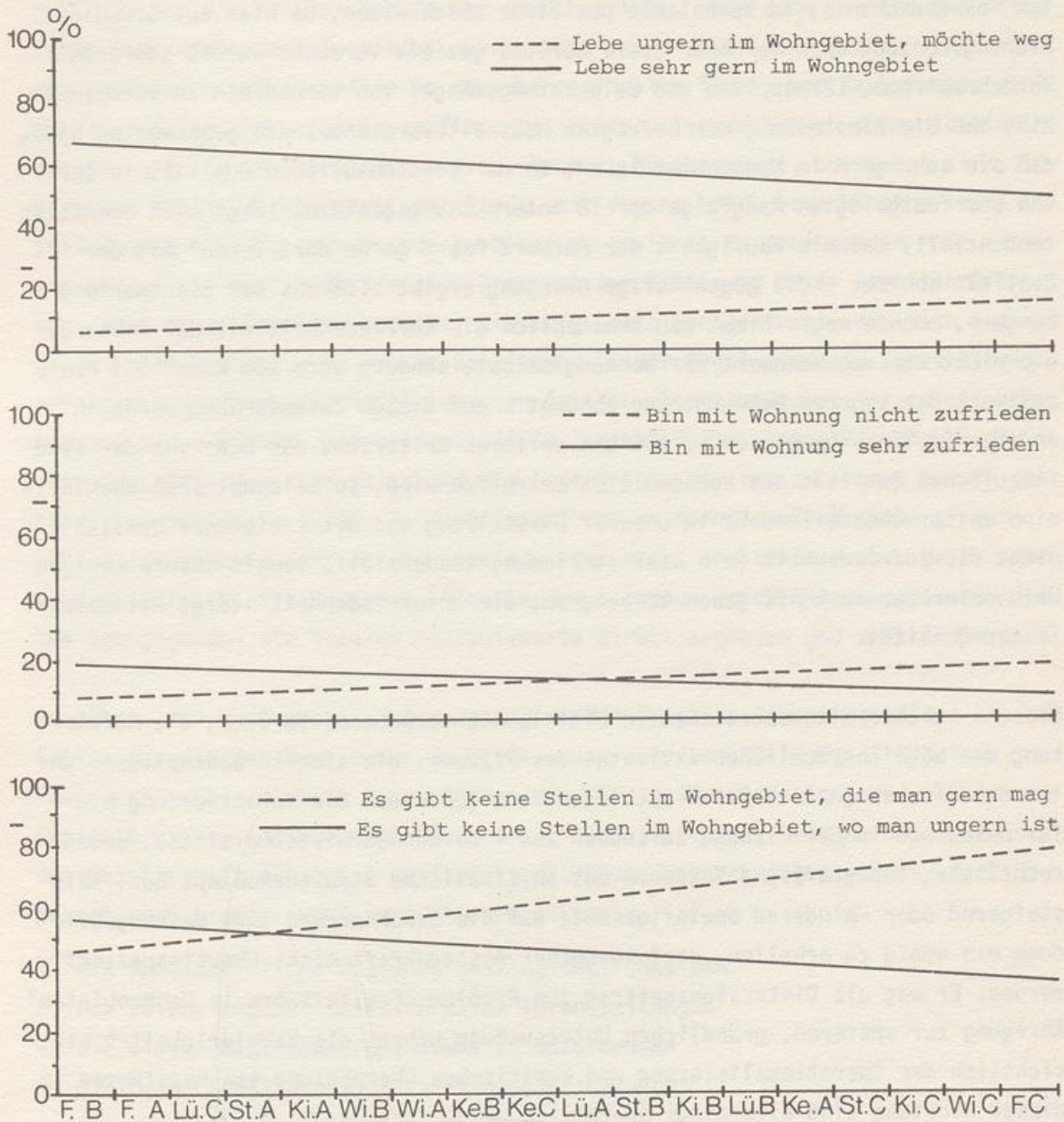
Es wurdendaher getrennt die wissenschaftlichen SIN-Referenten, die die Gebiete aus eigener Anschauung kannten, gebeten, die 18 Untersuchungsgebiete hinsichtlich des globalen Merkmales "städtebaulich-gestalterische Qualität" in eine

Rangfolge von 1 bis 18 zu bringen. Beteiligt waren hieran: zwei stadtplanende Architekten, ein Verkehrsplaner, ein Volkswirt und ein Sozialwirt, so daß man annehmen dürfte, daß sich die speziellen Fachaspekte gegenseitig ausgleichend beeinflussen würden. Erstaunlicherweise lag die Beurteilung der Befragten, die alle Gebiete sowohl durch die Feldarbeit als auch durch die Materialien "persönlich" kannten, hinsichtlich der meisten Gebiete rangfolgemäßig eng beieinander. Abweichungen ergaben sich z.B. bei der Einstufung des C-Gebietes in Lübeck, bei dem alle "optisch" stärker ausgerichteten Planer durch die reizvolle historische städtebauliche Struktur stärker beeinflußt wurden als die Vertreter der Gesellschaftswissenschaften. Aus einer in dieser Richtung ausgleichenden Gewichtung ergab sich durch die Durchschnittsbildung der Nennungen eine intersubjektive Rangfolge für alle 18 Untersuchungsgebiete, die mit dem B-Gebiet in Frankfurt beginnt und dem C-Gebiet in Frankfurt endet (vergleiche Abb. 4); je weiter links ein Gebiet angeordnet ist, desto höher ist dem Eindruck nach seine städtebauliche Qualität. Unterstellt man einmal die Gültigkeit dieser Rangfolge, müßte sich bei den Darstellungen verschiedener Sachverhalte, bei denen wir eine stärkere Beeinflussung der Meinungen der Befragten durch die städtebaulich gestalterische Qualität ihres Wohngebietes vermuten, eine gleich- oder gegenläufige Tendenz abzeichnen.

Die Antwort: "Es gibt keine Stellen im Wohngebiet, die man besonders gerne mag" scheint tendenziell in der Tat gegenläufig zur Qualitätsskala zu verlaufen, d.h., je höher diese Qualität (nach unserer intersubjektiven Meinung) ist, desto mehr beliebte Stellen gibt es. Der große Streubereich (wegen der besseren Lesbarkeit wurde in den Abbildungen darauf verzichtet, die Einzelpunkte anzugeben und in der Trendlinie darzustellen) macht allerdings deutlich - und darum haben wir diese Art der Darstellung versucht -, daß zahlreiche andere Gründe für das Urteil mit herangezogen werden. Hier schlägt - neben der sozio-ökonomischen Struktur - die Ausstattung des speziellen Wohngebietes mit Grünflächen bzw. seine Durchgrünung überhaupt offenbar wieder stark durch (vergleicht man die geringen Antworten "es gibt keine Grünflächen" - bei den B-Gebieten Frankfurt (4,8 %), Kempten (3,9 %) und Wilhelmshaven (4,0 %), beim A-Gebiet Wilhelmshaven (0,4 %), weniger beim A-Gebiet Lüneburg (9,7 %), hier besteht jedoch Einfluß durch das unmittelbar benachbarte Landschaftsschutzgebiet) - ein Umstand, der bei der Einschätzung der städtebaulichen Qualität durch die SIN-Referenten sicher weniger Gewicht hat.

Der Hinweis, daß es bestimmte Stellen im Wohngebiet gibt, wo man besonders ungerne ist, verhält sich in den einzelnen Gebieten tendenziell ähnlich: mit sinkender städtebaulicher Qualität sinkt auch die Feststellung, daß es keine unbe-

Abb. 4: Städtebauliche Qualität und Wohlbefinden



F - Frankfurt Lü - Lüneburg
 Ke - Kempten St - Stuttgart
 Ki - Kiel Wi - Wilhelmshaven

1) geordnet anhand einer von SIN entwickelten, intersubjektiven Qualitätseinschätzungsskala.

Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

liebten Stellen gibt, wobei die - nach unserer Meinung weniger gelungenen - A-Gebiete, ruft man sich die Begründungen für die Unbeliebtheit bestimmter Stellen ins Gedächtnis, im Verhältnis positiver abschneiden, da hier auf Grund der Planungskonzeptionen der 50er Jahre bereits gezielt versucht wurde, störende Verkehrsströme, Lärmquellen und Beleuchtungsmängel von vornherein zu vermeiden. Mißt man die Einstellung der befragten Haushaltsvorstände, die geantwortet haben, daß sie sehr gern im Wohngebiet leben, an der städtebaulichen Qualität in der von uns festgelegten Rangfolge der 18 Untersuchungsgebiete, zeigt sich ebenfalls tendenziell, daß die Häufigkeit der Antwort "sehr gerne dort leben" mit der Qualität abnimmt - die gegenläufige Bewegung ergibt sich aus der Beantwortung "ungern, möchte weg". Nimmt man schließlich die Zufriedenheit mit der Wohnung, die nicht nur vom Wohnwert der Wohnung selbst, sondern auch vom Wohn- und Freizeitwert der engeren Wohnumgebung abhängt - auf diesen Zusammenhang wurde an anderer Stelle hingewiesen -, als ein weiteres Kriterium, das u.a. von der städtebaulichen Qualität des Wohngebietes betroffen wird, so zeichnet sich ebenfalls eine entsprechende Tendenz in unserer Darstellung ab: mit steigender Qualität nimmt die Zufriedenheit (bin sehr zufrieden) tendenziell, soweit unsere wenigen Daten hierüber Auskunft geben können, zu; die Unzufriedenheit steigt mit abfallender Qualität.

Dieser - sicher mit unzureichenden Mitteln - unternommene Versuch, die Auswirkung der baulich-räumlichen Aktivität des Planens, die sich in Konzeptionen unterschiedlicher Qualität niederschlagen kann (ohne daß die Verantwortung hierfür unbedingt in der Planung zu suchen ist - es können wirtschaftliche, bodenrechtliche, topografische Faktoren das physikalische Strukturkonzept qualitätssteigernd oder -mindernd beeinflussen), auf die Bewohner und ihre Meinungsbildung ein wenig zu erhellen, darf in seiner Aussagekraft nicht überstrapaziert werden. Er mag als Diskussionsbeitrag zum Problem "Freizeitwert in Wohngebieten" Anregung zur späteren, gründlichen Untersuchung geben; die Schwierigkeiten hinsichtlich der Operationalisierung und empirischen Überprüfung von Hypothesen in dieser Richtung sind allerdings beachtlich.

"Beliebte Stellen" im Wohngebiet könnten dann, wenn man über diese Zusammenhänge gesichertere Befunde hat als wir sie hier anbieten konnten, bereits im Rahmen der städtebaulichen Planung rational vorgesehen und bei der Errichtung neuer Wohngebiete gebaut und "ausgestattet" werden, um dem Bewohner den Anreiz zur Benutzung zu geben. Ob sie dann im wirklichen Leben "beliebt" werden, wird sich allerdings erst bei späteren Erfolgskontrollen herausstellen.

2.4.9 ZUM PROBLEM "IMAGE DER STADT"

Verfolgt man die Werbeprospekte der großen Städte, aber auch kleiner und mittlerer "aufstrebender" Gemeinden, beobachtet man die Stellenangebote von Behörden, Verbänden und Industrie in der überregionalen Tages- und Fachpresse, denkt man an aufsehenerregende Imagepflege mit Hilfe aller denkbaren Kommunikationsmittel, wie sie von Berlin, Hannover, Bremen, Nürnberg u.a. betrieben wird, so wird der "hohe Freizeitwert" der Stadt, mit dessen Hilfe etwa München seine seit Jahren ständig anwachsende Bevölkerung gewinnt, in zunehmendem Maße als ein oder fast "das" zugkräftigste Argument zur Gewinnung neuer Arbeitskräfte und damit neuer Betriebe benutzt. Dieser globale Freizeitwert, der sich auf die ganze Stadt bezieht, und dessen Bestimmung in der Regel nur sehr überschlägig erfolgen kann durch die Aufzählung von Anlagen, Einrichtungen, Veranstaltungen, von dem man erwartet, daß ein potentiell Zuziehender - speziell zunächst die Führungskräfte der Produktion und die Angehörigen der verschiedenen Berufe des tertiären Sektors - durch sie "angelockt" werden könnte, wirkt sich auf den speziellen Wohnstandard in der Gemeinde zwar nicht unmittelbar aus, da er mehr stadtspezifisch ist. Einzelne Elemente mögen jedoch durch Zuordnung zu bestimmten Wohngebieten die lokalen Freizeitwerte direkt ergänzen und verstärken.

Im Rahmen der empirischen Untersuchung wurden folgende Gruppen gebildet als Kriterien, die den Wert einer Gemeinde, zwar auch den "Bildungs-" und den "Wohnwert", aber doch im wesentlichen den "Freizeitwert" ausmachen - wenn man Freizeit hier einmal generalisierend als "arbeitsfreie", weitgehend den Zwängen der Gesellschaft entzogene Zeit versteht, über die nach eigenem, "privatem" Ermessen nach eigener Wahl verfügt werden kann:

- die landschaftliche Umgebung/Ausflugsmöglichkeiten
- das reiche Angebot an kulturellen Veranstaltungen
- die vielen Möglichkeiten, etwas zu unternehmen
- die guten Schulen und Fortbildungseinrichtungen
- die günstigen Einkaufsmöglichkeiten
- die Vielzahl an Sehenswürdigkeiten
- die schönen Parks, Spiel- und Sportanlagen, Bäder usw.
- die einmalige Atmosphäre dieser Stadt

Die Haushaltsvorstände in den 18 Untersuchungsgebieten wurden befragt, welche dieser Eigenschaften ihrer Stadt sie bei einem evtl. Wegzug sehr vermissen würden. Sicher hängt die Beantwortung dieser Frage sehr stark von dem realen Angebot, das objektiv betrachtet vorhanden ist, ab, zum anderen spielt jedoch die höchst subjektive Einstellung der Bewohner unterschiedlicher Gebiete, insbeson-

dere verschieden großer Städte eine Rolle, was unter "viele Möglichkeiten" und "reiches Angebot" zu verstehen ist. Die Zusammenfassung der A-Gebiete einerseits und andererseits der B- und C-Gebiete mit ähnlicher sozio-ökonomischer Struktur ist hier vertretbar, da für unsere Betrachtung die Analyse einer möglichen Akzentverschiebung durch längere Wohndauer in der Stadteinheit, d.h. beim Leben in neuen Siedlungen bzw. in Altbaugebieten, von Interesse ist.

Sicher sind innerhalb der verschiedenen Gebiete Unterschiede des "Image" der jeweiligen Städte bemerkbar, die gewissermaßen Rückschlüsse auf die objektiven Gegebenheiten zulassen. So spielt erwartungsgemäß in Kempten in der Beurteilung durch die Haushaltsvorstände aller drei Gebietsarten (A,B,C) die landschaftliche Umgebung mit Ausflugsmöglichkeiten eine größere Rolle (93,8 %, 94,5 %, 83,7 %) als das in Wilhelmshaven (29,1 %, 22,8 %, 17,7 %) der Fall ist. Ähnliches gilt für die günstigen Einkaufsmöglichkeiten, die in Frankfurt (62,7 %, 53,3 %, 44,7 %) objektiv besser sind als in Kempten (17,5 %, 23,6 %, 40,8 %). Die Tendenz, die sich in beiden Fällen als Gefälle zwischen A-B-C- bzw. C-B-A-Gebieten ergibt, weist jedoch darauf hin, daß die Ausstattung des Baugebietes bzw. eine Lage zu diesen "Einrichtungen" und ihre Erreichbarkeit Einfluß auf die Einstellung haben wird, was auch von dorther zu einer Zusammenfassung im obigen Sinne ermutigt. Die Gegenüberstellung der Elemente, die als wesentlich für den Freizeitwert der Stadt in Erscheinung getreten sind, zeigt für die jeweils zusammengefaßten A-B-C-Gebiete in der Rangfolge der häufigsten Nennungen eine abfallende Tendenz bei der landschaftlichen Umgebung (62,9 %, 50,3 %, 44,2 %) und eine steigende Tendenz bei den günstigen Einkaufsmöglichkeiten (26,5 %, 29,3 %, 37,8 %), sonst weitgehend gleichartige Beurteilung mit geringeren Unterschieden. Überprüft man die Angaben der befragten Haushaltsvorstände nach den drei Altersgruppen (einmal der A-, dann der B- und C-Gebiete zusammen), zeigt sich bei der Hervorhebung der landschaftlichen Umgebung mit Ausflugsmöglichkeiten, die als erstes vermißt wurde, zunächst in beiden Gebietstypen die Tendenz, daß mit zunehmendem Alter diese Eigenschaft stärker vermißt wird. Hier mag die Qualität des Landschaftsgenusses hinsichtlich ihrer weitgehend "passiven" Benutzung durch geruhsame Betrachtung und die steigende Konsumfähigkeit oder Konsumfreude, etwa an gutem Essen im Ausflugslokal, Einfluß ausüben - in jüngeren Jahren spielen die "aktiveren" Veranstaltungen wohl eine größere Rolle -; auch mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt die frühere Zugehörigkeit der Älteren zu einem "landschaftsorientierten" Jugendbund (Wandervogel, Pfadfinder) noch eine Rolle spielen. Signifikante Unterschiede bei der Beurteilung finden sich in allen drei Altersgruppen zwischen den Haushaltsvorständen der A-Gebiete und der B- und C-Gebiete; die Bewohner der A-Gebiete sind, unabhängig vom Alter, sehr viel stärker an der Landschaft und den Ausflugsmöglichkeiten inter-

essiert (53,7 % / 39,0 %, der bis 34jährigen, 64,4 % / 49,1 % der 35- bis 54jährigen, 71,3 % / 50,5 % der 55jährigen und Älteren).

Die größere Nähe der neuen Siedlungen zur Landschaft und die Hereinnahme der Landschaft durch Grünzüge u.ä. in die bauliche Struktur der Wohngebiete könnten räumlich bedingte, - die stärkere Besetzung mit im Beruf stehenden, kinderreichen Haushaltsvorständen sozio-ökonomisch bedingte Gründe sein (denkt man etwa daran, daß der Anteil der Rentner und Pensionäre in der Altersgruppe der über 55jährigen in den B-/C-Gebieten größer ist als in den A-Gebieten).

Hinsichtlich der Beurteilung der günstigen Einkaufsmöglichkeiten unterscheiden sich die Gruppen der mittleren und älteren Haushaltsvorstände in den A-Gebieten deutlich von denen in den B-/C-Gebieten, wobei jeweils in den Altbaugebieten die günstigen Einkaufsmöglichkeiten in der gleichen Gruppe stärker vermißt würden, als in den A-Gebieten. Das leichter erreichbare reichhaltige Angebot schlägt bei diesen (kaufkraftstärksten) Gruppen offenbar in der Beurteilung ihrer Stadt durch. Die Bewohner der A-Gebiete wissen zwar auch von diesem Angebot an günstigen Einkaufsmöglichkeiten (bei der Gruppe der jüngeren, die noch mit dem Aufbau und der Finanzierung ihres Haushaltes beschäftigt sind, finden sich keine Unterschiede), erreichen diese aber weniger infolge der größeren Entfernungen und sehen sie daher nicht als prototypisch für die ungerne vermißte Qualität ihre Gemeinde an. Aus einem ähnlichen Grund werden wohl auch die "schönen" Parks, Spiel- und Sportanlagen, Bäche usw. von den Angehörigen der mittleren und höchsten Altersgruppe in den Neubaugebieten als weniger wichtig angesehen als bei den Altersgenossen in den Altbaugebieten (16,4 % / 22,9 % und 15,1 % / 21,2 %). Hier spielen die innerstädtischen, von Bewohnern der Altbaugebiete bewußter erlebten "Parks" eine größere Rolle als die weitläufigen "Grünflächen" in den Neubaugebieten. Bei der Ausstattung mit guten Schulen und Fortbildungsstätten, worauf sich das Interesse der jüngeren und mittleren Altersgruppen, wie zu erwarten, stärker richtet als das der älteren, finden sich signifikante Unterschiede zwischen A- und B-/C-Gebieten, - deutlich in der Gruppe der Haushaltsvorstände bis zu 34 Jahren, die selbst noch in der beruflichen Weiterbildung stehen bzw. die Situation auf ihre Kinder hin beurteilen mögen. Die Einstellung zur schulischen Ausstattung wird vermutlich primär durch die Schulverhältnisse in der unmittelbaren Umgebung beeinflußt; in den A-Gebieten sind in aller Regel moderne Schulanlagen zusammen mit der neuen Siedlung errichtet worden, während in den B-/C-Gebieten der (pädagogisch u.U. gleichwertige oder sogar bessere) Unterricht in älteren Schulgebäuden, die z.T. noch aus dem Ende des 19. Jahrhunderts stammen, erfolgt. Das Sehen des modernen Schulgebäudes im Wohngebiet, an dem "nicht gespart wurde", assoziiert dann

unbewußt "gute Schul- und Fortbildungsmöglichkeiten" für die Stadt generell in dieser Altersgruppe. Schließlich ist das bereits erwähnte globale Urteil über die einmalige "Atmosphäre" der Stadt hinsichtlich der verschiedenen Altersgruppen in den A- und B-/C-Gebieten interessant. Mit zunehmendem Alter wird dieser Grund in beiden Gebietstypen verstärkt ins Feld geführt. In allen drei Altersgruppen würden die Haushaltsvorstände in den A-Gebieten dieses Flair jedoch wesentlich weniger vermissen als ihre Altersgenossen in den B-/C-Gebieten. (12,6 % / 19,4 %; 16,2 % / 22,4 % und 22,0 % / 31,6 %). Hier scheint die größere räumliche Nähe der Altstadtgebiete, die stärkere Konfrontation und Teilhabe ihrer Bewohner mit und an der Atmosphäre der Stadt, die sich aus vielerlei Elementen zusammensetzt - von den Sehenswürdigkeiten bis zur Lebendigkeit der Einwohner, vom kulturellen Angebot bis zur Art der Touristen -, eine vom Alter unabhängige Rolle zu spielen. Das Bemühen, ein soziales Kommunikationsnetz aufzubauen, die neuen Orientierungsaufgaben im räumlichen und sozialen Bereich, die Einrichtung der Wohnung, das Lernen neuer Verhaltensformen, all dies mag die Bewohner neuer Siedlungen zunächst so beschäftigen, daß sie von der Atmosphäre der Stadt nicht allzuviel haben. Dies bestätigt sich durch einen Vergleich der Neubaugebiete und der B-Gebiete, die um 1930 weitgehend unter ähnlichen planerischen Gesichtspunkten wie die heutigen neuen Siedlungen konzipiert wurden, in denen die "Pioniersituation" jedoch seit langem vorüber ist, und aus denen zwischenzeitlich jeweils eine "alter" und vertrauter Stadtteil wurde.

Ihre Haushaltsvorstände richten in den einzelnen Städten ein sehr viel stärkeres Augenmerk auf die Atmosphäre der Stadt als jene in den A-Gebieten. (Frankfurt: 18,5 % / 26,0 %, Stuttgart 13,6 % / 25,1 %, Kempten 7,6 % / 23,5 %, Wilhelmshaven 21,7 % / 40,0 %, Lüneburg 23,5 % / 31,8 % und Kiel 13,9 % / 26,2 %). Das "Eingewachsensein" des eigenen Wohngebietes scheint also auch auf die Beurteilung der Atmosphäre der Gesamtstadt Einfluß zu haben. Bei den übrigen Merkmalen, die als Freizeitwertfaktoren auch bei einem evtl. Wegzug vermißt würden, gibt es keine Unterschiede in der altersgruppenmäßig gegliederten Angabenmenge zwischen A- und B-/C-Gebieten.

Einige aufschlußreiche Ergebnisse bringt die Untersuchung der Angaben zum Image der Stadt hinsichtlich ihres Freizeitwertes bei einer Zuordnung der Ergebnisse in A- und B-/C-Gebieten in Gruppen unterschiedlichen Bildungsgrades. Die Bedeutung der Landschaft hat in beiden Gebietstypen mit zunehmendem Bildungsgrad eine schwach steigende Tendenz (in A-Gebieten in der Gruppe Abitur/Universität wird diese Tendenz durch den Einfluß von Kempten mit unterdurchschnittlicher Besetzung dieser Gruppe evtl. verdeckt). Deutliche Unterschiede finden sich in der unteren Gruppe (Volks-/Berufsschule) und in der mittleren Gruppe (mittlere

Reife/Fachschule); die Haushaltsvorstände der A-Gebiete zeigen hier ein höheres Interesse an der landschaftlichen Qualität, wobei das landschaftsnahe Wohnen, wie dargelegt, mitspielen mag. Auch hinsichtlich der Beurteilung des Schul- und Fortbildungsangebotes sind diese beiden Bildungsgruppen in neuen Siedlungen - im ersten Fall (Volks-/Berufsschule) signifikant, im zweiten (mittlere Reife/Fachschule) schwächer - positiver eingestellt als die Haushaltsvorstände der gleichen Bildungsgruppe in Altbaugebieten; das stützt unsere These vom Einfluß der gebietsnahen (Haupt- und Real-) Schulen moderner Bauart auf die Einstellung zur Schulausstattung der Stadt überhaupt. Die Angehörigen der oberen Bildungsgruppe sind davon unabhängig, vermutlich weil sie auf ohnedies "gesamstädtische" Bildungseinrichtungen höchsten Spezialisierungsgrades stärker angewiesen sind. Gebietsspezifische Unterschiede sind nicht zu erkennen.

Die Aufgliederung der Antworten derjenigen Haushaltsvorstände, die günstige Einkaufsmöglichkeiten vermissen würden, hinsichtlich der Bildungsgruppe zeigt, ähnlich wie das beim "reichen kulturellen Angebot" der Fall ist, bei gleicher Größenordnung in den unteren und mittleren Bildungsgruppen in der höchsten Gruppe (Abitur/Universität) zwischen den Neubau- und Altbaugebieten einen signifikanten Unterschied. Diese Faktoren des Freizeit- und Wohnwertes einer Stadt werden von den in der Innenstadt lebenden Angehörigen dieser Bildungsgruppe deutlich höher geschätzt als von den "Bildungsgenossen" in Neubaugebieten (günstige Einkaufsmöglichkeiten 24,6 % / 33,9 %, reiches Angebot an kulturellen Veranstaltungen 12,4 % / 22,5 %). Obwohl Einrichtungen für die Stadt insgesamt gleich sind, mag die zurückhaltendere Bewertung der Haushaltsvorstände in den A-Gebieten wohl zunächst auf die größere räumliche Distanz zum "städtischen" Einkaufs- und Kulturleben zurückzuführen sein, die eine mangelnde Adaption der gebotenen Einrichtungen und von daher auch ein stärkeres Verlustgefühl nach sich ziehen kann. Die bereits angedeutete Orientierungssituation in den neuen Siedlungen kann auch zeitlich und psychologisch ein zusätzliches Hemmnis darstellen und die "volle" Aufnahme und Integration in das Leben der Stadt (durch Bummeln, Flanieren, Cafébesuch, genußvolles Einkaufen, Beurteilung von Schaufensterdekoration, Teilnahme an Konzerten, Theateraufführungen, Vortragsreihen u.ä.) verhindern, die die Bewohner der älteren Stadtgebiete gleicher Bildungsschicht längst vollzogen haben und genießen und somit als Teil dieses Lebens in der speziellen Stadt stärker vermissen würden. Die "schönen Parks, Spiel- und Sportanlagen" würden von den Haushaltsvorständen der Gruppe Volksschule/Berufsschule, die in Altbaugebieten wohnen, stärker vermißt als von den in Neubaugebieten wohnhaften. Auf die bildungsspezifische Sportausübung wurde bereits hingewiesen. Auch hier mag die Vertrautheit mit der langjährigen Benutzung von Spiel- und Sportanlagen gerade durch diese Gruppe spürbar werden.

Die "einmalige Atmosphäre" der Stadt schätzen die Angehörigen der unteren und mittleren Bildungsgruppen in den B-/C-Gebieten signifikant höher ein als die Angehörigen der gleichen Gruppen in den neuen Siedlungen (16,0 % / 28,6 % und 17,2 % / 24,0 %). Die schwache Andeutung der gleichen Tendenz in der oberen Gruppe ist nicht mehr statistisch zu sichern. Auch hinsichtlich dieses, sicher verschwommenen und sehr unterschiedlich interpretierbaren Merkmals für den Freizeitwert, scheint also nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bildungsschicht, sondern die durch das Wohngebiet lagemäßig und bezüglich seines Entstehungszeitraumes wirkende geringere Konfrontation oder Gewöhnung an den "Geist" der Stadt eine Rolle zu spielen, auf die bereits hingewiesen wurde.

Zusammenfassend ließe sich also mit aller Vorsicht sagen, daß das "Freizeit-Image" einer Stadt, soweit die aufgezeigten Merkmale dieses beschreiben konnten, für den Bewohner neuer Siedlungen an erster Stelle vom Vorhandensein und der leichten Zugänglichkeit der Landschaft bestimmt wird. In aller Regel wird ein potentieller Zuzügler, der sich etwa bei einer Behörde oder bei einem Unternehmen bewirbt und nach dem "Wert" der Stadt in diesem Sinne fragt, in einer solchen neuen Siedlung seine Wohnung finden, solange die Stadterneuerungsvorhaben der Gemeinde sich noch auf punktuelle Sanierungsmaßnahmen und nicht auf umfassende Strukturveränderungsmaßnahmen erstrecken, in deren Folge auch qualifizierte Wohnbereiche in engeren "städtischen" Lagen geschaffen werden. Auf die Möglichkeiten zur planerischen Verbesserung der Grünanlagen wurde bereits eingegangen; in diesem Zusammenhang werden die allenthalben angestellten regionalplanerischen Überlegungen zur Schaffung und zum Ausbau überlokaler Naherholungsgebiete relevant, die Einfluß auf das Freizeitwert-Image der Stadt gewinnen können. Die Meinung über die "guten Schulverhältnisse" der Stadt wird, besonders in der unteren und mittleren Bildungsgruppe, geprägt vom Vorhandensein moderner Schuleinrichtungen in der näheren Umgebung der Wohnung, d.h., im Wohngebiet selbst. Der Ausbau von Schulen in Neubaugebieten und die Errichtung neuer Schulen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen könnte die Qualität der Stadt von der Einschätzung ihres "Bildungswertes" her steigern. Die günstigen Einkaufsmöglichkeiten spielen ebenfalls eine starke Rolle; sie üben merklichen Einfluß aus bei den Haushaltsvorständen von 35 Jahren aufwärts und gewinnen für die Angehörigen der Bildungsgruppe Abitur/Universität erhöhte Bedeutung. Städtebaulich ließe sich eine "Wertsteigerung" wohl nur durch den Ausbau leistungsfähiger Verkehrsverbindungen herbeiführen. Schöne Parks, Spiel- und Sportanlagen, Bäche sind dann besonders wichtig, wenn die Wohnung im Altbaugebiet liegt. Das kulturelle Angebot der Stadt wirkt sich - auch darauf wurde an anderer Stelle schon hingewiesen - erwartungsgemäß vom Image her speziell für die Angehörigen der höchsten Bildungsgruppe aus, allerdings wird dies in Neubaugebieten kaum in befriedigen-

dem Umfang zum Tragen kommen können. Die "einmalige Atmosphäre" der Stadt, für die planerisch durch sorgfältige räumlich-bauliche Gestaltung der zahlreichen Orte und Objekte eine Voraussetzung zur Entstehung geschaffen werden kann, bedarf zu ihrer Entwicklung Anstöße und Anreize, die aus der jeweiligen städtischen Gesellschaft selbst kommen müssen. Sie mag, so sie vorhanden ist - und das scheint gemäß den ermittelten Daten doch nach der Meinung erstaunlich vieler Befragten in allen Baugebieten der Fall zu sein - als "Werbemittel", als Qualität des Freizeitwertes in Erscheinung treten. Sie wird von den "neuen" Bewohnern jedoch vermutlich erst nach einer längeren Phase der Eingewöhnung empfunden, geschätzt und bei evtl. Umzug, weitgehend unabhängig vom Alter und Bildungsgrad, in zunehmendem Maße des Sichheimisch-Fühlens vermißt. Die "einmalige Atmosphäre" einer Stadt, als ein Element ihres Freizeitwertes, sollte, soweit dies geschehen kann, durch städtebauliche Maßnahmen gesichert, erhalten und gepflegt werden - von der Erhaltung kunst- und kulturhistorisch interessanter Baudenkmäler bis zur Aktivierung reizvoller skurriler Hinterhöfe, von der pfleglichen maßstabgerechten Neuplanung der zentralen Innenstadtbereiche bis zur Umstrukturierung leistungsunfähiger Verkehrsnetze, von der optischen Verbauung "lästiger parkender Blechfahrzeuge" und dem Ausbau erlebnisreicher, gestalterisch differenzierter Fußgängerzonen bis zur guten Erreichbarkeit aller Stadtgebiete durch öffentliche Nahverkehrsmittel usw.

2.4.10 ZUM PROBLEM "STOLZ AUF DIE STADT"

Der Stolz der Befragten, Bürger der speziellen Stadt zu sein, läßt sich auf eine Reihe von Gründen zurückführen, die ebenfalls vom Freizeitwert der Stadt beeinflußt sind (das wird etwa aus der sehr hohen Nennung des Grundes "Lage in der Landschaft" (35,5 %) und "Schönheit der Stadt" (32,9 %) deutlich), möglicherweise auch durch den Hinweis auf die historische Vergangenheit (20,7 %), die sich sichtbar in den erhaltenen Baudenkmalern, in der Stadtstruktur der Altstadt usw. bemerkbar macht. Die kulturelle Bedeutung (8,8 %) kommt hinzu. Eine Zusammenfassung der Untersuchungsgebiete nach den einzelnen Städten zeigt erwartungsgemäß in den differenzierten Antwortkategorien sehr spezifische Unterschiede. Die reale Ausstattung der untersuchten Gemeinde mit gesamtstädtischen Freizeitwerten bestimmt über die auf Grund der sozio-ökonomischen Struktur bedingten Einstellungen, über die Entstehungszeit des eigenen Wohngebietes und seine Ausstattung - worauf einzelne Abweichungen vom Stadtdurchschnitt, wie sie Tab. 45 zeigt, hinweisen, die sicher Schlüsse zulassen, - das Gefühl des Stolzes auf die Stadt schlechthin.

Tab. 45: Problem "Stolz auf die Stadt"
(Befragungsergebnisse nach Städten geordnet)

Stolz, Bürger der Stadt zu sein, wegen der	Wohnge- biet/ Stadt- durch- schnitt	Frank- furt	Stutt- gart	Kempton	Wilhelms- haven	Lüne- burg	Kiel
		%	%	%	%	%	%
historischen Vergangenheit	A	30,0	7,2	25,3	6,9	42,3	6,0
	B	45,8	10,0	36,6	12,4	42,9	8,0
	C	30,9	8,4	30,5	15,3	50,5	8,0
	∅	35,6	8,5	30,8	11,5	45,2	7,3
kulturellen Bedeutung	A	16,6	17,3	2,8	0,7	6,9	7,0
	B	25,5	18,7	7,9	3,3	5,4	6,1
	C	17,7	11,2	8,6	1,4	6,5	8,0
	∅	20,8	15,7	6,4	1,8	6,3	7,0
Schönheit der Stadt	A	14,9	42,4	23,8	13,9	45,2	30,8
	B	24,5	60,2	34,7	33,7	47,4	31,9
	C	22,8	49,8	44,8	28,8	43,5	30,6
	∅	20,7	50,8	34,4	25,5	45,4	31,1
Lage in der Landschaft	A	12,7	52,8	63,1	17,4	45,9	36,2
	B	24,5	50,2	73,2	18,6	29,1	33,8
	C	11,8	55,3	62,9	18,5	20,1	31,8
	∅	16,3	52,8	66,4	18,3	31,7	33,9

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Die Angabe, auf die Stadt nicht stolz zu sein, schwankt zwischen 3,7 % (B-Gebiet Stuttgart) und 34,7 % (A-Gebiet Wilhelmshaven). Erwartungsgemäß sind in den A-Gebieten mehr befragte Haushaltsvorstände (noch?) nicht stolz auf die Gemeinde (23,3 %), während die B- und C-Gebiete etwa gleich liegen (12,5 % und 13,1 %). Hier mag sowohl die "Pioniersituation" in den Neubaugebieten, die zunächst die seelischen Kräfte der Bewohner mehr auf die räumlichen und sozialen Orientierungsaufgaben im lokalen Bereich hin beansprucht, als auch die auf Grund kürzerer Wohndauer noch mangelhafte Kenntnis der u.U. neuen Stadt mit ihren gesamtstädtischen Freizeitqualitäten Einfluß haben, möglicherweise spielt jedoch auch die noch unvollständige Ausstattung des eigenen Wohngebietes, die "Neuheit" der Siedlung eine blockierende Rolle, die die Identifikation mit der Stadt über das Gefühl des Stolzes noch nicht gestattet. Das Gewicht einzelner

Kriterien, die zur Begründung des Stolzseins genannt wurden, schwanken in den Städten, wobei die einzelnen Untersuchungsgebiete unterschiedlicher Entstehungszeit (A-B-C) relativ dicht beieinander liegen. Die historische Vergangenheit etwa wird in Lüneburg (45,2 %) zusammen mit der Schönheit der Stadt (45,4 %) als Hauptkriterium genannt, in merkbarem Abstand gefolgt von der Lage in der Landschaft (auf das Naturschutzgebiet beim A-Gebiet Lüneburg wurde hingewiesen).

Auch in Kempten spielen die Schönheit der Stadt (34,4, %) und ihre historische Vergangenheit (30,8 %) eine große Rolle; an erster Stelle ist jedoch die Lage in der Landschaft für den Stolz der Bürger auf ihre Stadt maßgeblich (66,4 %). Die merkbare Zurückhaltung im A-Gebiet mag darauf hindeuten, daß ungünstige Lage und mangelhafte Ausstattung des Wohngebietes selbst für die Bewertung gesamtstädtischer Elemente doch auch mit herangezogen werden.

Etwas anders verhält es sich in Stuttgart, wo die Lage in der Landschaft (52,8%) und die Schönheit der Stadt (50,8 %) eng beieinander liegen, gefolgt vom Stolz auf die kulturelle Bedeutung (15,7 %), während die historische Vergangenheit kaum herangezogen wird. Beide "Gestaltungselemente" (die Grünflächen- und Landschaftsstruktur und die historische Baustruktur) scheinen jeweils als besonderer Akzent der Schönheit der Gemeinde gewürdigt zu werden.

In Frankfurt rückt neben die historische Bedeutung (35,6 %) die kulturelle (20,8 %) und die Schönheit der Stadt (20,7 %), gefolgt von der fast ebenso oft genannten landschaftlichen Situation (16,3 %). Hier liegt in der für die damalige Zeit musterhaft geplanten Römersiedlung (B-Gebiet) für alle Gründe eine deutliche Spitze gegenüber A- und C-Gebieten, ähnliches ist auch für das B-Gebiet in Kempten ablesbar. Vergleicht man diese für den Freizeitwert relevanten Kriterien (andere Gründe für den Stolz auf die Stadt, wie wirtschaftliche Bedeutung, sportliche Leistungen, fortschrittliche Kommunalverwaltung oder sonstige bzw. ganz allgemeine Gründe wurden hier nicht aufgeführt) mit den tatsächlichen Gegebenheiten der einzelnen Städte, zeigt sich eine beachtliche Korrespondenz.

Für die Planung neuer Stadteinheiten sowohl im Rahmen der Stadterweiterung als auch der Stadterneuerung lassen sich Hinweise gewinnen auf die Möglichkeit, durch Aktivierung der lokalen Ressourcen, pflegliche Behandlung des historischen Baubestandes, Ausbau des kulturellen Angebotes, Gestaltung vorhandener Grün- und Freiflächenbereiche, Erschließung des umgebenden Naherholungsraumes, "Verschönerung" des Stadtbildes, den Stolz der Bewohner - unabhängig von der Lage ihres eigenen Wohngebietes innerhalb der Stadt - auf ihre Gemeinde zu stimulieren und

dadurch eine Identifikation zu erzielen, die der Integration auch in das engere Wohngebiet als Teil der Gesamtgemeinde dienlich sein mag.

2.5 FREIZEITAKTIVITÄTEN AM WOCHENENDE IN DEN SECHS UNTERSUCHTEN STÄDTEN

Wurden bislang die Freizeitverhaltensweisen im engeren Wohngebiet untersucht, wie sie größtenteils unabhängig vom Wochentag zu beobachten sind, so ist im folgenden dem Wochenendfreizeitverhalten Aufmerksamkeit gewidmet. Die Befreiung von der Arbeit für den Lebensunterhalt und auch von anderen Verpflichtungen am Wochenende stellt einen bedeutenden Faktor für die langfristige Erholung dar, wie (Kapitel 0.1) bereits ausgeführt wurde. Welche Faktoren dazu beitragen könnten, die Wochenenderholung wirksamer zu machen, soll hier unter anderem zu klären versucht werden.

Daß auffallend häufig aufgesuchte Landschaften besonders "geeignet" sind für die Wochenenderholung, muß vorläufig eine These bleiben, die noch zu überprüfen wäre. Durch unsere Untersuchung kann jedoch gezeigt werden, welche Landschaften unter welchen Umständen von den Wochenendfahrern der Untersuchungsgebiete bevorzugt angenommen werden.

2.5.1 BESCHREIBUNG DES WOHNULANDES

Die Ausstattung eines Raumes mit bestimmten physisch-geographischen sowie kulturgeographischen Faktoren entscheidet über die "Benutzbarkeit der Landschaft", im engeren Sinn über ihre "Erholungseignung".

Im folgenden wird das Wohnumland (landschaftliche Umgebung) der im Jahre 1969 untersuchten sechs Städte hinsichtlich einer Ausstattung mit derartigen Faktoren untersucht; die Kenntnis potentieller und tatsächlich aufgesuchter Erholungsgebiete und sonstiger Ausflugsziele erlaubt eine leichtere Beurteilung, inwieweit die Natur bzw. die Landschaft im weitesten Sinn zu einem unterschiedlichen Freizeitverhalten am Wochenende beiträgt.

In der vorliegenden Literatur über Freizeit und Erholung ist fast ausschließlich von "Naherholungsgebieten", von "Erholungsgebieten im (städtischen) Umland", von einer "Wochenendverkehrsregion" usw. die Rede. In den folgenden Ausführungen wird keiner dieser Begriffe angewandt, da mit ihrem Gebrauch die Umgebung einer städtischen Siedlung hinsichtlich ihrer Nutzungsmöglichkeit für die Freizeit (-gestaltung) bereits in einer bestimmten Richtung interpretiert würde. Das Wort "Wohnumland" scheint neutraler. Darunter wird der Raum verstanden, der in

einer "zumutbar" empfundenen Entfernung von der Wohnung für Freizeitaktivitäten am Wochenende zu erreichen ist. Dieser Raum vermittelt dem Menschen auch ein "Naturerlebnis" oder "Landschaftserlebnis".

Als problematisch erweist sich die Abgrenzung des Wohnumlandes in seiner räumlichen Ausdehnung. Einmal berücksichtigt ein bestimmter Radius (in Luft-Kilometern) um die Stadtmitte nicht die unterschiedliche Verkehrserschließung von Gebieten gleicher Entfernung und deren unterschiedliche Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Zum anderen erhalten Landschaften oder einzelne Landschaftselemente in der näheren oder weiteren Umgebung einer Stadt unterschiedliche Präferenzen von den verschiedenen sozialen Gruppen - je nachdem, welcher Freizeitbeschäftigung im Freien sie nachgehen wollen; so bestimmen ganz wesentlich die verschiedenen Ansprüche, die von den Erholungsuchenden an die Landschaft gestellt werden, die Größe des Wohnumlandes. Vorliegende Untersuchungen über den Naherholungsverkehr zeigen, wie verschieden die Entfernungen sind, die im Naherholungs-Wochenendverkehr von der städtischen Bevölkerung zurückgelegt werden. In Frankfurt z.B. gelangen 50 % der Erwachsenen zu einem Erholungsaufenthalt nicht über einen Umkreis von 25 km über die Stadt hinaus¹⁾.

In Hamburg ist in einer ringförmigen Gürtelzone von etwa 40 km Luftlinie die stärkste Verdichtung des Wochenendverkehrs festzustellen; auf diesen Naherholungsbereich entfallen 54 % der jährlichen ein- und mehrmaligen Wochenendfahrten der Hamburger (Erholungsnachfrage hauptsächlich für Spazierengehen und Wandern)²⁾.

In Albrechts Untersuchung über den Hamburger Wochenendverkehr wurde für die am häufigsten ausgeübten Freizeitaktivitäten (Wandern, Badesport, Autofahren zum Vergnügen) "jeweils die durchschnittliche Zeitentfernung der Fahrten zu den am meisten besuchten Zielorten berechnet. Erwartungsgemäß ist bei den Autofahrern die durchschnittliche Zeitentfernung mit 80 Min. am höchsten. Die Spaziergänger sind im Durchschnitt bereit, 36 Min. entfernt von ihren Wohnungen zu wandern.

1) A. Bernatzky: "Das Grün, das uns fehlt". In: "Das Gartenamt", 12 (1963), H. 11, S. 296

2) I. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung". Teil A, o.O., o.J., S. 106 (im folgenden: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr...").

Beim Badesport liegt die durchschnittliche Zeitentfernung bei 64 Min."¹⁾

Roskam ist der Meinung, "daß der Zeitaufwand für An- und Abreise (zu bzw. von Erholungs- und Sportanlagen) etwa bei einer Stunde liegen sollte, um den Erholungswert selbst nicht zu schmälern"²⁾.

Nach Kiemstedt bildet ein "Erholungsbereich" von ca. 20 km auf der Grundlage einer Wegstunde Entfernung vom Ort ... auch eine relativ gute Vergleichsmöglichkeit mit anderen Gebieten"³⁾.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde hier eine Abgrenzung des Wohnumlandes nach der sog. Zirkelschlagmethode vorgenommen; unter Berücksichtigung der oben genannten Argumente wird der Umkreis durch einen Radius von 25 km Luftlinie festgelegt. Bekannte Erholungslandschaften oder Sehenswürdigkeiten wurden auch bei einer Entfernung bis zu 40 km von der Stadtmitte mit in das Wohnumland einbezogen.

Das Wohnumland der sechs ausgewählten Städte wird anhand folgender Kriterien ermittelt und beschrieben:

I. Landschaftliche Situationen

1. Erholungsräume bzw. -landschaften
2. Potentielle Erholungsgebiete und einzelne landschaftliche Sehenswürdigkeiten

II. Kulturgeographische Situation

1. Verkehrserschließung
(einschließlich landschaftlich reizvoller Strecken)
2. Bauliche und kulturelle Sehenswürdigkeiten
3. Ausgewählte Möglichkeiten der Freizeitnutzung im Freien

Unter Erholungsräumen bzw. -landschaften sind bekannte und ausgesprochene Erholungsfremdenverkehrsgebiete der Bundesrepublik Deutschland, wie z.B. die Nordseeküste oder die Alpen zu verstehen, soweit sie im Wohnumland der betreffenden Stadt liegen bzw. es tangieren. - Als potentielle Erholungsgebiete wurden solche

1) "Untersuchungen zum Wochenendverkehr...", S. 41f.

2) F. Roskam: "Planungsprobleme in Naherholungsgebieten". In: "Der Landkreis", 8-9, 1969, S. 272.

3) H. Kiemstedt: "Zur Bewertung natürlicher Landschaftselemente für die Planung von Erholungsgebieten". Dissertation, Hannover 1967, S. 55.

kleinräumigen Landschaften erfaßt, die für die kurzfristige Naherholung oder für eine andere Form der Freizeitgestaltung im Wohnumland in Frage kommen. Später wird anhand der vorliegenden Antworten der befragten Haushaltsvorstände überprüft werden, welche Landschaften tatsächlich von der Bevölkerung angenommen und aufgesucht werden.

Frankfurt

I

1. Taunus (880 m), Spessart (540 m), Odenwald (575 m)
2. Büdinger Wald, Hahnenkamm, (Rheingaugebirge), Rheintal, Maintal
Seen östlich Bergen-Enkheim, nördlich Schlingensiefen, südlich Frankfurt

II

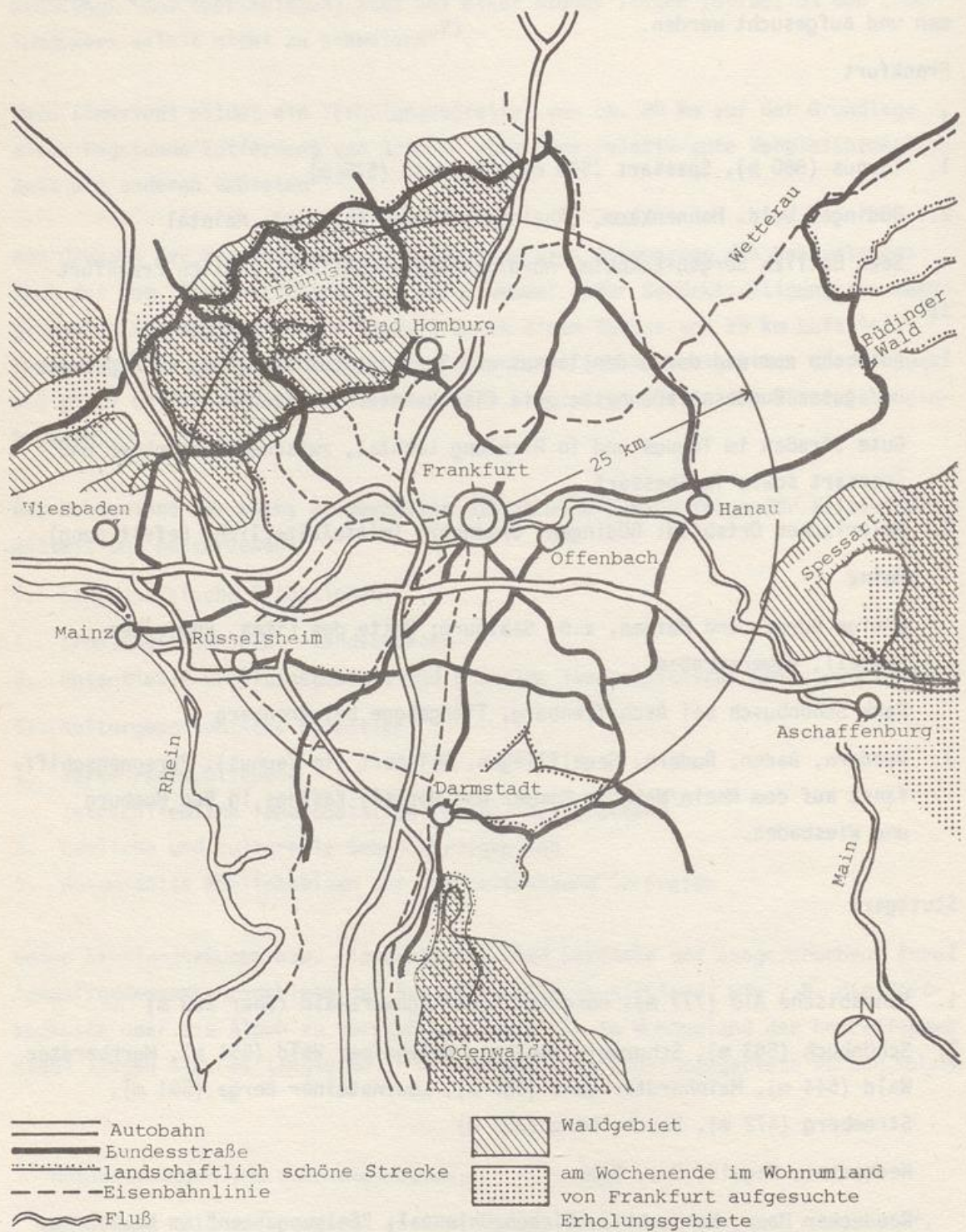
1. Autobahn zum und durch den Taunus und Spessart, zum Odenwald; sehr dichtes und gutes Bundesstraßennetz; gute Eisenbahnverbindungen.
Gute Straßen im Taunus und in Richtung Lahntal, zwischen Hahnenkamm und Spessart sowie im Spessart
2. Malerisches Ortsbild: Büdingen, Ortenberg (mittelalterliche Befestigung)
Mainz
einige Burgen und Ruinen, z.B. Saalburg; Reste des Limes, Römisches Kastell, Römerstraßen
Park Schönbusch bei Aschaffenburg, Tiergehege bei Kronberg
3. Wandern, Baden, Rudern, Segelfliegen, Skisport (im Taunus); Personenschiffahrt auf dem Rhein/Main im Sommer und Herbst; Kasinos in Bad Homburg und Wiesbaden.

Stuttgart

I

1. Schwäbische Alb (779 m), nordwestlicher Schwarzwald (über 900 m)
2. Schönbuch (583 m), Schurwald (481 m), Welzheimer Wald (551 m), Murrhardter Wald (544 m), Mainhardter Wald (586 m), Löwensteiner Berge (501 m), Stromberg (472 m), Heuchelberg (331 m)
Neckartal, Nagold, Enz, Rems
Randecker Maar, Monbachtal, Siebenmühlental, "Felsengarten" am Neckar bei Mundelsheim, Wasserfall südlich Urach, Nebelhöhlen

Abb. 5: Wochenenderholungsgebiet im Wohnumland von Frankfurt (Main)



Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

II

1. Autobahn zur Schwäbischen Alb, zu den Löwensteiner Bergen; dichtes Bundesstraßennetz, wenn auch direkte Verbindungen selten (reliefbedingt); zahlreiche Eisenbahnlinien.

Autobahn zur und durch die Schwäbische Alb;

Straßen in den Waldenburger Bergen, im Schurwald, in den "Bergen" zwischen Rems und Murr, in der Schwäbischen Alb, im Heuchelberg und Stromberg, in den Tälern der Nagold und Würm.

2. Malerisches Ortsbild: Tübingen, Markgröningen (Fachwerkhäuser, Rathaus), Bietigheim (Fachwerkhäuser), Lauffen (altertümlich), Mürrbach, Urach, Wiesensteig

Reutlingen, Eßlingen

Schloß Ludwigsburg, Schloß Lichtenstein, Zisterzienserabtei, Maulbronn, Kloster Bebenhausen.

Zahlreiche Ruinen in der Schwäbischen Alb, Ruine Ravensburg, Klosterruine Hirsau

Schillermuseum (Marbach), urgeschichtliches Museum (Holzmaden)

Aichelberg-Viadukt westlich Kirchheim, Reste des Limes.

3. Wandern, Schwimmen, Segelfliegen, Skisport

Kempten

I

1. Allgäu (Allgäuer Alpen bis 2594 m), Bodensee
2. Kemptener Wald (930 m), Schwedenschanz (1126 m), Tannheimer Gruppe (2240 m), (Österreich)

Illertal, Lechtal, kleines Walsertal

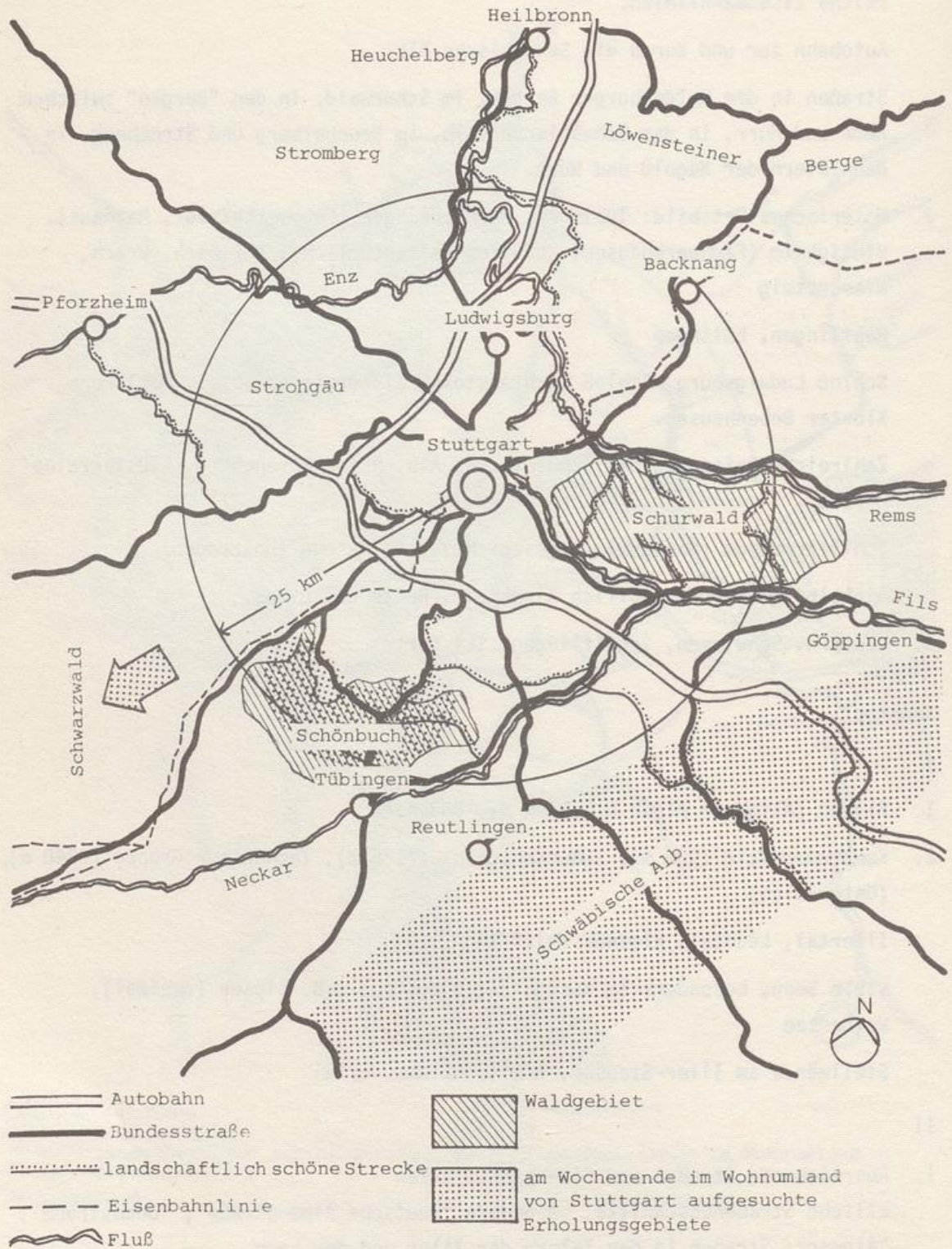
viele Seen, besonders im Westen und Südosten, z.B. Alpsee (zweimal), Weißensee

Steilwände am Iller-Stausee, Breitachklamm, Oytal

II

1. Ausreichende Straßen und Eisenbahnstrecken
etliche Straßenabschnitte, besonders "Deutsche Alpenstraße", "Jochstraße", "Alpweg"; Straßen in den Tälern der Iller und des Lech

Abb. 6: Wochenenderholungsgebiete im Wohnumland von Stuttgart



Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

2. Malerisches Ortsbild: Wangen (alte Bürgerhäuser); Isny (altertümlich
Altenstadt, Hohenfurch, Rot
Klosterkirche Ottobeuren
3. Wandern, Klettern, Skisport, Baden, Segeln, Segelfliegen; etliche Seilbahnen
und Sessellifts nahe der deutsch-österreichischen Grenze.

Wilhelmshaven

I

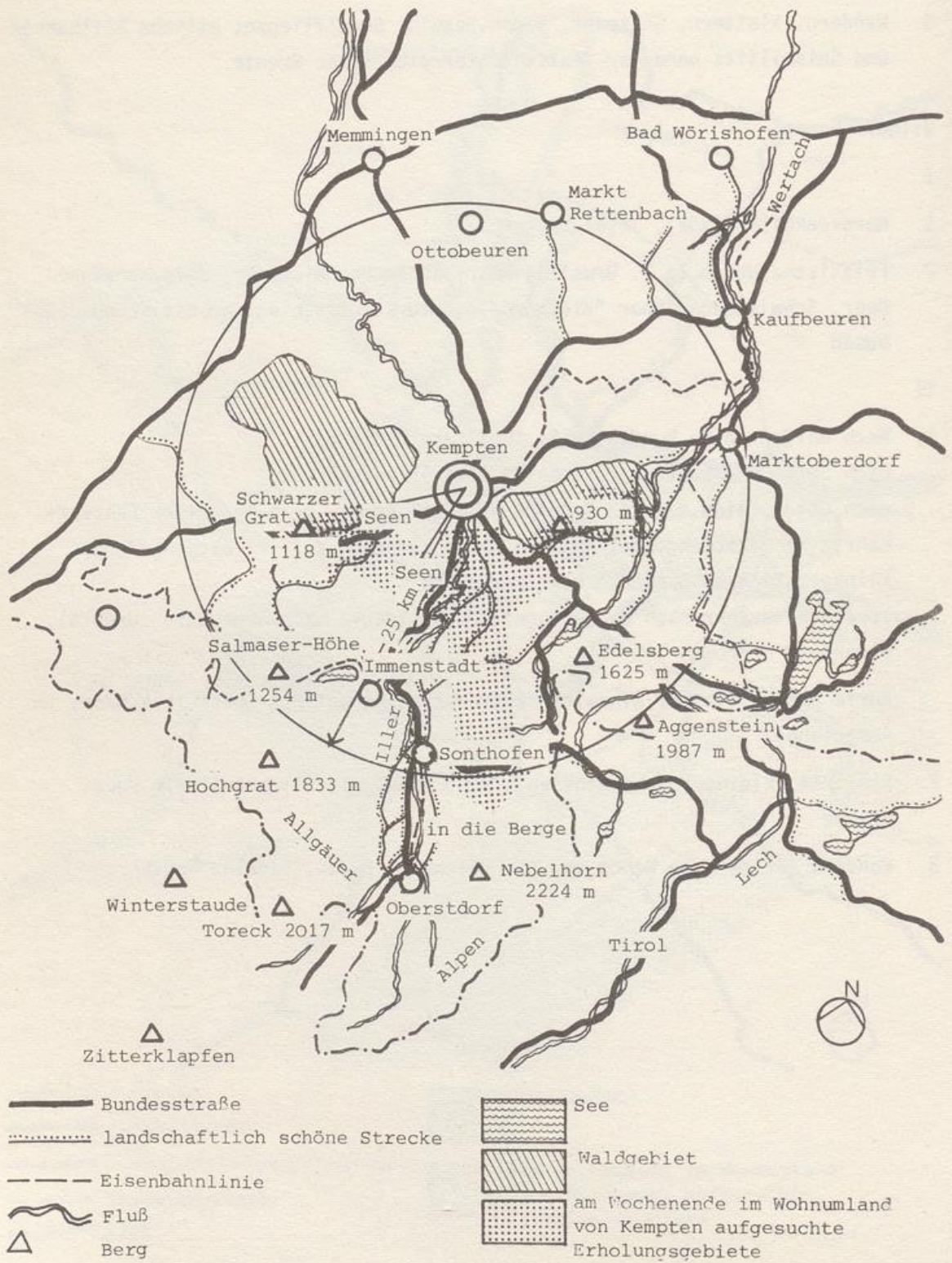
1. Nordseeküste (Jade), Insel Wangerooge
2. Friesische Wehde (z.T. Urwald), Moorflächen bei Wiesmoor, Zwischenahner
Meer, Schwimmendes Moor "Kleihörne" (Naturschutzgebiet) am östlichen Jade-
busen

II

1. Nach Norden: eine Bundesstraße (voll ausreichend);
nach Süden und Westen: etliche (Bundes-)Straßen;
nach Osten keine direkte Verbindung (Jadebusen - kein ständiger Fährver-
kehr); im Marschengebiet schmale Küstenstraßen, z.T. Pflasterdecke aus
Klinker; Eisenbahnnebenstrecke zur Küste
(Seebäderverkehr nach Wangerooge), Hauptstrecke nach Neuenburg (Urwald),
Oldenburg - Bremen

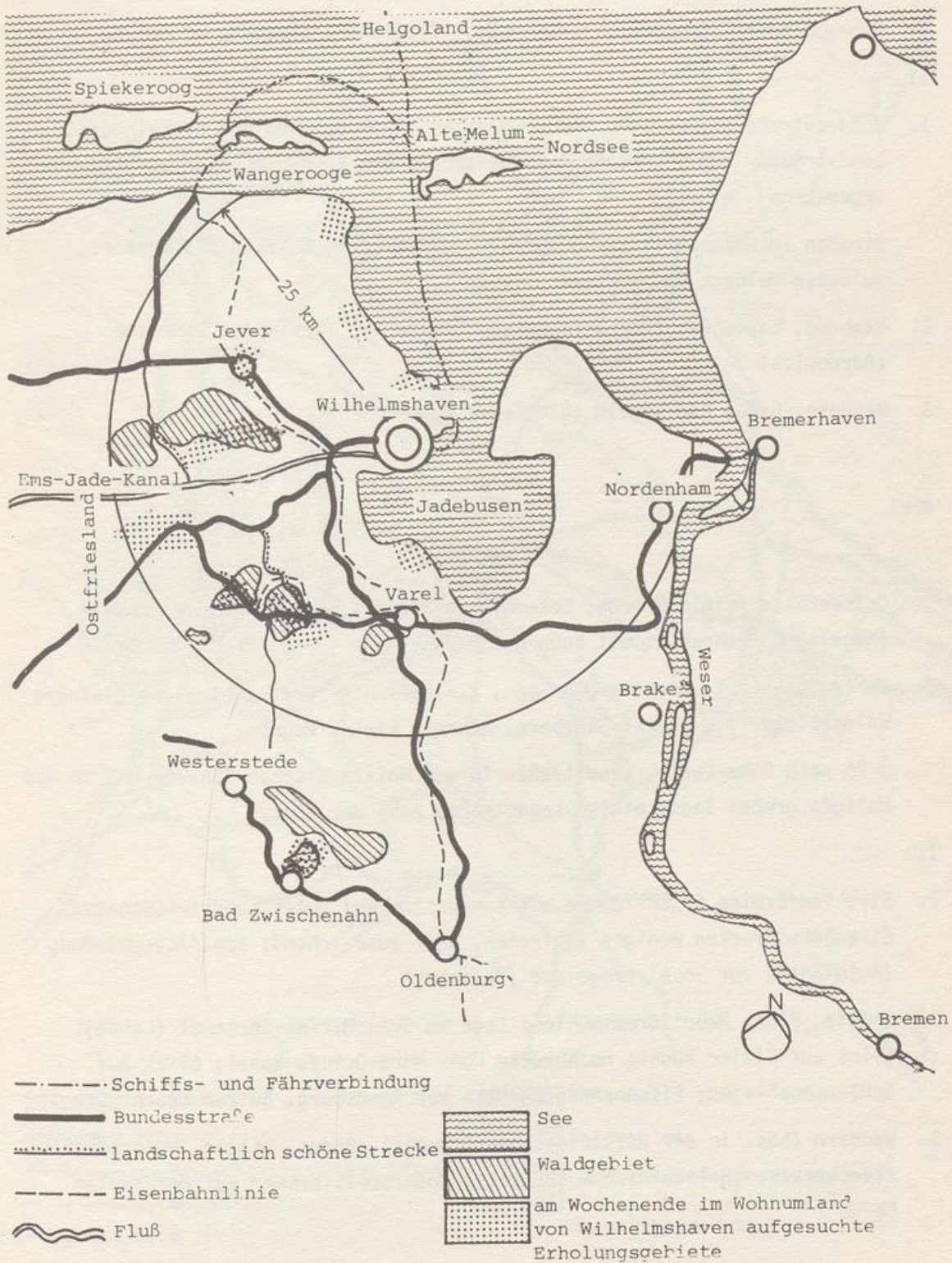
Kurze Abschnitte auf einzelnen Küstenstraßen, auf der Geest (besonders im
Ammerland)
2. Sielorte (kleine Fischereihäfen), z.B. Hooksiel, Stichkanäle im Moor,
Deiche
3. Wandern (Friesische Wehde und auf Deichen), Baden, Segeln, Radfahren

Abb. 7: Wochenenderholungsgebiete im Wohnumland von Kempten



Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

Abb. 8: Wochenenderholungsgebiete im Wohnumland von Wilhelmshaven



Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

Lüneburg

I

1. Lüneburger Heide (besonders: Naturpark, Lüneburger Heide mit Wilseder Berg)
2. Hohes Elbufer (Geesthacht-Lauenburg), Vierlande, Staatsforst Göhrde

II

1. Bundesstraße nach Norden und Nordwesten (Hamburg) gut und ausreichend, Landstraßen- und Eisenbahnverbindungen zu den Erholungsschwerpunkten ungenügend

Straßen im Naturpark "Lüneburger Heide" zwischen Wulfsen und Sottorf, zwischen Melbeck und Ebstorf

2. Hamburg, Lauenburg (Fachwerkhäuser), Dörfer in Vierlande; Domruine (Bordowick)
3. Wandern; Baden und Segeln (Elbe).

Kiel

I

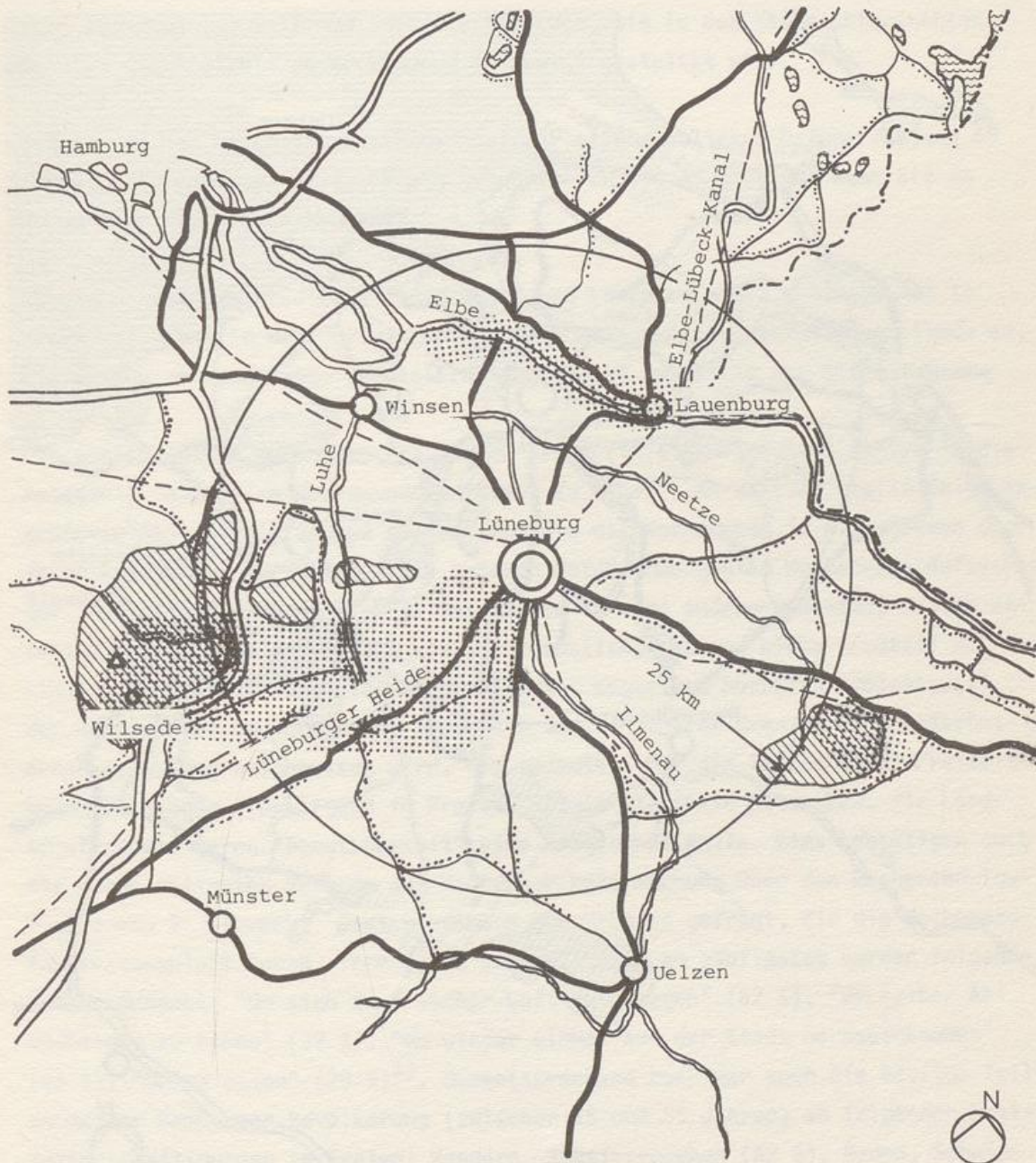
1. Ostseeküste (Kieler Förde, Eckernförder Bucht); Holsteinische Schweiz (hügeliges Seengebiet mit Buchenwäldern)
2. Zahlreiche, z.T. recht große Seen, z.B. Selenter See; zahlreiche kleinere Waldgebiete, z.B. Forst Segeberg; mehrere kleine Moore

B 76 nach Plön-Eutin, Landstraßen in der Holsteinischen Schweiz und an den übrigen großen Seen; einige Landstraßen nahe der Küste

II

1. Strahlenförmige Erschließung mit Bundesstraßen; gutes Landstraßennetz, Eisenbahnstrecken weniger zahlreich, aber ausreichend; Schiffsverbindung (Autofähre) zur Insel Langeland (Dänemark)
2. Preetz, Plön, Mabut Gremsmühlen: Lage am See; Marine-Ehrenmal (Laboe): Blick auf Kieler Bucht; Hochbrücke über Nord-Ostsee-Kanal: Blick auf Schleusenanlagen; Eisenbahnhochbrücke vor Rendsburg, Büölker Leuchtturm
3. Wandern (bes. in der Holsteinischen Schweiz), Baden, Segeln, Motorbootausflugsverkehr (Holsteinische Schweiz), Motorbootsverkehr auf der Kieler Förde

Abb. 9: Wochenenderholungsgebiete im Wohnumland von Lüneburg

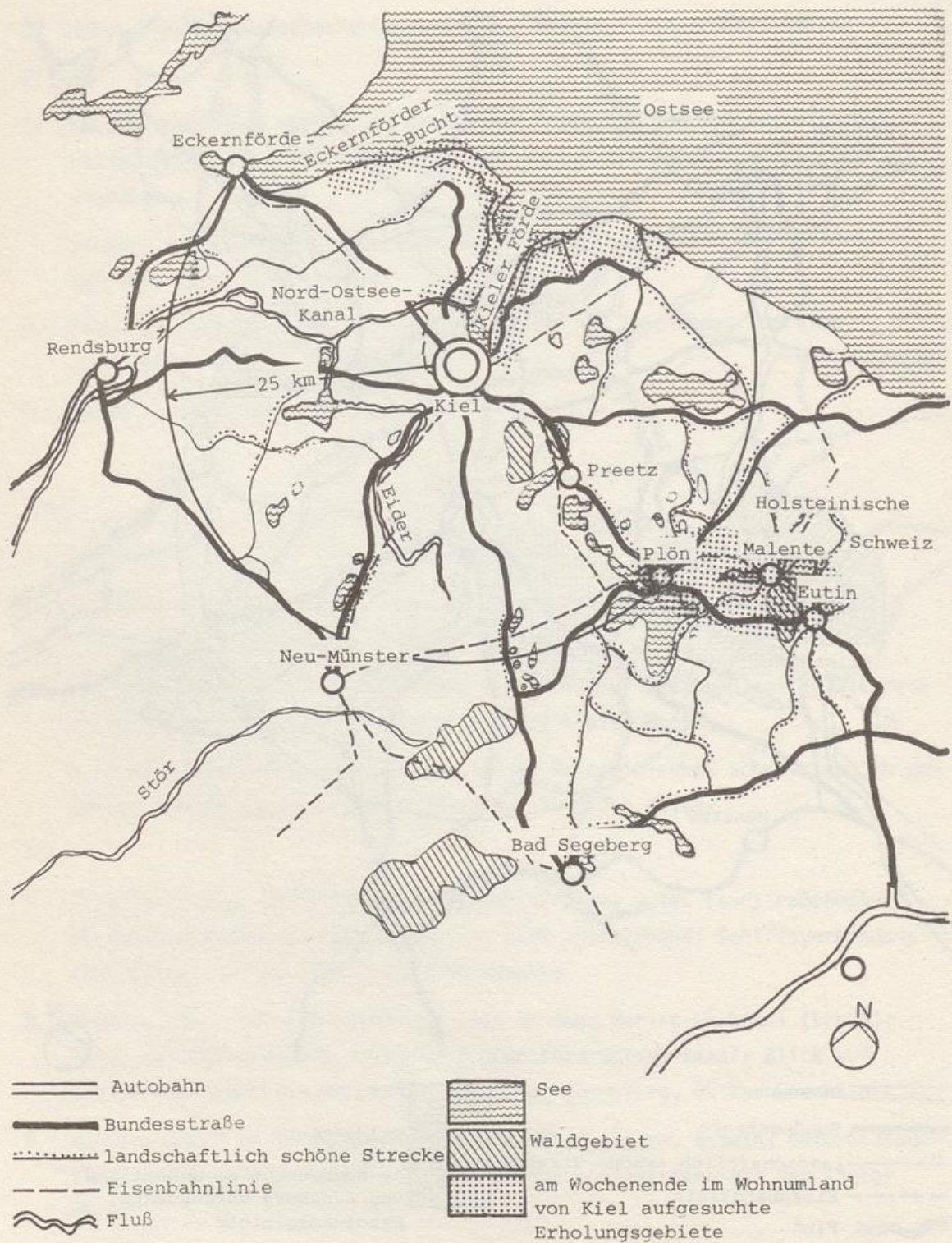


- | | | | |
|-------|-------------------------------|--|---|
| ==== | Autobahn | | See |
| ———— | Bundesstraße | | Waldgebiet |
| | landschaftlich schöne Strecke | | am Wochenende im Wohnumland von Lüneburg aufgesuchte Erholungsgebiete |
| ----- | Eisenbahnlinie | | |
| ~~~~~ | Fluß | | |
| △ | Berg | | |

Quelle: SIN-Datenerfassung 1969



Abb. 10: Wochenenderholungsgebiete im Wohnumland von Kiel



Quelle: SIN-Datenerfassung 1969

2.5.2 LANDSCHAFT UND FREIZEITAKTIVITÄTEN AM WOCHENENDE

Nach dieser knappen Charakterisierung des Wohnumlandes hinsichtlich seiner landschaftlichen Elemente, die zur Ausübung von Freizeitaktivitäten von Bedeutung sein können, soll nun analysiert werden, wie in den sechs untersuchten Städten die Freizeit am Wochenende im Freien gestaltet wird.

Dazu wurde den Haushaltsvorständen bei der städtebaulichen Datenerfassung 69 direkt die Frage gestellt: "Wohin gehen/fahren Sie am ehesten, wenn Sie am Wochenende etwas unternehmen?"

Abgesehen von den Städten Wilhelmshaven und Lüneburg sowie dem C-Gebiet in Frankfurt geben in den übrigen Wohngebieten die meisten Haushaltsvorstände an, sie würden am Wochenende in ein Erholungsgebiet außerhalb der Stadt fahren.

Die zweithöchsten Nennungen bei dieser Frage (in allen Städten) fielen in die Kategorie "bleibe am Wochenende meistens zu Hause". An dritter Stelle folgt in größerem Abstand die Gruppe derjenigen, die das Wochenende im Kleingarten oder im Wochenendhaus verbringt. Alle anderen Unternehmungen am Wochenende (Aufsuchen der Innenstadt, anderer Stadtteile; Fahren in eine andere Gemeinde) fallen anteilmäßig kaum ins Gewicht. Damit wird deutlich, daß von einem Großteil der städtischen Bevölkerung (in manchen Städten sogar vom höchsten Prozentsatz) der Naherholung am Wochenende außerhalb der kommunalen Grenzen eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird, das bedeutet: Für die Teilnahme an Freizeitbeschäftigungen (vorwiegend im Freien) spielt die freie Natur bzw. die Landschaft sowie deren "Benutzbarkeit" eine maßgebende Rolle. Dies bestätigen auch die schon zitierten Befunde der Hamburger Untersuchung über den Wochenend-Tourismus von I. Albrecht. Dort wird nach den Gründen gefragt, die die Wochenendfahrer veranlaßt haben, ihre Stadt zu verlassen; am häufigsten wurden folgende Motive genannt: "Um sich an frischer Luft zu bewegen" (62 %), "Um selber Abwechslung zu haben" (39 %), "Um wieder einmal aus der Stadt herauszukommen" (36 %), "Um zu baden" (29 %) ¹⁾. Dementsprechend hoch war auch die häufige Teilnahme der Hamburger Bevölkerung (zwischen 15 und 65 Jahren) an folgenden Freizeitbeschäftigungen im Freien: Wandern, Spaziergehen (62 %), Baden, Schwimmen (31 %), Spiele im Freien (19 %) ²⁾.

¹⁾ J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 67

²⁾ desgl., S. 29

In der vom Städtebauinstitut Nürnberg durchgeführten Bevölkerungsbefragung im Rahmen der Datenerfassung 69 konnten so detaillierte Fragen nicht gestellt werden. Es kann aber versucht werden, festzustellen, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Landschaft in der Wohnumgebung der sechs untersuchten Städte und den unternommenen Wochenendausflügen besteht, und inwieweit Pkw-Besitz, Alter und Schulausbildung die Teilnahme variieren können.

Es fällt auf, daß der Prozentsatz derjenigen Haushaltsvorstände, die sich am Naherholungsverkehr beteiligen, in den einzelnen Städten unterschiedlich hoch ist. Er schwankt zwischen 40,7 % (Frankfurt) und 20 % (in Wilhelmshaven und Lüneburg). Bisher vorliegende Untersuchungen über den Naherholungsverkehr¹⁾ zeigen, daß der Pkw-Besitz als ein starkes Antriebselement für Wochenendfahrten angesehen werden muß. Des weiteren wurde festgestellt, daß mit zunehmendem Alter die Teilnahme am Ausflugsverkehr abnimmt und mit steigendem Einkommen zunimmt. Albrecht kommt in ihrem Gutachten zu dem Schluß, daß zwischen Bildungsgrad und Teilnahmeintensität (am Wochenendverkehr) eine positive Korrelation besteht²⁾. Die nachfolgend aufgezeigten Ergebnisse bringen eine Bestätigung dieser Befunde von Albrecht. Im folgenden werden deshalb mögliche Einflüsse von Pkw-Besitz, Alter und Schulausbildung eliminiert und homogene Gruppen gebildet, um einen Vergleich der untersuchten sechs Städte innerhalb dieser homogenen Gruppen zu ermöglichen. Dann evtl. auftretende Unterschiede in den einzelnen Gruppen lassen darauf schließen, daß andere Merkmale, z.B. unterschiedliche landschaftliche Qualitäten, das Freizeitverhalten der einzelnen Gruppen variieren.

Da erstens das Wohnumland für die gesamte Stadt zur Verfügung steht und zweitens in einzelnen Wohngebieten die Masse der vorhandenen Daten eine detaillierte Aufspaltung verbot, wurde auf Aussagen zu den einzelnen Wohngebieten hier verzichtet. Bei einer Kreuzauswertung "Verbringen des Wochenendes/Pkw-Besitz" wurde unterschieden zwischen solchen Haushaltsvorständen, die angaben, einen Pkw zu besitzen, und solchen ohne Pkw, und es wurde für die beiden Gruppen errechnet, welche Anteile von den jeweiligen Gruppen nach eigener Aussage am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren. Dies wurde außerdem für die sechs untersuchten Städte getrennt vorgenommen.

1) z.B. I. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr...", S. 67;
K. Ruppert und J. Maier: "Naherholungsraum und Naherholungsverkehr - Geographische Aspekte eines speziellen Freizeitverhaltens".

2) I. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr...", S. 82f.

Da, wie oben festgestellt, auch die Merkmale Alter und Ausbildung in Zusammenhang stehen mit dem Verhalten am Wochenende, wurde in den beiden Gruppen der Pkw-Besitzer und der Nicht-Pkw-Besitzer (ähnlich wie an anderer Stelle der Untersuchung) nach drei Altersgruppen bzw. nach drei Schulbildungsstufen unterschieden. Damit wird es nunmehr möglich, z.B. festzustellen, ob in der Gruppe der bis 34 Jahre alten Haushaltsvorstände mit Pkw zwischen den sechs untersuchten Städten Unterschiede vorhanden sind hinsichtlich des Aufsuchens von Naherholungsgebieten am Wochenende.

Vergleicht man die sechs untersuchten Städte¹⁾ nach dem Anteil der Haushaltsvorstände, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, dann verzeichnet Frankfurt den höchsten Wert, während die Prozentangaben für Lüneburg und Wilhelmshaven am niedrigsten sind. Es fällt auf, daß in den süddeutschen Städten die Ausflugsfreudigkeit größer ist als in den norddeutschen. Frankfurts Spitzenstellung ergibt sich einmal aus der Größe dieser Stadt²⁾, zum anderen aus seiner ausgezeichneten Lage und nicht zuletzt aus der Nähe zu einem bedeutenden Mittelgebirge, das sich auch im Winter großer Beliebtheit erfreut (gute Wintersportmöglichkeiten!). Die geringe Beteiligung am Wochenendverkehr in Wilhelmshaven und Lüneburg dürfte auf fehlende landschaftliche Attraktivitäten im engeren Wohnumland (bzw. ihre Saisonabhängigkeit) der beiden Städte zurückzuführen sein. Die geringe Beteiligung am Wochenendverkehr in Wilhelmshaven könnte auch eine Erklärung erfahren durch die Beantwortung der Frage "Wenn Sie aus dieser Stadt wegziehen müßten, was würden Sie sehr vermissen?" (Tab. 43). In dieser Stadt werden prozentual die wenigsten Nennungen für die Antwort "die landschaftliche Umgebung/Ausflugsmöglichkeiten" abgegeben. In Wilhelmshaven und Lüneburg dürfte außerdem der große Anteil an Gartenbesitzern (von allen 6 Städten am höchsten) mit der geringeren Teilnahme am Ausflugsverkehr zusammenhängen.

Ein etwas anderes Bild in der Rangfolge der Städte ergibt sich, wenn nur die Pkw-Besitzer verglichen werden (vgl. Tab. 46). Danach entwickelt Kempten den relativ größten Naherholungsverkehr, während Wilhelmshaven und Lüneburg wieder die beiden letzten Ränge einnehmen. Die meisten Kemptener fahren am Wochenende

1) Die Prozentangaben einer bestimmten Stadt beziehen sich nicht auf eine repräsentative Basismasse aus dem gesamten Stadtgebiet, sondern auf die Summe der Nennungen bei einer bestimmten Frage aus den untersuchten drei Wohngebieten der betreffenden Stadt.

2) Nach Untersuchungen von Wehner nimmt der Anteil der Naherholungssuchenden mit zunehmender Einwohnerzahl der Gemeinden zu. W. Wehner: "Zur Bewertung potentieller Naherholungsbereiche der Agglomerationen der DDR". In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der PH Dresden", 1968, H. 3, S. 53-61.

"in die Berge". Es ist zu vermuten, daß der eigene Wagen in diesem Ort im stärkeren Maße dafür eine Voraussetzung ist, potentielle Ausflugspunkte aufzusuchen, als in den anderen Städten.

Tab. 46: Haushaltsvorstände (HV), die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren - nach Pkw- und Nicht-Pkw- Besitzern

Stadt	HV, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren				
	insgesamt	davon HV			
		mit Pkw		ohne Pkw	
	%	absolut = 100 % für Spalte 3	%	absolut = 100 % für Spalte 5	%
Spalte	1	2	3	4	5
Frankfurt	40,7	596	45,5	350	32,9
Stuttgart	32,1	573	38,2	456	24,8
Kempten	36,4	467	45,8	370	24,9
Wilhelmshaven	20,0	674	29,2	748	12,1
Lüneburg	20,0	498	27,3	531	13,6
Kiel	29,5	654	38,4	666	20,7

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Ein Vergleich der Haushaltsvorstände "mit Pkw-/ohne Pkw-Besitz" zeigt folgendes: Besitzer eines Wagens unternehmen in allen sechs untersuchten Städten relativ mehr Wochenendfahrten als diejenigen Haushaltsvorstände, die keinen Wagen besitzen. Auffallend groß sind die Unterschiede in Lüneburg und Wilhelmshaven, am niedrigsten in Frankfurt und Stuttgart. In den beiden erstgenannten Städten macht sich das Fehlen eines Pkw erheblich bemerkbar: Es ist zu vermuten, daß die wenig abwechslungsreiche Landschaft im Wohnumland die Nicht-Pkw-Besitzer erst recht davon abhält, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel in Frage kommende Ausflugspunkte aufzusuchen, ganz abgesehen davon, daß die erforderlichen und bequemen Verbindungen gar nicht vorhanden sind (z.B. von Lüneburg zum Wilseder Berg) oder aber doch nur unzureichend bedient werden. In beiden Städten mag auch der sehr hohe Anteil an Gärten noch verstärkt dazu beitragen, daß die Nicht-Pkw-Besitzer seltener als die Pkw-Besitzer in ein Erholungsgebiet fahren. Im Zusammenhang damit ist zu sehen, daß in Lüneburg und Wilhelmshaven (prozentual) die meisten Haushaltsvorstände am Wochenende zu Hause bleiben, bzw. sich in ihrem (Schreber-)Garten aufhalten. Für die Wilhelmshavener Nicht-Pkw-Besitzer kann noch angenommen werden, daß sie gerne innerhalb der Stadt spazieren-

gehen, - antwortete doch ein im Vergleich zu den übrigen Städten besonders hoher Prozentsatz der befragten Haushaltsvorstände im A- und B-Gebiet auf die Frage "Wenn Sie aus dieser Stadt wegziehen müßten, was würden Sie sehr vermissen?" hiermit: "die schönen Parks, Spiel- und Sportanlagen usw."

Die geringen Unterschiede zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern bezüglich ihrer Anteile an Erholungsfahrten in Stuttgart und Frankfurt dürfte vermutlich einmal auf die landschaftlichen Attraktivitäten im engeren Wohnumland zurückzuführen sein, die auch Nicht-Pkw-Besitzer bewegen mag, in ein Naherholungsgebiet zu fahren, zum andern auf eine bessere schienenmäßige Erschließung und eine gute Bedienung der öffentlichen Verkehrsmittel des Wohnumlandes.

Mögliche Unterschiede zwischen den Städten bei verschiedener Altersstruktur werden besser erkennbar, wenn die Pkw- bzw. Nicht-Pkw-Besitzer, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, in Altersgruppen aufgeteilt werden, und wenn zwischen den einzelnen Städten innerhalb dieser homogenen Gruppen verglichen wird (vgl. Tab.47).

Grundsätzlich ist festzustellen, daß in allen Altersgruppen und in allen Städten relativ mehr Pkw- als Nicht-Pkw-Besitzer ihre Freizeit am Wochenende außerhalb der Stadt verbringen. Diese Differenzen sind am größten in Wilhelmshaven, und zwar in allen Altersgruppen, sie sind auffallend groß in Lüneburg (ebenfalls in allen Altersgruppen), in Stuttgart in der jüngeren und in Kiel in der höchsten Altersgruppe. Damit wird im Falle Wilhelmshaven und Lüneburg das unterstrichen, was schon bisher über diese beiden Städte gesagt wurde; das unterschiedliche Alter vermag keinen wesentlichen Einfluß auf das hier untersuchte Freizeitverhalten auszuüben. Der große Unterschied in der jüngeren Altersgruppe Stuttgarts könnte (sieht man einmal davon ab, daß die Masse dieser Altersgruppe zu klein sein könnte und sich der Prozentsatz nicht zum Vergleich eignen würde) darauf zurückzuführen sein, daß Stuttgart über ausgedehnte und vorzüglich angelegte Grünanlagen verfügt, so daß diejenigen Haushaltsvorstände, die keinen Wagen besitzen, lieber in diesen Anlagen spazieren gehen, als mit einem öffentlichen Verkehrsmittel "ins Grüne" zu fahren - noch dazu, wenn (Klein-)Kinder vorhanden sind (in dieser Altersgruppe am häufigsten).

Es ist auch zu berücksichtigen, daß ein sehr hoher Prozentsatz (der höchste überhaupt) der Stuttgarter Autobesitzer in der niedrigen Altersgruppe angibt, seine Freizeit am Wochenende "verschieden" zu nutzen. Es ist zu vermuten, daß die Kieler Nicht-Pkw-Besitzer der höchsten Altersgruppe deswegen so (relativ) viel weniger als die Autobesitzer am Naherholungsverkehr teilnehmen, weil es

Tab. 47: Haushaltsvorstände (HV), die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, unterteilt nach Pkw- und Nicht-Pkw- Besitzern sowie nach Alter

Stadt	HV, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren										
	ins- gesamt	mit Pkw						ohne Pkw			
		zusammen	davon nach Altersgruppen			zusammen	davon nach Altersgruppen				
			bis 34 J.	35 - 54 J.	55 J. und älter		bis 34 J.	35 - 54 J.	55 J. und älter		
%	abs.	%	%	%	%	abs.	%	%	%	%	
Frankfurt	40,7	596	45,5	42,9	43,8	51,7	350	32,9	22,2	42,3	31,6
Stuttgart	32,1	573	38,2	28,9	39,2	44,5	456	24,8	11,6	32,3	22,9
Kempten	36,4	467	45,8	44,6	48,2	42,9	370	24,9	20,9	25,2	25,0
Wilhelms- haven	20,0	674	29,2	25,7	30,5	29,2	748	12,1	10,4	11,1	12,7
Lüneburg	20,0	498	27,3	25,9	21,3	38,6	531	13,6	12,5	9,4	15,2
Kiel	29,5	654	38,4	32,7	41,1	41,4	666	20,7	28,7	25,8	17,0

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

gerade in dieser Stadt gute Voraussetzungen für die Freizeitgestaltung gibt: u.a. Schwimmen und Baden, Segeln auf der Förde, ebenso Dampferfahrten. Die Pkw-Besitzer werden hauptsächlich entfernter gelegene Strände an der Ostsee aufsuchen. Dagegen führt der fehlende Wagen in der jüngeren Kieler Altersgruppe zu keiner nennenswert verminderten Teilnahme am kurzfristigen Erholungsverkehr im Verhältnis zu den Pkw-Besitzern. Die relativ geringen Unterschiede zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern in allen drei Altersgruppen Frankfurts deuten darauf hin, daß die Einwohner im Falle eines attraktiven Wohnumlands bereit sind, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel in die Naherholungsgebiete zu fahren, was bei einer guten Bedienung auch nicht so schwer fallen dürfte.

Die hohen Unterschiede zwischen den Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern Kemptens in der unteren und mittleren Altersgruppe dürften aus der landschaftlichen Situation des Wohnumlands zu erklären sein: In Kempten fährt "man" (am Wochenende) am ehesten "in die Berge" (wie die städtebauliche Datenerfassung 69 ganz deutlich zeigt) - falls man einen Wagen besitzt. Ohne einen solchen wird es für viele mit zu großer Mühe verbunden sein, besuchenswerte Ausflugspunkte zu erreichen.

Schließlich soll noch versucht werden, festzustellen, inwieweit eine bestimmte Schulbildung in den Gruppen der Pkw- bzw. Nicht-Pkw-Besitzer mit der Teilnahme am Wochenendausflugsverkehr zusammenhängt (vgl. Tab. 48).

Tab. 48: Haushaltsvorstände (HV), die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, unterteilt nach Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern sowie jeweils nach Schulbildung

Stadt	HV, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren										
	davon HV										
	ins- gesamt	mit Pkw					ohne Pkw				
		zusammen	darunter nach Schulbildung ¹⁾			zusammen	darunter nach Schulbildung ¹⁾				
		I	II	III		I	II	III			
%	abs.	%	%	%	%	abs.	%	%	%	%	
Frankfurt	40,7	596	45,5	39,8	50,6	45,6	350	32,9	26,7	37,6	44,9
Stuttgart	32,1	573	38,2	33,7	39,3	48,0	456	24,8	22,7	29,8	32,1
Kempten	36,4	467	45,8	48,1	45,3	37,9	370	24,9	21,6	28,7	39,3
Wilhelms- haven	20,0	674	29,2	24,5	31,4	38,6	748	12,1	10,6	13,8	24,4
Lüneburg	20,0	498	27,3	23,6	30,2	27,0	531	13,6	9,0	21,4	25,0
Kiel	29,5	654	38,4	32,8	43,1	44,1	666	20,7	16,1	25,0	48,5

¹⁾ I: Volks-/Berufsschule II: mittlere Reife, Abitur, Berufsfach- oder Fachschule III: Universität oder Höhere Fachschule

Quelle: SIN-Datenerfassung 69

Zunächst sollen die Pkw-Besitzer, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, nach der Schulbildung¹⁾ untersucht werden.

Die größte Teilnahme am Wochenendverkehr ist in Kempten zu verzeichnen - bei den Haushaltsvorständen mit niedriger (Volksschulbesuch) und mittlerer Schulbildung (mittlerer Reife, Abitur) in etwa gleicher Stärke. Lüneburger und Wilhelmshaverer jeglicher Schulbildung fahren auch bei der Aufteilung nach jenem Kriterium

¹⁾ Die Gruppenbildung erfolgt hier, im Gegensatz zu der in vorherigen Abschnitten, nach anderen Gesichtspunkten, die stärker das Haushaltseinkommen (eine Grundlage für die Ermöglichung bescheidener oder kostspieliger Freizeitgestaltung) berücksichtigen.

Es wurden folgende Gruppen gebildet:

I. Volks-/Berufsschule II. mittlere Reife, Abitur, Berufsfach- oder Fachschule
III. Universität oder höhere Fachschule;

am wenigsten in ein Naherholungsgebiet; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lüneburger Haushaltsvorstände mit Universitätsabschluß nicht annähernd den Prozentsatz der entsprechenden Gruppe in Wilhelmshaven erreichen. Frankfurt zeigt in allen drei Gruppen hohe Werte, ebenso Stuttgart in der Gruppe der höchsten Schulbildung. Vergleicht man zwischen den einzelnen Städten den Anteil der Nicht-Pkw-Besitzer, die am Wochenende in ein Naherholungsgebiet fahren, innerhalb der verschiedenen Schulbildungsstufen, so fällt zunächst auf, daß in allen untersuchten Städten mit zunehmender Bildung die Teilnahme am Wochenendverkehr wächst.

Unter den Nicht-Pkw-Besitzern erfreut sich das Frankfurter Umland größter Beliebtheit: diese Stadt verzeichnet die höchste Ausfahrquote am Wochenende - mit Ausnahme in der Gruppe mit Hochschulabschluß. Eine erneute Bestätigung dafür, daß von Frankfurt aus potentielle Erholungsgebiete auch ohne (eigenen) Wagen gut zu erreichen sind. Wilhelmshaven und Lüneburg zeigen im Vergleich mit den übrigen Städten auch hier in allen Schulbildungsstufen die schwächste Teilnahme am Ausflugsverkehr - eine weitere Bestätigung dafür, wie relativ wenig Anreiz die dortige Landschaft im Wohnumland den Bewohnern zum Besuch bietet. Besonders auffällig sind in Wilhelmshaven und Lüneburg die unterschiedlichen Beteiligungsquoten am Erholungsverkehr in den einzelnen Schulbildungsstufen: in beiden Städten sind sie sehr niedrig in der untersten und sehr hoch in der höchsten Bildungsstufe. Die Angehörigen der letzteren Gruppe nehmen vielleicht die Unbequemlichkeit, die ein Wochenendausflug ohne (eigenen) Wagen mit sich bringt, eher auf sich, als die übrigen Gruppen, weil ihnen als Abwechslung zur Berufsausübung ein Aufenthalt im Freien wichtig erscheinen könnte.

Schließlich sollen wieder Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzer, die am Naherholungsverkehr teilnehmen, nach Schulausbildung zwischen den Städten verglichen werden. Grundsätzlich ist festzustellen, daß in den sechs untersuchten Städten mit zunehmender Bildung die Unterschiede zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzer abnehmen; es ist zu erkennen, daß bei Haushaltsvorständen mit Hochschulabschluß ein Wochenendausflug nicht mehr so stark mit dem Besitz eines eigenen Wagens variiert.

Die größten Unterschiede gibt es in Wilhelmshaven in der mittleren und gehobenen Bildungsstufe, sehr hohe in der unteren Bildungsstufe der Städte Wilhelmshaven, Lüneburg, Kiel und Kempten. In den beiden letzten Städten mag die landschaftliche Attraktivität des Wohnumlandes die Haushaltsvorstände mit Volksschulabschluß, die keinen Wagen besitzen, im stärkeren Maß dazu bewegen, am Wochenende in ein Naherholungsgebiet zu fahren. Recht geringe Unterschiede sind

in Frankfurt und Stuttgart in allen Bildungsstufen zu verzeichnen, - in Großstädten scheint der fehlende Wagen nicht so sehr ein Hinderungsgrund für die Teilnahme am kurzfristigen Erholungsverkehr zu sein.

Kurz soll auf den Punkt "bleibe am Wochenende zu Hause" eingegangen werden. Aus den Ergebnissen der städtebaulichen Datenerfassung 69 - Bevölkerungsbefragung wird ersichtlich, daß in den Städten bzw. Wohngebieten, in denen der Prozentsatz der Gartenbesitzer hoch liegt, auch entsprechend viele Bewohner keinen Ausflug unternehmen. Das gilt vor allem für Wilhelmshaven und Lüneburg (ohne C-Gebiet - hier zeigt sich, daß trotz des geringen Gartenanteils die Bewohner dieses Gebietes sich nur im schwachen Umfang am Wochenendtourismus beteiligen - ein Zeichen dafür, wie ungünstig die Landschaft in der Umgebung beurteilt wird) sowie für das B- und C-Gebiet in Frankfurt. Der Garten bestimmt zwar weitgehend das Freizeitverhalten auch am Wochenende, aber er führt in Großstädten bzw. in Städten mit landschaftlich reizvoller Umgebung (z.B. Kempten) nicht dazu, daß deren Einwohner deswegen entsprechend seltener hinausfahren.

Bedeutende Unterschiede zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern sind in allen Altersgruppen, noch größere in den unteren und mittleren Bildungsstufen¹⁾ festzustellen: Nicht-Pkw-Besitzer bleiben öfter zu Hause.

Klar erkennbar ist, daß mit zunehmendem Alter die Nicht-Autobesitzer in allen untersuchten Städten in steigendem Maß zu Hause bleiben - eine Beobachtung, die indirekt die eingangs zitierte These bestätigt, daß mit zunehmendem Alter die Teilnahme am Naherholungsverkehr abnimmt. Auch unter den Pkw-Besitzern wächst in den sechs Städten mit zunehmendem Alter der Anteil der Haushaltsvorstände, die an Wochenenden zu Hause bleiben, wenn dieser Trend auch in Lüneburg und Stuttgart nicht so deutlich zum Ausdruck kommt.

Wenn man mit J. Albrecht davon ausgeht, daß es hauptsächlich zwei Motive gibt, nämlich Flucht vor dem Großstadtklima und Mobilitätswang²⁾, die den Erholungssuchenden zu Wochenendfahrten veranlassen, so wird deutlich, wie ausgeprägt der Wunsch nach einer anderen Umgebung, nach einer anderen Landschaft ist.

¹⁾ Ein Vergleich in der höchsten Bildungsstufe fällt nicht so eindeutig aus wie in den beiden anderen Stufen. Das mag daran liegen, daß diese Schicht allgemein aktiver ist. Andererseits sind absolut so wenige Nicht-Pkw-Besitzer in dieser Schulbildungsstufe, daß die Prozentanteile bei einer Aufspaltung nicht mehr zu sichern sind.

²⁾ J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 66f.

In Hamburg gaben 62 % der befragten Personen an, "daß die Landschaft ihre Entscheidung, ein bestimmtes Erholungsgebiet aufzusuchen, am meisten beeinflusse"¹⁾. Dementsprechend ist auch der weitaus größere Anteil der von der Hamburger Bevölkerung ausgeübten Freizeitbeschäftigungen erholungsorientiert. In dieser Gruppe sind Wanderer und Spaziergänger am stärksten mit 62 % vertreten, gefolgt von Beschäftigungen wie Baden, Schwimmen, Bootssport, Angeln und Camping (44 %)²⁾.

Es darf angenommen werden, daß der Wunsch, ähnliche Freizeitaktivitäten wie die oben genannten auszuüben, die befragten Haushaltsvorstände der sechs untersuchten Städte veranlaßt, die dafür geeigneten Landschaften aufzusuchen. Die namentliche Aufzeichnung der "Erholungsgebiete außerhalb der Stadt", in welche die befragten Wochenendausflügler am ehesten fahren, läßt diesen Schluß zu. Die Kemptener nannten am häufigsten die Berge, die Wilhelmshavener und Kieler Strände und Wälder, die Frankfurter und Stuttgarter Wälder und Mittelgebirge.

Je nach dem Vorhandensein von erfaßbaren natürlichen Landschaftsfaktoren, wie Boden, Wasser, Vegetation, Oberflächengestalt und Klima, und deren Wirkung auf den Betrachter (Sinneserleben) sowie deren Benutzung durch den Menschen, besitzt das Wohnumland einer städtischen Gemeinde eine unterschiedliche Anziehungskraft, die selektierend und differenzierend auf das Erholungsverhalten wirkt. So weisen Fremdenverkehrsgebiete, die im Wochenendeinzugsbereich von Ballungsräumen liegen, und spezifische Erholungslandschaften erhöhte Besucherzahlen auf. Dementsprechend ist (auch) eine höhere Beteiligung am Naherholungsverkehr in den drei süddeutschen gegenüber den drei norddeutschen Städten festzustellen, und zwar sowohl bei den Pkw- als auch den Nicht-Pkw-Besitzern - mit einer Ausnahme: in Kiel fahren relativ mehr Pkw-Besitzer in ein Naherholungsgebiet als in Stuttgart.

Ein Vergleich zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern, die die Stadt zum Zweck der kurzfristigen Erholung verlassen, macht zwar deutlich, daß Autobesitzer in allen sechs Städten häufiger Wochenendausflüge unternehmen, daß aber in den einzelnen Städten das Nichtvorhandensein eines Wagens bei den Erholungssuchenden zu keiner grundsätzlich anderen Beurteilung der landschaftlichen Umgebung führt.

1) J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 90

2) desgl., S. 39.

"Vielfalt der Elemente, Abwechslung und Kontrast in der Landschaft"¹⁾ sind im süddeutschen Raum wesentlich stärker ausgeprägt und scheinen deshalb ein größeres "Naturerlebnis" oder "Landschaftserlebnis" zu vermitteln als der reliefarme Norden. Kempten weist den stärksten Ausflugsverkehr (in Naherholungsgebieten) am Wochenende auf - sicher bedingt durch die Nähe der Alpen und vieler, z.T. reizvoller Seen. Hinzu kommt, daß die Wohnumgebung Kemptens - im Gegensatz zu den anderen Städten - während des ganzen Jahres für die Wochenenderholung (im Freien) in Frage kommt, also auch im dort schneereichen Winter, wenn sie für mehrere Monate eine geschlossene Schneedecke aufweist. Die Stuttgarter und Frankfurter finden in ihrer Umgebung große Höhenzüge, die bis auf über 800 m ansteigen und im Winter Gelegenheit zum Skilauf und Spaziergehen bzw. Wandern geben. Stuttgart "sollte", entsprechend seiner Größe und seiner schönen Umgebung, eine höhere Wochenendverkehrsnachfrage verzeichnen als Kiel. Wenn dies nicht eindeutig der Fall ist, so ist der Grund wohl darin zu sehen, daß die Kieler Wohnumgebung über so zahlreiche und ideale Bademöglichkeiten verfügt wie keine der anderen befragten Städte. Da die entsprechende Frage der Datenerfassung 69 nicht präziser formuliert wurde, ist nur zu vermuten, daß die Kieler Bürger ihre Antwort hinsichtlich der Wochenendausfahrten lediglich auf die warme Jahreszeit bezogen, und daß sie im Winterhalbjahr wesentlich seltener (als die Stuttgarter) ihr Wochenende im Freien verbringen können, obwohl die zahlreichen erreichbaren Wasserflächen im Winter für den Eislauf sicher auch nicht ohne Reiz sind.

Entsprechend der wenig differenzierten und gegliederten Landschaft im norddeutschen Raum fahren vor allem die Wilhelmshavener und Lüneburger nicht so häufig "ins Grüne". Trotzdem ist man darüber ein wenig verwundert, entsprechen doch Wasser und Heide (neben den Bergen) dem gegenwärtigen touristischen Landschaftsideal²⁾. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß Wasserflächen bei den Erholungssuchenden unterschiedliche Präferenzen erhalten - je nachdem, wie das Wasser in die Landschaft eingebettet ist. So besitzt die Ostseeküste einen "lieblicheren" Charakter (Steil- und Flachküste; waldreich, stellenweise bis ans Ufer) als die Nordseeküste, die - überwiegend eben, fast baumlos - mit ihrem

1) H. Kiemstedt: "Möglichkeiten der Bestimmung der Erholungseignung in unterschiedlichen Landschaftsräumen". In: "Beiträge zur Neuordnung des ländlichen Raumes", S. 87 (im folgenden: "Möglichkeiten der Bestimmung....").

2) Deutsches wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr an der Universität München (zitiert bei J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 91).

rauen Klima sich eines geringeren Zuspruchs erfreut¹⁾.

Im Wilhelmshavener Umland gibt es an Wasserflächen fast nur die Nordsee, während die Kieler sowohl an die Ostsee (sehr gut geeignet für Kinder), als auch zu vielen, z.T. großen Seen und in die Holsteinische Schweiz fahren können; überall hier kann der Wassersport bestens ausgeübt werden (besonders Segeln), während dies an der Nordsee schwieriger durchführbar ist.

Für Lüneburg gelten in etwa ähnliche Bedingungen wie für Wilhelmshaven. Nur statt Wasser herrscht hier die Heidelandschaft vor, die sich vor allem im Herbst (Heideblüte) größter Beliebtheit erfreut²⁾, zu den übrigen Jahreszeiten aber nicht die Attraktivität besitzen dürfte wie die süddeutschen Landschaften. Beim Wohnumland der norddeutschen Städte ist noch auf folgendes hinzuweisen: wie es vom Standpunkt der Erholung her ein Zuviel an Waldfläche gibt³⁾, dürfte diese Feststellung sicher auch für bestimmte Wasserflächen (Wilhelmshaven) und ausgedehnte Heidegebiete (Lüneburg) zutreffen. Dann wirken derart großflächige, wenig ausgestaltete Räume nachfragemindernd auf den Naherholungsverkehr. Auch die niedrige Lage der Landschaften, die in der kalten Jahreszeit nur eine geringe Schneedecke aufweisen und somit keinen nennenswerten Wintersport zulassen, führt zu einer Einschränkung des Wochenendtourismus während des Winters.

Die Analyse der Befragungsergebnisse unserer empirischen Untersuchung hat - bei allen Einschränkungen, die vorzunehmen waren - doch deutlich machen können, welch starken Einfluß die Landschaft auf das Freizeitverhalten der Bevölkerung der sechs untersuchten Städte ausübt. Es hat sich gezeigt, daß die Haushaltsvorstände der süddeutschen Städte, vor allem Frankfurt und Kempten, sowie der Fördestadt Kiel der Landschaft ihres Wohnumlandes recht hohe Präferenzen zubilligen.

Diese Städte besitzen in ihrem Wohnumland eine sehr abwechslungsreiche Landschaft, die fast in jeder Jahreszeit (mit Einschränkungen bei Kiel) aufgesucht

1) Die Hamburger Untersuchung über den Wochenendtourismus zeigt, daß für die Hamburger die Ostsee wesentlich attraktiver ist als die Nordsee. 39 % der Befragten führen 1964/65 mehrmals an die Ostsee, dagegen nur 12 % an die Nordsee (einschließlich Inseln); vgl. J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 86f. und S. 131.

2) 36 % der Hamburger Bevölkerung bevorzugte mit Abstand zu dieser Jahreszeit die Heide als Ausflugsgebiet; vgl. J. Albrecht: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr....", S. 91.

3) H. Kiemstedt: "Möglichkeiten der Bestimmung....", S. 94.

werden kann, so daß sehr viel mehr Menschen in diesem Raum eine Möglichkeit finden, ihre speziellen Bedürfnisse der Freizeitgestaltung befriedigen zu können, als dort, wo die Landschaft einen geringeren Spielraum zur Ausübung von Freizeitaktivitäten zuläßt, wie z.B. in Wilhelmshaven oder Lüneburg.

Wilhelmshaven ist insofern von der Natur benachteiligt, als einmal Sandstrände an der Nordseeküste fehlen, zum anderen steht wegen des Tidenhubs nur eine eingeschränkte Badezeit zur Verfügung, die sich dazu noch täglich verschiebt. Somit kann hier auch der Segelsport nicht in dem Umfang ausgeübt werden wie z.B. im Umland von Kiel. Die kleinen Sielorte an der Jade sind auf den kurzfristigen Erholungsverkehr nur ungenügend vorbereitet. Durch die Anlage eines Freizeit-zentrums (z.B. mit Meereswellen-Bad, Mitfahrgelegenheit auf Heringsloggern etc.) könnte der Erholungsverkehr im Raum Wilhelmshaven evtl. eine Belebung erfahren. Dies könnte vermutlich auch dadurch erfolgen, daß bessere Ausflugsverbindungen zur nächstgelegenen Insel, Wangerooge, geschaffen werden; das gilt ganz besonders für die Vor- und Nachsaison, wenn die Insel von Urlaubsgästen nicht mehr überbevölkert ist.

Wälder sind im Küstenbereich selten. Es könnten Rundwanderwege angelegt werden, damit mehr Erholungssuchende dieses Landschaftselement aufsuchen. Der Wald sollte eine echte Alternative im Angebot von bevorzugten Erholungsgebieten darstellen.

Es mag auch an der Mentalität der Wilhelmshavener Bevölkerung liegen, wenn die Beteiligung am Naherholungsverkehr so gering ist. Im Wohnumland sind nicht nur Wälder - u.a. sogar ein Urwald - vorhanden, sondern auch Moore. Weiter verkehren während der Sommermonate täglich Ausflugsschiffe von Wilhelmshaven nach Helgoland mit einer nur geringen Überfahrtszeit (3 Stunden). Es muß also nicht allein an fehlenden Möglichkeiten liegen, wenn man am Wochenende zu Hause bleibt. Einen Hinweis verdient noch die Tatsache, daß der Bereich östlich der Stadt für eine Freizeitnutzung fast völlig ausscheidet: abgesehen von der Marschenhalbinsel Butjadingen gibt es hier fast nur Meerwasserfläche.

Ebenso dürfte die Landschaft im Lüneburger Wohnumland zu einförmig sein - eine echte Attraktion stellt die Heide nur während der Heideblüte im Spätsommer/Herbst dar. Der eigentliche Anziehungspunkt, der Naturpark "Lüneburger Heide" mit der höchsten Erhebung in einem weiteren Umkreis, ist auf der Straße von Lüneburg aus nur sehr schwer zu erreichen, abgesehen davon, daß die Straßen schmal und für den Durchgangsverkehr wenig geeignet sind. Ein Ausbau der Straßen und eine z.T. neue Trassenführung könnten die Voraussetzung dafür sein, daß mehr

Erholungssuchende in diesen Landschaftsteil fahren. Mit einem stärkeren Wochenendverkehr in diese Richtung kann demnächst gerechnet werden, weil vor kurzem ein großes Waldgehege im Naturpark geschaffen und neue Wanderwege angelegt worden sind.

Ferner könnten einige Seen zu Badezwecken ausgebaut werden, da es nicht genügend Bademöglichkeiten im Umland gibt. Es wären dies dann vielseitig nutzbare Wasserflächen und könnten eine Grundlage bilden für gern aufgesuchte Freizeitzentren.

Die Unterscheidung der Wochenendfahrer nach Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern ließ erkennen, daß der Besitz eines Kraftfahrzeuges einen wesentlichen Antrieb für Wochenendfahrten darstellt: Prozentual beteiligen sich mehr Pkw- als Nicht-Pkw-Besitzer am Naherholungsverkehr, und zwar in allen Städten. Generell recht niedrig sind die Unterschiede in Frankfurt und Stuttgart - wohl ein Zeichen dafür, wie gut das Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist, und daß die Strecken auch zufriedenstellend bedient werden. Zudem liegen in der Nähe der beiden Städte bevorzugte Landschaften, die schnell und bequem auf direktem Weg zu erreichen sind. Von Frankfurt aus der Taunus und der Spessart; von Stuttgart aus der Schwarzwald und die Schwäbische Alb. Wesentlich seltener fahren die befragten Frankfurter Haushaltsvorstände in den Odenwald und zum Vogelsberg. Der Odenwald dürfte, da er in Konkurrenz zum Taunus steht, zu weit von Frankfurt (40 km) entfernt liegen. Mit einer Steigerung des Ausflugsverkehrs zum Vogelsberg wäre vermutlich zu rechnen, wenn eine bessere Streckenführung der Bundesstraßen die Anfahrt erleichtern würde.

Bei der Unterscheidung von Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern nach Altersgruppen zeigte sich, daß auffällig in der jüngsten Gruppe die Unterschiede in fünf Städten - Kiel bildet eine Ausnahme - am größten sind. Junge Haushaltsvorstände, vor allem wenn sie verheiratet sind und Kinder haben, sind am wenigsten geneigt, einen Ausflug zu unternehmen, wenn ihnen kein Wagen zur Verfügung steht. Es wäre also daran zu denken, Einrichtungen und Anlagen in den neuen Siedlungen zu schaffen, die es auch jungen Ehepaaren mit Kindern gestatten, in ihrer Freizeit bequem und ohne zu großen Zeitaufwand auch ohne Pkw in die Naherholungsgebiete zu gelangen.

Stuttgart kann mit seinen ausgedehnten und vorzüglich ausgestatteten Grünanlagen in dieser Richtung als Vorbild dienen - hier ist der Unterschied zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern auch am größten. Auch Wilhelmshaven verfügt über einen gut angelegten Park, der sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit er-

freut. Möglicherweise ist auch hier der Grund zu suchen, daß Nicht-Pkw-Besitzer lieber im Ort bleiben.

In der unteren und mittleren Altersgruppe in Kempten wurde der Zusammenhang zwischen fehlenden Wagen und geringerer Teilnahme am Naherholungsverkehr besonders deutlich. Die Berge scheinen nur dann einen Anreiz zu bieten, wenn man möglichst nahe an den Ausgangspunkt für eine Wanderung oder eine Klettertour herankommen kann.

Das Kieler Wohnumland bietet gerade für Menschen jüngeren und mittleren Alters gute Voraussetzungen, Freizeitaktivitäten mehr sportlicher Art (Schwimmen, Rudern, Segeln) auszuüben. Die dafür in Frage kommenden Gebiete liegen nicht weit von der Stadt entfernt und sind gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen (man verläßt u.U. gleich mit einem Wasserfahrzeug die kommunalen Grenzen). Auch für die Bevölkerungsgruppe im höheren Alter ohne Pkw-Besitz sollten entsprechende Einrichtungen für die Freizeitgestaltung in größerer Nähe zur Wohnung vorgesehen werden, denn dieser Personenkreis nimmt weit weniger am Ausflugsverkehr teil als der gleichaltrige mit Pkw. Das gilt besonders für die Städte Kiel und Kempten, deren Wohnumland für eine körperliche Betätigung, um nicht zu sagen für eine sportliche Freizeitgestaltung prädestiniert ist.

Grundsätzlich darf gesagt werden, daß in Großstädten (z.B. Frankfurt, Stuttgart, Kiel) unabhängig vom Alter - abgesehen von einigen Ausnahmen - und der Anzahl der Kinder (die in den drei genannten Städten am höchsten ist) im Vergleich zu den übrigen Städten der fehlende Wagen den geringsten Einfluß darauf hat, ob ein Naherholungsgebiet aufgesucht wird oder nicht.

Mit zunehmendem Grad der Schulbildung wächst auch die Teilnahme am Ausflugsverkehr - am deutlichsten ist dies bei den Nicht-Pkw-Besitzern in den sechs Städten zu beobachten. Haushaltsvorstände mit Volksschulabschluß machen ihre Teilnahme am kurzfristigen Erholungsverkehr in wesentlich stärkerem Maß vom Besitz eines Pkw abhängig als die Angehörigen höherer Bildungsschichten.

Es fällt auf, daß in Kempten doppelt so viele Haushaltsvorstände mit Volksschulabschluß ein Naherholungsgebiet aufsuchen wie in Wilhelmshaven oder Lüneburg. Es liegt die Vermutung nahe, daß ein Raum mit hohem Freizeitwert einen potentiellen Erholungssuchenden stärker dazu bewegen kann, einen Wagen zu kaufen. Bekanntlich wächst die Zahl der Autobesitzer, die ihren Wagen überwiegend oder fast ausschließlich in der Freizeit benutzen wollen.

Vergleicht man abschließend - so gut es die in dieser Hinsicht relativ wenig präzisen Daten zulassen - die Entfernungen der Landschaften, die von den Erholungssuchenden der untersuchten 18 Gebiete in den sechs Städten am Wochenende aufgesucht werden, zeigt sich, daß sich der kurzfristige Erholungsverkehr in einem groben Umkreis von 25 km um die Stadt herum abspielt.

Im Wohnumland mit attraktiven Landschaften, die zumeist auch überregionale Fremdenverkehrsgebiete sind und einen entsprechenden Infrastrukturausbau haben, nimmt eine größere Anzahl von Erholungssuchenden jedoch auch weitere Strecken in Kauf.

Von Frankfurt ca. 50 km (Spessart, Odenwald), von Stuttgart ca. 40 km (Vordere Schwäbische Alb, Schwarzwald), von Kempten mind. 40 km (Allgäuer Alpen).

Die ganzjährige Nutzung, d.h. die Möglichkeit, auch Wintersport (im Mittel- und Hochgebirge) betreiben zu können, spielt dabei eine Rolle. Auch in den norddeutschen Städten werden die etwas größeren Entfernungen zu reizvollen Landschaftsteilen - von Kiel ca. 35 km (Holsteinische Seenplatte), von Lüneburg ca. 30 km (Staatsforst Göhrde) - von den Erholungssuchenden in Kauf genommen.

Die hier vorgelegten Befunde mögen darauf hinweisen, daß der Schaffung angemessener und bequem zu erreichender Wochenenderholungsgebiete besondere Aufmerksamkeit bei regionalen Planungsmaßnahmen zu widmen ist.

Besonders bei Städten, die durch geographische, topographische und speziell klimatische Situation nicht über reichhaltige "natürliche" Erholungsbereiche verfügen, sind durch gezielte Aufschließung und Aktivierung der bescheideneren Ressourcen im Interesse der Schaffung gleicher Lebensbedingungen für alle Bürger Ausgleichseinrichtungen zu schaffen, die geeignet sind, eine sinnvollere aktive oder passive Gestaltung der freien Zeit im Freien zu ermöglichen.

3. ERGEBNISSE AUSGEWÄHLTER UNTERSUCHUNGEN ZUM THEMA FREIZEIT UND ERHOLUNG IN DER LITERATUR

Die vom Städtebauinstitut Nürnberg durchgeführten empirischen Erhebungen zum Thema waren beschränkt auf eine Auswahl von Aspekten des vielfältigen Verhaltens in der Freizeit. Da es jedoch bereits eine Reihe empirischer und theoretischer Untersuchungen anderer Autoren zum Thema Freizeit und Erholung gibt, soll nicht versäumt werden, die für diese Studie wichtigsten Ergebnisse einiger Arbeiten, die das Material der hier zugrundeliegenden Untersuchung ergänzen können, darzustellen. Es handelt sich dabei zunächst ebenfalls um einige Einzelaspekte des Freizeitverhaltens, nämlich um die Bedeutung der Wohnung, des Fernsehens und der Gestaltung von Grünflächen. Im Anschluß daran werden einige umfassendere Denkansätze zur "Freizeitgestaltung" aus verschiedenen Ländern dargestellt, die teilweise in Modelle münden. Dabei wird besonders durch die Gegenüberstellung westlicher Ansätze mit einem sowjetischen Modell deutlich, daß bereits in die Definitionen weltanschauliche Überlegungen eingehen und die gesamte Durchführung von Planungen den Möglichkeiten und Anforderungen des jeweiligen Gesellschafts-systems angepaßt werden soll.

Die referierten Untersuchungen stellen in sich abgeschlossene Arbeiten dar und werden dementsprechend jeweils einzeln abgehandelt. Dies soll nach Möglichkeit ohne Wertungen und nur mit den notwendigen sachlichen Kommentaren geschehen. Eine Auswertung der enthaltenen Ergebnisse erfolgt in Kapitel 4. zusammen mit denen der Untersuchung des Städtebauinstituts Nürnberg.

3.1 UNTERSUCHUNGEN ZUR BEDEUTUNG DER WOHNUNG, DES FERNSEHENS UND DER GESTALTUNG VON GRÜNFLÄCHEN

3.1.1 DIE WOHNUNG¹⁾

Diese "soziologische Studie über das Wohnerlebnis" basiert auf einer Erhebung, die durch Interviewbefragung von 476 Einzelpersonen 1961/62 in Köln und Bergneustadt durchgeführt wurde. Der Fragebogen enthielt 68 Fragen, die Befragten waren 21 Jahre und älter. Zur Absicherung wurde, ebenfalls im Jahre 1962, das EMNID-Institut, Bielefeld, mit einer Kontrollbefragung (repräsentative Interviewbefragung mit 12 Fragen) bei 2 100 Einzelpersonen über 16 Jahren beauftragt.

¹⁾ A. Silbermann: "Vom Wohnen der Deutschen". Köln/Opladen 1963 (im folgenden: "Vom Wohnen der Deutschen".)

Innerhalb der Untersuchung des Wohnerlebnisses wird auch das Wohnverhalten in der freien Zeit erforscht. Dazu wurde den Befragten eine nach Kategorien zusammengefaßte Liste von Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung vorgelegt und um Angabe gebeten, was der Befragte mit seiner freien Zeit am letzten Samstag und am letzten Werktag gemacht hat. Der Vergleich der Nennungen von Tätigkeiten im und außer Haus ergibt folgendes Bild¹⁾:

	Werktag	Samstag
Tätigkeiten außer Haus	52 %	78 %
Tätigkeiten im Haus	208 %	206 %
Zahl der Tätigkeiten pro Person	2,6	2,8

(Mehrfachnennungen ergaben mehr als 100 %)

Der Verfasser stellt fest, daß, trotz der beträchtlichen Abweichungen bei der Auszählung nach Geschlecht, Alter, Einkommen etc., der größte Teil der freien Zeit mit Tätigkeiten im Hause verbracht wird, und zwar in der Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen wie sie Tab. 49 zeigt.

Die Frage, "welche von diesen Dingen würden Sie mehr tun, wenn Sie mehr freie Zeit hätten" (Tab. 50), zeigt jedoch, daß ein Angebot an vermehrter Freizeit sicher nicht unbedingt zu Hause verbracht werden würde.

Da sich die Untersuchung mit dem Wohnerlebnis beschäftigt, fragt Silbermann hauptsächlich nach den Funktionen des Wohnraums und beschreibt den Übergang von der "guten Stube" bis zum "Allraum", wobei sich in Köln 1962/63 das Wohnzimmer hauptsächlich als "Tagesraum" und "Allraum" zeigt (69 %), während in Bergneustadt 12 % der Befragten ihr Wohnzimmer als "gute Stube" und 24 % als "besseres Zimmer" bezeichnen. "Tagesraum" nennen es 36 % und "Allraum" 24 % der Befragten in Bergneustadt. Die Anteile der Tätigkeiten im Wohnraum (Befragung BRD) lassen sich wie folgt zusammenfassen (Mehrfachnennungen)²⁾:

Allgemeine Zerstreuung und Unterhaltung	192 %
Rekreative Tätigkeiten	162 %
Kommunikation mit Menschen	148 %
Arbeiten oder arbeitsähnliche Tätigkeiten	33 %
	535 %

¹⁾ desgl., "Vom Wohnen der Deutschen", S. 75.

²⁾ Vgl. "Vom Wohnen der Deutschen", S. 80.

Tab. 49: Freizeittätigkeiten der Befragten (nach vorgelegter Liste)

Tätigkeiten (Mehrfachnennungen)	Köln Großstadt 451 Befragte		Bergneustadt 10 000 E 51 Befragte	
	%	Index	%	Index
den Abend ruhig zu Hause verbringen	92	14,0	82	14,5
Zeitungen, Illustrierte lesen	62	9,4	43	7,6
Besuch empfangen	58	8,8	24	4,2
Bücher lesen	50	7,6	53	9,4
Basteln, Handarbeit	29	4,4	35	6,2
Karten spielen, Schach spielen	26	3,9	27	4,8
den Hobbys nachgehen	26	3,9	18	3,1
im Garten arbeiten	16	2,4	55	9,7
Summe der Tätigkeiten im Hause und im Garten	359	54,4	337	59,5
Spaziergehen	68	10,2	61	10,8
Besuche machen	44	6,7	24	4,2
ins Theater, Kino gehen	43	6,5	20	3,5
Einkaufsbummel machen, Schaufenster ansehen	37	5,6	35	6,2
Ausflüge machen	29	4,4	27	4,8
in ein Restaurant oder eine Wirt- schaft gehen	28	4,3	8	1,4
beim Sport zuschauen	17	2,6	24	4,2
Veranstaltungen des Vereins besuchen	15	2,3	10	1,8
Sport treiben	12	1,8	14	2,5
Tanzen, Ausgehen	8	1,2	6	1,1
Summe der Tätigkeiten außer Haus	301	45,6	229	40,5
Summe der Nennungen insgesamt	660	= 100	566	= 100

Quelle: A. Silbermann: "Vom Wohnen der Deutschen", S. 238 und Berechnungen des Städtebauinstituts Nürnberg

Der hohe Anteil der Zerstreung und Unterhaltung am Wohnverhalten zeigt, daß die freie Zeit nicht mehr nur für rekreative Tätigkeiten (Schlafen, Kochen, Essen, Ausruhen, Körperpflege) genutzt wird, sondern, daß sie in vermehrtem Maße als verhaltensbeliebige Zeit verstanden wird.

Im allgemeinen Teil befaßt sich Silbermann mit dem Wohnsitz und dem Wohnstandard, danach werden die Vorgeschichte der Möblierung und die Leitbilder für die

Einrichtung des Wohnzimmers untersucht (Vergleiche mit der elterlichen Wohnung und dem Wohnzimmer von Bekannten). Er kommt zu dem Schluß, daß für den einzelnen keine fertigen Vorbilder bestehen, sondern daß das Wohnverhalten durch unbewußt übernommene, also verarbeitete Zeichen der Vergangenheit und Gegenwart für das Wohnen maßgebend ist. "Der Mensch (ist) in seinem Wohnverhalten nicht

Tab. 50: Zusätzliche Tätigkeiten bei vermehrter Freizeit (vorgelegte Liste)

Tätigkeiten (Mehrfachnennungen)	Köln 451 Befragte		Bergneustadt 51 Befragte	
	%	Index	%	Index
Bücher lesen	21	11,0	20	15,6
den Abend ruhig zu Hause verbringen	14	7,3	4	3,1
den Hobbys nachgehen	13	6,8	4	3,1
Zeitungen, Illustrierte lesen	8	4,2	2	1,6
Basteln, Handarbeit	8	4,2	10	7,8
im Garten arbeiten	7	3,7	10	7,8
Karten spielen, Schach spielen	4	2,1	2	1,5
Besuch empfangen	3	1,6	-	-
Summe der Tätigkeiten im Hause und im Garten	78	40,9	52	40,5
Spaziergehen	27	14,1	31	24,0
Ausflüge machen	25	13,1	12	9,3
ins Theater, Kino gehen	19	10,0	6	4,6
Einkaufsbummel machen, Schaufenster ansehen	10	5,2	14	10,8
Sport treiben	9	4,7	6	4,6
in ein Restaurant oder eine Wirtschaft gehen	7	3,7	-	-
Besuche machen	6	3,1	4	3,1
beim Sport zuschauen	5	2,6	4	3,1
Tanzen, Ausgehen	4	2,1	-	-
Veranstaltungen des Vereins besuchen	1	0,5	-	-
Summe der Tätigkeiten außer Haus	113	59,1	77	59,5
Summe der Nennungen	191	= 100	129	= 100
keine Angabe	11		10	

Quelle: A. Silbermann: "Vom Wohnen der Deutschen", S. 238 und Berechnungen des Städtebauinstituts Nürnberg

nur situationsgebunden und sachgebunden, sondern auch eine Struktur von Tatbeständen und Tatbefunden¹⁾.

Die Untersuchung zeigt bezüglich der Nutzung der Freizeit, daß in der Großstadt Köln der Anteil der zu Hause verbrachten freien Zeit mit 54,4 v.H. Indexanteilen niedriger ist als in Bergneustadt (59,5 v.H.), und daß die Unterschiede der Tätigkeitsmerkmale einen höheren Informations- und Kommunikationsbedarf bei den Kölner Befragten vermuten lassen. Die Tätigkeiten außerhalb des Wohnbereichs zeigen ebenfalls für die Kölner einen höheren Gesamtanteil sowie relativ stärkere Unterschiede bei den kommunikativen Tätigkeiten (Besuche, Theater, Kino, Restaurant, Wirtschaft, Vereinsveranstaltungen). Gleiche Tendenzen zeigen sich bei den Antworten auf die Frage der Nutzung vermehrter Freizeit. Zusätzliche freie Zeit würde in beiden Untersuchungsgebieten mehr außerhalb des Hauses verbracht werden, der Großstädter hat eher das Bedürfnis "irgendwo hinzugehen, wo was los ist" als der Kleinstädter, der zielungebundener ist.

3.1.2 DAS FERNSEHEN²⁾

Die Befragung wurde 1968 vom Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen (251 000 E) mit 23 standardisierten Fragen durchgeführt, die zusammen mit dem Kölner Institut für Soziologie ausgearbeitet wurden. Die Fragen umfaßten folgende Themen:

1. demographische Merkmale
2. Freizeitaktivitäten und Einstellungen gegenüber dem Fernsehen bei Besitzern von Fernsehgeräten
3. wie 2. bei Nichtbesitzern von Fernsehgeräten

Befragt wurden 4 948 Haushaltsvorstände, die Rücklaufquote betrug 77,4 %. Die Stichprobe wurde auf 2 472 Befragte beschränkt, d.h., jeder vierzigste Haushalt von Oberhausen wurde einbezogen.

Hier interessiert der Teil der Befragungsauswertung, der sich mit Fernsehen im Verhältnis zu anderen Freizeitaktivitäten befaßt. Von den Befragten sehen 57,1%

1) "Vom Wohnen der Deutschen", S. 123.

2) Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln (Prof. Dr. A. Silbermann): "Fernsehen und Freizeitverhalten in Oberhausen, 1968", Oberhausen 1970 (im folgenden: "Fernsehen und Freizeitverhalten....").

täglich, 25,1 % mehr als dreimal in der Woche und 17,3 % bis dreimal in der Woche Teile des Fernsehprogramms. Dabei nimmt das Fernsehen mit steigendem Alter einen immer größer werdenden Raum ein. Der Umfang der Freizeit, der zu Hause verbracht wird, ändert sich nach Anschaffung des Fernsehgerätes unwesentlich, jedoch ist das Fernsehen Anlaß, die zur Verfügung stehende Freizeit anders zu nutzen. Jüngere Leute, die sonst öfter ausgehen (Theater, Konzert, Kino), wurden durch das Fernsehen am meisten beeinflusst; 35 % gehen seltener aus.

Die Fernsehaktivität wirkt sich bezüglich des Lesens von Büchern bei den verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich aus. Mit höherem sozialem Status sinkt der Anteil der Fernsehzeit zugunsten des Bücherlesens. Auf die Frage nach dem Lesen von Büchern nach dem Erwerb eines Fernsehgerätes sagten alle Gruppen, daß sie weniger lesen, und zwar:

Selbständige, Beamte, Angestellte	19,1 %
Arbeiter	27,8 %
Rentner	24,9 %

40,7 % der Befragten lasen mehr oder weniger regelmäßig Bücher. Bei großer Fernsehhäufigkeit nimmt mit zunehmendem Alter und relativ niedrigem sozialem Status der Aufwand für übrige Freizeitaktivitäten ab.

In einer Zusammenfassung der Dateninterpretation sagen die Verfasser¹⁾: "Die häufig anzutreffende Vorstellung, daß die meisten Fernsehzuschauer ihr Gerät planlos anschalten, ist falsch. Durchgängig werden vorher Programminformationen eingeholt, vor allem durch Programmzeitschriften und Tageszeitungen.

Die Fernsehhäufigkeit nimmt mit steigendem Alter zu, und zwar in Abhängigkeit von der Stellung im Beruf. Rentner entwickeln insofern die stärkste Fernsehaktivität, als das Fernsehen für sie offenbar einen Ersatz für andere Freizeitaktivitäten darstellt.

Mit steigender Sehfrequenz nehmen spezielle Programmpräferenzen ab, d.h., eine differenziertere Auswahl wird nicht mehr getroffen. Programmvorlieben sind abhängig von vielen Faktoren, wie demographischen Merkmalen und Sehfrequenz.

1) "Fernsehen und Freizeitverhalten....", S. 36ff.

Ein Verhaltenswandel im Rahmen der Freizeit zugunsten des Fernsehens ist allgemein festzustellen. Am wenigsten beeinflussbar zeigen sich die Gruppen mit 'höherem sozialem Status'. Bei Befragten mit schwacher Sehfrequenz sind die stärksten außerhäuslichen Aktivitäten zu finden; mit steigendem Fernsehkonsum zeigen alle Befragten eine Umverteilung des Freizeitbudgets zugunsten des Fernsehens.

Wird ein gleichbleibendes Volumen an Freizeit unterstellt, so müssen bei steigendem Fernsehkonsum andere Freizeitaktivitäten abnehmen.

Bei den Gruppen mit 'höherem sozialem Status' stehen neben dem Fernsehen andere Aktivitäten (Lesen, Kino-, Theater- und Konzertbesuche) im Vordergrund.

Fernsehzuschauer, die eine mittlere Sehhäufigkeit aufweisen, haben gleichzeitig die umfangreichsten Allgemeininteressen. Obwohl das auf alle 'Schichten' zutrifft, sind besonders auffällig die relativ starken Aktivitäten der Arbeiter. In der Gruppe mit mittlerer Sehfrequenz, unabhängig von der Stellung im Beruf und damit verbundenen zahlreichen anderen Freizeitaktivitäten, können Meinungsführer gesehen werden, die nach Ergebnissen anderer Forschungen einen breiten Rahmen verschiedener Freizeitaktivitäten aufweisen¹⁾.

Festzustellen war weiterhin, daß bei zunehmendem Alter oder 'niedrigerer sozialer Schicht' - besonders stark aber bei Vorhandensein beider Merkmale - die kognitive Dissonanz zwischen Fernsehen als negativer Freizeitbeschäftigung und tatsächlichem Freizeitverhalten abnimmt. Je höher dabei die Fernsehfrequenz ist, desto konfliktfreier scheint die Beziehung zum Fernsehen.

In der Einschätzung der Wirkung des Fernsehens unterscheiden sich Fernsehgerätbesitzer und Nichtbesitzer im Hinblick auf die demographischen Merkmale nur geringfügig. Insgesamt sind die Wertungen der Nichtbesitzer ausnahmslos negativer.

Anhand dieser konzentriert vorgetragenen Ergebnisse zeigt sich besonders deutlich, daß ein wesentlicher Wert der Studie in dem Nachweis liegt, wie vielfältig die Faktoren sind, die Verhalten und Einstellung der Menschen gegenüber dem Medium Fernsehen beeinflussen."

Die Untersuchung ergab, daß ein großer Teil der Freizeit, die in der Wohnung verbracht wird, dem Fernsehen zufällt. Dabei ist jedoch nicht gesagt, daß die

¹⁾Vgl. F. Lazarsfeld u.a.: "The People's Choice". New York 1948, S. 50f.

ganze Familie gleichzeitig oder mit gleicher Frequenz fernsieht. Sicher sind andere häusliche Freizeitaktivitäten möglich. Das ist jedoch abhängig vom Alter der übrigen Familienmitglieder (befragt wurde nur der Haushaltsvorstand) und dem Wohnungszuschnitt.

3.1.3 ASPEKTE DER GRÜNPLANUNG¹⁾

Am Thema der Grünplanung wird versucht, die sozialen Leitbilder, die die bisherige Grünpolitik bestimmt haben, auf ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen hin, zu denen auch ideologische Prägungen gehören, zu untersuchen, um sie dann mit den Ergebnissen der empirischen Sozialforschung zu konfrontieren. Die Studie stützt sich in ihrem empirischen Teil auf Untersuchungen, die vom Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Hochschule Hannover im Auftrag des Stadtplanungsamtes Hannover durchgeführt worden sind.

Die Aussagen beruhen im wesentlichen auf einer repräsentativen Befragung von Haushalten in Hannover (574 700 E) im Mai 1960. Interviewer waren die Verfasser und 13 Studenten und Studentinnen aus Frankfurt, Göttingen und Hannover. Die Zahl der befragten Haushalte betrug $n = 650$, die Interviewdauer war ca. 45 Min. Es wurden Standardfragen sowie die Form des gelenkten Gespräches verwendet.

Der Privatgarten

Die Frage nach dem Grün in der Großstadt soll die Benutzung des Grünangebots klären und zwar im öffentlichen (Parks, Wälder, freie Landschaften) und im privaten Bereich (Hausgärten, Kleingärten). Jede vierte Familie Hannovers hat einen Garten, den z.T. auch Verwandte und Bekannte mitbenutzen; die Hälfte der Familien ohne Garten wünschen sich einen solchen. Das sind zwei Fünftel aller Familien. Etwa je zur Hälfte wünscht man sich einen Kleingarten oder ein Haus mit Garten, und zwar als Zuflucht vor Überforderung (Befreiung und Entlastung von beruflicher Tätigkeit) und als Raum zum Wohnen (Suche nach Geborgenheit, der Wunsch privat zu sein). Die Prozentuierung der Antworten auf die Frage "was meinen Sie, wozu hat man einen Garten?" gibt das Bild, wie es Tab. 7 zeigt.

Über die Hälfte aller befragten Gartenbesitzer und Gartenwünschenden suchen im Garten Erholung und einen Ort ihrem Hobby nachzugehen. Der Garten hat also für die Befragten im wesentlichen zwei Funktionen

¹⁾ P. Gleichmann: "Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt". Stuttgart 1963 (=Plessner/Bahrdt (Hrsg.): "Göttinger Abhandlungen zur Soziologie", Bd. 8). (Im folgenden: "Sozialwissenschaftliche Aspekte...".)

1. Entlastende Funktion

- Erholung von körperlicher und geistiger Arbeit
- Ausgleichsbeschäftigung als entlastende Aktivität ohne Verpflichtung
- Lösung freiwilliger, selbstgestellter Aufgaben und Pflichten (Hobbys, Liebhabereien).

2. Schutz vor sozialer Überforderung

- Rückzug in eine "andere Welt" ohne gesellschaftliche Zwänge und Verpflichtungen
- "private" Tätigkeiten, Gespräche etc.

Die Untersuchung läßt ein außerordentlich starkes Verlangen der Städter nach Gärten erkennen. Unter der Voraussetzung, daß der Garten weder zusätzliche Arbeit noch erhöhte Kosten bereitet, wird er im Laufe der aufeinanderfolgenden Lebensphasen einer Familie erweiterte Kinderstube, wirtschaftliche und psychische Ergänzung des großstädtischen Lebens und schließlich zum Hobby, Ausgleich im Alter etc.

Das Grünangebot in der Wohnumgebung

Seit dem Beginn der Reformbestrebungen im Städtebau hört man die Forderung nach der Wohnung im Grünen und nach der Verflechtung von Landschaft bzw. Park- und Wohnsiedlung ("die aufgelockerte und durchgrünte Stadt"). Die Restflächen, die bei Verzicht auf Hausgärten zwischen den Wohnblöcken verbleiben, werden parkartig gestaltet und sollen die freie Landschaft ersetzen. Gleichmann fragt daher in seiner Untersuchung:

1. Wie wirken sich die Nähe eines Parks und das Grün nahe dem Wohngebäude auf die Qualität des derzeitigen Wohnungsbestandes aus?
2. Welche Funktion hat das Grün in modernen städtischen Bebauungsweisen zu erfüllen?

Er kommt zu dem Ergebnis, daß bei einem Vergleich des Wohnungsalters mit der Entfernung zwischen Wohnung und Park kein Unterschied besteht, wohl jedoch in bezug auf die Wohnungsausstattung. Die durchschnittliche Qualität der Wohnung sinkt mit zunehmendem Abstand zum Park. Die Wohnungen in der Zone 0 bis 5 Min. nah am Park haben durchschnittlich häufiger einen Balkon als entferntere. Auch die Qualität der Neubauwohnungen ist in den vom Park am weitesten entfernten Gebieten durchschnittlich schlechter. Der "äußere Rahmen" des Wohngebäudes, die unmittelbare Wohnungsumgebung, nämlich die Wohnung im Grünen, ist die Wunschvorstellung gerade der Bewohner dieser Gebiete.

Bei der Frage "worauf kommt es Ihnen bei der Lage der Wohnung am meisten an?" ergibt die Auswertung das von Tab. 51 vermittelte Bild.

Tab. 51: Die "ideale Wohnlage"

	absolut	in %
mehr Sonne, im Grünen wohnen	101	16
Grün und Ruhe	87	13
Ruhe, ruhige Lage	131	20
am Stadtrand im Eigenheim wohnen	23	4
passende Nachbarn, "nette Leute"	96	15
verkehrsgünstig, zentrale Lage	89	14
nahe zum Arbeitsplatz	42	6
ist eine Kostenfrage, Hauptsache überhaupt eine Wohnung	15	2
sonstige, unklar	66	10
insgesamt	650	100

Quelle: P. Gleichmann: "Sozialwissenschaftliche Aspekte...", S. 81

Die vielleicht verkehrsunünstige Lage und die weitere Entfernung zum Arbeitsplatz (insgesamt 20 % der Nennungen) werden aufgewogen durch Wohnen im Grünen und in ruhiger Lage (insgesamt ca. 50 %). Dafür würde auch mehr Miete gezahlt werden; 50 % aller befragten Haushalte würden für eine verbesserte Wohnung mehr zahlen wollen (Bad, Balkon, Ruhe).

Die Untersuchung hat auch ergeben, daß der äußere Rahmen einer Siedlung, deren Qualität mit den wachsenden Ansprüchen steigt, zu einer Grünflächengestaltung geführt hat, die es gestattet, in dem Wohngebiet auch "spazierenzugehen". Ist dies nicht im eigenen Wohngebiet möglich, nimmt man selbst längere Wege zu einem Park bzw. in die weitere Umgebung der Stadt auf sich.

Die öffentlichen Grünflächen (Parks)

Bei der Frage, wer städtische Grünanlagen aufsucht und wie oft, ergibt die Untersuchung aufschlußreiche Fakten; sie sind graphisch dargestellt und zwar in Abhängigkeit vom Alter des Haushaltsvorstandes, der sozialen Stellung, dem Vorhandensein von Kindern und der Entfernung zwischen Park und Wohnung. Dabei zeigt sich u.a. (Abb. 11), daß alle (87 %), die nahe am Park wohnen (0 bis 5 Min.), auch häufiger dorthin gehen, während von denen, die niemals einen Park

aufsuchen, nur 11 % so nahe am Park wohnen (Abb. 12). Je weiter also ein Park von der Wohnung entfernt liegt, desto seltener geht man dorthin. Den Schluß, daß eben in der Nähe möglichst jeder Wohnung auch ein Park angelegt werden sollte, hält der Verfasser für nicht sinnvoll. Allerdings hält er eine Entfernung von 15 Fußminuten für einen Grenzwert.

Gleichmann berichtet aber auch, daß eine "Unterversorgung" mit Grün außer durch Ausflüge aus der Stadt hinaus auch in der Stadt kompensiert werde, und zwar durch:

1. Spaziergänge in der Wohnumgebung
2. Spaziergänge als Geschäfte- bzw. Schaufensterbummel
3. Besuch von städtischen Grüngeländen in entfernteren Stadtvierteln oder in der Innenstadt¹⁾.

Gleichmann kommt zu verschiedenen Schlüssen, die für die Untersuchung des Städtebauinstituts Nürnberg einige Hinweise geben können und die z.T. durch dessen eigene Befunde bestätigt werden. Diese seien hier ohne wertende Reihenfolge genannt.

- Je weiter man von einem Park entfernt wohnt, desto seltener geht man dorthin.
- "Nicht-Park-Besucher" (30 %) bleiben allemal zu Hause; entweder haben sie einen eigenen Garten oder Fernsehen. Damit können auch attraktiver gestaltete Parks kaum konkurrieren.
- Grün in Wohngebieten soll Privatheit ermöglichen und vor Lärm schützen, Grün gilt als Synonym für Ruhe.
- Der Parkbesuch wird zurückgehen, wenn
 1. die Zahl der Wohnungen mit Privatgärten (Haus- oder Kleingärten) stark erhöht werden würde;
 2. diese Wohnungen außerhalb der Stadt liegen;
 3. die Mobilität des Großstädtlers in der Freizeit zunimmt durch steigende Motorisierung.
- Für eine Sanierung sollte als Kriterium auch die Unterversorgung mit Grün gelten.
- Bei der Grünplanung sollte unterschieden werden nach:
 1. Grünflächen im Wohngebiet (gelten als "Distanzgrün", für ein ruhiges Wohnen)
 2. wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen (sollten alle Erholungseinrichtungen

¹⁾ "Sozialwissenschaftliche Aspekte....", S. 75.

Abb. 11: Die Häufigkeit des Parkbesuchs nach der Entfernung Wohnung - Park

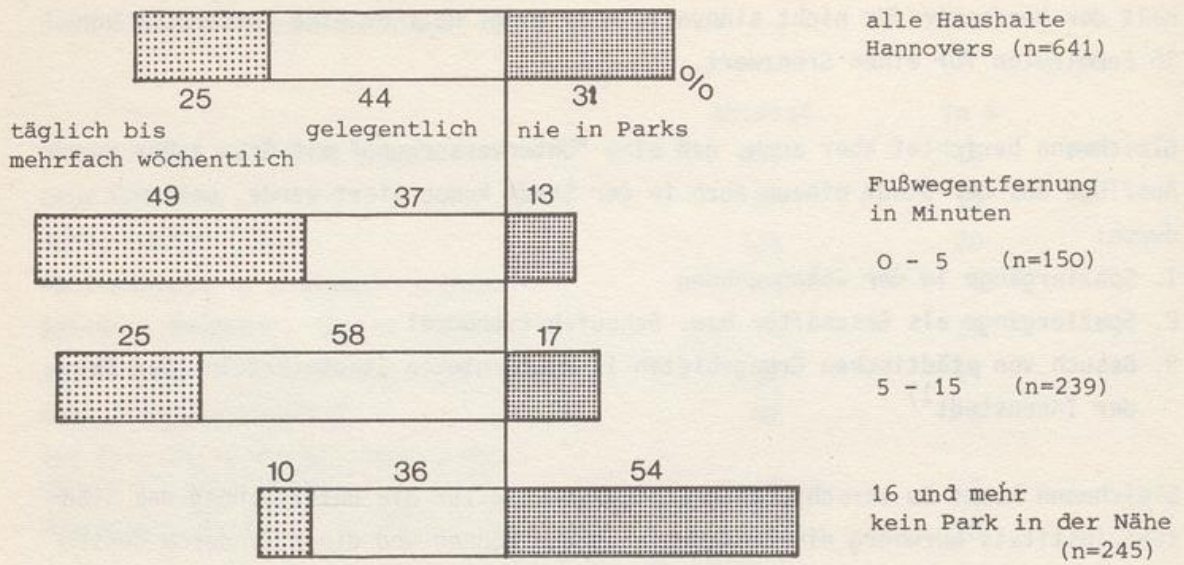
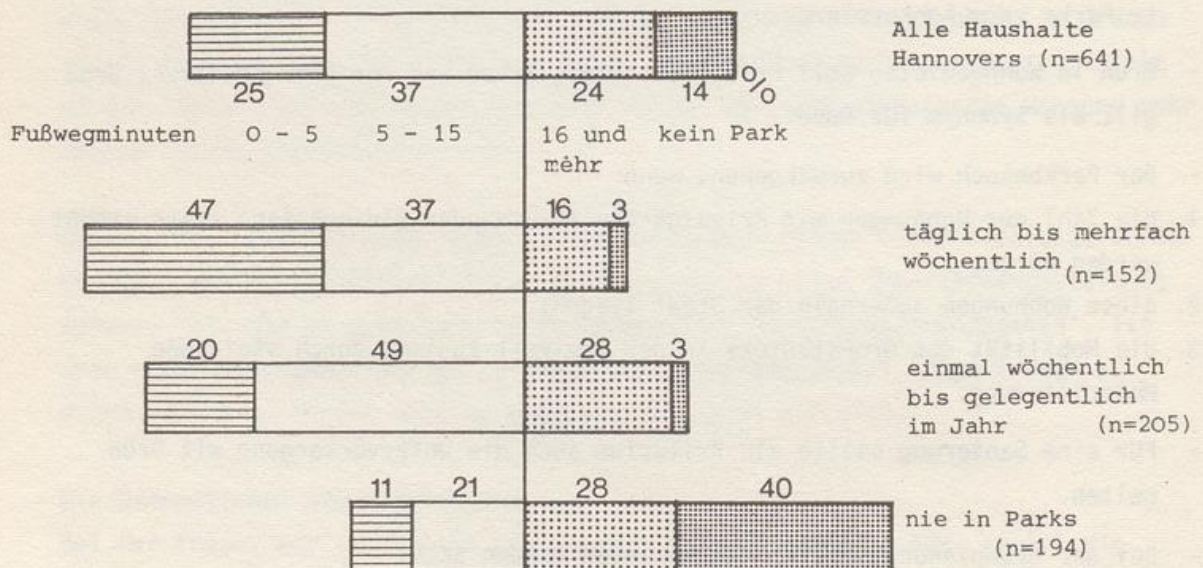


Abb. 12: Die Entfernung Wohnung - Park nach der Häufigkeit des Parkbesuchs



Quelle: P. Gleichmann: "Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt." Stuttgart, 1963, (= Göttinger Abhandlungen zur Soziologie und ihrer Grenzgebiete, hrsg. v. Prof. Dr. H. Pleßner und Prof. Dr. H.P. Bahrdt, 8. Bd.), S. 72.

auf sich konzentrieren, die Aktivität ermöglichen). Diese Zentren sollten punktförmig im Stadtgebiet verteilt sein. So hätten auch die Sanierungsgebiete eine Chance der Regeneration.

- Diese Erholungszentren sollten kein Schmuckgrün sein; sie sollten für Jugendliche und alte Menschen gleich attraktiv sein; sie sollten Leistungssport und Hobby, Sport sowie ruhiges Lagern ermöglichen und im Pflegeaufwand sich weit von der anspruchsvollen Gepflegtheit der Parks unterscheiden.

3.2 UMFASSENDERE DENKANSÄTZE ZUR "FREIZEITGESTALTUNG" DURCH DEN PLANER

3.2.1 EINE SOWJETISCHE STUDIE¹⁾

Im Rahmen einer größeren Untersuchung "neuerer Elemente der Besiedlung" gehen die Autoren auch auf das Problem "Freizeit" in sowjetischer Sicht ein, wobei allerdings der rekreative Aspekt der Freizeit nicht näher behandelt wird.

Die Verfasser stellen in ihrem Gedankenmodell anhand der Analyse der Entwicklung der Sowjetischen Gesellschaft eine Prognose für die Zukunft auf, die sie für städtebauliche Planungen angewendet sehen wollen. Die Grenze der rationalen Verkürzung der Arbeitszeit sehen die Verfasser bei 4 Stunden täglich, so daß die nächsten Jahrzehnte eine tägliche Freizeit von 8 bis 9 Stunden erbringen können. Die Lösung des hierbei entstehenden sozialen Problems aus der kommunistischen Denkart heraus wird in der Struktur der "freien Gemeinschaft" gesehen.

"Diese Gemeinschaft verlangt eine bestimmte Menge bestimmter Menschen und einen bestimmten Stand der materiellen Kultur und infolgedessen einen bestimmten Platz in Raum und Zeit, der allen und dazu im gleichen Maße zugänglich ist"²⁾. Denkbar sind dabei folgende Typen von Gruppierungen:

1. Fortsetzung der Berufsgemeinschaft als Weiterführung beruflicher Arbeit
2. Lerngemeinschaften, in denen eine weitere Qualifizierung in der gleichen Berufsgruppe möglich ist, oder aber als Vorbereitung für einen Berufswechsel

¹⁾ Autorenkollektiv A. Baburow, A. Gutnow, G. Djunentow, F. Leshawa, S. Sadowskij, S. Charitonowa: "Sowjetische Aspekte des Städtebaus der Zukunft". Moskau 1966 (= Städtebauinstitut Nürnberg e.V. (Hrsg.): "Studienheft 39"). Im folgenden: "Sowjetische Aspekte....".

²⁾ "Sowjetische Aspekte....".

3. "Zurückgezogenheit" als Form der freien Gemeinschaft, organisch mit Arbeit und Lernen verbunden, z.B. in der Wohnung (wozu Vorbedingungen geschaffen werden müssen, im besonderen: Gemeinschaftsräume, Produktionsräume, Bildungs- und Wissenschaftszentren etc.)
4. Gemeinschaft in Interessen und Neigungen zur Entwicklung individueller Fähigkeiten
 - zur persönlichen, sozialen Anerkennung
 - zur kulturell wertvollen Bereicherung der Unterhaltung
 - zur Erweiterung des Gesichtskreises, Information, Hebung des intellektuellen Niveaus
 - zum Aufstieg in einem neuen Beruf

Bei ausreichender Organisation der räumlichen Notwendigkeiten ist eine Gruppenbetätigung möglich in:

- Klubs verschiedener Richtungen
- Ausstellungen, Museen
- Büchereien
- Theater, Volkstheater
- Erwachsenenbildungsstätten

Die bestehenden Einrichtungen in kleineren Städten und Gemeinden müßten koordiniert, die Interessen gefördert werden, damit der Mensch auf neue Gedanken - zunächst in seinem eigenen Wissensgebiet - stößt, die für die Gemeinschaft nützlich gemacht werden können. Eine kostspielige Konzentration der Kulturwerte in Hauptstädten ist nach den Erfahrungen ungeeignet, die Vorbedingung der Zugänglichkeit für alle in gleichem Maße zu erfüllen. Die Verfasser erinnern dabei an die Forderungen des Parteiprogramms der KPdSU, in dem es heißt¹⁾: "Für den weiteren kräftigen Anstieg der materiellen Basis der Kultur werden gewährleistet..

- die Vergrößerung des Netzes der Büchereien, der Vortragssäle, der Lesesäle, der Theater, der Kulturhäuser, Klubs, Kinos...
- die breite Entwicklung der Volkshochschulen, der Theater-Kollektive und der anderen, sich selbst betätigenden Organisationen;

1) "Programm der KPdSU". Moskau 1960, S. 130f.

- die Schaffung eines breiten Netzes von allgemein zugänglichen wissenschaftlichen und technischen Laboratorien, Kunstwerkstätten und Kinostudios, damit alle darin arbeiten können, die das Bestreben danach haben und die Fähigkeiten dazu besitzen.

Die Partei hält es für notwendig, die kulturellen Einrichtungen gleichmäßig über das Land zu verteilen, um allmählich den Kulturstand des Dorfes auf den der Stadt zu heben und eine schnelle Entwicklung des Kulturlebens in den neu erschlossenen Gebieten zu sichern."

Im weiteren beschäftigten sich die Verfasser hauptsächlich mit Organisationen der freien Interessengemeinschaft, wobei festgestellt wird, daß die beste Form dafür der Klub ist, und zwar für Aktivitäten, wie z.B.:

- systematische Vortragskurse, Fragestunden, Besprechungen und Stellungnahmen, Aussprachen
- thematische Seminare und Konferenzen
- individuelle Betätigung in Arbeitskreisen
- Ausstellungen mit Informationen über Wissensgebiete und Leistungen der Klubs
- Gemeinschaften, die bestimmten Kunstarten nachgehen (Kino, Theater, Konzert)

Diese Klubs müßten in verschiedenen Stufen angeboten werden, je nach Vorkenntnissen und erarbeitetem Wissensstand und je nach Intensitätsgrad der Mitarbeit.

Damit erhält jeder die Möglichkeit, "sehr schnell die Neigungen eines Menschen, seine Begabungen zu erkennen, ihm bei der Aneignung neuer Berufskennntnisse, beim Berufswechsel zu helfen, ihn zum Besuch einer Hochschule zu bewegen"¹⁾.

Anhand einer Wahrscheinlichkeitsrechnung aufgrund der vorhandenen Daten über den augenblicklichen Bildungsstand²⁾ haben 12 von 1 000 Erwachsenen Talent, Neigung und organisatorische Fähigkeiten in einem "Enthusiastenkern" mitzuwirken. Bei einer psychologisch-funktional optimalen Besetzung einer Gruppe mit 7 ± 2 Personen und 10 Interessensektionen mit je 10 Gebieten sind also ca. 700 aktive Teilnehmer notwendig und somit eine Gesamtzahl für eine nach diesem System der Freizeitnutzung geplante Siedlung von 100 000 Einwohnern.

1) "Sowjetische Aspekte....".

2) Angaben der Allunionsvolkszählung 1959

Bei den Überlegungen zum Standort eines vorzusehenden Klubhauses gehen die Verfasser davon aus, daß es an der leichtest zugänglichen Stelle, nämlich im Wohngebiet, liegen sollte, da nur so zusätzliche Wege erspart bleiben. Gefordert wird eine einheitliche architektonische Lösung der Teile, Platz (für Massenveranstaltungen und als "ständiges Symbol für das Aufstreben des ganzen Volkes") und Klubhaus integriert in dem Siedlungskomplex..

Die Verfasser sehen also in ihrem Gedankenmodell vor, für eine bestimmte Gruppe (1,2 %) Möglichkeiten zu schaffen, durch die diese in ihrer Freizeit ihren Bewußtseins- und Bildungsstand erhöhen und zum Gesamwohl der Gemeinschaft beitragen kann. Daraus könnten weitere Aktivitäten entstehen, die einen breiteren Teilnehmerkreis umfassen, weiterhin zielgerichtet auf berufliche und gesellschaftspolitische Fortbildung.

Der Begriff Freizeit bedeutet hierbei lediglich arbeitsfreie Zeit. Alle Tätigkeiten, die in unserer Untersuchung zum Thema "Freizeit in der frei verfügbaren Zeit" aufgeführt sind, wurden also von den Verfassern nicht angesprochen, z.B. Spiel, Sport, zweckfreies Lesen, Fernsehen, Spaziergehen usw.

3.2.2 ERGEBNISSE EINER BRITISCHEN STUDIE¹⁾

Nach der Darstellung der wachsenden Nachfrage nach dem "Konsumgut Freizeitgestaltungsmöglichkeit" kommt Tempel, der über einen Beitrag aus England referiert, zu folgendem Schluß:

"Es wird allmählich allen an der Freizeit Teilhabenden klar, daß sich Freizeitgestaltung nicht mehr in der seitherigen Spontaneität weiterentwickeln kann. Die Manipulation der Freizeit ist auch in unserem demokratischen Staat möglich. Was in totalitären Staaten durch politischen Zwang gesteuert wird, kann bei uns durch Werbung erzielt werden. Wir müssen eine andere Einstellung zur Freizeit heranbilden"²⁾.

Ein Zusammenwirken aller Beteiligten hält Tempel in Anlehnung an den englischen Bericht "The Challenge of Leisure" für notwendig. Er stellt die Gründe dafür und die Punkte zu einem gemeinsamen Handeln wie folgt zusammen:

¹⁾ "The Challenge of Leisure". London 1967. Zitiert nach E. Tempel: "Freizeit als Planungsaufgabe". In: "Architektur und Wohnform", H. 8, Stuttgart 1969, S.432f. (Im folgenden: "Freizeit als Planungsaufgabe.")

²⁾ "Freizeit als Planungsaufgabe", S. 432.

"Der englische Bericht *The Challenge of Leisure*, London 1967, kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Menschen haben heute mehr Freizeit als je zuvor in der Geschichte: Möglichkeit und Verlangen sie zu nutzen, werden direkt gesteuert durch das Wachstum von Einkommen, Erziehung und Mobilität.
2. Das Ergebnis ist ein sprunghaft ansteigendes und sich änderndes Bedürfnis nach Freizeitaktivitäten. Wir brauchen geräumigere und anpassungsfähige Wohnungen, vielseitig nutzbare Freizeitbauten, zusammenhängende Erholungsflächen, eine besser erschlossene Landschaft, eine andere Einstellung zum Tourismus.
3. Der legitime Raumsanspruch der Freizeit kann unserer Umwelt nicht weniger Schaden zufügen, als es die Industriestädte und Suburbia getan haben - wenn wir nicht rechtzeitig Standards setzen und vorausschauende Planung treiben.
4. Hier ist eine Planungsaufgabe gestellt von der gleichen Dringlichkeit wie Wohn- oder Verkehrsprobleme, eine Aufgabe, die es bei allen Planungen, von der Landesplanung bis zur Umweltgestaltung, zu berücksichtigen gilt.
5. Der Staat sollte einen Ausschuß einsetzen, der die Bedarfsentwicklung für Freizeiteinrichtungen abschätzt und einen Rahmenplan für die Befriedigung des Bedarfs formuliert.
6. In Zusammenarbeit mit Körperschaften und Instituten, die sich mit Freizeitproblemen beschäftigen, sollte der Staat Forschungen initiieren, die sich mit Mindeststandards für die Errichtung von Freizeitbauten und anderen Freizeiteinrichtungen befassen.
7. Die Regionalplanungsbehörden sollten Freizeit als einen der Hauptfaktoren bei der Aufstellung von Gebietsentwicklungsplänen berücksichtigen. Dazu wären Mitgliedschaft und Einfluß in den Planungsbeiräten zu erweitern, daß alle Aspekte der Freizeit und Erholung Eingang finden.
8. Die Planungsämter auf kommunaler Ebene, die die Freizeitbedarfsermittlung für die Regierung durchführen, sollten umgekehrt den Rahmenplan, die Regionalpläne und die Empfehlungen zu baulichen Standards berücksichtigen.
9. Staatliche Unterstützung sollte Gemeinden oder Freizeitverbänden zuteil werden, sofern sie sich an die aufgestellten Prinzipien und Standards halten; die Geldmittel wären so einzusetzen, daß sie einen Anreiz für die Kommunen zu einer großzügigen Erstellung von Freizeiteinrichtungen darstellen.
10. Zentrale Stellen werden überall gebraucht für ehrenamtliche Tätigkeit und Informationsmöglichkeit im Freizeitbereich. Diese Funktion könnte von Bürgervereinen oder vergleichbaren Körperschaften ausgeübt werden.

11. Regierungsstellen und Kommunalverwaltungen, Landschaftsschutzverbände und alle Infrastrukturbehörden, Landverwalter und Privateigentümer, alle sollten ermutigt werden, Freizeit als mögliche Primär- oder Sekundärnutzung des Grund und Bodens und der Gebäude, über die sie verfügen, in Betracht zu ziehen.
12. Architekten, Gartengestalter und Ingenieure, aber auch Architekturschulen und verwandte Ausbildungsstätten, sollten in größerem Umfang untersuchen, wie die Ermöglichung einer lebendigen Freizeit in alle baulichen Maßnahmen integriert werden kann.¹⁾

3.2.3 EIN DEUTSCHES GEDANKENMODELL ALLGEMEINERER ART²⁾

Die jetzt zu besprechende Arbeit wurde zum Wettbewerb "Mainau-Preis 1970", der das Thema "Freizeitlandschaft" als Aufgabe stellte, eingereicht und erhielt den 1. Preis. Die Arbeit stellte sich nicht als zu bewertender kreativer Entwurfsvorschlag dar, sondern die Verfasser sind der Meinung, daß ihre Überlegungen zur Freizeit und dem Raum, in dem Freizeit verbracht wird, Planungshinweise ergeben, die für die Gestaltung der Freizeitlandschaft wesentlich sein können.

Die Verfasser gehen davon aus, daß die Relation tägliche Freizeit - Wochenendfreizeit - Urlaubsfreizeit im Durchschnitt sich verhält wie 31 % - 52 % - 17 %. Eine künftig verlängerte Freizeit ergibt sich durch die mögliche Arbeitszeitverkürzung von 10 %. Dabei erscheint es wesentlich, zu unterscheiden zwischen:

1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 0,8 Stunden; dadurch verändert sich das Verhältnis der Freizeitanteile folgendermaßen: 36 % - 49 % - 16 %.
2. Verkürzung der Arbeitszeit am Freitag um 4 Stunden, d.h.: 28 % - 56 % - 16 %.
3. Arbeitsfrei am Freitag und Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um ca. eine Stunde: 19 % - 61 % - 20 %.

In dieser starken Erhöhung der Wochenend-Freizeit drückt sich auch die Verminderung der Fahrzeit zwischen Wohnung und Arbeitsplatz aus (nur noch 8 Fahrten statt 10)

4. Verlängerung des Urlaubs führt zum Verhältnis 25 % - 43 % - 32 %.

¹⁾ "Freizeit als Planungsaufgabe", S. 432f.

²⁾ K. Füsslin, W. Köhl, W. Rabe: "Gedankenmodell für die Gestaltung der Freizeitlandschaft der Zukunft. Mainau-Preis 1970". Mondorf-Bonn 1970. (Im folgenden: "Gedankenmodell für die Gestaltung...".)

Um die Freizeit der gesamten Familie nutzbar zu machen, fordern die Verfasser die Entlastung der Hausfrau durch maschinelle Ausstattung des Haushalts sowie bauliche und planerische Maßnahmen zur Verkürzung der Hausarbeitszeit. Zur planerischen Seite des Problems wird ausgeführt¹⁾: "Dehnen sich, wie aus der wachsenden Motorisierung zu erwarten ist, die Siedlungslandschaften bei praktisch unveränderten Standorten der Arbeitsstätten weiter aus, so hat dies einen zusätzlichen Zeitaufwand für den durchschnittlichen täglichen Arbeitsweg zur Folge". Für die Überlegungen zur Freizeitlandschaft bedeutet dies, daß eine tägliche Verlängerung der Freizeit (Verkürzung der täglichen Arbeitszeit) kaum Auswirkungen auf die Freizeitlandschaft haben wird. Die Verlängerung der Freizeit am Wochenende (arbeitsfreier Freitag bzw. Verkürzung der Arbeitszeit am Freitag um 4 Stunden) bedeutet, bei Berücksichtigung der Konzentration aller häuslichen Pflichtaktivitäten auf den Freitag bzw. Freitagnachmittag, ein Potential von zwei vollen zusammenhängenden Tagen für Freizeitaktivitäten, was ohne Zweifel bei gestiegenem Einkommen zu einer erhöhten Wochenendmobilität führt. Der Nutzeffekt wird jedoch von den Verfassern als recht zweifelhaft beurteilt, mögliche Nachteile sind:

- erhöhter Wegeaufwand (freitags halbe Arbeitszeit)
- tägliche Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden
- Reduzierung der täglichen Erholung zur Wiederherstellung der Arbeitskraft.

Würde die Verkürzung der Arbeitszeit um 10 % für einen zweiten Urlaub verwendet, so erhöht sich die Urlaubsfreizeit um 103 %. Kompensiert würde diese Freizeit durch einen wachsenden Zeitaufwand für den täglichen Arbeitsweg und durch die Notwendigkeit ständiger Nachausbildung auf Kosten dieses zweiten Urlaubs, d.h. auf Kosten der Erholungsfreizeit in diesem Urlaub. Dagegen stehen auch:

- Verdoppelung der Kosten für den Urlaub
- Ausschluß der übrigen Familie (bei schulpflichtigen Kindern bzw. Berufstätigkeit der Ehefrau).

Die Verfasser kommen zu dem Schluß²⁾, "daß die sich aus der Arbeitszeitverkürzung ergebende Mehrbelastung der künftigen Freizeitlandschaft vorwiegend in der Nähe der Wohnung auswirken wird. Die Belastung der Mittelbereiche (Umland) wird

1) "Gedankenmodell für die Gestaltung....", S. 4.

2) "Gedankenmodell für die Gestaltung....", S. 9.

sich dagegen nicht durch Verlängerung der Freizeit, sondern allenfalls durch die mit der Motorisierung verbundene Steigerung der Mobilität geringfügig verstärken".

Die verlängerte Freizeit kostet Geld:

- zur Überwindung von Entfernungen
- zur Bezahlung von Dienstleistungen
- für Hobbyausrüstungen
- für freizeitgerechtes Wohnen.

Notwendig ist daher nach Meinung der Verfasser ein erhöhtes Angebot an billigen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten

1. im Bereich der Wohnung - Vergrößerung der Fläche, Freiflächenanteil, Immissionsschutz
2. in der Siedlungslandschaft - Angebot von vielseitigen und hochrangigen Freizeitaktivitäten in geringer Entfernung für Tages- und Wochenendfreizeit unter regionalplanerischen Gesichtspunkten
3. im Umland - extreme Freizeitbeschäftigungsangebote für alle Alters- und Sozialschichtungen, Wochenendhäuser in Integration mit bestehenden Siedlungsgebieten ohne Sonderstatus
4. in Urlaubsgebieten - in Abstimmung mit regionalen Freizeitanlagen, da bei periodischer Benutzung sonst zu hohe Kosten entstehen.

Nach einem Berechnungsansatz für einen Parameter zur Dimensionierung von Freizeitanlagen mit den dazugehörigen Regelmechanismen kommen die Verfasser zu folgender Zusammenfassung¹:

1. Die Freizeitlandschaft umfaßt den gesamten Lebensraum.
2. Freizeit ist ein subjektiv empfundener Zeitraum, dessen wesentliches Merkmal die völlige Dispositionsfreiheit ist.
3. Von der jährlichen Freizeit entfällt der größte Teil auf das Wochenende. An dieser Tatsache wird sich in dem überschaubaren Planungszeitraum nichts ändern.

¹) "Gedankenmodell für die Gestaltung....", S. 19f.

4. Der größte Nutzeffekt einer verlängerten Freizeit ist weder bei einem zweiten Urlaub noch bei einem Bildungsurlaub und auch nicht bei einem verlängerten Wochenende, sondern nur bei einer verlängerten arbeitstäglichen Freizeit zu erwarten.
5. Als vordringlichste Aufgabe ist die Wohnung und ihre unmittelbare Umgebung freizeitgerecht zu gestalten.
6. Besondere Stellen sind mit einer übergemeindlichen Planung und Bodenvorratswirtschaft für die Freizeitlandschaft zu beauftragen.
7. Der Ausbau der Freizeitanlagen im Siedlungsbereich muß dem Ausbau von Anlagen in der Region vorgezogen werden.
8. Wochenendhäuser sind nur als integrierte Bestandteile bestehender Siedlungen zuzulassen.
9. Die Planung der Freizeitlandschaft muß unter Berücksichtigung von Kapazitäts- und Rentabilitätsgesichtspunkten ergänzt werden.
10. Die Rücksichtnahme auf die kommenden Generationen gebietet, über die sich aus diesem Gedankenmodell ergebenden Maßnahmen hinaus von allen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, welche die bisher noch freigebliebene Landschaft weitgehend als Naturraum erhalten.

3.2.4 FREIZEITGESTALTUNG IN BALLUNGSRÄUMEN¹⁾

Die Verfasser dieser Arbeit kommen unter Zugrundelegung zahlreicher Untersuchungen zu Hinweisen für die Regionalplanung. Durch Berechnungen für die einzelnen Erholungstypen der Durchschnittsbeschäftigten kommen sie zu dem Ergebnis:

- Ein Durchschnittserholungssuchender wird 72 % seiner Nettofreizeit zu Hause oder in Wohnungsnähe, 18 % für die Wochenenderholung außerhalb des Wohnortes und ca. 10 % für den Urlaub verwenden können.
- Bei der Zugrundelegung von Tagen lautet das Verhältnis: 85 % für Freizeit zu Hause, 9,5 % für Wochenenderholung und 5,5 % für den Urlaub.

Die Verfasser stellen folgende Forderungen auf und erläutern sie:

1. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Stadt durch:

¹⁾ L. Czinki, W. Zühlke: "Erholung und Regionalplanung. Analyse des Erholungswesens unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes". In: "Raumforschung und Raumordnung", 24 (1966), H. 4, S. 155ff. und weitere Berichte von L. Czinki u.a. In: "Der Landkreis", 1969, H. 8/9.

- Anpassung der Bauweise an die Bedürfnisse der Menschen unter Berücksichtigung der Forderungen der Erholung,
 - Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Städte,
 - Verbesserung der hygienischen und gesundheitlichen Verhältnisse in der Stadt,
 - zeitgerechte Grünflächen und Erholungspolitik.
2. Verbesserung der Wochenenderholung und Erweiterung der Erholungsmöglichkeiten außerhalb der Stadt, einschließlich Sicherung einer schnellen und billigen Erreichbarkeit der Erholungsgebiete.

Die erste Forderung betrifft die Wohnformen, z.B. Terrassenhäuser, konzentrierte Bauform mit intensiv genutzten Gartenflächen. Dadurch ergäbe sich eine Verkürzung der Verkehrswege, auch eine Verringerung des Einsatzes der öffentlichen und privaten Verkehrsmittel; viele der Fahrten würden entfallen, weil Ziele zu Fuß zu erreichen sind. Eine weitere Hilfe für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Stadt ist die Reinhaltung der Luft und die Verhinderung von Lärm. Hilfe durch Grün ist hier kaum zu erwarten. Propagiert werden:

- Emissionsfreie Kraftwerke
- Fernheizwerke (elektrisch bzw. atomar betrieben)
- Elektrifizierung des Haushaltes
- Antrieb von Kraftfahrzeugen über Elektro-Brennstoffzellen

Grünflächenplanung sollte dem Stadtbewohner wie folgt gezielt angeboten werden:

- Inselartige Grünflächen innerhalb der 15-Minuten-Fußgängerzone mit intensiver Ausstattung mit Ruhe-, Betätigungs-, Spiel- und Liegemöglichkeiten.
- Statt passiver Grünzüge eine Folge von gutausgestatteten, abwechslungsreichen Platzfolgen für den Fußgänger.
- Bezirksanlagen für einen größeren Einzugsbereich; gute Nahverkehrsanbindung ermöglicht hohe Ausnutzung.
- Punktuelle Schwerpunkte schaffen mit Aktivitäten, z.B. "Haus der offenen Tür", Freibad, Hallenbad, Anlagen und Einrichtungen für Freizeitbetätigung und Spiel.

Zum zweiten stellen die Verfasser fest, daß aufgrund von bestehenden Ansätzen und bei Verlängerung der Wochenendfreizeit (ab Freitagmittag) das kurzfristige Herausfahren am Wochenende zum mehrtägigen Aufenthalt führen wird.

Das bedeutet z.B.:

- a) Aufenthalt auf einem Campingplatz
 - Wechseln der Aufenthaltsorte
 - Nutzbarmachen der vorhandenen Einrichtungen
 - Kontakt mit der Natur an verschiedenen Orten
 - Bereitstellung von mietbaren Unterkünften, auch für Nicht-Motorisierte (Mietzelte, Wagen, Blockhäuser etc.)
 - Zeltplätze mit begrenztem Umfang für Zielgruppen (z.B. mit Führungen, geleitet von Förstern, Jägern, etc.)
- b) Mieten von Aufenthaltsräumen in Hotels, Pensionen, Fremdenheimen usw.
 - Entlastung der Hausfrau (bei Vollpension)
 - günstige Anreise
 - Standort in erschlossenem Gebiet
- c) Wochenendhäuser für die finanzkräftige Gesellschaftsschicht. Die Forderung geht hierbei nach Zuweisung von begrenzten Flächen zur Verminderung einer Streuung der Bauten sowie der Privatisierung wertvoller Landschaftsteile. Möglichkeiten hierzu sind nach Meinung der Verfasser:
 - Teppichhäuser, Reihenhäuser und Terrassenhäuser
 - Mietwohnungen statt Eigentum am Wochenendhaus (dadurch ganzjährige Nutzung)
 - Konzentration, dadurch wird die Einrichtung von zusätzlichen Erholungsangeboten und die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz wirtschaftlich.

Dabei wird darauf hingewiesen, daß französische Marktforscher angeben, 80 % der Urlauber suchten Leben und Treiben in der Gemeinschaft¹⁾.

Die Verfasser geben für die Regionalplanung der freizeitbetonten Zukunft folgende Hinweise:

- Maßnahmen für Tageserholung im Bereich von 15 Gehminuten im Nahbereich der Wohnung (Abb. 13).
- Unter der Voraussetzung des Ausbaus guter öffentlicher Nahverkehrsmittel: Erholungsschwerpunkte mit vielfältigen Erholungseinrichtungen (Abb. 14).

Das Zentrum mit seinen baulichen Anlagen erbringt die gewünschte Vielfältigkeit, auch sind hier Einrichtungen für den Winter und für schlechtes Wetter.

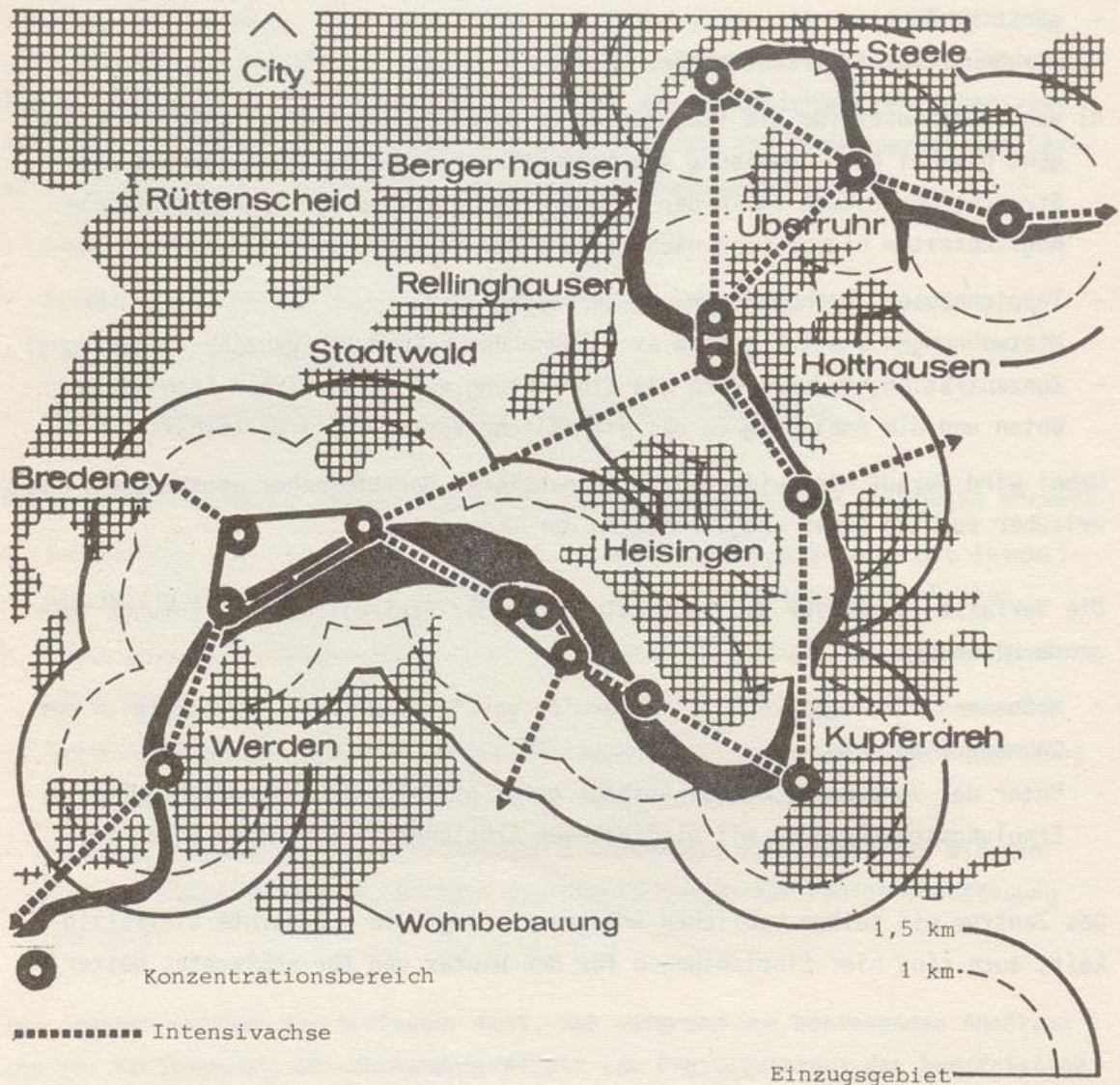
¹⁾ Ph. Lamour: "Une grande industrie nationale: Les Loisirs". Zitiert in: "Stadt-
bauwelt", H. 7 (1965), S. 586.

Sport- und Campinganlagen, Wochenendhausgebiete schließen sich an; Verkehrsanbindung (Schiene und Straße bis ins Zentrum).

Als Anschauung für die Gestaltung eines solchen Zentrums dient eine Wettbewerbsarbeit von L. Czinki (Abb. 15).

- Intensiv gestaltete Erholungsstätten mit Feriencharakter (auch öffentlich unterstützt, z.B. für finanzschwache und kinderreiche Familien) in bewußtem räumlichem und gestalterischem Gegensatz zum üblichen Typ der Tages- und Wochenenderholungsstätten.

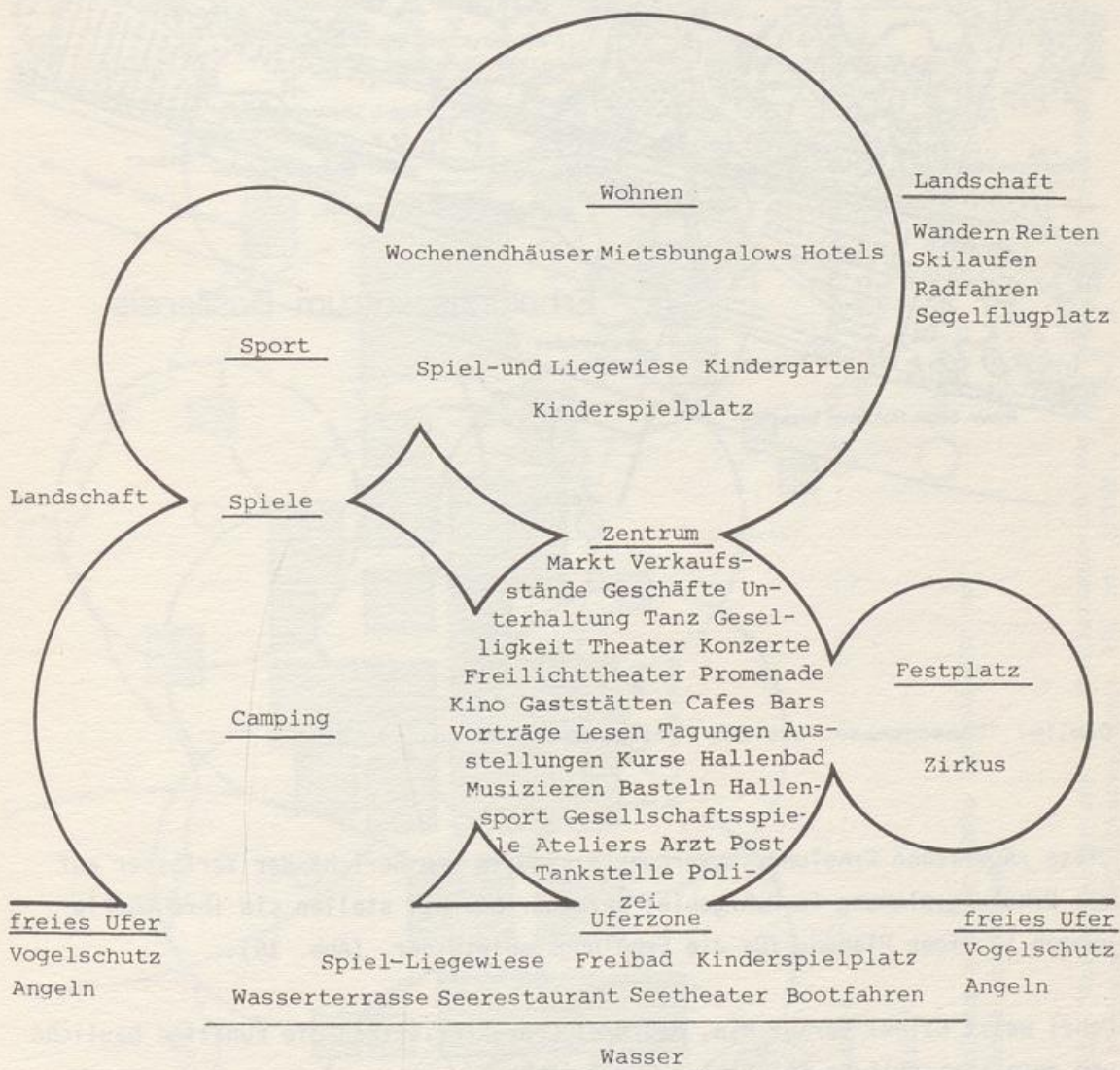
Abb. 13: 15-Gehwegminuteneinzugsgebiet (1 bzw. 1,5 km) der Konzentrationsbereiche



Quelle: L. Czinki: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die Erholungsplanung". In: "Der Landkreis", 39. Jg. (1969), H. 8-9, S. 267. (Im folgenden: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung...".)

Jede der Anlagen mit ungefähr 120 ha kann zu Stoßzeiten etwa 20 000 Besucher auf einmal aufnehmen. Die vorgesehenen Aktivitäten der Anlage sind u.a.: Spielen, Reiten, Schlittschuhlaufen, Rollschuhlaufen, Basteln, Lesen, Musizieren, Tanz, Theater, Freibad, Hallenbad, Sauna, Kneippen, Bootfahren, Segeln, Tennis, Ballspiel und -sport, Angeln, Spaziergehen, Natur betrachten, Zuschauen, Fahrrad fahren, Picknick machen, Sonnen, Nichtstun usw.

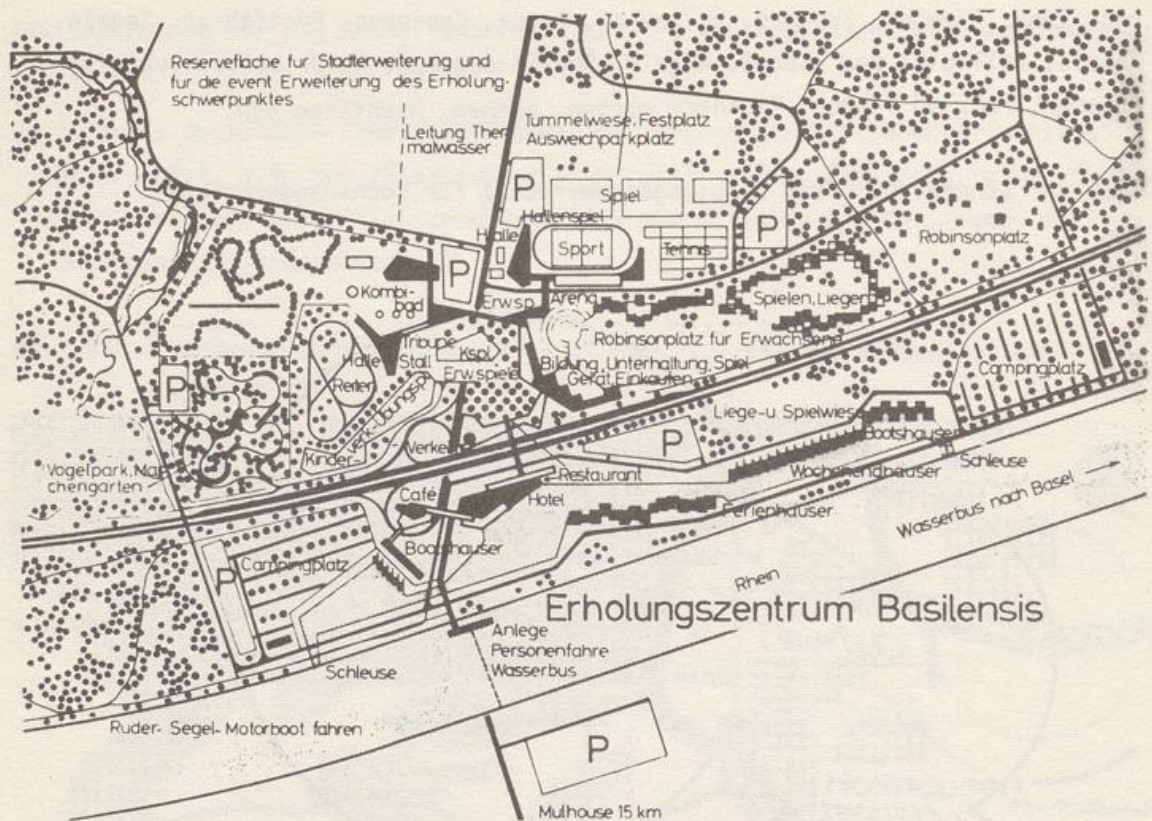
Abb. 14: Schema für einen Erholungsschwerpunkt für Wochenenderholung¹⁾



¹⁾ 10 bis 35 km Radius

Quelle: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung...", S. 266

Abb. 15: Erholungsschwerpunkt für Wochenenderholung bei Basel



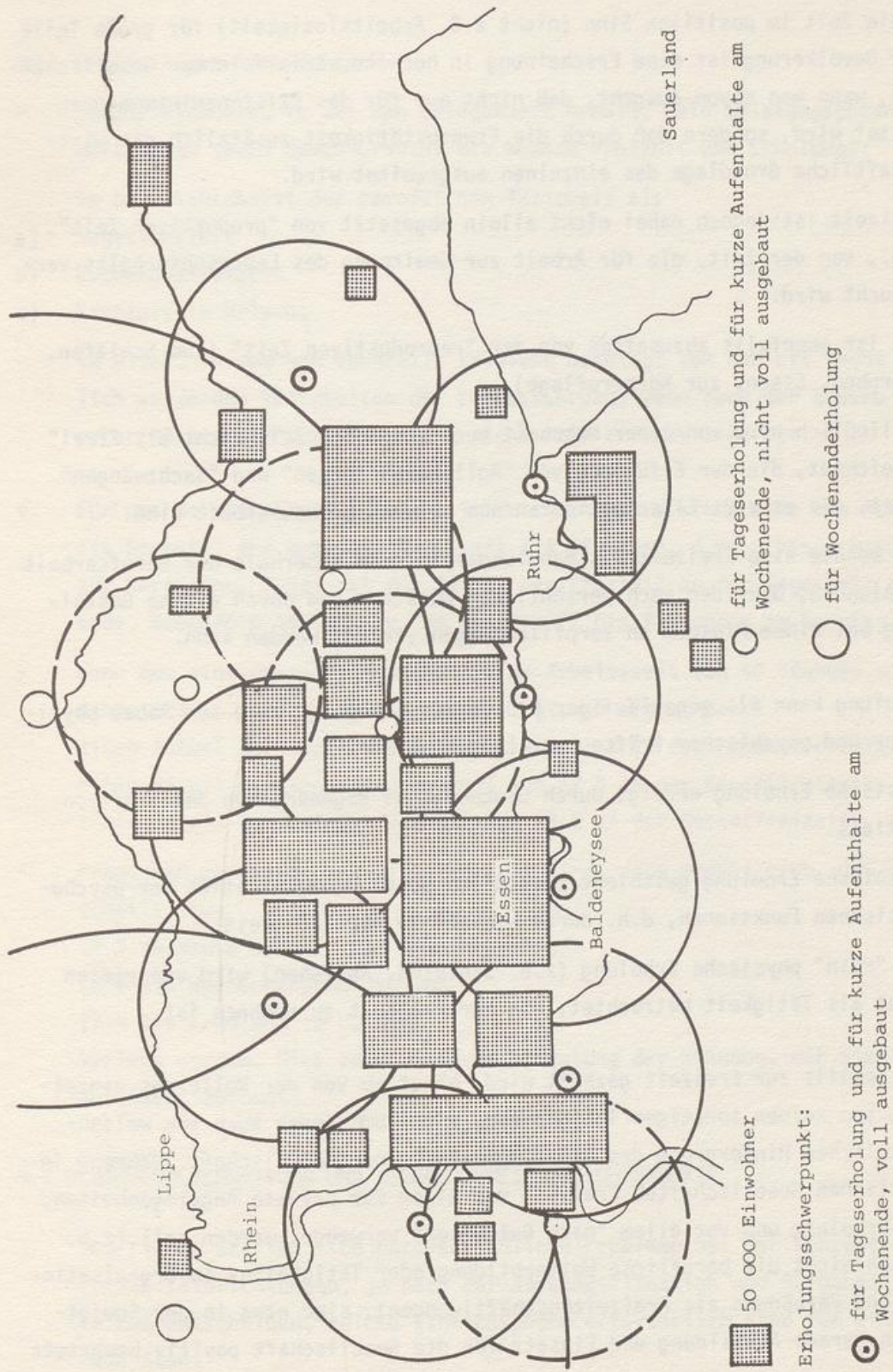
Quelle: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung...", S. 266

Diese räumlichen Erholungsschwerpunkte sind in dem Bericht der Verfasser auf die Erholungsplanung im Ruhrgebiet bezogen. Hierbei stellen sie ihre Überlegungen in einer Planung für die Erholungsgebiete dar. (Abb. 16).

Dabei weist Czinki darauf hin, daß drei Charakteristiken die künftige bauliche und gesellschaftliche Entwicklung begleiten:

- a) das weitere Anwachsen der Ballungsgebiete
- b) die steigende Mobilität infolge längerer Freizeit und wachsenden Kraftfahrzeugbestandes
- c) der steigende Anspruch auf Qualität der Umwelt.

Abb. 16: System der Erholungsschwerpunkte im Ruhrgebiet



Quelle: L. Czinki: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die Erholungsplanung". In: der Landkreis Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung. 39. Jg. (1969), H. 8-9, S. 266

4. ZUSAMMENFASSUNG DER ERARBEITETEN THESEN UND PLANUNGSHINWEISE

4.1 FREIZEIT UND ERHOLUNG

- I. Freie Zeit im positiven Sinn (nicht z.B. Arbeitslosigkeit) für große Teile der Bevölkerung ist eine Erscheinung in hochindustrialisierten Gesellschaften, wenn man davon ausgeht, daß nicht nur für das Existenzminimum gearbeitet wird, sondern daß durch die Erwerbstätigkeit zusätzlich die wirtschaftliche Grundlage des einzelnen ausgeweitet wird.
 - Freizeit ist jedoch dabei nicht allein abgesetzt von "produktiver Zeit", d.h., von der Zeit, die für Arbeit zur Gewinnung des Lebensunterhalts verbraucht wird.
 - Sie ist ebenfalls abzusetzen von der "reproduktiven Zeit" (zum Schlafen, Ausruhen, Essen, zur Körperpflege).
 - Schließlich wird von einer Mehrheit auch diejenige Zeit nicht als "frei" bezeichnet, die der Erfüllung von "Rollenerwartungen" und "Sachzwängen" dient, wie es z.B. Elternpflichten und notwendige Hausarbeit sind.
 - Man könnte also Freizeit als Handlungsspielraum außerhalb der Berufsarbeit bezeichnen, über den nach persönlichen Wünschen und durch eigene Gestaltung bei einem Minimum an Verpflichtungen verfügt werden kann.

- II. Erholung kann als gegenläufiger Prozeß zur Ermüdung, also zum Abbau physischer und psychischer Kräfte, verstanden werden.
 - Physische Erholung erfolgt durch biochemische Regeneration des Kräftepotentials.
 - Psychische Erholung geschieht zusätzlich durch Umorganisation der psychophysischen Funktionen, d.h. durch Wechsel in der Tätigkeit.
 - Die "rein" physische Erholung (z.B. Schlafen, Ausruhen) wird von vielen nicht als Tätigkeit betrachtet, die zur Freizeit zu rechnen ist.

- III. Was jeweils zur Freizeit gezählt wird, hängt ab von der Rolle des einzelnen, von seinen sonstigen Tätigkeiten, unter Umständen auch vom weltanschaulichen Hintergrund des einzelnen und seiner Gesellschaft. Während in westlichen Gesellschaften Freizeit vor allem für private Angelegenheiten, zur Erholung und vor allem "nach Gutdünken" verwendet werden soll (z.B. gelten nicht die berufliche Weiterbildung oder Tätigkeiten in Organisationen und Verbänden als Freizeitbeschäftigungen), sind etwa in der Sowjetunion gerade Ausbildung und Einsatz für die Gesellschaft positiv bewertete

und zu fördernde Tätigkeiten in der Freizeit. In westlichen Gesellschaften wird Freizeit nicht mehr als "Sinn des Lebens" oder als "Gegensatz zur Arbeit" empfunden, sondern als autonomer Lebensbereich, der sich zum großen Teil mit der Privatsphäre zu decken scheint.

IV. Freizeit ist erforderlich

- in der Kindheit, in der man Gelegenheit erhält, sein Leistungspotential aufzubauen (auch davon braucht der Mensch Freizeit und Erholung);
- im Lebensabschnitt der beruflichen Tätigkeit als
 - a) Tagesfreizeit
 - b) Wochenendfreizeit
 - c) Freizeit im Urlaub;
- im Alter, in dem man ebenfalls Erholung benötigt von den oft recht beschwerlich werdenden Tätigkeiten der Lebensführung, wenn auch der Erwerb der materiellen Lebensgrundlage oft nicht mehr erforderlich ist.

V. Für den Bereich Freizeit steht im Durchschnitt bislang etwa ein Achtel bis ein Sechstel der gesamten Tageszeit (24 Stunden), d.h. 3 bis 4 Stunden, zur Verfügung. Dabei ist der Anteil der Freizeit an der Tageszeit am Wochenende, besonders am Sonntag, am größten (7 bis 8 Stunden am Sonntag).

- Wenn man eine derzeitige wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden und einen Jahresurlaub von 20 Tagen zugrunde legt, so ergibt das:
einen Anteil der täglichen Freizeit von 31 % an der Gesamtfreizeit,
einen Anteil der Wochenendfreizeit von 52 % an der Gesamtfreizeit,
einen Anteil der Urlaubsfreizeit von 17 % an der Gesamtfreizeit.
- Fragt man, wo diese Freizeit verbracht wird, dann ergibt sich, daß im Durchschnitt etwa
72 % zu Hause oder in der Wohnungsnähe,
18 % als Wochenenderholung und
17 % als Erholung im Urlaub
verlebt werden. Dies zeigt, welche Bedeutung der Wohnung, der Siedlung und der Stadt zukommt.

4.2 PLANUNGALTERNATIVEN UND ÜBERGEORDNETE GESICHTSPUNKTE

- I. Dem Planer stellen sich unterschiedliche Probleme bei der Konzeption von Freizeiteinrichtungen, je nach der Ausgangssituation und Aufgabenstellung. Er muß entscheiden, welche Einrichtungen erforderlich sind für eine
- neue Stadt

- neue abgeschlossene Siedlung
 - Abrundung eines vorhandenen neuen Wohngebietes
 - Ergänzung einer bestehenden neuen Siedlung
 - Zusammenlegung mehrerer Ortschaften zu einer Verbandsgemeinde
 - Regeneration eines überalterten Stadtgebietes.
- II. Ist das Ziel der Planung festgelegt, müssen vor der Detailplanung bedacht werden:
- die wirtschaftliche und die Bevölkerungskonzentration
 - a) die Größe der Maßnahme
 - b) die Größenordnungen der umliegenden Besiedlungen
 - c) Ballungsraum oder schwächere Besiedlung und geringes Wirtschaftspotential (damit geringeres Steueraufkommen);
 - die unterschiedlichen landschaftlichen Gegebenheiten
 - a) welche Möglichkeiten sind von Natur aus vorhanden
 - b) wie können sie erschlossen und ergänzt werden
 - c) was muß künstlich geschaffen werden;
 - die unterschiedlich vorhandene Substanz an Freizeiteinrichtungen in den benachbarten Wohngebieten
 - a) welche Freizeiteinrichtungen sind vorhanden
 - b) welche Kapazität haben sie, und wo muß diese ausgeweitet werden
 - c) wie sind die vorhandenen Freizeiteinrichtungen zu erschließen;
 - schließlich die unterschiedliche Verkehrserschließung und die Art der bereits vorhandenen oder geplanten Bebauung (Gewerbe, Krankenhaus, Wohnungen für Alte usw.).
- III. Weiter ist nach Möglichkeit zu berücksichtigen, welche regionalen und überregionalen Maßnahmen die Planung tangieren werden, z.B.: ist ein Fremdenverkehrszentrum vorhanden oder vorgesehen in unmittelbarer Umgebung?
- IV. Da sich die Verteilung und der Umfang der Freizeit noch in einem Wandlungsprozeß befinden, sind auch längerfristige Überlegungen einzubeziehen:
- Eine Verlängerung der arbeitstäglichen Freizeit wird sich wohl in erster Linie in Form einer größeren Nachfrage nach Freizeiteinrichtungen im Wohnungs- und Siedlungsbereich auswirken.
 - Wird die Wochenendfreizeit länger, dann dürfte mit einer Steigerung und Ausdehnung der Naherholung zu rechnen sein. Entsprechende Möglichkeiten zur Übernachtung, Verpflegung und sonstigen Versorgung (evtl. Wochenend-

hausgebiete) würden zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

- Hier sollte der Staat überprüfen, welche Einwirkungsmöglichkeiten durch gesetzliche Regelungen der Arbeitszeit gegeben sind.
- In welche Richtung eine Verlängerung der Freizeit auch gehen wird, es dürfte immer zu erwarten sein, daß sich der Anteil der Freizeit in der Wohnung verkleinern wird zugunsten der Freizeit, die außerhalb verbracht wird.
- Verlängerte Freizeit wird mehr Geld beim einzelnen erfordern, um diese Zeit zu gestalten. Wenn eine entsprechende Steigerung des realen Einkommens erfolgt, dann wird sich die zusätzliche Nachfrage nach billigen Freizeitangeboten in erster Linie erhöhen.

4,3 VARIABLEN, DIE DAS FREIZEITVERHALTEN BEEINFLUSSEN

- I. Bei der Planung von Freizeiteinrichtungen sind zunächst sozio-ökonomische Merkmale der vorhandenen oder erwarteten Bevölkerung zu berücksichtigen.
 - Dies sind hauptsächlich:
 - Alter
 - Geschlecht
 - Familienstand
 - Schulbildung
 - Haushaltsgröße und -zusammensetzung
 - Art der Erwerbstätigkeit
 - verfügbares Einkommen.
 - Als besonders stark determinierend wirken sich die Merkmale Alter und Schulbildung der Haushaltsvorstände aus, die in jedem Fall mit einzuberechnen wären.
 - Der finanzielle Spielraum und die Haushaltszusammensetzung stehen mit den Variablen Alter und Schulbildung in recht engem Zusammenhang und dürften sich ebenfalls auf das Freizeitverhalten auswirken. Beispielsweise haben junge Familien in der Aufbauphase mit Kleinkindern oft relativ wenig Geld zur freien Verfügung; bei ihnen dürfte eher nach billigen oder kostenlosen Freizeiteinrichtungen Nachfrage bestehen (z.B. Parks, Kinderspielplätze).
- II. Weitere Variablen sind die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Bestand an privaten Verkehrsmitteln (besonders Pkw's), die in Zusammenhang mit Unterschieden im Freizeitverhalten stehen. Hier sollte der

Planer abwägen, auf welchem Weg ein optimaler Nutzen erreichbar ist.
Beim öffentlichen Verkehrsmittel: Vermeidung von Lärm, Senkung der Kosten für die Bewältigung des Individualverkehrs, - aber auch zufriedenstellende Bedienung der Bedürfnisse des einzelnen wäre erforderlich.

- III. Ferner stehen die architektonische und städtebauliche Struktur in Verbindung mit dem Freizeitverhalten, nämlich:
- Wohnungsgrundriß und -größe
 - Lage der Wohnung zu Freizeiteinrichtungen in der Siedlung und deren Umgebung
 - Lage der Siedlung zu benachbarten Wohngebieten und zur Innenstadt
 - "Integration" in die Gesamtstadt oder (in sich abgeschlossene) Trabantenstadt. Die Bewohner der letzteren werden eine Vielfalt von Freizeiteinrichtungen in ihrer Siedlung benötigen, da sie in der Regel nicht auf Einrichtungen in der übrigen Stadt zurückgreifen. Solche Siedlungen sollten daher in einer Größe und Konzentration konzipiert werden, daß sich Freizeiteinrichtungen auch tragen; andernfalls müßten diese Gebiete zumindest eine gute Verbindung zur übrigen Stadt besitzen.
- IV. Schließlich wirken landschaftliche Merkmale des Wohnumlandes ein auf das Freizeitverhalten, vor allem auf das am Wochenende.

4.4 EINZELNE AKTIVITÄTEN IN DER FREIZEIT, UNABHÄNGIG VOM WOCHENTAG

- I. Aus den zitierten Untersuchungen und den Erhebungen in neuen Siedlungen der BRD ergeben sich für die Planung von Freizeiteinrichtungen zahlreiche Konsequenzen.
- Es ist davon auszugehen, daß der größte Teil der Freizeit im Haus, d.h. in der eigenen Wohnung, verbracht wird und zwar mit Tätigkeiten wie (Reihenfolge der Häufigkeiten):
 - den Abend ruhig verbringen (einschließlich Fernsehen)
 - Zeitungen, Illustrierte lesen
 - Besuch empfangen
 - Bücher lesen
 - Basteln, Handarbeit.
 - Die Gestaltung der Wohnung, sowohl was den Zuschnitt als was die Einrichtung betrifft, ist für die Nutzung der Freizeit von ausschlaggebender Bedeutung.

Es ergibt sich die Notwendigkeit, in der Wohnung Platz zu schaffen für Freizeitaktivitäten, die z.T. divergieren durch Altersunterschiede (Eltern, Schüler, Kleinkinder) Ausbildungsstand verschiedene Interessen wechselnde Interessen.

- Die Anteile der Tätigkeiten im Wohnraum lassen sich wie folgt zusammenfassen:

allgemeine Zerstreuung und Unterhaltung	36 %
rekreative Tätigkeiten	30 %
Kommunikation mit Menschen	28 %
Arbeiten oder arbeitsähnliche Tätigkeiten	6 %

Hauptsächlich für diese Tätigkeiten muß der Wohnraum Platz bieten.
 - Für die Einrichtung des Wohnraumes bestehen bei den Befragten keine Leitbilder; man orientiert sich bewußt, oder vielmehr unbewußt, an
 - a) übernommenen Zeichen der Vergangenheit (frühere Wohnung, elterliche Wohnung)
 - b) übernommenen Zeichen der Gegenwart (Vergleichswohnungen von Bekannten, Angebote).
 - Die Hauptaktivität im Wohnraum während der Freizeit ist das Fernsehen. Seit Einführung des Fernsehens findet ein Verhaltenswandel in der Verteilung der Freizeitaktivitäten statt. Wichtig ist dabei folgendes:
 - am wenigsten beeinflussbar vom Fernsehen zeigen sich bei der Verteilung ihres Freizeitbudgets die Gruppen mit "höherem sozialem Status".
 - Die Jugendlichen, deren Anteil der Freizeit außer Haus grundsätzlich höher ist, lassen sich ebenfalls durch das Fernsehen weniger in der Verteilung ihrer Aktivitäten beeinflussen.
 - Das gleiche gilt für die Ledigen und Alleinstehenden.
 - Daraus ergibt sich, daß die Familie als Ganzes nicht mit gleicher Frequenz und nicht gleichzeitig fernsieht. Gleichzeitige unterschiedliche Freizeitaktivitäten sollten in der Wohnung möglich sein.
- II. Ein wichtiges Anzeichen für den Kommunikationsbedarf von Bewohnern neuer Siedlungen ist der Empfang von Besuch.
- Der Empfang von Freunden und Bekannten variiert mit der Wohnungsgröße bzw. Zimmerzahl.

- Die Häufigkeit des Besuches von Verwandten ist unabhängig von der Wohnungsgröße.
- In großen Wohnungen - unabhängig vom Bildungsgrad des Haushaltsvorstandes - werden häufiger Gäste empfangen.
- Bei gleicher Häufigkeit von Besuchen ergibt sich jedoch bei zunehmendem Alter der Haushaltsvorstände eine veränderte Zusammensetzung der Besuchergruppen (häufiger Verwandte, d.h. möglicherweise mit Übernachtungswunsch).
- Je höher die Schulbildung und das Nettohaushaltseinkommen des Haushaltsvorstandes ist, desto häufiger werden Freunde und Bekannte zu Besuchen empfangen.

Daraus ergibt sich der Hinweis:

- Durch den Bau von größeren Wohnungen können soziale Freizeitaktivitäten gefördert werden.
Verwandte und Bekannte (z.B. aus der früheren Wohnumgebung) von außerhalb sind darauf angewiesen, am Besuchsort, und zwar möglichst in der nächsten Wohnungsumgebung, zu übernachten.
 - Gerade in neuen Wohngebieten, bei entsprechender Größe, sollten Einrichtungen - etwa in Form des Hotel garni - (in Verbindung mit anderen Zentrumseinrichtungen) für ein unproblematisches Übernachten vorgesehen werden.
 - Bei der Grundrißgestaltung der Wohnungen sollte die Notwendigkeit des Besuchsverkehrs mit Verwandten, Freunden und Bekannten berücksichtigt werden.
- III. Die Tätigkeiten außerhalb des Wohnbereichs, im Vergleich mit der zu Hause verbrachten Freizeit, lassen auf Unterschiede im Verhalten und im Bedarf von Aktivitäten schließen.
- In der Großstadt (hier: Köln) wurde ein höherer Anteil der Freizeit außerhalb des Wohnbereichs verbracht als in einer Kleinstadt (hier: Bergneustadt).
 - In der Großstadt überwiegen die kommunikativen Tätigkeiten in der Freizeit. Das läßt vermuten, daß beim Großstädter in seiner Freizeit ein höherer Informations- und Kommunikationsbedarf besteht.
- IV. Bei vermehrter Freizeit würde sich das jetzt bestehende Verhältnis zwischen "Freizeit zu Hause" und "Freizeit außer Haus" nicht anteilmäßig gleichermaßen erhöhen.

- Zusätzliche freie Zeit würde bei vermehrter Freizeit außerhalb des Hauses verbracht werden.
- V. Unter den Klagen über fehlende Einrichtungen in neuen Siedlungen, in denen gelegentlich Freizeit verbracht werden kann, wird häufig ein Lokal genannt wie etwa "die Eckkneipe, Stammkneipe" o.ä. Wenn nachweisbar auch der Wunsch nach einer Stammkneipe besteht, so ist das Einplanen eines Lokals stets ein Risiko.
- Der gelegentliche Besuch des "Stammlokals" nimmt mit wachsendem Alter und steigender Schulbildung ab.
 - Es sind mehr männliche und mehr verheiratete Haushaltsvorstände, die hin und wieder ihr Stammlokal aufsuchen.
 - Untersuchungen in Gebieten, die vor 1910 bzw. um 1930 entstanden sind, haben ergeben, daß auch in diesen älteren Siedlungsgebieten höchstens 10 % der Bevölkerung regelmäßig ihr Stammlokal aufsucht.
 - Das Einplanen eines Lokals in der Art einer Stammkneipe wird sich nur rechtfertigen lassen, wenn
 - a) durch erhöhte bauliche Dichte die Zahl der gelegentlichen Lokalbesucher für eine Existenzsicherung des Lokalinhabers ausreicht,
 - b) die Ausstattung des Lokals nicht nur einer Wunschvorstellung (gemütliches ruhiges Speiselokal) entgegenkommt, sondern vielfältige Aktivitäten zuläßt (Café, Eisdielen, kleinere Veranstaltungen, Jugendtreff etc).
 - Auch eine attraktive Eckkneipe kann nicht verhindern, daß der größte Teil derer, die "abends ausgehen", das urbane Leben einer Innenstadt mit seiner reichen Ausstattung an Aktivitäten sucht.

Notwendig ist daher vor allem eine verkehrsgünstige Anbindung an die Innenstadt.

Wenn die Voraussetzung der höheren baulichen Verdichtung optimal erfüllt wird, werden gleichzeitig in erhöhtem Maße ausgewählte Aktivitätsangebote für die Verbringung der Freizeit in der Siedlung entstehen, - entweder vorausgeplant oder nachträglich sinnvoll eingefügt.

- VI. Neben der Wohnung sind der Garten und die Grünanlage in der Wohnumgebung bzw. im Siedlungsbereich bevorzugte Orte des Aufenthaltes in der Freizeit.
- Die Hälfte aller Familien (in Hannover) ohne Garten wünschen sich einen solchen,

- a) als Zuflucht vor Überforderung in Berufsarbeit und gesellschaftlichem Streß,
 - b) als Bleibe zum Wohnen, um privat zu sein, um den Kindern freien Raum in Geborgenheit zu bieten etc.,
 - c) neben dem Ausruhen ist es die sich von der beruflichen Arbeit unterscheidende verpflichtungsfreie Tätigkeit, für die im Garten Gelegenheit geboten wird.
- Grünanlagen in Wohngebieten können, je nach Lage und Größe, unterschiedliche Zweckbestimmung haben, und zwar
- a) als Abschirmung gegen Lärm oder Einblick zwischen Häuserzeilen bzw. Wohnblocks (Wohnen im Grün als Synonym für Wohnen in Ruhe). Hier sollten keine Lärmquellen (Kinderspielplätze o.ä.) geplant werden,
 - b) als wohnungsnah öffentlich zugängliche Grünfläche mit beschränkter Fläche und bestimmtem in Wohnungsnähe notwendigem Freizeitangebot für Kinder mit Aufsichtspersonen,
 - c) als konzentriertes Angebot von Freizeiteinrichtungen für
 - Bewegungsspiele
 - Wasserspiele
 - Rasenspiele
 - Möglichkeiten zum Lagern
 - sportliche Betätigung, Leistungssport und Hobbysport
 - Gesellschaftsspiele mit sportlichem Charakter.

Diese Anlagen sollten so angeboten werden, daß sie zur Benutzung bzw. zum Mitmachen alle Altersstufen einladen. Dafür sollte auch geworben werden, damit die "Schwelle" für die potentiellen Benutzer leichter überwunden wird.

Diese Zentren sollten punktförmig im Stadtgebiet verteilt und für alle Bewohner gleich günstig erreichbar sein.

Zusammen mit den Anlagen von kleinen wohnungsnahen Grünflächen wäre die Möglichkeit gegeben, auch Sanierungsgebiete durch eine Regeneration mit Hilfe von Grünflächen aufzuwerten. Bei der Sanierungsuntersuchung sollte als Kriterium auch die "Unterversorgung mit Grünflächen" gelten.

Neugeschaffene Grünflächen in dichtbebauten Innenstadtvierteln sollten keine "Landschaft in kleinem Maßstab" simulieren, sie sollen durch Gestaltung und Größe (beschränkt z.B. auch durch hohe Bodenpreise) für die Bedürfnisse des in der Innenstadt Wohnenden und des die Innenstadt Besuchenden funktionstüchtig sein. Diese Grünflächen sind gerade hier wegen der

steigenden Luftverschmutzung und -vergiftung in erhöhtem Maße notwendig und von der Bevölkerung gewünscht.

Öffentliche Grünflächen, z.B. Parks, sind nicht durch eigene Gärten voll ersetzbar.

69 % aller Haushaltsvorstände (Hannover) gehen öfter oder gelegentlich in Parks

55 % aller Gartenbesitzer (hier: Hannover) gehen öfter oder gelegentlich in Parks

nur etwa 30 % der Befragten (hier: Hannover) suchen nie einen Park auf, z.B. weil sie im eigenen Garten Ersatz finden oder weil sie häusliche bzw. innerstädtische Freizeitaktivitäten (Fernsehen) vorziehen.

Öffentliche Grünflächen bieten Attraktionen, die der eigene Garten nicht zu bieten vermag, wie ausreichende Bewegungsmöglichkeiten, Kontaktaufnahme, Abwechslung und Wahlmöglichkeit für aktive oder passive Erholung.

- Aus den Ergebnissen der Untersuchungen lassen sich bestimmte Verhaltensweisen der Bevölkerung ablesen, die für die Benutzung von Grünanlagen von Bedeutung sind:
 - a) Grünanlagen werden häufiger von den älteren Haushaltsvorständen und von der Gruppe der 14- bis 17jährigen aufgesucht.
 - b) Befragte über 55 Jahre vermissen doppelt so häufig wie Angehörige jüngerer Altersgruppen Ruheplätze in öffentlichen Anlagen.
 - c) Frauen geben seltener als Männer an, des öfteren Grünanlagen aufzusuchen.
 - d) Dem "Spaziergehen in Grünanlagen" wird von allen Befragten ein sehr hoher Erholungswert beigemessen.
 - e) Der Grenzwert für die Entfernung zwischen Park und Wohnung liegt bei 15 Gehminuten. Liegt der Park weiter entfernt, wird er seltener aufgesucht.
- Die öffentlichen Freiflächen in neuen Siedlungen werden unterschiedlich beurteilt. Das mag zum großen Teil an der Zeitspanne zwischen Fertigstellung und Befragungstermin liegen, der nicht überall gleich war. Bewohner von "eingewachsenen" Siedlungen beurteilen die Grünflächen in ihrem Wohngebiet günstiger.

75 % aller befragten Haushaltsvorstände in 16 neuen Siedlungen (DB-Vorhaben) hielten die Grünflächen und Erholungsanlagen in ihren Siedlungen für "gut und ausreichend".

Für die weitere Entwicklung der Benutzung öffentlicher Grünanlagen und Parks läßt sich sagen, daß der Parkbesuch zurückgehen wird bzw. würde, wenn

- a) die Zahl der Wohnungen mit ausreichend großen Privatgärten stark erhöht werden würde,
- b) die Freizeit-Mobilität des Großstädtlers bzw. des Bewohners neuer Siedlungen durch steigende Motorisierung zunimmt.

VII. Als Freizeitaktivität mit großem Erholungswert gilt die sportliche Betätigung in jeglicher Form. Bedingt durch Witterung und Jahreszeit kann jedoch nur in beschränktem Maße Sport im Freien getrieben werden. Notwendig ist nach dem Wunsche der Bewohner, wie die Befragung durch das Städtebauinstitut Nürnberg ergab, folgendes:

- Möglichkeit zum Hallensport, z.B. Spiele, Gymnastik, Geräteturnen als Gruppen- oder Mannschaftssport
Einzelbetätigung nach Belieben
Leistungssport mit Anleitung und Kontrolle
- Möglichkeit zum Spielen und Mitspielen bei Sportspielen mit gesellschaftlichem Charakter, wie
Bowling
Kegeln.
- Entsprechend der Neigung des städtisch orientierten Menschen zu informeller Bindung sollten die Freizeit-Sport-Angebote mit "Eigenaktivität in der Gruppe" stark erhöht werden, ihre Benutzung sollte nicht an einen Verein gebunden werden. Eine Teilnahme sollte keinen verpflichtenden Charakter haben.
- Dabei ist zu beachten, daß der Altersaufbau der Wohnbevölkerung ein entsprechend differenziertes Betätigungsangebot erforderlich macht, weil mit wachsendem Alter das Interesse an sportlicher Betätigung sinkt, aber andererseits auch häufiger angegeben wird, es fehle an geeigneten Sportanlagen. Daher wird empfohlen:
 - a) Großes Freizeitsportangebot in Siedlungen und Wohngebieten mit jüngerer Bevölkerung
 - b) Möglichkeiten, auch älteren Bewohnern in Neubau- und besonders in Altbaugebieten Gelegenheit zu sportlicher Betätigung zu geben, d.h. kleine Hallen, evtl. in Verbindung mit größeren Altenzentren.
- Auch in Innenstadtgebieten mit höherer Bevölkerungsdichte werden Sporteinrichtungen vermißt. Hohe Grundstückspreise verhindern hier die Anlage von Sportstätten jeder Art, besonders der flächenextensiven. Möglichkeiten, der Bevölkerung dieser Gebiete Freizeitsport anzubieten, wären
 - a) Errichtung von Sportanlagen in der Nähe der verdichteten Wohngebiete, aber

mit günstiger Verkehrsanbindung.

- b) Anlage von Sportstätten in Verbindung mit weiteren Freizeiteinrichtungen in funktionsgerechter Zuordnung zu Neubaugebieten und Altbaugebieten, als Folge einer übergeordneten Planungskonzeption.
- Wohnungen sowie Sport- und Freizeitanlagen müssen gleichzeitig geplant und gebaut werden, damit die Bedürfnisse der Bewohner von Anfang an gedeckt werden können.

VIII. Der Besuch kultureller Veranstaltungen ist eine der typischen Aktivitäten in der Freizeit.

- Die Anteile derjenigen, die solche Veranstaltungen einmal oder mehrmals im Monat besuchen, ergeben zusammen etwa ein Fünftel der in Frage kommenden Haushaltsvorstände.
- Dieser Anteil sinkt mit abnehmendem Einkommen und bei kürzerer Schulbildung, während in allen Altersgruppen etwa gleiche Anteile angegeben, ziemlich regelmäßig kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.
- Bei größerer Beweglichkeit, d.h., wenn ein Pkw im Haushalt vorhanden ist, nehmen die kulturellen Aktivitäten insgesamt zu.
- Ermittelt man näher, warum nur selten oder nie kulturelle Veranstaltungen besucht werden, dann ist zu erkennen, daß (Mehrfachnennungen)
 - a) die mangelnde Zeit (27 %; Durchschnitt: 25 %),
 - b) zu hohe Kosten (24 %; Durchschnitt: 28 %),
 - c) zu große Entfernungen (15 %; Durchschnitt: 10 %)
 - d) zu wenig Gelegenheit in der Siedlung (11 %; Durchschnitt: 9 %)

für einen großen Teil der Bewohner neuer Siedlungen Gründe sind für einen weitgehenden Verzicht auf Aktivitäten im Bereich Kultur und Bildung.

- 12 % (Durchschnitt: 11 %) der Bewohner neuerer Wohngebiete gaben an, die in der Siedlung gebotenen Veranstaltungen entsprächen nicht ihrem Geschmack;
- 11 % (Durchschnitt: 15 %) zeigten wenig Interesse.
- Daraus folgt:
Es gibt ein Potential an Interessenten für kulturelle Veranstaltungen, die mangels entsprechend günstigem Angebot ihre Freizeit nicht regelmäßig für kulturelle Veranstaltungen nutzen können. Wenn auch der Planer keinen Einfluß nehmen kann darauf, daß sich Initiatoren für derartige Unternehmen zur Verfügung stellen, so hat er doch die Möglichkeit, für kulturelle Initiativen räumlich-bauliche Gelegenheiten vorzusehen:

- a) In größeren Maßnahmen, die solche Einrichtungen "tragen" können, durch die Schaffung eines vielseitig nutzbaren Bürger- oder Siedlungszentrums.
- b) In kleineren Wohngebieten zumindest durch die Schaffung günstiger Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr und durch Bereitstellung eines Mehrzwecksaales (z.B. Turnhalle oder Aula in den Schulen).
- c) Größere Maßnahmen, die etwa als Trabantenstädte konzipiert werden, sollten auf jeden Fall einen Umfang besitzen, der eigene kulturelle Einrichtungen erlaubt, da die Bewohner keinen Ersatz in den Einrichtungen der zugehörigen Stadt sehen.
- d) Neben Veranstaltungen für Jugendliche sollten besonders solche möglich sein, die ältere Menschen ansprechen, da die letztere Gruppe die wenigst bewegliche ist.

IX. Mitgliedschaft in Vereinigungen und Verbänden und Teilnahme an deren Zusammenkünften wird als Freizeitbeschäftigung angesehen, soweit sich nicht besondere Verpflichtungen daraus ergeben, die individuell als Arbeit empfunden werden (z.B. Vorsitzenden-Tätigkeit).

- Die Teilnahme an solchen Zusammenkünften ist sowohl vereinspezifisch verschieden als auch abhängig besonders von Alter und Bildung der Mitglieder.
- Es ist zu beobachten, daß gerade unter den Bewohnern der Wohngebiete, in denen die Befragung durch das Städtebauinstitut Nürnberg vorgenommen wurde, regere Vereinstätigkeit herrscht, und zwar unabhängig von den oben genannten Merkmalen Alter und Schulbildung.
- Da zu vermuten ist, daß in neueren Wohngebieten ein starker Bedarf an sozialen Kontakten in der Freizeit besteht, evtl. um die Unsicherheit und mangelnde Orientierung in der neuen Umgebung zu überwinden, sollte bei der Planung neuer Wohngebiete auch diesem Aspekt gesellschaftlichen Lebens Rechnung getragen werden, indem man in der Siedlung geeignete Räumlichkeiten vorsieht, die solchen Initiativen entgegenkommen.
- Ganz besonders ist daran zu denken, daß für die organisierte und nichtorganisierte Jugend in neuen Siedlungen ausreichende Möglichkeiten bereitgestellt werden. Die Jugendlichen stellen einen recht hohen Anteil der Bevölkerung und könnten bei entsprechendem Angebot die Voraussetzung erhalten, in verhältnismäßig festen Bahnen ihre Freizeit individuell und ungezwungen zu erleben.

X. Vermißte Einrichtungen und Möglichkeiten führen bei den Bewohnern neuerer Wohngebiete zur Unzufriedenheit mit ihrer Siedlung. Sie vermissen einige Einrichtungen mehr als die Bewohner älterer Gebiete.

- Da Qualität und Quantität der bestehenden Einrichtungen offensichtlich beitragen zur Atmosphäre eines Wohngebiets und dessen Wertschätzung bei den Bewohnern beeinflussen hinsichtlich des Wohn- und Freizeitwerts, ist darauf zu achten, daß besonders bereitgestellt werden
 - vielgestaltige Einkaufsmöglichkeiten,
 - Lokale (z.B. Café, Restaurant, Tanzlokal),
 - ganzjährig nutzbare Sporteinrichtungen,
 - Kinderspielplätze und -gärten,
 - Kino und sonstige gewerbliche Unterhaltungseinrichtungen,
 - öffentliche kulturelle Einrichtungen,
 die in dieser Reihenfolge der Häufigkeiten vermißt werden in neuen Wohngebieten (mit Unterschieden von wenigen %-Punkten).
- Bislang bietet meist nur die Innenstadt diese Vielzahl an Attraktionen, da sie sich andernorts nur selten tragen. Die Nähe der Wohngebiete zur Innenstadt bietet jedoch keine volle Entschädigung bei den kurzfristigen Freizeitaktivitäten am Feierabend. Die neuen Siedlungen sind, abgesehen von den spielenden Kindern am Tage, häufig unbelebt und wecken Langeweile.
- Wenn es nicht gelingt, neue Siedlungen an ältere Bebauung mit einer Vielzahl von vorhandenen Attraktionen anzugliedern, dann sollte man nach Möglichkeit so große und verdichtete Siedlungen errichten, daß sich eigene vielgestaltige Zentren tragen, oder man sollte durch Hinzufügen neuer Bebauung ältere Wohngebiete so erweitern, daß sich ein Nebenzentrum finanziell lohnt.
- Wenn auch gewerbliche Einrichtungen, besonders Einkaufsmöglichkeiten, in den ersten Jahren nach Bezug der Siedlung mangels ausreichend großem Bedarf noch nicht voll ausgebaut werden können, so ist doch darauf zu achten, daß nichtgewerbliche Einrichtungen (z.B. Grünanlagen und ähnliche Freizeiteinrichtungen) bereits unmittelbar nach dem Einzug der neuen Bewohner zur Verfügung stehen.
- Gute Verbindungen zur Innenstadt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln (z.B. direkter Schnellbus) können in den ersten Jahren beitragen, die Bedürfnisse der Bewohner zu befriedigen. Sie können dies jedoch nicht immer auf längere Sicht. Der gebrochene Verkehr sollte nach Möglichkeit vermieden werden.

4.5 WOCHENENDFREIZEIT

- I. Welche Gewichte die Wochenendfreizeit und die Naherholung besitzen und wie sich diese bei vermehrter Freizeit entwickeln könnten, wurde bereits angesprochen. Neben dem Faktor Zeit gibt es jedoch noch eine Reihe anderer Variablen, die mit dem Freizeitverhalten am Wochenende in Zusammenhang stehen, nämlich
 - sozio-ökonomische Merkmale
 - Beweglichkeit im Raum
 - Strukturelemente der Siedlung und Größe der Stadt
 - Qualitäten der Landschaft und
 - Erschließung dieser Qualitäten

- II. Der Planer sollte bedenken, daß
 - "normalerweise" etwa zwei Drittel der Haushaltsvorstände in neuen Siedlungen das Wochenende zu Hause oder im eigenen Garten verbringen
 - etwa ein Drittel der befragten Haushaltsvorstände nur sehr selten am Wochenende die Siedlung verläßt.
 - Daraus folgt: Die Siedlung und Wohnung muß auch für die Wochenendfreizeit Möglichkeiten für Aktivitäten und Erholung bieten, wenn die Bewohner zufriedengestellt werden sollen. Solche Möglichkeiten zu schaffen, erscheint besonders wichtig für ältere Menschen und Familien mit Kleinkindern und ohne Pkw, die in ihrer Beweglichkeit stark eingeschränkt sind.

- III. Es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Fahrt in ein Naherholungsgebiet und dem Besitz eines Pkw.
 - Nicht-Pkw-Besitzer bleiben doppelt so oft zu Hause am Wochenende (43 %) wie Haushaltsvorstände, die einen Pkw besitzen (22 %).
 - Unterschiede in diesem Verhalten sind zwischen verschiedenen Altersgruppen nicht so deutlich wie die zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern.
 - Ähnlich verhält es sich bei der Unterscheidung nach Bildungsgruppen. Nur in der Gruppe Abitur/Hochschulabschluß sind etwa gleichhäufig Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzer am Wochenendverkehr beteiligt.
 - Nicht ganz zu klären war die Frage, ob der Besitz eines Pkw der Anlaß sein kann, eine schöne Landschaft aufzusuchen, oder ob umgekehrt die schöne Landschaft ein Anlaß sein kann, einen Pkw zu kaufen, um sie bequemer zu erreichen. Tatsache scheint zu sein, daß in Städten in abwechslungsreicher

Landschaft mehr Pkw's vorhanden waren und Pkw's immer häufiger für Freizeitwecke angeschafft werden.

- In Städten mit guten öffentlichen Verkehrsverbindungen zu Naherholungsgebieten, vor allem in Großstädten, waren die Unterschiede zwischen Pkw- und Nicht-Pkw-Besitzern hinsichtlich der Beteiligung am Wochenendverkehr relativ geringer.
 - Aus dem Dargestellten folgt: Einerseits ist der Pkw ein bequemes Verkehrsmittel, mit dem man, ohne an Fahrpläne gebunden zu sein, Landschaften erreichen kann. Andererseits ist die Belastbarkeit des Verkehrsnetzes an einzelnen Tagen vielerorts bereits überschritten. Eine gute Erschließung der Naherholungsgebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln, verbunden mit einem Angebot an Freizeitkonsum- und gestaltungsmöglichkeiten und aktiver Werbung könnte möglicherweise hier Abhilfe schaffen (z.B. Ski-Sonderfahrten und ähnliches). Dies wäre auch von neuen Siedlungen aus möglich und würde die Kommunikation unter den Bewohnern fördern.
- IV. Direkte Einflußmöglichkeiten bestehen für den Planer bei einigen Strukturelementen der Siedlung.
- Es zeigte sich, daß in Wohngebieten, in denen verhältnismäßig viele Gartenbesitzer lebten, die Beteiligung am Wochenenderholungsverkehr geringer war.
 - Ähnlich verhielt es sich in Wohngebieten und Städten, die in ihren Grenzen Erholungsgebiete in Form von Grünanlagen anboten.
 - Obwohl Haushaltsvorstände in Großstädten in der Regel häufiger angaben, am Wochenendverkehr teilzunehmen, gibt es Beispiele mit zahlreichen und ausgedehnten Grünanlagen, wo die Bewohner unterdurchschnittlich in Naherholungsgebiete fahren, wengleich diese in großer Zahl und guter Qualität vorhanden waren.
- V. Es scheint sich erneut bestätigt zu haben, daß Eigenheiten der Landschaft mit dem Naherholungsverkehr in Zusammenhang stehen.
- Der kurzfristige Erholungsverkehr spielt sich konzentriert in einem Umkreis von etwa 25 km ab.
 - Ist eine Übernachtung beabsichtigt, erweitert sich die Grenze entsprechend, etwa auf einen Radius von 50 km und mehr.
 - Besondere natürliche und kulturelle Attraktionen werden auch in größeren Entfernungen aufgesucht (u.a. vorzugsweise Fremdenverkehrsgebiete).

- Guter Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes scheint ebenfalls die Grenzen hinauszuschieben.
 - Attraktive Landschaften üben auch auf Nicht-Pkw-Besitzer eine stärkere Anziehung aus, so daß hier die Unterschiede zu den Pkw-Besitzern relativ geringer werden.
 - Attraktionen einer Landschaft können bestehen in einer Vielfalt der Elemente, die Abwechslung und Kontraste bieten. Als Faustregel kann gelten: wenn
 Wald- und Gewässerränder (sog. Grenzzonen),
 gegliederte Oberflächengestalt und
 günstige klimatische Bedingungen
 vorherrschen, wird ein Gebiet geeignet sein für die Erholung des Menschen; wenn nur einzelne der aufgezählten Merkmale vorhanden sind, wird das Gebiet weniger anziehend wirken.
 - Möglicherweise kann durch Schaffung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen auch ein landschaftlich weniger attraktives Gebiet aufgewertet werden für die kurzfristige Erholung am Wochenende.
- VI. Die Wochenenderholung nach Möglichkeit in überschaubare Bahnen zu lenken, erscheint unter den gegebenen Umständen dringend erforderlich. Einige Wege, auf denen dies gelingen könnte, hat dieser Teil der Untersuchung, wie zu hoffen ist, aufgezeigt.

4.6 PLANUNGSKOORDINIERUNG

- I. Der legitime Raumanspruch der Freizeit kann der Umwelt nicht weniger Schaden zufügen, als es die Industriestädte und Suburbien getan haben - wenn nicht rechtzeitig Standards gesetzt und vorausschauende Planung betrieben wird.
- II. Hier ist eine Planungsaufgabe gestellt von der gleichen Dringlichkeit wie Wohn- oder Verkehrsprobleme, eine Aufgabe, die es bei allen Maßnahmen, von der Landesplanung bis zur Umweltgestaltung, zu berücksichtigen gilt.
- III. Eine zentrale Planung und Lenkung, wie sie z.B. in der Sowjetunion auf dem Gebiet Freizeit angestrebt wird, ist in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht durchführbar. Hier bleibt als ein Mittel aktive und gezielte Werbung. Trotzdem sollten sich Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet Frei-

zeit nicht unkoordiniert entwickeln, sondern innerhalb einer Bandbreite an Möglichkeiten, die ausreichend Spielraum läßt für individuelle Gestaltung.

- Der Staat sollte einen Ausschuß einsetzen, der die Bedarfsentwicklung für Freizeiteinrichtungen abschätzt und einen Rahmenplan für die Befriedigung des Bedarfs formuliert.
- In Zusammenarbeit mit Körperschaften und Instituten, die sich mit Freizeitproblemen beschäftigen, sollte der Staat weitere Forschungen initiieren, die sich mit Mindeststandards für die Errichtung von Freizeitbauten und anderen Freizeiteinrichtungen befassen.
- Die Regionalplanungsbehörden sollten Freizeit als einen der Hauptfaktoren bei der Aufstellung von Gebietsentwicklungsplänen berücksichtigen. Dazu wären Mitgliedschaft und Einfluß in den Planungsbeiräten so zu erweitern, daß alle Aspekte der Freizeit und Erholung Eingang finden.
- Die Planungsämter auf kommunaler Ebene, die die Freizeitbedarfsermittlung für die Regierung durchführen, sollten umgekehrt den Rahmenplan, die Regionalpläne und die Empfehlungen zu baulichen Standards berücksichtigen.
- Staatliche Unterstützung sollte Gemeinden oder Freizeitverbänden zuteil werden, sofern sie sich an die aufgestellten Prinzipien und Standards halten; die Geldmittel wären so einzusetzen, daß sie einen Anreiz für die Kommunen zu einer großzügigen Erstellung von Freizeiteinrichtungen darstellen.
- Zentrale Stellen würden überall für ehrenamtliche Tätigkeit und Informationsmöglichkeit im Freizeitbereich benötigt. Diese Funktion könnte von Bürgervereinen oder vergleichbaren Körperschaften ausgeübt werden.
- Regierungsstellen und Kommunalverwaltungen, Landschaftsschutzverbände und alle Infrastrukturbehörden, Landverwalter und Privateigentümer, alle sollten ermutigt werden, Freizeit als mögliche Primär- oder Sekundärnutzung des Grund und Bodens und der Gebäude, über die sie verfügen, in Betracht zu ziehen.
- Architekten, Gartengestalter und Ingenieure, aber auch Architekturschulen und verwandte Ausbildungsstätten sollten in größerem Umfang untersuchen, wie die Ermöglichung einer lebendigen Freizeit in alle baulichen Maßnahmen integriert werden kann.

Dem erfahrenen Planer werden viele der erarbeiteten Thesen und Planungshinweise vertraut sein. Daß es jedoch nicht überflüssig ist, sie zusammenzutragen und zu überprüfen, erweist sich immer wieder in der Planungswirklichkeit. Im Bereich

"Freizeitforschung" gibt es noch eine große Zahl von Aufgaben, die ungelöst sind. Die vorliegende Untersuchung beschränkte sich auf einige Hauptaspekte des Freizeitverhaltens in neuen Wohngebieten. Da hier bereits viele Anknüpfungspunkte zu Nachbarbereichen der Freizeitforschung bestehen (z.B. Naherholungsgebiete, Urlaubsgebiete), die nicht bearbeitet werden sollten, bleiben die Ergebnisse schon aus diesem Grund unvollständig. Inwieweit die Thesen und Empfehlungen zutreffend oder zu ändern sind, werden die Praxis und zukünftige Forschungen ergeben.

LITERATUR

- Albrecht, I.: "Untersuchungen zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung. Teil A". O.O. und J.
- Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen (Hrsg.): "Fernsehen und Freizeitverhalten in Oberhausen, 1968". Oberhausen 1970
- Baburow, A., A. Gutnow, G. Djumentow, F. Leshawa, S. Sodowskij und S. Charitonowa: "Sowjetische Aspekte des Städtebaus der Zukunft". Moskau 1966 (= Städtebauinstitut Nürnberg e.V. (Hrsg.): "SIN-Studienhefte", H. 39)
- Bahrdt, H.P.: "Freizeit - Faktor im Wohnungs- und Städtebau". In: "Neue Heimat. Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungs- und Städtebau", 1970, H. 3
- Berg, L.: "Freizeit". Beitrag im Staatslexikon (Recht, Wirtschaft, Gesellschaft), Freiburg 1959, Bd. 3
- Bernatzky, A.: "Das Grün, das uns fehlt". In: "Das Gartenamt", 12 (1963), H. 11
- Blücher, V. Graf: "Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute". Düsseldorf-Köln 1966
- : Stichwort "Freizeit". In: W. Bernsdorf (Hrsg.): "Wörterbuch der Soziologie", Stuttgart 1969, 2. Auflage
- Conrads, U. (Hrsg.): "Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts". Berlin 1964
- Czinki, L.: "Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die Erholungsplanung". In: "Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung", 1969, Bd. 8/9
- und W. Zühlke: "Erholung und Regionalplanung. Analyse des Erholungswesens unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes". In: "Raumforschung und Raumordnung", 24 (1966), H. 4
- Drewe, L.: "Beziehungen zwischen Freiflächen, Freizeit und Planung aus der Sicht der Soziologen". In: "Die Freiflächen in Landesplanung und Städtebau. Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung", 1968, Sonderdruck 12
- Franke, G.: "Arbeiterpsychologie". Vorlesung an der Universität Erlangen-Nürnberg, Sommersemester 1969
- Füsslin, K., W. Köhl und W. Rabe: "Gedankenmodell für die Gestaltung der Freizeitlandschaft der Zukunft. Mainau-Preis 1970". Mondorf-Bonn 1970
- Gleichmann, P.: "Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt". In: Plessner/Bahrdt (Hrsg.): "Göttinger Abhandlungen zur Soziologie", Stuttgart 1963, Bd. 8
- Göderitz, J., R. Rainer und H. Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt". Tübingen 1957
- Hegemann, W.: "Das steinerne Berlin". 1963
- Howard, Ebenezer: "Gartenstädte von morgen". Berlin 1968
- Jürgensen, H.: "Lohnwert, Wohnwert, Freizeitwert, Optimierungsparameter einer produktivitätsorientierten Regionalpolitik". In: "Schriftenreihe der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen", Hamburg 1966
- Kiemstedt, H.: "Möglichkeiten der Bestimmung der Erholungseignung in unterschiedlichen Landschaftsräumen". In: "Beiträge zur Neuordnung des ländlichen Raumes".
- : "Zur Bewertung natürlicher Landschaftselemente für die Planung von Erholungsgebieten". Hannover 1967, Dissertation
- Lamour, Ph.: "Une grande industrie nationale: Les Loisirs". In: "Stadtbauwelt", 1965, H. 7
- Lazarsfeld, F. und andere: "The People's Choice". New York 1948
- Lomow, B.F.: "Ingenieurpsychologie". Berlin 1964
- Oswald, H.: "Die überschätzte Stadt. Ein Beitrag der Gemeindesozioologie zum Städtebau". 1966
- Roskam, F.: "Planungsprobleme in Naherholungsgebieten". In: "Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung", 1969, Bd. 8/9
- Ruppert, K. und J. Maier: "Naherholungsraum und Naherholungsverkehr - Geographische Aspekte eines speziellen Freizeitverhaltens".

- Schelsky, H.: "Die Paradoxien des Alters in der modernen Gesellschaft". In: "Auf der Suche nach Wirklichkeit (Gesammelte Aufsätze)". Düsseldorf-Köln 1964
- Scheuch, E.K.: "Soziologie der Freizeit". In: R. König (Hrsg.): "Handbuch der empirischen Sozialforschung", Stuttgart 1969, Bd. 2
- Silbermann, A.: "Vom Wohnen der Deutschen". Köln und Opladen 1963
- Städtebauinstitut Nürnberg e.V. (Hrsg.): "Städtebauliche Datenerfassung 1968. Ergebnisse der Grundausswertung. SIN-Arbeitsbericht". Nürnberg 1969
- : "Städtebauliche Datenerfassung 1969. Teil 1. Bericht über angewandte Methoden, Arbeitseffektivität und erste Ergebnisse. SIN-Arbeitsbericht". Nürnberg 1970. Als Manuskript vervielfältigt.
- : "Städtebauliche Datenerfassung 1969. Teil 2 Ergebnisbericht. SIN-Arbeitsbericht". Nürnberg 1970
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): "1 %-Wohnungsstichprobe 1965". (= "Fachserie E", H. 3) Wiesbaden 1970
- : "Statistisches Jahrbuch 1969". Wiesbaden 1969
- Szalai, S.: "Über vergleichende quantitative Auswertung von Zeitbudgets". In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Hochschule für Körperkultur", Leipzig 1966, Bd. 3
- Tempel, E.: "Freizeit als Planungsaufgabe". In: "Architektur und Wohnform", Stuttgart 1969, H. 8 (The Challenge of Leisure". London 1967)
- Wehner, W.: "Zur Bewertung potentieller Naherholungsbereiche der Agglomerationen der DDR". In: "Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Dresden", 1968, H. 3

ABKÜRZUNGEN

Abb.	Abbildung
abs.	absolut
allg.	allgemein
Bd.	Band
BSt	Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
Data	städtebauliche Datenerfassung
DB-Vorhaben	Demonstrativbauvorhaben
DDR	Deutsche Demokratische Republik
desgl.	desgleichen
d.h.	das heißt
E	Einwohner
E/ha	Einwohner pro Hektar
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
H.	Heft
ha	Hektar
Hrsg.	Herausgeber
insg.	insgesamt
km	Kilometer
o.ä.	oder ähnlich
o.O.	ohne Ort
o.J.	ohne Jahr
%	Prozent
S.	Seite
sog.	sogenannt
Tab.	Tabelle
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnlich
UG	Untersuchungsgebiet
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
vgl.	vergleiche
v.H.	vom Hundert
WoE	Wohneinheit
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

Faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SIN-STÄDTEBAUINSTITUT-FORSCHUNGSGESELLSCHAFT MBH,
85 NÜRNBERG 11, KÖNIGSTRASSE 40 - POSTFACH 9364
RUF: 0911/20 32 03

STAND 1.11.1974

Die SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH veröffentlicht Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit und Veranstaltungen in folgenden Reihen:

SIN-Studienhefte, vor allem

mit Vorträgen aus Seminaren des Instituts zur Nachausbildung und Weiterbildung von Architekten und Stadtplanern sowie mit Übersetzungen ausländischer Fachliteratur.

SIN-Werkberichte

mit Schlußberichten über Forschungsarbeiten, die vor allem für die Weiterentwicklung der Methoden von Bedeutung sind.

SIN-Schriftenreihe

mit Schlußberichten über Forschungsarbeiten, die vor allem Planungsgrundlagen enthalten.

Buchreihe "Die Stadt"

mit Schlußberichten über Untersuchungen von allgemeiner und aktueller Bedeutung.

SIN-Studien

mit Schlußberichten über Untersuchungen spezieller Probleme,
mit Teil- und Zwischenberichten zu Untersuchungen von allgemeiner und aktueller Bedeutung, auch als Diskussionsbeiträge, und
mit Beiträgen zu Methodenfragen.

SIN-Information. Loseblattsammlung Städtebau

mit Beiträgen zu Problemen des Städtebaus, der Stadtplanung und der Stadtforschung,

mit einer Dokumentation städtebaulicher Literatur, und

mit einer Sammlung städtebaulicher Daten, vor allem

mit Ergebnissen aus Vorbereitenden Untersuchungen nach § 4 Städtebauförderungsgesetz.

Alle Veröffentlichungen können von der SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg 11, Postfach 9364 bezogen werden.

Mit Ausnahme der Bände der Buchreihe "Die Stadt", die von der Deutschen Verlags-Anstalt GmbH (Stuttgart) verlegt werden, erscheinen alle Veröffentlichungen im Selbstverlag der SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH.

Die angegebenen Preise verstehen sich einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten.

SIN - STUDIENHEFTE

- 1 STÄDTEBAU - GESTERN UND HEUTE
STADTTYPEN - STADTFORMEN - STADTSTRUKTUR
Beiträge: Professor Dr.-Ing. Werner Hebebrand,
Min.Rat a.D., Dipl.-Ing. Fritz Jaspert

3., erw. Auflage
1967, 24 S., 17 Abb. DM 5.--

- 2 STÄDTEBAULICHE PLANUNG
Begriffe, Methodik, Bestandsaufnahme, Arbeitstechnik
Professor Gerhard G. Dittrich

3., unv. Aufl.
1967, 35 S. DM 5.--

- 3 DER BEBAUUNGSPLAN NACH DEM BUNDESBAUGESETZ
Verfahren und Darstellung
Professor Gerhard G. Dittrich

3., unv. Aufl.
1967, 32 S. DM 5.--

- 4 PLANUNGSELEMENTE I - WOHNEN - BAUWEISEN
Professor Dipl.-Ing. Friedrich Jelpke

3., überarb. Aufl.
1967, 16 S., 4 Skizzenblätter DM 5.--

- 5 STÄDTEBAULICHE PLANUNGSELEMENTE II -
GEMEINSCHAFTSEINRICHTUNGEN UND ZENTREN
Professor Dipl.-Ing. Friedrich Spengelin

3., überarb. Aufl.
1967, 55 S., 3 Tab., 23 Abb. DM 5.--

- 6 STÄDTEBAULICHE PLANUNGSELEMENTE III -
ERSCHLISSUNG
Professor Dr.-Ing. Edmund Gassner

3., überarb. Aufl.
1967, 35 S., 10 Abb. DM 5.--

- 7 STÄDTEBAULICHER BEWERTUNGSRAHMEN
Qualitative und quantitative Analyse des
Bebauungsplans
Professor Gerhard G. Dittrich
- 3., unv. Aufl.
1967, 30 S. DM 5.--
- 8 STÄDTEBAULICHES PLANUNGSRECHT
Professor Gerhard G. Dittrich
- 3., neu bearb. Auflage
1968, 44 S. DM 5.--
- 9 PROJEKTIERUNG VON MIKRO-WOHNBEZIRKEN
IN DER UDSSR
A. Galaktionow/A. Kegler/N. Trubnikowa
(aus dem Russischen übersetzt von
Reg.-Baurat a.D. Dipl.-Ing. Johannes Böhm)
- o.J., 23 S., 62 Abb. DM 5.--
- 10 PROJEKTIERUNG VON WOHNGBIETEN, KULTUR-
UND VERSORGUNGSZENTREN IN DER UDSSR
Beiträge: E. W. Krascheninnikowa, Arch. N.I. Stepanow,
In. P. Botscharow,
(übersetzt aus dem Russischen von
Reg.-Baurat a.D. Dipl.-Ing. Johannes Böhm)
- o.J., 22 S., 2 Tab., 15 Abb. DM 5.--
- 11 DIE ZUKUNFT UNSERER STÄDTE IN EINER GROSSEN
GESELLSCHAFT
Beiträge: Professor Gerhard G. Dittrich, Professor
Joseph M. Heikoff, Reg.-Baurat a.D. Dipl.-Ing. Sturm
Kegel, Architekt Dipl.-Ing. Albert Speer
- 1966, 38 S. DM 5.--
- 12 ERSCHLIESSUNGSTECHNIK: PLANUNG UND BAU VON
SAMMELKOLLEKTOREN IN DER UDSSR
Beiträge: J.A. Moltschanow, J.N. Murawew, J.K. Strachow
(aus dem Russischen übersetzt von Reg.-Baurat a.D.
Dipl.-Ing. Johannes Böhm)
- 1966, 31 S., 29 Abb. DM 5.--

- 13 STATISTIK IM STÄDTEBAU
Professorin Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe
- 2., neu bearb. Aufl.
1969, 51 S., 1 Tab., 26 Abb. DM 5.--
- 14 SOZIOLOGIE IM STÄDTEBAU
Fragestellung und Materialien
Professor Dr. Karl Gustav Specht
- 1966, 20 S., 7 Tab., 1 Abb. DM 5.--
- 15 ZUR PROBLEMATIK DES STÄDTEBAUES IN
DER GEGENWART
Beiträge: Professor Gerhard G. Dittrich, Dr.-Ing.
Friedrich Seegy
- 1967, 39 S. DM 5.--
- 16 STÄDTEBAU IM BLICKPUNKT ANDERER WISSEN-
SCHAFTEN
Beiträge: Professor Gerhard G. Dittrich, Professorin
Dr.rer.pol. Ingeborg Esenwein-Rothe, Professor
Dr.rer.pol. Karl Gustav Specht, Professor Dr.phil.
Walter Toman; Professor Dr.méd. René Schubert; Ober-
studienrat E. Mulzer, Professor Dr.jur. F. Ronne-
berger, Bundesminister a.D. Dr.jur. Ewald Bucher
- 1967, 38 S., 8 Abb. DM 5.--
- 17 DIE ENTWICKLUNG DER STADT
Privatdozent Dr. Ernst Eichhorn
- 1966, 53 S. DM 5.--
- 18 LINIENFÜHRUNG DER ORTSSTRASSEN
Professor Dr.-Ing. Edmund Gassner
- 1967, 24 S., 2 Tab., 14 Abb. DM 5.--
- 19 HANDEL UND STADTERNEUERUNG
Beiträge: Professor Gerhard G. Dittrich, J.B. Jefferys,
Victor Gruen, A.W. Luijckx, M. Vandevelde, M. David
- 1967, 33 S., 3 Tab. DM 5.--

- 20/ STÄDTEBAULICHE EINZELAUFGABEN I/II - I)
- 21 STRASSE UND PLATZ ALS STÄDTEBAULICHE
ELEMENTE II) STRASSE-PLATZ-BAUM, GESTAL-
TUNG DER EINZELAUFGABEN
Beiträge: Dr.-Ing. Heinz Wolff, Dipl.-Gärtner
Reinhard Grebe
1967, 49 S., 34 Abb. DM 7.50
- 22 STÄDTEBAULICHE PLANUNGSELEMENTE IV -
VERKEHRSPPLANUNG - VERKEHRSTECHNIK
Baurat Dr.-Ing. Wolfgang Krug
1968, 86 S., 1 Tab., 36 Abb. DM 5.--
- 23 GROSSTADT UND STADTLANDSCHAFT
Beiträge: Professor Dr. Hans Paul Bahrddt,
Professor Dr. Bert Frank Hoselitz
1967, 19 S. DM 5.--
- 24 ERSCHLIESSUNGSTECHNIK: ROHRLEITUNGEN
IN SAMMELKOLLEKTOREN
Beiträge: F. Murawjew/S. Feigin, S.A. Marschak,
I.A. Sherebschtschikow/I.J. Kowalew/P.W. Plawelskij
(aus dem Russischen übersetzt von Reg.-Baurat a.D.
Dipl.-Ing. Johannes Böhm)
1967, 30 S., 4 Tab., 17 Abb. DM 5.--
- 25 VOLLZUG DER BAULEITPLANUNG DURCH BODEN-
ORDNUNG
Professor Dr.-Ing. Walter Seele
1968, 47 S., 24 Abb. DM 5.--
- 26 STÄDTESANIERUNG UND VERKEHRSPPLANUNG
Beiträge: Professor Gerhard G. Dittrich, Regierungs-
baumeister Dipl.-Ing. Klaus Uhlig, Professor Dipl.-Ing.
Karlheinz Schaechterle
1968, 52 S., 24 Abb. DM 5.--

- 27 LANDESPLANUNG UND REGIONALPLANUNG IN
VERDICHTUNGSRÄUMEN
Senatsdirektor Dr. Olaf Boustedt
1968, 58 S., 5 Übers., 2 Karten, 1 Abb. DM 5.--
- 28 STÄDTEBAULICHE PLANUNGSELEMENTE V - GRÜN-
FLÄCHEN UND ERHOLUNGSEINRICHTUNGEN
Dipl.-Gärtner Reinhard Grebe
1968, 55 S., 15 Abb. DM 5.--
- 29 METHODEN UND VERFAHREN DER FLÄCHEN-
NUTZUNGSPLANUNG
Dipl.-Ing. Dr. Hartmut Großhans
1968, 119 S., 11 Tab., 1 Abb. DM 7.50
- 31 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE STÄDTEBAU-
LICHER PLANUNG
Professor Dr. Joachim Klaus/Dipl.-Volkswirt
Werner Blankenburg
1968, 36 S. DM 5.--
- 32 GEOGRAPHIE - STANDORT UND RÄUMLICHE
VERFLECHTUNG
Professor Dr. Eugen Wirth
1968, 26 S. DM 5.--
- 33 VERKEHRSTECHNISCHE FRAGEN BEI DER BEBAUUNGS-
PLANUNG
Professor Dr.-Ing. Hans-Georg Retzko
1968, 39 S., 23 Abb. DM 5.--
- 34 BAULEITPLANUNG UND KANALISATION
Eine Darstellung der städtebaulichen Zusammenhänge
Professor Dr.-Ing. Edmund Gassner
1969, 87 S., 51 Abb. DM 7.50

- 35 ERSCHLIESSUNGSSYSTEME UND IHRE WIRTSCHAFTLICHKEIT
Dr.-Ing. Herbert Strack
1970, 42 S., 2 Tab., 11 Abb. DM 5.--
- 36 LANDSCHAFTSPLANUNG UND STÄDTEBAU
Beiträge: Dipl.hort. Hans-Martin Rose +/Dipl.hort. Helga Rose-Herzmann, Oberbaurat Dr. Herbert Keller, Gartenbaudirektor Dipl.-Gärtner Johannes J. Sallmann, Dipl.hort. Dr.phil.nat. Aloys Bernatzky, Gartenbaudirektor Helmut Klausch
1970, 89 S., 56 Abb. DM 7.50
- 37 STÄDTEBAULICHE DENKMALPFLEGE
Probleme des Schutzes größerer städtebaulicher Einheiten von geschichtlicher und künstlerischer Bedeutung und ihre Refunktionalisierung in der Bundesrepublik Deutschland
Professor Dr. Karl Öttinger/Uwe Paschke
1970, 23 S. DM 5.--
- 38 ZUR QUERSCHNITTSBEMESSUNG VON ERSCHLIESSUNGSSTRASSEN UND -WEGEN
Dr.Ing. Herbert Strack
1970, 38 S., 19 Abb. DM 5.--
- 39 SOWJETISCHE ASPEKTE DES STÄDTEBAUS DER ZUKUNFT
Ein neues Element der Besiedlung
A. Baturow, A. Gutnow, G. Djumenton, F. Leshawa, S. Sodowsky, S. Charitnowa
(aus dem Russischen übersetzt von Reg.-Baurat a.D. Dipl.-Ing. Johannes Böhm)
1974, ca. 80 S., 8 Abb. DM 7.50
- 40 PLANANALYSE ALS TEILBEREICH STÄDTEBAULICHER BESTANDSAUFNAHME
dargestellt am Beispiel der Stadt Herrenberg
Dr.-Ing. Karl Weidle +
1970, 39 S., zahlr. Abb. DM 5.--

SIN - WERKBERICHTE

- 1 DEMONSTRATIVBAUVORHABEN MAINZ-LERCHENBERG
Untersuchungen über die städtebauliche Planentwicklung
Dr.-Ing. Arne Straßberger

1968, 133 S., 77 Abb. DM 10.50

- 2 WOHNVERHÄLTNISSE UND WOHNUNGSBEDARF BEI
ALLEINSTEHENDEN UND EHESCHLIESSENDEN
untersucht am Beispiel der Städte Nürnberg und
Fürth/Bay. unter Berücksichtigung der Zusammenhänge
zwischen demografischen Daten und Wohnungsbautätigkeit
Dipl.-Volkswirt Akos Légrády

1968, 124 S., 39 Tab., 10 Abb. vergriffen

- 3 SCHWARZENBRUCK - MODELL EINES GEMEINDE-
ENTWICKLUNGSPROGRAMMS
Bestandsaufnahme, Strukturanalyse, Entwicklungs-
prognose, Planungskonzeption

1970, 385 S., 46 Tab., 36 Abb., 17 Karten DM 25.--

- 4 BREMEN-OSTERTORGEBIET - EINE VORBEREITENDE
UNTERSUCHUNG ZUR SANIERUNG EINES TEILBEREICHES
DER BREMER INNENSTADT
Bestand und Analyse: November 1970

1971, zahlr. Tab. und Abb. DM 25.--

- 5 NIEDER-OLM - EIN GEMEINDEENTWICKLUNGSPROGRAMM
Analyse und Planung: Febr. 1971

1971, 27 Abb., 1 Entwicklungsplan DM 25.--

- 6 PARKWOHNANLAGE NÜRNBERG-ZOLLHAUS
Ein Demonstrativbauvorhaben des Bundesministeriums
für Wohnungswesen und Städtebau

1969, 108 S., 88 Abb., 17 Tafeln
(zugleich Bd. 7 der Reihe "neues bauen - neues wohnen"
des Karl-Krämer-Verlages, Stuttgart/Bern) DM 42.--

- 7 BEHRINGERSDORF, EIN GEMEINDEENTWICKLUNGS-
PROGRAMM
Analyse und Planung: November 1973
- 1973, 104 S., 31 Tab., 7 Abb.,
4 farbige Pläne
- Preis auf
Anfrage
- 8 REDNITZHEMBACH, EIN GEMEINDEENTWICKLUNGS-
PROGRAMM
Analyse und Planung: Dezember 1973
- 1973, 115 S., 42 Tab., 15 Abb.,
2 farbige Pläne
- Preis auf
Anfrage
- 9 SANIERUNG DER ALTSTADT-SCHWABACH
Informationsschrift zur Sanierung im
Rahmen der Vorbereitenden Untersuchung
nach Städtebauförderungsgesetz
- 1974, 95 S., 32 Tab., 12 Abb.,
(davon 1 Abb. farbig)
- Preis auf
Anfrage

SIN - SCHRIFTENREIHE

- 1 WOHNUNGSBAU FÜR ALTE MENSCHEN
1965, 80 S., zahlr. Tab. und Abb. vergriffen

- 2 WIEDERAUFBAU BREMEN-STEPHANIGEBIET
Ein Auswertungsbericht
1965, 24 S., 1 Tab., 16 Abb. vergriffen

- 3 SELBSTHILFE BEIM BAU VON FAMILIENHEIMEN
Untersuchungen über Organisation, Betreuung und
Durchführung von Demonstrativbauvorhaben des
Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau
in Nürnberg und Umgebung
1967, 72 S., 30 Tab. zahlr. Abb. vergriffen

- 4 GROSSWOHNANLAGE MÜNCHEN-FÜRSTENRIED-
STÄDTEBAULICHE AUSWERTUNG
1965, 97 S., zahlr. Tab. und Abb. vergriffen

- 5 SIEBEN DEMONSTRATIVBAUVORHABEN - DOKU-
MENTATION ÜBER DIE STÄDTEBAULICHE
PLANENTWICKLUNG
Berlin-Britz-Bukow-Rudow (BBR) - Göttingen-
Holtenser Berg - Hannover-Auf der Horst - Mainz-
Lerchenberg - Salzgitter-Fredenberg - Wolfsburg-
Detmerode - Schwäbisch Gmünd-Gügling
1967, 39 S., 25 Abb. Solange der
Vorrat reicht
kann dieses Heft
dank der Förde-
rung durch das
BMBau kostenlos
an Interessierte
abgegeben werden

- 6 PLANUNGSGRUNDLAGEN EINKAUFSZENTREN
Teil 1: Dimensionierung, Berechnungsmethode
1966, 71 S., 40 Tab., 6 Abb. DM 14.80

BUCHREIHE "DIE STADT"

Herausgegeben von Professor Gerhard G. Dittrich, Direktor der
SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

SOZIALPLANUNG

1972, 175 S., 58 Tab.

DM 28.--

GRUNDLAGEN DER SOZIALPLANUNG

Gemeinbedarfseinrichtungen in alten und neuen
Stadtgebieten

1974, 160 S., 17 Tab.

DM 28.--

WOHNEN ALTER MENSCHEN

1972, 313 S., 144 Tab., 13 Abb.

DM 32.--

WOHNEN ALLEINSTEHENDER

1972, 246 S., 140 Tab., 25 Abb.

DM 28.--

WOHNEN KÖRPERBEHINDERTER

1972, 211 S., 84 Tab., 8 Abb.

DM 28.--

STADTPLANUNG - INTERDISZIPLINÄR!

Beiträge von elf Wissenschaften zur Bauleit-
und Fachbereichsplanung

1972, 214 S., 7 Tab., 2 Funktionsschemata

DM 28.--

MENSCHEN IN NEUEN SIEDLUNGEN

Befragt - gezählt

1974, 172 S., 53 Tab., 21 Abb.

DM 26.--

NEUE SIEDLUNGEN UND ALTE VIERTEL

Städtebaulicher Kommentar aus der Sicht der Bewohner

1973, 246 S., 88 Tab., 39 Abb.

DM 26.--

TIEFGARAGEN

Grundlagen, Planung, Wirtschaftlichkeit

1974, 222 S., 54 Tab., 53 Abb.

DM 38.--

WÄRMEVERSORGUNG VON WOHNGBIETEN

1972, 178 S., 35 Tab., 22 Abb.

DM 26.--

SIN - STUDIEN

Herausgegeben von Professor Gerhard G. Dittrich, Direktor der
SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

1 FREIZEIT UND ERHOLUNG

1973, 289 S., 51 Tab., 16 Abb.

DM 9.80

2 EINKAUFEN

Einrichtungen, Möglichkeiten und Gewohnheiten in
neuen Wohngebieten und älteren Vergleichsgebieten

1973, 201 S., 29 Tab., 19 Abb.

DM 9.80

3 UMWELTSCHUTZ IM STÄDTEBAU

Empirische Untersuchungen - analytische Erörterung -
Empfehlungen zu Gegenmaßnahmen

1973, 206 S., 11 Tab., 10 Abb.

DM 9.80

4 NUTZEN-KOSTEN-ANALYSEN IM STÄDTEBAU

Wirtschaftlichkeitsüberlegungen für Einzelprojekte
und Gesamtmaßnahmen der Stadtentwicklung

1974, 111 S., 3 Abb.

DM 9.80

5 ERSCHLIESSUNGSVERTRÄGE

Entwicklung von Leitsätzen durch Analyse
einer Vertragssammlung

1974, 186 S., 9 Tab.

DM 9.80

6 WOHNWERT

Ansätze zu einer empirischen Bestimmung

DM 9.80

1974, 202 S., 26 Tab.

SIN - INFORMATION

LOSEBLATTSAMMLUNG STÄDTEBAU

Herausgegeben von Professor Gerhard G. Dittrich, Direktor der
SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH, Nürnberg

Lieferung 1/73 (zwei Ordner)

170 Seiten Beiträge
257 Seiten Literaturdokumentation
498 Seiten Daten

Gesamtpreis der ersten Lieferung einschließlich Ordner

DM 125.--

Ht/6284/ 9,80

F2

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

SIN - Arbeitsberichte

SIN - Jahresberichte

die stadt - SIN-Pressedienst

die stadt - SIN-Meinungen

KINDER IN NEUEN STÄDTEN

räumliche und funktionale Gestaltungselemente im Erleben
der Bewohner - Ergebnisse eines Zeichenwettbewerbs

Bonn-Bad Godesberg, 1970, Selbstverlag des Bundesministeriums
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 248 S., zahlr. Tab.
und Abb.

(= "Informationen aus der Praxis - für die Praxis", hrsg. vom
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 21) vergriffen

RÄUMLICHE GESTALTUNG IN NEUEN STÄDTEN

Konzeption und Wirkung von Straße und Platz in einigen
Demonstrativbauvorhaben

Bonn-Bad Godesberg, 1970/1971, Selbstverlag des Bundesmini-
steriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 182 S.,
zahlr. Tab. und Abb.

(= "Informationen aus der Praxis - für die Praxis", hrsg. vom
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 25) vergriffen

KINDER IN NEUEN STÄDTEN

Spielumgebung, Spielanlagen und Spielverhalten von Kindern
in städtischen Gebieten - Ergebnisse einer städtebaulichen
Datenerfassung mit Kinderzeichenwettbewerb

Bonn-Bad Godesberg, 1971, Selbstverlag des Bundesministeriums
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 208 S., 33 Tab., 45 Abb.

(= "Informationen aus der Praxis - für die Praxis", hrsg. vom
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 27) vergriffen

13. Febr. 1981

16. Nov. 1981

20. Nov. 1981



Ihr Partner

bei Entwicklungsplanungen und -programmen für Städte und Gemeinden;
bei Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,
vor allem

bei Vorbereitenden Untersuchungen, Sozialplänen und Bebauungsplänen für
Sanierungsgebiete;

bei Gutachten und Beratungen zu städtebaulichen Einzelaufgaben, das heißt,
bei der Bauleitplanung und bei Fachbereichsplanungen,
bei der Lösung stadtbautechnischer Aufgaben,

bei Entscheidungen über Standort, Dimensionierung und Ausstattung von Einkaufs-
und Gemeinbedarfseinrichtungen.

SIN hat langjährige Erfahrung auf diesen Arbeitsgebieten.

SIN kann sich bei der Problemlösung auf eigene, umfassende Grundlagenforschung
stützen.

SIN arbeitet seit seiner Gründung interdisziplinär: kein Fachbereich kommt
zu kurz.

Ist eines dieser Probleme das Ihre? Wenden Sie sich bitte an SIN! Sie erhalten
gern und unverbindlich Auskunft.

SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH,
85 Nürnberg, Karolinenstr. 16; Ruf: 0911/20 32 03
Direktor: Professor Gerhard G. Dittrich

Gesellschafter

Allgemeine Hypothekenbank AG
Bayerische Ärzteversorgung
Bayerische Landesbausparkasse
Bayerische Landesbrandversicherungs-
anstalt
Bayerischer Versorgungsverband
Zusatzversorgungskasse der
bayerischen Gemeinden
Bremer Bau-Union
Bayerische Bau- und Bodenbank AG
Deutsche Pfandbriefanstalt
Hausbau-Rheinland-Pfalz AG
"Moderne Stadt", Gesellschaft zur
Förderung des Städtebaues und der
Gemeindeentwicklung mbH
Neue Heimat-Städtebau GmbH
Nordwestdeutsche Siedlungsgesell-
schaft mbH
Städtebauinstitut Nürnberg e.V.

Aufsichtsrat

Vorsitzender:
Staatssekretär a.D.
Dr. jur. Louis Storck
Stellvertretende Vorsitzende:
Vizepräsident Dr. rer. pol.
Sigmar Menard
Oberregierungsdirektor
Reinhart Wullkopf
Mitglieder:
Direktor Dipl.-Volkswirt
Friedrich Böhme
Direktor Franz Bassler
Architekt BDA Dipl.-Ing.
Hans Budde
Dr.-Ing. Helmut Leitzgen
Architekt
Th. Siegfried A. Morschel
Generalsekretär Heinz Roosch
Dr. Richard Sauber
berufsm. Stadtrat der Stadt Nürnberg
Direktor Dr. Heinrich Schiebel
Landesbankdirektor Franz Stamm

Wissenschaftlicher Beirat

Vorsitzender:
Beigeordneter Hans Georg Lange
Stellvertretender Vorsitzender:
Professor Hans Kammerer
Mitglieder:
Baudirektor Rudolf Bentele
Senatsdirektor Dr. Olaf Boustedt
Dipl.-Volkswirt Josef Brüggemann
Professor Dipl.-Ing.
Friedrich Jelpke
Professor Dr. Joachim Klaus
Professor Dr.-Ing. Karl Kutsch
Professor Wolfram Pflug
Professor Dr.-Ing.
Hans-Georg Retzko
Professor Dipl.-Ing.
Friedrich Spengelin Architekt BDA
Professor Dr. Walter Toman

SN Studien

in dieser von Professor Gerhard G. Dittrich herausgegebenen Reihe veröffentlicht die SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH vorläufige Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit, und zwar vor allem Untersuchungen zu speziellen Problemen, Teil- und Zwischenberichte aus Untersuchungen von allgemeiner Bedeutung, Beiträge zu Methodenfragen.

SN Studien

wenden sich

an die Fachöffentlichkeit in Forschung und Lehre,
an Stadtplaner und Architekten,
an Kommunalpolitiker und Mitarbeiter der Verwaltung,
an Studenten der entsprechenden Fachrichtungen.

SN Studien

werden im Selbstverlag in preiswerten Ausgaben vertrieben.
Das bedeutet den Verzicht auf formale und redaktionelle Perfektion.



GHP: 03 M21692

P
03